

Das zentralbankpolitische Instrumentarium in ausgewählten ostasiatischen Ländern

Indonesien, Süd-Korea, Philippinen und Taiwan

VON

Dipl.-Kfm. Mohammad Naim Assad

AUS

Kabul/Afghanistan

1972

Das zentralbankpolitische Instrumentarium in ausgewählten ostasiatischen Ländern

Indonesien, Süd-Korea, Philippinen und Taiwan

Inaugural-Dissertation

zur Erlangung des akademischen Grades

eines Doktors der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften

(Dr. rer. pol.)

an der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät
der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg

vorgelegt

von

Dipl.-Kfm. Mohammad Naim Assad

aus

Kabul/Afghanistan

Das zentralasiatische Instrumentarium
in ausgewählten osteuropäischen Ländern
Indonesien, Südkorea, Philippinen und Taiwan

Inaugural-Dissertation
zur Erlangung des Grades eines
Doktors der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften
Dr. rer. pol.
an der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät
der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg



Referent: Prof. Dr. Oswald Hahn

Korreferent: Prof. Dr. Otmar Issing

Tag der mündlichen Prüfung: 12. 7. 1972

Gedruckt mit Unterstützung des Deutschen Akademischen
Austauschdienstes

Einleitung

Die Zentralbank ist eine der wichtigsten Institutionen, die zur Entwicklung einer Volkswirtschaft eine entscheidende Rolle beiträgt. Sie hat vor allem die Aufgabe, die Wirtschaft mit Geld und Kredit optimal zu versorgen und sich um die Aufrechterhaltung der Geldwertstabilität, der Vollbeschäftigung, des stetigen Wachstums und zur Herstellung des Zahlungsbilanzgleichgewichts zu bemühen. Sie kann die ihr gestellten Aufgaben erfolgreich ausführen, wenn die dazu notwendigen Voraussetzungen im Land existieren. Hierzu gehören insbesondere die Anerkennung des Geldes als allgemeines wertbeständiges Zahlungsmittel, das Vertrauen der Bevölkerung gegenüber den Banken und die Bereitschaft zum bargeldlosen Zahlungsverkehr, die Bereitschaft der Wirtschaftssubjekte, das Geld nicht zu horten und das Bestehen leistungsfähiger Kreditmärkte. Die Zentralbank kann dann ihre administrativen und unternehmerischen Maßnahmen besser durchsetzen. Die Notenbank versucht, hauptsächlich durch Geldmengen- und Preispolitik das volkswirtschaftliche Geschehen zu beeinflussen.

In den untersuchten Ländern, die sich (außer Taiwan) noch unter die Kategorie der Entwicklungsländer einordnen lassen, sind die oben erwähnten Voraussetzungen wie folgt erfüllt: Das Geld als allgemeines Zahlungsmittel hat noch nicht im ganzen Land Anerkennung gefunden; in entlegenen Gebieten herrschen noch Naturalumtausch und Privatwährungen. Es existieren in den betreffenden Staaten Kreditmärkte, deren Leistungsfähigkeit für eine erfolgreiche Währungspolitik nicht ausreicht. Einerseits ist auf der Nachfrageseite die Zahl der Anleger relativ klein, andererseits ist auf der Angebotsseite die Zahl der Effekten gering und deren Sortiment eingeschränkt. Viele Unternehmer sind aus traditionellen Gründen nicht bereit, fremde Personen zu beteiligen ¹⁾.

- 1) Vgl. Charlesworth, H.K. and Hooley, R.W., A Philippines Case Study: problems in financing economic development. The need for an effective capital market, in: International for Multinational Business, Scranton/Pa, 1967, S. 601 und Shin, Glon-Hee, Capital Market and Economic Development - A Study on Policies to promote the Capital Market in Korea, in: Economics, Hrsg. The Korea Economic Association, Vol.III, December 1965, S. 88.

Die breite Masse der Bevölkerung ist noch nicht bereit, ihre Gelder den Banken anzuvertrauen. Viele ziehen es vor, ihre Ersparnisse entweder in Sachwerten oder am unorganisierten Geldmarkt anzulegen. Ferner ist der bargeldlose Zahlungsverkehr in diesen Gebieten noch unterentwickelt. Außerdem betreiben die Staaten in diesen Gebieten zur Entwicklung ihrer Wirtschaft eine Art von "deficit spending". Ihre Zahlungsbilanzen zeigen laufend Defizite, die ihren Grund in negativen Handelsbilanzen finden. Unter diesen Umständen bestehen in diesen Ländern gewisse Schwierigkeiten, das der Zentralbank zur Verfügung stehende Instrumentarium in Anwendung zu bringen.

Die Untersuchung des zentralbankpolitischen Instrumentariums bei den Währungsbanken der Welt ist ein Forschungsvorhaben, das von Professor Dr. Oswald Hahn eingeleitet worden ist. Die Beschäftigung mit dem zentralbankpolitischen Instrumentarium in den ausgewählten ostasiatischen Ländern - Indonesien, Süd-Korea, den Philippinen und Taiwan (Republik China) - bildet einen Teil dieses Projektes.

Die Untersuchung beginnt mit einer Behandlung der finanzwirtschaftlichen Struktur der untersuchten Länder, ohne deren Kenntnis die Wirkungsweise des währungspolitischen Instrumentariums nur schwer verständlich ist.

Das zentralbankpolitische Instrumentarium wird in Verbindung mit konkreten Maßnahmen in den jeweiligen Gebieten speziell untersucht. Dabei werden nicht etwa für westliche Industrienationen angemessene Beurteilungskriterien kritiklos übertragen. Die Systematisierung hat nur Vergleichscharakter, da die wirtschaftlichen Datenkonstellationen der Industrienationen ganz anders sind als die der untersuchten Gebiete, die der Kategorie der Entwicklungsländer entweder angehörten (Taiwan) oder noch angehören. Ferner sind die Zielsetzungen in den hier behandelten vier Ländern anders. Es wird zu zeigen versucht, inwieweit sich die in diesen Ländern angewandten Mittel mit

den Maßnahmen in Industriestaaten identifizieren lassen und inwieweit die Instrumente zur Erreichung der währungs- politischen Ziele geeignet sind. Außerdem werden abweichende oder besonderen Situationen der betrachteten Staaten entsprechende Maßnahmen genannt und in ihrer Wirkung untersucht.

Für die Untersuchung wurden englisch- und deutschsprachige Publikationen herangezogen, die aus den Sprachen der zu untersuchenden Länder übersetzt worden sind. Dabei kann nicht ausgeschlossen werden, daß sich vielleicht Ähnlichkeiten in der Formulierung im Vergleich zu Arbeiten ergeben, die das gleiche Thema behandeln und aus der Übersetzung gleicher Quellen zu erklären sind.

Zur Erörterung der zentralbankpolitischen Instrumente und ihres Einsatzes sind die von den jeweiligen Notenbanken veröffentlichten Wirtschaftsberichte verwandt worden. Da die Wirtschaftsberichte der Zentralbank von Indonesien seit 1968 nicht zugänglich sind, werden Änderungen der währungspolitischen Situationen teilweise anhand anderer Quellen behandelt.

Inhaltsverzeichnis

	<u>Seite</u>
1. Abschnitt: Die Grundlagen des Themas	1
A. Die Charakterisierung der unter- suchten Länder	1
B. Die Charakterisierung der Bankwirt- schaft: Die Geschäftsbanken	3
I. Universalbanken	3
II. Spezialbanken	11
III. Zusammenfassung	14
C. Das Zentralbanksystem	15
I. Die Gründung der Zentralbanken	15
1. Bank Indonesia	15
2. Bank of Korea	16
3. The Central Bank of the Philippines	16
4. The Central Bank of China	17
II. Organisation der Zentralbanken	18
III. Die Ziele der Zentralbanken	21
IV. Bilanzvergleich der Zentralbanken	21
D. Zur Klassifizierung des zentralbankpoliti- schen Instrumentariums in den zu untersu- chenden Ländern	24
2. Abschnitt: Das administrative Instrumentarium der Zentralbank	29
A. Einleitung	29
B. Die Gestaltungsmöglichkeiten von Währungs- hoheit und Zahlungsmittlemission	30
I. Der Umfang der Währungshoheit	30
II. Devisenbewirtschaftung	32
1. Einführung der multiplen Wechselkurse	35
a. Begriffsklärung	35
b. Arten der multiplen Wechselkurse	36
i. Feste multiple Wechselkurse	36
ii. Mischwechselkurssystem (Kurs- aufspaltung)	38
(1) Parallel laufende feste und flexible Wechselkurse	38
(2) Devisenzertifikatsystem mit Devisenrestriktion	40

c. Die Kursentwicklung	42
2. Die Behinderung des laufenden Zahlungsverkehrs	45
3. Importbeschränkungen	45
4. Behinderung des langfristigen Kapitalverkehrs	45
III. Die Gestaltung des Emissionsrechtes von Zahlungsmitteln	46
C. Die Beeinflussung der Giralgeldschöpfung	48
I. Die Einflußfaktoren der Giralgeldschöpfung als Ansatzpunkt	49
1. Die Einwirkung auf die Zahlungssitten	49
2. Die Einwirkung auf den Marktanteil	53
a. Die Anzahl der Banken	54
b. Die Steuerung der Bankgröße	57
1. Die Funktionstrennung im Bankgewerbe	58
(1) Funktionstrennung im Aktivgeschäft	58
(2) Funktionstrennung im Passivgeschäft	59
ii. Die Festlegung und Kontrolle der Bankkonditionen im Passivgeschäft	59
iii. Die Beschränkungen des Einzugsgebietes der Kreditinstitute	64
c. Die Steuerung des Kundenkreises	67
1. Die Steuerung der öffentlichen Einlagen	67
ii. Die Steuerung der Ausländer-einlagen	70
3. Die Einwirkung auf zwischenbankliche Zahlungen	72
II. Die Geldmarktfinanzierung als Ansatzpunkt	73
1. Die Einwirkung auf die inländische Geldmarktfinanzierung	73
2. Die Einwirkung auf die ausländische Geldmarktfinanzierung	74
D. Das Geldschöpfungspotential als Ansatzpunkt	75
I. Die Einwirkung durch Auflagen	76
1. Die Auswahl der Bezugsgrundlage	79
a. Die Aktivposten als Bezugsgrundlage	79
b. Die Passivposten als Bezugsgrundlage	79
2. Die Variierung der Auflagensätze	80
3. Die Festsetzung der auflagefähigen monetären Mengen	82

a. Die Arten der auflagefähigen Aktiva	82
i. Das Guthaben bei der Zentralbank	85
ii. Der Kassenbestand und die Guthaben bei anderen Banken	85
iii. Die Wertpapiere	86
iv. Special Account und Monetary Stabilization Account	87
b. Die Verzinsung der Auflagenwerte	88
4. Die Ermittlung des Auflagensolls	89
II. Die Einwirkung durch Beschränkungen	93
1. Die quantitative Beschränkung	94
a. Die Kreditrichtsätze	94
b. Die Kreditrestriktionen	99
i. Die Begrenzung des Kreditzuwachses	105
ii. Der Kreditstop	106
iii. Der Kreditstop mit Rückführungsaufgabe	108
iv. Die grundsätzliche Kreditsperre	109
v. Die totale Kreditsperre	109
vi. Zusammenfassung	110
c. Die Selektionen als qualitativ-quantitative Beschränkungen	113
2. Die Beschränkungen der Konditionen	123
a. Die Kontrolle des Kreditzinssatzes	123
b. Die Kontrolle der Kreditlaufzeit	125
c. Die Kontrolle der Beleihungsgrenze	126
C. Die Beeinflussung der monetären Mengen der Bankkunden	127
I. Die Einwirkung auf den Kassenbestand	127
1. Die Abschöpfungsaufgabe durch die Währungsreform	127
2. Die Abschöpfungsaufgabe durch Importvorauszahlung	129
II. Die Beschränkung der Kreditaufnahme	130
3. Abschnitt: Das unternehmerische zentralbankpolitische Instrumentarium	131
A. Übersicht über das Instrumentarium	131
I. Der Geschäftskreis der Zentralbank	133

1. Das Aktivgeschäft der Zentralbank	135
2. Das Passivgeschäft der Zentralbank	138
a. Die Geldemission	138
b. Verzinsliche Verbindlichkeiten	139
c. Die Kreditaufnahme im Ausland	139
3. Das Dienstleistungsgeschäft der Zentralbank	140
II. Die Kredit- und Handelsgeschäfte der Währungsbank	141
1. Kreditgeschäfte	141
2. Handelsgeschäft	142
III. Die Absatzpolitik der Währungsbank	144
1. Die Begriffsklärung	144
2. Das absatzpolitische Instrumentarium der Zentralbank	145
a. Die Preispolitik	145
b. Die Qualitätspolitik	146
c. Die Quantitätspolitik	147
B. Die Kreditpolitik der Zentralbank	148
I. Die Diskontpolitik	150
1. Die qualitative Diskontpolitik	151
a. Gegenstand des Diskontgeschäftes der Zentralbank	151
b. Qualitätsfixierung als Mittel institutionierender Diskontpolitik	153
i. Die Regelung der Kreditsicherheiten	153
ii. Die Einflußnahme auf den Verwendungszweck	155
iii. Die Regulierung der Laufzeit	155
c. Qualitätsvariiierung als Mittel funktioneller Diskontpolitik	156
2. Die Diskontsatzpolitik	157
a. Die Formen der Diskontsatzpolitik	157
i. Institutionierende und funktionelle Diskontsatzpolitik	157
ii. Konstatierende und gestaltende Diskontsatzpolitik	158
iii. Die Politik der gestaffelten Diskontsätze	160
(1) Diskontsatzdifferenzierung nach Privaten und nach öffentlichen Titeln	160

(2) Diskontsatzdifferenzierung nach In- und Auslandsgeschäft	161
(3) Diskontsatzdifferenzierung nach Wirtschaftszweigen	161
(4) Differenzierung nach Einreichern	161
b. Die Wirkung von Diskontsatzänderungen in den untersuchten Ländern	162
i. Die binnenwirtschaftliche Wirkung einer Diskontsatzänderung	163
ii. Außenwirtschaftliche Wirkung einer Diskontsatzänderung in den untersuchten Ländern	169
(1) Die Auswirkung der Diskontsatzänderung auf die Warenbewegung	170
(2) Die Auswirkung einer Diskontsatzänderung auf die Kapitalbewegung	170
3. Die quantitative Diskontpolitik	171
a. Begriffsklärung	171
b. Die Formen der quantitativen Diskontpolitik	172
i. Institutionierende und funktionelle Kontingentpolitik	172
ii. Die absolute und relative Rediskontkontingentpolitik	173
iii. Die Unterscheidung der quantitativen Diskontpolitik nach den beiden Grundformen der Kontingentfestsetzung	175
iv. Quantitative Diskontpolitik auf der Ebene Geschäftsbanken/Zentralbank und quantitative Diskontpolitik auf der Ebene Geschäftsbanken/Bankkunde	176
c. Die Wirksamkeit der quantitativen Diskontpolitik	177
II. Lombardpolitik	177
1. Die qualitative Lombardpolitik	178
2. Die Lombardsatzpolitik	181
3. Die quantitative Lombardpolitik	183
III. Emergency Credits	184
IV. Die Staatsfinanzierungspolitik	185
1. Die quantitative Staatsfinanzierungspolitik	185

a. Die Formen der Staatsfinanzierung	185
i. Die Monetisierung der Staatsschuld	186
ii. Die Direktkreditgewährung an den Staat	186
iii. Die Staatstitel-Aufnahme vom Markt	187
b. Die Qualitätsfixierung bei der Staatsfinanzierung	187
2. Die Zinspolitik bei der Staatsfinanzierung	190
3. Die Quantitätspolitik bei der Staatsfinanzierung	191
C. Die Handelspolitik der Zentralbanken in den untersuchten Ländern	193
I. Der Handel in Effekten	193
1. Zweck und Wesen des Effektengeschäfts	193
2. Offenmarktpolitik als Mittel der Währungspolitik	195
a. Die Qualitätsfixierung bei der Offenmarktpolitik	196
i. Der Gegenstand des Effektenhandels am Offenmarkt	196
ii. Die Befristung der am Offenmarkt gehandelten Papiere	198
iii. Marktpartner der Zentralbank am Offenmarkt	198
b. Preisinterventionen an den Effektenmärkten	199
c. Die quantitative Offenmarktpolitik	202
3. Die Gründung von "Stabilisation Fonds" für Staatspapiere	202
4. Die Wirksamkeit der Offenmarktpolitik im Bereich des Effektenhandels	203
II. Der Handel mit Gold	207
III. Der Handel mit Devisen	209
1. Zweck und Wesen des Devisenhandels der Zentralbank	209
a. Qualitative Devisenpolitik	212
b. Preispolitik im Devisenhandel	213
i. Preisfixierung	213
(1) Swapsatzpolitik	213
(2) Die Freigabe des Wechselkurses	215

(3) Paritätsänderung	219
(a) Aufwertung	220
(b) Abwertung	221
ii. Mengenfixierung	223
(1) Intervention am Devisen-	
kassamarkt	223
(2) Intervention am Devisen-	
terminmarkt	226
4. Abschnitt: Das von der Zentralbank als Währungs-	
autorität eingesetzte Instrumentarium	230
A. Einleitung	230
B. Die Arten des von der Währungsbank kraft	
ihrer Autorität eingesetzten Instrumenta-	
riums	231
I. Informationen	231
II. Empfehlungen	234
III. Freiwillige Vereinbarungen	236
C. Die Wirksamkeit von Moral Suasion und	
freiwilligen Vereinbarungen	238
5. Abschnitt: Die Beurteilung der Zentralbank-	
politik	240
A. Administrative Zentralbankpolitik	240
B. Unternehmerische Zentralbankpolitik	253
C. "Autoritative" Zentralbankpolitik	255
 Tabellenverzeichnis	 XI
Literaturverzeichnis	XIV

Tabellenverzeichnis

<u>Nr.</u>		<u>Seite</u>
1	Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben des Staates sowie Ein- und Ausfuhr in vier Ländern	4
2	Das Einlagenvolumen bei Universalbanken der untersuchten Länder in Mrd. WE	8 f.
3	Kreditgeschäfte der Universalbanken der vier Länder in Mrd. WE	10
4	Die Einlagenvolumen bei den Spezialbanken der vier Länder in Mrd. WE	13
5	Die Kreditgewährung der Spezialbanken in den untersuchten Ländern in Mrd. WE	14
6	Übersicht über die Leitungsorgane und deren Ernennungsinstanz der Notenbanken in den untersuchten Ländern	19 f.
7	Übersicht über die von den Zentralbankgesetzen vorgeschriebenen Ziele in den vier Ländern	22
8	Bilanzvergleich der untersuchten vier Zentralbanken	23
9	Multiple Wechselkurse in Indonesien (1964/65)	36
10	Kursspaltung der philippinischen Zentralbank in den Jahren 1960 und 1970	39
11	Die Wechselkursdifferenzierung auf den Philippinen im Jahre 1964	40
12	Die Mischkurse je US-Dollar in indonesischer Währungseinheit	41
13	Die Entwicklung des freien Kurses bzw. des US- $\text{\$}$ -Kurses am schwarzen Markt in den untersuchten Ländern	43
14	Die Entwicklung der offiziellen Wechselkurse in den untersuchten Ländern	44
15	Die Giralgeldquote in den untersuchten Ländern Ende 1970 in Mrd. WE	51
16	Die Entwicklung der Umsätze im Abrechnungsverkehr in den untersuchten Ländern	53
17	Die Zahl der Universal- und Spezialbankstellen in den untersuchten Ländern und ihre Verteilung auf die Einwohner im Jahre 1969	57
18	Die Zinssatzvariierung für die Einlagen in Taiwan	61
19	Varierung des Zinssatzes für die Einlagen in Indonesien	62
20	Die Zinssatzvariierung der Einlagen in Süd-Korea	63

21	Die Zinssatzvariiierung der Einlagen auf den Philippinen	65 f.
22	Übersicht über die staatlichen und ausländischen Einlagen bei den Banken der untersuchten Länder im Jahre 1969	70
23	Die Bezugsgrundlage und die Variierung des Auflagensatzes in den untersuchten Ländern	83 f.
24	Die Reservelage der Geschäftsbanken in den untersuchten Ländern im Jahre 1970 in Mill. WE	91
25	Die festgelegten Kreditrichtsätze der Geschäftsbanken in den untersuchten Ländern	100 ff.
26	Eine kombinierende Wirkung der Auflagen und Beschränkungen auf das Geldschöpfungspotential der Geschäftsbanken in Indonesien	112
27	Die statistischen Angaben der Kreditbegrenzung im Jahr 1959 in Indonesien	114
28	Der Umfang der Kreditgewährung der indonesischen Geschäftsbanken an verschiedene Wirtschaftssektoren in Mrd. Rp	117
29	Die Entwicklung des Kreditvolumens der Geschäftsbanken in Süd-Korea, auf den Philippinen und in Taiwan nach den privaten und öffentlichen Sektoren sowie nach dem Zweck des Kredits in den Jahren 1965-1970	120
30	Übersicht über die Selektionen als qualitativ-quantitative Beschränkungen in den untersuchten Ländern	122
31	Der Stand des Kreditzinssatzes für die ausgewählten Wirtschaftsbereiche der untersuchten Länder 1970	124
32	Vermögenswerte der Zentralbanken der untersuchten Länder in bezug auf die genannten Finanzierungstypen in Prozent	136
33	Die vom Gesetzgeber erlaubten Aktivgeschäfte der Zentralbanken in den untersuchten Ländern	137
34	Das Kreditgeschäft der Währungsbanken von Korea, den Philippinen und Taiwan	143
35	Die Handelsobjekte der Zentralbanken	144
36	Die Objekte des Diskontgeschäfts der Währungsbanken der untersuchten Länder	152
37	Die Entwicklung des Diskontgeschäftes der Geschäftsbanken in den untersuchten Ländern	154
38	Diskontsatzänderung als Mittel der Zentralbankpolitik in der Zeit vom 1.1.1954 bis 31.12.1969 in den untersuchten Ländern	157

39	Basis-Diskontsatzänderung in verschiedenen Jahren in den untersuchten Ländern	159
40	Diskontsatzdifferenzierung nach Wirtschaftszweigen auf den Philippinen	161
41	Der Zinssatz der Bank of Korea von 1952 bis 1971	162
42	Die Entwicklung des Einlagenvolumens der Privaten bei den Geschäftsbanken der untersuchten Länder in Mrd. WE	167
43	Der Kreis der beleihbaren Titel	179
44	Diskont- und Lombardsatz in Süd-Korea, den Philippinen und Taiwan in %	182
45	Die Verschuldung des Staates bei der Wirtschaft in Mill. WE	188 f.
46	Der Kreis des Effektengeschäfts	197
47	Die Höhe der Abgabesätze in den zu untersuchenden Ländern im Jahre 1969	200
48	Übersicht über den Effektenhandel (Staats-titel) ab 1965 in den untersuchten Ländern	206
49	Der Goldbestand der vier Notenbanken	208
50	Durchschnittlicher US-Dollar-Kurs am süd-koreanischen Devisenmarkt	218
51	Die Paritätsänderungen in den untersuchten Ländern	222
52	Der Dollarkassakurs und die Devisenumsätze der philippinischen Zentralbank	225
53	Devisentermingeschäft der philippinischen Zentralbank	228
54	Übersicht über den Umfang und die Anwendung des zentralbankpolitischen Instrumentariums in den untersuchten Ländern	242 ff.

1. Abschnitt: Die Grundlagen des Themas

A. Die Charakterisierung der untersuchten Länder

Die vorliegende Arbeit behandelt die vier ostasiatischen Staaten

Republik China (im folgenden jeweils mit
Taiwan bezeichnet),

Indonesien,

Republik Korea (im folgenden als Süd-Korea oder
vereinfachend Korea bezeichnet),

Philippinen.

Auf eine ins einzelne gehende Analyse dieser Länder kann hier verzichtet werden. Für den Rahmen unserer Untersuchung erscheinen vier Tatbestände erwähnenswert, die zugleich diese Länder charakterisieren.

1. Ohne hier in weitere Einzelheiten über das Wesen eines Entwicklungslandes einzugehen ¹⁾, kann gesagt werden, daß alle vier Länder unter diese Kategorie gerechnet werden: Es genügt für unsere Zwecke, vom Sozialprodukt dieser Länder auszugehen und die übrigen Merkmale zu vernachlässigen ²⁾.

Bereits unter diesem Aspekt zeigen sich jedoch gravierende Unterschiede dieser Länder. An der Spitze steht Taiwan mit einem Pro-Kopf-Volkseinkommen von 300 US-\$, das auch mit an der Spitze der asiatischen Länder steht. Die Philippinen und die Republik (Süd)Korea folgen mit gewissem Abstand und sind insofern auf gleicher Stufe (210 US-\$ Pro-Kopf-Sozialprodukt), während Indonesien mit 100 US-\$ am untersten Ende aller Entwicklungsländer Asiens, Afrikas und Südamerikas steht - noch hinter dem indischen Subkontinent (110 US-\$) ³⁾. Die Gründe für diese Entwicklung im einzelnen aufzuzeigen, würde zu weit führen. Es kann der Hinweis genügen, daß die drei erstgenannten Länder eine besonders intensive Aus-

1) Ringer, Karlernst, Zur Begriffsbestimmung der Entwicklungsländer, in: Entwicklungspolitik, hrsg. v. Hans Besters und Ernst E. Boesch, Stuttgart-Berlin 1966, S. 8 ff.

2) Ebenda.

3) Zahlen entnommen aus: World Bank Atlas, 1971.

landshilfe vor allem der Vereinigten Staaten erfuhren, Korea und vor allem aber Taiwan es verstanden, diese Mittel in etwa so erfolgreich einzusetzen, wie dies Japan und Deutschland unter den Industrieländern getan haben.

2. Damit wird bereits ein zweites Charakteristikum genannt: Taiwan, die Philippinen und Korea gehörten von Anfang an dem westlichen Bündnissystem an, während Indonesien zumindest bis 1965 unter die Kategorie der Pseudo-Neutralen einzuordnen war (bis hin zu einer kurzfristigen Anlehnung an den kommunistischen Block). Eng verbunden damit war in beiden Länder-"Gruppen" die Einstellung zum ausländischen Unternehmertum: positiv in den drei erstgenannten Staaten, ablehnend in Indonesien. Dort wurde durch zahlreiche Nationalisierungsmaßnahmen der ausländische Unternehmer verdrängt und die einheimischen Führungskräfte waren nicht in der Lage, diese Lücke zu füllen. Seit 1965 wird in Indonesien versucht, den Anschluß an die ausländischen Ressourcen wieder zu finden.

3. Eine Gemeinsamkeit aller vier Länder ist, daß sie erst nach 1945 ihre volle Souveränität wiedererlangten. Korea und Taiwan gehörten seit 1895 zu Japan, die Philippinen waren bis 1899 eine spanische Kolonie und seither US-amerikanisches Überseegebiet und Indonesien war Bestandteil des niederländischen Reiches.

4. Trotz der bestehenden Unterschiede in Wirtschaftsstruktur und -entwicklung zeigen die Zahlungsbilanzen und die Staatshaushalte in allen vier Ländern laufende Defizite. Das Haushaltsdefizit ist in jedem Land anders begründet. Die Ausgaben für militärische Zwecke haben an den gesamten Staatsausgaben einen hohen Anteil. Andererseits sollte der Staat zur Entwicklung der Infrastruktur und anderer wirtschaftlicher Vorhaben größere Beträge einsetzen. Das Zahlungsbilanzdefizit findet seinen Ursprung in der Handelsbilanz: Der laufende Bedarf nach Ausrüstungsgütern,

Rohmaterialien und landwirtschaftlichen Erzeugnissen führt zur negativen Handelsbilanz in den betreffenden Ländern. Tabelle (1) gibt einen Überblick über die Einnahmen und Ausgaben des Staates sowie über den Wert der Ein- und Ausfuhr.

Diese Tatsache hat die Bankwirtschaft im allgemeinen und das Zentralbanksystem im besonderen beeinflusst.

B. Die Charakterisierung der Bankwirtschaft: Die Geschäftsbanken

Ohne Zweifel ist das wirtschaftliche Wachstum eines Landes überwiegend von der einheimischen Kapitalbildung abhängig. Die einheimische Kapitalbildung wird durch Finanzierungsinstitute verbessert, die die Aufgabe haben, die Sparbeiträge zu mobilisieren und sie nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten einzusetzen. Die Einrichtung eines funktionsfähigen Banksystems ist also bestimmend für das wirtschaftliche Wachstum und die Basis zur Durchführung einer erfolgreichen Zentralbankpolitik.

Jedes der untersuchten Länder verfügt über Geschäftsbanken, die sich unterschiedlich entwickelt haben. Man kann die Geschäftsbanken in diesen Ländern in zwei Gruppen einordnen: Universalbanken und Spezialbanken.

I. Universalbanken

Unter Universalbanken werden hier alle Geschäftsbanken der jeweiligen Gebiete eingeordnet, die grundsätzlich alle Bankgeschäfte betreiben. Von Bedeutung sind die in den untersuchten Staaten tätigen "Commercial Banks", die den größten Anteil am Finanzgeschehen der betreffenden Wirtschaft haben. Genossenschaften sind überall vorhanden, aber ihr Anteil am gesamten Bankgeschäft ist sehr klein, genauso wie bei den Sparkassen (Taiwan, Indonesien). In Süd-Korea üben die Commercial Banks und Spezialbanken, die als "Depositen-Banken" zusammengefaßt werden, die Aufgaben

Tabelle 1: Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben des Staates sowie Ein- und Ausfuhr in vier Ländern

Land/ Jahr	Staatshaushalt in Mrd. WE			Handelsbilanz in Mill. US-\$		
	Einnahmen	Ausgaben	Saldo (-) Ausgaben (+) Einnahmen	Einfuhr	Ausfuhr	Saldo (-) Einfuhr- (+) Ausfuhr- überschuß
Indonesien	1960 54	61	- 7	577,7	840,8	+ 263,1
	1965 923	2.526	- 1.603	718,2	707,7	- 10,5
	1970 465	458	+ 7	883,4	809,3	- 74,1
Süd-Korea	1960			343,5	32,8	- 310,7
	1965			463,4	175,1	- 288,3
	1970 344,7	373,1	- 28,4	1.984,0	835,2	- 1.148,8
Philip- pinen	1960 1,2	1,4	- 0,2	603,9	560,4	- 43,5
	1965 1,9	2,1	- 1,8	807,6	768,5	- 39,1
	1970 3,1	4,1	- 1,0	1.090,1	1.061,7	- 28,1
Taiwan	1960 10,8	12,2	- 1,4	174,2	252,2	- 78,1
	1965 23,4	22,4	+ 1,0	495,8	555,3	- 59,5
	1970			1.561,7	1.527,7	+ 34,0

Quellen: Indonesian Financial Statistics, Monthly Bulletin, July 1971; Korean Economics Statistics Yearbook 1971; Central Bank of Philippines, Statistical Bulletin, Vol. XXII December 1970; Taiwan Financial Statistics Monthly, August 1971.

der Sparkassen aus. Die Handelsbanken beschäftigen sich in allen Ländern grundsätzlich mit kurzfristigen Kreditgeschäften, jedoch kommt es immer wieder vor, daß sie ihre kurzfristigen Kredite durch Prolongation in mittel- und langfristige Darlehen umwandeln. Das wird damit begründet, daß die Bedürfnisse nach langfristigen Finanzierungen sehr groß sind und die Spezialbanken wegen der geringen Mittel nicht in der Lage sind, diese Bedürfnisse voll zu befriedigen ¹⁾.

In der Kolonialzeit gab es in Indonesien überwiegend ausländische Banken, die den größten Teil der Bankgeschäfte führten. Es existierten zwar einheimische Banken, jedoch waren deren Geschäfte nur von untergeordneter Bedeutung. Nach Erlangung der Unabhängigkeit versuchte die Nationalregierung eine grundlegende Veränderung des Banksystems zu bewirken. Die wichtigsten Änderungen waren vor allem: die aktive Beteiligung der einheimischen Banken am Wirtschaftsgeschehen des Landes, die Nationalisierung der ausländischen Banken, die Reorganisation bestehender und die Gründung neuer Banken ²⁾. Im Jahre 1967 waren etwa 932 Universalbankstellen in Indonesien tätig. Ferner operierten dort zur gleichen Zeit 7800 kleine Geldinstitute ("Secondary Banks"). Sie hatten die Aufgabe, Geschäfte mit Bauern, Fischern, Arbeitern und Handwerksbetrieben abzuwickeln. Außerdem gab es einige Sparkassen, die sich zum Teil in staatlicher Hand befanden wie die in der Kolonialzeit (1898) gegründete Bank Tabungan und die Postsparkasse, zum Teil in privater Hand.

Gegenwärtig sind in Korea private Wirtschaftssubjekte dominierend an den Universalbanken, insbesondere den Commercial Banks, beteiligt. Diese Unternehmungen arbeiten also vorwiegend auf privatwirtschaftlicher Grundlage. Ende 1969 gab es in Korea sechs inländische und sechs ausländische Handelsbanken sowie sieben regionale Geldinstitute mit rund 358 Zweigstellen, Filia-

- 1) Cole, David, New Direction for Banking System, in: Bulletin of Indonesian Economic Studies, Australian, National University Press, Cambera, Vol. V, No. 1, 1969, S. 61.
- 2) Vgl. Charlesworth, H.K., A Banking System in Transition, Djakarta 1959, S. 3 ff.; Arandt, A.W., Banking in Hyperinflation, in: Bulletin of Indonesian Economic Research School of Pacific Studies, Australia National University, Cambera, No. 5, 1966, S. 45; Indonesien Artikel, in: Enzyklopädisches Lexikon für das Geld-, Bank- und Börsenwesen, 2. Aufl., 1. Bd., Frankfurt/M. 1968, S. 589.

len und Agenturen. Die Handelsbanken haben alle ihren Hauptsitz in Seoul und ihre Niederlassungen verbreiten sich über das ganze Land. Ferner operieren in Korea die Genossenschaften, deren Anteil an der gesamten Banktätigkeit wesentlich größer ist als in den anderen drei untersuchten Ländern (vgl. Tabelle 2 und Tabelle 3).

Vor der Unabhängigkeit waren die ausländischen Bankniederlassungen auf den Philippinen nur im Bereich des Außenhandels tätig. In den Händen der Einheimischen lagen die Bankgeschäfte im Binnenhandel. Nach der Entlassung in die Selbständigkeit wurde eine Liberalisierung des Bankensystems durch ein neues Bankgesetz und die Beteiligung der Privatbanken, insbesondere der inländischen Banken, am Wiederaufbau und an der wirtschaftlichen Entwicklung angestrebt. Gegenwärtig operiert auf den Philippinen eine große Anzahl von Handelsbanken, Sparkassen, ländlichen Banken und ausländischen Banken. Im Jahr 1969 waren auf den Philippinen 1.036 Universal- und Spezialbankstellen sowie 1.445 Stützpunkte der staatlichen Postsparkassen tätig. Wenn man die Zahl der Postsparkassen mit berücksichtigt, kommt auf 14.978 Einwohner ein Geldinstitut. Vergleicht man das mit den anderen untersuchten Ländern, ist festzustellen, daß die Zahl der Banken auf den Philippinen nach Taiwan an zweiter Stelle steht (vgl. Tabelle 17). Die Verteilung der Banken auf die Bevölkerung des Landes ist allerdings von Provinz zu Provinz unterschiedlich ¹⁾.

Eine der größten Handelsbanken ist "The Philippine National Bank". Dieses Institut wurde als staatliche Bank 1916 gegründet. Zuerst hat sie als Förderbank, Landwirtschafts- sowie Industriebank ihre Tätigkeit ausgeübt. Als Handelsbank ist sie ab 1948 tätig. Vor der Gründung der Zentralbank hatte sie darüber hinaus das Banknotenregal. Mit 107

1) NN, A Survey of Philippine Banks, in: Business Review, Faculty Club of the College of Business Administration-University of the East, Manila 1965, S. 15 ff.; Juan Quin Quintos, Some Notes on the Philippines Banking System, in: Central Bank News Digest, Vol. XVIII, No. 40, Oct. 1966 Manila, S. 2 ff.

Zweigstellen trägt die philippinische Nationalbank den größten Teil des Bankgeschäfts. So befinden sich etwa 30 % der Gesamtdepositen in ihrer Hand und mehr als 35 % der Gesamtkredite der Handelsbanken werden von dieser Bank gewährt ¹⁾. Ferner verwaltet sie die Regierungsgelder und finanziert als Staatsbank die meisten Entwicklungsprojekte ²⁾.

In Taiwan operierten 1969 insgesamt 985 Bankstellen. Vor den politischen Ereignissen in China waren einige Banken auf Formosa tätig, von denen man die Bank of Taiwan als bedeutendste bezeichnen kann. Sie ist ein staatliches Institut und übte bis 1961 die Funktionen der Zentralbank aus. Als Handelsbank verwaltet sie 30 % der Gesamteinlagen aller Banken Taiwans; ihr Anteil an der Kreditsumme ist etwa gleichgroß (29 %) ³⁾. Auch die Mehrzahl der übrigen Handelsbanken und sämtliche Sparkassen befinden sich im Besitz des Staates ⁴⁾.

Über den Umfang des Einlagen- und Kreditgeschäfts der Universalbanken geben die Tabellen 2 und 3 eine Auskunft.

-
- 1) Calalang, Alfonso, The Philippine National Bank as an Instrument of Monetary Policy, in: Central News Digest, Vol. XX, No. 12, März 1968, S. 2 ff.
 - 2) Bentino, Legarda, Reflections on the Structur of the Philippine Banking System, in: Central News Digest, Vol. XX, No. 37, Aug. 1968, S. 3.
 - 3) Lehmann, Hubert, Wirtschaftsordnung und Entwicklungspolitik in Taiwan, Diss. Bochum 1970, S. 125.
 - 4) Dorn, Armin, Geldwesen und Bankwesen in Republic China, in: Archiv für das Spar-, Giro- und Kreditwesen, Hrsg. Institut für das Spar-, Giro- und Kreditwesen a.d. Universität Bonn, Nr. 3, 1966, S. 16; Yui K.T., Financial Institutions in Taiwan, in: Economic Review issued Bi-Monthly, Bank of China, No. 106, July-Aug. 1965, S. 15 f.

<u>Philippinen</u>									
Handelsbanken	(92,5)	-	(90,7)	-	(89,3)+	-	-	-	-
Privatsektor	1,35	-	2,83	-	5,69+	-	-	-	-
Öfftl.Sektor	0,45	-	1,18	-	1,39	-	-	-	-
Sparkassen	(5,9)	-	(7,5)	-	(7,8)	-	-	-	0,62
	0,11	-	0,33	-	0,62	-	-	-	-
Ländliche Banken	(1,6)	-	(1,8)	x	(2,9)+	-	-	-	0,01
	0,03	x	0,08	-	0,23	-	-	-	-
<u>Taiwan</u>									
Handelsbanken	(83,1)	3,30	(80,1)	9,02	(85,2)	18,55	-	45,61	-
Privatsektor	7,24	-	24,86	-	65,82	-	-	-	-
Öfftl.Sektor	3,10	-	6,87	-	20,84	-	-	-	-
Sparkassen	(4,3)	-	(6,2)	-	(4,8)	-	-	-	-
	0,54	-	2,45	-	4,96	-	-	-	-
Genossenschaften	(10,9)	0,36	(13,7)	1,19	(10,0)	2,91	-	7,14	-
	1,36	-	5,41	-	10,05	-	-	-	-

+ Juni 1970
x unter 5 Mill.

Quellen: Indonesian Financial Statistics, Monthly Bulletin, July 1971; Korea Economic Statistics Yearbook 1970; Central Bank Statistical Bulletin, Vol. XXII December 1970; Taiwan Financial Statistics Monthly August 1971.

Tabelle 3: Kreditgeschäfte der Universalbanken der vier Länder
in Mrd. WE (in %)

Land/ Banken	1960	1965	1970
<u>Indonesien</u>			
Handelsbanken	17,80	0,74 (93,7)	303,14 (99,6)
Sparkassen	-	0,01 (1,2)	1,00 (0,3)
Secondary Banks	-	+ (0,1)	0,24 (0,1)
<u>Süd-Korea</u>			
Handelsbanken	11,95 (46,7)	37,46 (65,4)	441,79 (80,4)
Genossenschaften	12,84 (53,3)	19,82 (34,6)	105,08 (19,6)
<u>Philippinen</u>			
Handelsbanken	1,45 (93,5)	3,87 (91,9)	7,58 (88,0)
Sparkassen	0,04 (2,3)	0,12 (2,8)	0,31 (3,7)
Ländliche Banken	0,06 (4,2)	0,22 (5,3)	0,49 ^x (8,3)
<u>Taiwan</u>			
Handelsbanken	4,80 (79,2)	18,72 (79,2)	55,88 (83,6)
Sparkassen	0,37 (6,1)	1,86 (7,9)	4,40 (6,6)
Genossenschaften	0,99 (14,7)	3,05 (12,9)	6,55 (9,8)

+ unter fünf Mill.

x Juni 1970

Quellen: Indonesien Financial Statistic, Monthly Bulletin, July 1971;
Economic Statistic Yearbook 1970; Central Bank Statistical
Bulletin, Vol. XXII, December 1970; Taiwan Financial Sta-
tistics Monthly, August 1971.

II. Spezialbanken

Die Spezialbanken sind in allen vier Staaten Entwicklungsbanken (in Taiwan Industriebanken), Devisenbanken und manchmal Kreditgenossenschaften wie in Süd-Korea¹⁾. Sie sind vor allem staatliche Banken mit zentralen Aufgaben, nämlich der Finanzierung der speziellen Wirtschaftsprojekte und der Ausübung der Außenhandelsfinanzierung (Devisenbanken).

In Indonesien werden die Entwicklungsbanken in staatliche, private und regionale Entwicklungsbanken aufgeteilt. Es entstanden dort 1967 eine staatliche Entwicklungsbank mit 29 Zweigstellen, eine private Entwicklungsbank und 23 regionale öffentliche Entwicklungsbanken.

Die koreanische Entwicklungsbank wurde 1954 reorganisiert. Früher war sie als Industriebank tätig. Sie befindet sich im Eigentum des Staates und gewährt Darlehen an Unternehmen der Schlüsselindustrie. Ihre Passivgeschäfte beschränken sich auf das vom Staat eingezahlte Kapital, Verwaltung von Reservefonds, Aufnahme von Großdarlehen (von Staat, Zentralbank und Ausland), Ausgabe von Schuldverschreibungen und - soweit erhältlich - Annahme von Einlagen. Neben den Entwicklungsbanken operieren in Korea als Spezialbanken auch die Bank für Klein- und Mittelindustrie, Kreditgenossenschaften und die Devisenbank. Erstere gewährt den Klein- und Mittelbetrieben finanzielle Unterstützung, während die Kreditgenossenschaften den Bauern und Fischern kurzfristige Kredite zur Verfügung stellen. Die Devisenbank hat sich auf Außenhandelsgeschäfte spezialisiert²⁾.

Die Spezialbanken sind auf den Philippinen ländliche Geldinstitute (Rural Banks) und Entwicklungsbanken. Zur Mobilisierung der finanziellen Ressourcen der Dörfer und Gemein-

1) Song, Chang-Jin, Die Neugestaltung des koreanischen Bankwesens nach dem zweiten Weltkrieg, ihre Notwendigkeiten und Auswirkungen, Diss. München 1962, S. 98 ff.

2) Economic Progress in Korea 1968, S. 22 und 25 f.

den haben die ländlichen Banken entscheidende Bedeutung. Diese Banken helfen den Verbänden sowie den Sparfonds (saved funds) der Gemeinden zur Erfüllung ihrer Kredit- und Depositengeschäfte. Sie ermöglichen den Bauern und anderen Produzenten, den Fonds zu benutzen und Kredite in Anspruch zu nehmen. Außerdem versuchen sie durch günstige Depositenbedingungen die Spartätigkeit in den Dörfern anzuregen ¹⁾.

The Development Bank of the Philippines hat die Aufgabe, die industrielle Entwicklung im Lande voranzutreiben und die unterentwickelte Industrie zu fördern. Ferner finanziert diese Bank die staatlichen Projekte und gewährt zugleich landwirtschaftliche Kredite. Neben dieser staatlichen Bank operierten Ende 1969 etwa 50 private Entwicklungsbanken ²⁾.

Die Spezialbanken in Taiwan werden in drei Gruppen aufgeteilt: Banken, deren Aufgabenbereich im Außenhandel liegt; Banken, die sich auf den Bereich Industrie, Bergbau und Verkehr spezialisiert haben und schließlich Banken mit speziellen Aufgaben im landwirtschaftlichen Bereich. An allen diesen Banken ist die Regierung mehrheitlich beteiligt ³⁾.

Die Tabellen 4 und 5 geben über den Umfang der Einlagen- und Kreditgeschäfte der Spezialbanken in diesen Ländern einen Überblick.

1) Nari, I., Philippine Economic Development, in: Central Bank News Digest, Vol. XIX, No. 8, März 1967, S. 3.

2) NN, Role of Development Banks in the Food Production Programm, in: Central Bank News Digest, Vol. XX, No. 30, Juli 1968, S. 2 ff.; Licaros, Gregorie S., The Role of Development Bank of the Philippines, in: Philippine Economy and Industrial Journal, July-Aug. 1967, S. 4 ff.

3) Lehmann, Hubert, a.a.O., S. 125.

Tabelle 4: Die Einlagenvolumen bei den Spezialbanken der vier Länder in Mrd. WE

Land	1960			1965			1970	
	Summe	Sichtein-lagen	Termin-u. Spar-einlagen	Summe	Sichtein-lagen	Termin-u. Spar-einlagen	Summe	Sichtein-lagen
<u>Indonesien</u>								
priv. Einlagen	-	-	-	0,02	0,02	+	11,35	7,83
öfft. Einlagen	-	-	-	-	-	-	0,11	0,11
								3,52
<u>Süd-Korea</u>								
priv. Einlagen	2,60	1,32	1,28	21,83	11,95	8,88	274,57	83,59
öfft. Einlagen	0,23	0,22	0,01	2,38	2,04	0,34	3,98	3,54
								190,98
<u>Philippinen</u>								
priv. Einlagen) öfft. Einlagen)	+	-	-	0,03	-	-	0,32	-
								-
<u>Taiwan x</u>								
priv. Einlagen) öfft. Einlagen)	-	-	-	2,84	-	-	5,14	-
								-

+ unter fünf Mill.

x Department of Farmer Association

Quellen: Indonesien Financial Statistic, Monthly Bulletin, July 1971; Korean Economic Statistic Year-book 1971; Central Bank of Philippines Statistical Bulletin, Vol. XXII, December 1970; Taiwan Financial Statistics Monthly, August 1971.

Tabelle 5: Die Kreditgewährung der Spezialbanken in den untersuchten Ländern in Mrd. WE

Land	1960	1965	1970
Indonesien	-	0,01	31,00
Süd-Korea	12,75	34,61	164,98
Philippinen	-	2,46	4,17
Taiwan +	0,14	3,25	5,74

+ Department of Farmer Association and China Development Corporation

Quellen: Indonesien Financial Statistic, Monthly Bulletin, July 1971; Economic Statistics Yearbook, 1971; Central Bank Statistical Bulletin, Vol. XXII, December 1970; Taiwan Financial Statistics Monthly, August 1971.

III. Zusammenfassung

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß die Universalbanken die eigentlichen Partner der Zentralbanken in Industrieländern sind, während in Entwicklungsländern aber auch die Spezialbanken in die Währungspolitik eingeschaltet werden. Spezielle Verhältnisse gelten in Indonesien: 1965 wurden dort verschiedene, zuvor verstaatlichte Banken mit der Zentralbank zur "Bank Negara Indonesia Unit I" vereinigt und jede Bank bildete eine Section in dieser Großfusion ¹⁾. Eine Gemeinsamkeit dieser Länder ist, daß die Tätigkeit der Commercial Banks sich auf die Stadt und das Geschäft mit Industrie und großen Handelsunternehmungen konzentriert. Deswegen wurde überall die Gründung von Genossenschaften und ländlichen Banken (Philippinen) für das breite Land, den Mittelstand und die ärmeren Schichten gefördert. Zugleich sollte damit eine dritte Gruppe von Finanzierungseinrichtungen getroffen werden: die Geldverleiher und alle Anbieter der unorganisierten Finanzmärkte, die dem Zugriff und der Kontrolle der Notenbanken entzogen sind ²⁾.

1) Report of Bank Indonesia, 1960-1965, S. 51 ff.; N.N., Indonesien, Zentralbank keine Geschäftsbank mehr, in: Außenhandelsdienst, 22. Jg. H 23, Frankfurt/M. 6.6.1968, S. 503.

2) U tun Wai, Interest Rates Outside the Organised Money Market, in: International Monetary Fund - Staff Paper, Vol. VI 1957, S. 82; Raymon Firth, Formation and Management of Peasant Societies, in: Capital, Saving and Credit in Peasant Societies, Hrsg. Raymon Firth, 2. Aufl. London 1964, S. 20.

C. Das Zentralbanksystem

I. Die Gründung der Zentralbanken

1. Bank Indonesia

Die indonesische Zentralbank ist eines der ältesten Geldinstitute in Asien überhaupt. Sie wurde während der niederländischen Kolonialzeit unter dem Namen Java Bank im Jahre 1827 gegründet. Ihre hauptsächlichen Funktionen waren die Finanzierung der Großunternehmen und die Ausübung des Geldregals. Ferner sollte sie eine generelle Übernahme des Währungssystems der Niederlande durchführen. Die Java Bank hat bis zur Unabhängigkeit Indonesiens mehrere Reorganisationen und Änderungen erlebt. Sie war mehr als Privatbank konzipiert. Da die Öffentlichkeit wenig Interesse am Erwerb ihrer Aktien gezeigt hat, übernahm die damalige Regierung ihre Aktien. So wurde die Java Bank zu einer halbstaatlichen Zentralbank. 1891 bekam sie das Recht, Handelsgeschäfte zu betreiben und nahm ausländische Wechsel in den Kreis ihrer Handelsobjekte auf. Unterdessen eröffnete sie eine Handelsabteilung, die auch zum Devisenhandel mit Privaten beauftragt war. Ferner gewährte sie kurzfristige Kredite an die damalige westindische Regierung. Die bankpolitischen Maßnahmen wurden allerdings in den Niederlanden getroffen und die Java Bank hatte nur die Funktion, einen offiziellen Wechselkurs zwischen dem westindischen Gulden und dem niederländischen Gulden zu erhalten. Nach der Unabhängigkeit übte sie weiterhin ihre Funktionen als Zentralbank und Handelsbank aus. Sie wurde dann im Jahre 1951 verstaatlicht und in "Bank Indonesia" umbenannt. Ihr Arbeitsbereich wurde durch ein Gesetz im Jahre 1953 neu festgesetzt. Das Handelsgeschäft wurde an andere Banken übertragen. Von 1953 bis 1968 sind wiederum einige Reorganisationen und Änderungen bei der Bank Indonesia vorgenommen worden. So wurde sie bei der Zusammenfassung aller staatlichen Banken unter einen Namen in "Bank Negara Indonesia I" umbenannt. 1968 erhielt sie ihren alten Namen wieder; ihre Aufgaben wurden durch ein neues Gesetz festgelegt. ¹⁾

1) Higgins, Benjamin A. und Hollinger, William C., Central Banking in Indonesia, in: Central Banking in South and

2. Bank of Korea

Die Zentralbank von Korea hat auch Änderungen und Reorganisationen hinnehmen müssen. Die erste Zentralbank (Bank von Korea) wurde im Jahre 1909 während der Yi-Dynastie gegründet. Eine Umbenennung dieser Bank in "Bank von Tschosum" erfolgte im Jahre 1911 durch die Entscheidung der japanischen Besatzungsmacht. Die Bank hatte das Emissionsrecht und betrieb direkte Kreditgeschäfte, die Rediskontierung von Banktiteln und die Finanzierung der Regierung. Sie war Währungsbank und Handelsbank zugleich. Ihre währungspolitischen Maßnahmen mußten unter Aufsicht der Japaner getroffen werden. Ein Gesetz, das den Aufgabenbereich dieser Bank definierte, existierte nicht.

Im Jahre 1950 wurde die "Bank von Tschosum" durch die (zweite) Bank von Korea abgelöst. Diese übernahm die Aktiv- und Passivgeschäfte der aufgelösten Bank und setzte ihre Aufgaben als Währungsbank fort. Es war beabsichtigt, eine echte Zentralbank ohne Direktgeschäft nach dem Muster der Philippinen und Ceylons zu errichten, die zur Entwicklung der Wirtschaft und des Geldmarktes aktiv beitragen und die herrschende Inflation überwinden sollte. Über die Richtlinien und die Durchführung der Währungspolitik wird unter direkter Kontrolle des Finanzministers im Währungsrat entschieden ¹⁾.

3. The Central Bank of the Philippines

Die philippinische Zentralbank hat aufgrund des Republic Act 265 von 1948 ihre Geschäfte im Jahre 1949 aufgenommen. Ihre Gründung erfolgte nach dem Muster der Zentralbank Paraguays, Guatemalas und Ceylons. Vor der Gründung der

East Asia, hrsg. v. Gethy Davis, Hong-Kong 1960, S. 53 ff.; Charlesworth, H.K., A Banking System ..., a.a.O., S. 3 ff.; Indonesien, Artikel, in: Enzyklopädisches Lexikon für das Geld-, Bank- und Börsenwesen, a.a.O., S. 769 f.; vgl. Report of Bank Indonesia, 1960 - 1965, S. 51 ff.; Report of Bank Negara Indonesia Unit I, 1966 - 1967, S. 32 ff.; Bank Indonesia Act No. 13 of 1968, Art. 7, 8, 9.

- 1) Byong K. Kim, Central Banking in Korea, in: Central Banking in South and East Asia, a.a.O., S. 87. Ferner Song, C.J., Die Neugestaltung des koreanischen Bankwesens, a.a.O., S. 26 ff.; Korea, Artikel, in: Enzyklopädisches Lexikon für das Geld-, Bank- und Börsenwesen, a.a.O., S. 1036.

philippinischen Notenbank existierte praktisch keine Institution, die die Funktionen einer Zentralbank wahrnehmen und entsprechend des industriellen und kommerziellen Bedarfs die Wirtschaft mit dem notwendigen Geld versorgen konnte. Das damalige Währungssystem war nicht in der Lage, die finanzielle Nachfrage bei den verschiedenen Wirtschaftssektoren zu beeinflussen. Die Geschäftsbanken konnten nicht über die ihnen zur Verfügung stehenden Mittel hinaus mit ihren Kunden Kreditgeschäfte betreiben, da ihnen eine Institution fehlte, die ihnen Krediterleichterungen und Refinanzierungsmöglichkeiten gewährte. Ferner unterlagen sie keiner Kreditbeschränkung¹⁾. Die Banknotenausgabe wurde von der philippinischen Nationalbank wahrgenommen.

4. The Central Bank of China

Die Zentralbank von China wurde im Jahre 1924 in Kanton gegründet. Diese Bank hat viele Änderungen und Umorganisationen erlebt. So wurde sie im Jahre 1928 in "Nationalbank" (National Bank) umbenannt und ihr Sitz nach Schanghai verlegt. Ihre Aufgaben und ihr Arbeitsbereich wurden erstmalig durch das Zentralbankgesetz festgelegt. Sie erhielt das Notenprivileg, übernahm die Bankreserven und durfte zugleich allgemeine Bankgeschäfte durchführen. Ferner wurde ihr die Kontrolle des Außenhandels übertragen.

Nach der Proklamation der Nationalregierung in Taiwan mußte die Zentralbank von China neben anderen Staatsbanken ihre Tätigkeit in Taiwan fortführen. Bis 1961 führte sie jedoch nur einen Teil ihrer Funktionen, wie die Überwachung des Banksystems, aus. Die übrigen Aufgaben wurden von der Bank of Taiwan (einer früheren provinziellen Notenbank) wahrgenommen.

1) Roberto, Y. Garcia, Policies of the Central Bank, in: Central Bank News Digest, Vol. XXI, No. 26, Juni 1969, S. 2 ff.; Amando A. Castro, Central Banking in the Philippines, in: Central Banking in South and East Asia, a.a.O., S. 170; Philippinen, Artikel, in: Enzyklopädisches Lexikon für das Geld-, Bank- und Börsenwesen, a.a.O., S. 1362.

Ab Juli 1961 wurde die Bank of China reaktiviert und ihre Funktionen durch die "Guide Line" festgesetzt. Sie betreibt als reine Zentralbank kein Direktgeschäft mehr. Als Geschäftspartner kommen nur die Regierungsstellen, Banken und andere Finanzinstitute sowie die ausländischen Geldinstitute in Betracht. Obwohl sie das Recht zur Banknotenemission erhalten hat, gibt die Bank of Taiwan weiterhin im Auftrag der Zentralbank of China Banknoten aus, jedoch schlägt sich die Geldemission in der Bilanz der Zentralbank nieder ¹⁾. Es soll damit die Fiktion einer gesamtchinesischen Bank gewahrt werden.

II. Organisation der Zentralbanken

Alle genannten Zentralbanken sind staatliche Institutionen. Da ihnen grundsätzlich eine Aktionärsversammlung fehlt, werden die währungspolitischen Entscheidungen im Währungsrat und in den Exekutivorganen getroffen. Sie sind also Währungsbanken mit "verbundener Leitung" (Typ II) ²⁾. Während in Taiwan der Gouverneur den Vorsitz des Währungsrates von der Bank of China führt, ist in den anderen drei Ländern der Finanzminister der Vorsitzende des Währungsrates. Dieser Tatbestand führt dazu, daß die jeweiligen Notenbanken beim Füllen ihrer Entscheidungen stark von den wirtschaftspolitischen Vorstellungen ihrer Regierungen abhängig sind. Obwohl eine derartige Verpflichtung in institutioneller Form in Taiwan nicht existiert, koordiniert auch die Zentralbank von China ihre Währungspolitik mit der Wirtschaftspolitik der Nationalregierung. Die Tabelle 6 gibt eine Übersicht über die Zusammensetzung der leitenden Organe und deren Ernennungsinstanz in den untersuchten Ländern.

-
- 1) Dorn, Armin, Geldwesen und Banksystem in der Republic of China, a.a.O., S. 15 ff.; Chang, T.K., Centralbanking in China, in: Central Banking in South and East Asia, a.a.O., S. 27; Hon, P.Y. Hsu, Reaktivierung of the Central Bank of China, Taipei, 1961, S. 1 ff.
 - 2) Hahn, Oswald, Währungsbanken der Welt, Institution und Organe, Band I, Stuttgart 1968, S. 98 und 105 ff.

Zahl der Mitglieder	5 - 7	7	2	7: Gouverneur und sechs weitere Managing Directors
Ernennungsinstanz	Staatspräsident auf Vorschlag des Währungsrats	Währungsrat auf Vorschlag des Gouverneurs	Gouverneur mit der Zustimmung des Währungsrats	Die Managing Directors werden aus Mitgliedern des Währungsrats von der Nationalregierung berufen
Leiter	G o v e r n e u r			
<u>Aufsichtsrat</u> Bezeichnung	-	-	-	Board of Supervisor
Zahl der Mitglieder				7
Ernennungsinstanz				Nationalregierung
Leiter				Gouverneur
<u>Zentralbanktyp</u>	II	II	II	II

Quellen: Zusammengestellt aus den jeweiligen Zentralbankgesetzen und den Angaben bei Hahn, Oswald: Währungsbanken der Welt, Bd. I, a.a.O., S. 98 und 105 ff.

III. Die Ziele der Zentralbanken

Die Ziele der Notenbanken der untersuchten Länder lassen sich aus ihren Aufgaben ableiten, die durch die Bankgesetze aufgeführt worden sind ¹⁾. In Anlehnung an Otto Veit und Oswald Hahn wird hier zwischen "endogenen" und "exogenen" Zielen unterschieden ²⁾. Während die endogenen Ziele von der Aufrechterhaltung der inneren und äußeren Geldwertstabilität ausgehen, sind die Aufrechterhaltung der Vollbeschäftigung und die Unterstützung der Wirtschafts- und Finanzpolitik des Staates exogene Ziele ³⁾. Welche Ziele in den vier Staaten im Vordergrund stehen, ist von Land zu verschieden (vgl. Tabelle 7). Die Zentralbanken von Indonesien und Süd-Korea geben den exogenen gegenüber den endogenen Zielen den Vorrang, während bei der philippinischen Notenbank die endogenen Ziele an erster Stelle stehen. Bei der Zentralbank von China sind beide Zielgruppen gleichrangig. Unter diesem Aspekt kann man die Bank Indonesia und die Bank of Korea zu den Währungsbanken mit exogener Zielsetzung und die Bank of the Philippines den Währungsbanken mit endogener Zielsetzung zurechnen. Die Central Bank of China wird unter die Währungsbanken mit neutraler Zielsetzung eingeordnet.

IV. Bilanzvergleich der Zentralbanken

Mit der Tabelle 8 ist der Versuch unternommen worden, einen Überblick über die Geschäftsstruktur der einzelnen Notenbanken zu vermitteln. Zugleich ist aber der prozentuale Anteil der wichtigsten Positionen im Verhältnis zu der Bilanzsumme der jeweiligen Zentralbanken gegenübergestellt. Ein Vergleich der einzelnen Posten und deren Beurteilung läßt sich schwer durchführen, da einerseits die wichtigsten Bilanzpositionen im Lauf der Zeit starken Änderungen unterworfen sind und andererseits die Bilanzgliederungen nicht einheitlich sind. Der Bilanzvergleich kann zur Typisierung der Zentralbanken herangezogen werden ⁴⁾ (vgl. S. 135 ff.).

1) Indonesien Art. 7; Korea Art. 3; die Philippinen Sec. 2 und Taiwan, Ziff. 2 Guide Line.

2) Veit, Otto, Grundriß der Währungspolitik, 3. Aufl. Frankfurt/M. 1969, S. 31. - Hahn, Oswald, Die Währungsbanken der Welt, Bd. II, Die Abhängigkeit der Zentralbankleitung, Stuttgart 1968, S. 49; ders., Das Instrumentarium der Währungsbank, Heft I, Rückersdorf 1968, S. 39 f.

3) Ebenda.

4) Vgl. Hahn, Oswald, Das Instrumentarium, a.a.O., Heft III, 1970, S. 213 ff.

Tabelle 7: Übersicht über die von den Zentralbankgesetzen vorgeschriebenen Ziele in den vier Ländern

Institute	Ziele		Vorrangstellung der endogenen Ziele vor den exogenen	Vorrangstellung der exogenen Ziele vor den endogenen	gleichrangige Stellung beider Ziele
	endogene	exogene			
Bank Indonesia	die innere Geldwertstabilität wird betont	Vollbeschäftigung, Produktionssteigerung, Wirtschaftsentwicklung und Erhöhung des Lebensstandards der Bevölkerung	-	-	nach dem neuen Bankgesetz sind beide Ziele gleichrangig aufgeführt
Bank of Korea	die innere und äußere Geldwertstabilität ist gleichrangig	Vollbeschäftigung, Produktionssteigerung, Wirtschaftsentwicklung	-	-	-
Central Bank of the Philippines	gleichrangige innere und äußere Geldwertstabilität	Vollbeschäftigung, Produktionssteigerung und Erhöhung der realen Einkommen	^x (in der Praxis sind auch die endogenen Ziele bevorzugt)	-	-
Central Bank of China	gleichrangige innere und äußere Geldwertstabilität	Produktionssteigerung, Wirtschaftsentwicklung und Erhöhung des Volkseinkommens	-	-	-

Tabelle 8: Bilanzvergleich der untersuchten vier Zentralbanken (Bilanzpositionen in % der Bilanzsumme)									
Aktiva	Indo- Korea Philip- Taiwan nesien pinen			Passiva					
	Indo- nesien	Korea pinen	Philip- pinen	Taiwan					
Gold und Auslandsfor- derungen (netto)	2,4	0,4	20,0	41,3	Banknoten	37,8	41,0	45,0	22,1
Kasse	-	4,1	-	0,1	Eigenkapital	1,6	4,4	5,0	1,0
Wertpapiere	-	3,0	38,3	-	Einlagen von:			13,3	
Wechsel	-	31,0		14,8	Kreditinstituten	6,5	36,3		25,2
Lombardforderung	-	42,4	33,3		Öfftl. Hand	9,2	11,0		13,2
Kassenkredit	46,2 ^a				Importvorauszahlung	7,9	0,9	-	-
Forderung an Regie- rung	21,3	11,1		8,4	sonstige Einlagen	-	4,2 ^b	-	2,1 ^c
Forderung an IMF	13,3	0,8	-	-	Verbindlichkeiten an IMF	24,3	0,7	6,7	-
Sonstige	14,8	7,2	8,4	35,4	Zentralbankpapiere	0,5	0,1	-	-
					Sonstige	12,2	1,3	30,0	36,4

a) Kredit an Banken, an öffentliche Unternehmen

b) Ausländische, private Einlagen und Monetary Stabilisation Accounts

c) Sino-American Development Fund Deposit

Quelle: Die Bilanzen der jeweiligen Zentralbanken.

D. Zur Klassifizierung des zentralbankpolitischen Instrumentariums in den zu untersuchenden Ländern

Zur Ausübung ihrer eigentlichen Aufgabe, nämlich der Sicherung der inneren und äußeren Wertstabilität der heimischen Währung, sieht die Zentralbank die Liquidität des Bankensystems bzw. die der Gesamtwirtschaft ¹⁾ oder, nach Oswald Hahn", die "aktuellen und potentiellen monetären Mengen" sowie die "Verhaltensweisen der Mengenbesitzer" ²⁾ als Angriffsziel ihrer Währungspolitik. Zur Realisierung dieser Aufgabe hat sie eine Vielfalt von Mitteln zur Verfügung.

"Die einzelnen Arten und Maßnahmen der Kreditpolitik, die sowohl restriktiv als auch expansiv, qualitativ oder quantitativ, selektiv oder global, einzeln oder kombiniert mit anderen Notenbankinstrumenten angewandt werden können, lassen sich kaum in ein bestimmtes Schema bringen, besonders da ihre Möglichkeiten noch keineswegs erschöpft sind." ³⁾

Aus diesem Zitat kann man entnehmen, wie problematisch die Klassifizierung und die Systematisierung dieser Instrumente ist, über die es in der Literatur keine einheitliche Ansicht gibt. Oswald Hahn weist in seinem "Instrumentarium der Währungsbank" auf diese uneinheitliche Zusammenstellung der jeweiligen Instrumente hin. ⁴⁾ Er

1) Otto Veit, Grundriß, a.a.O., S. 20.

2) Hahn, Oswald, Das Instrumentarium der Währungsbank, Heft I, Rückersdorf 1968, S. 24.

3) Beck, H.: Kommentar zum Bundesbankgesetz, Düsseldorf 1959, S. 262.

4) Hahn, Oswald, Das Instrumentarium der Währungsbank, Heft I, a.a.O., S. 59 ff. Es gibt eine Reihe von Klassifizierungen, die nach den unterschiedlichen Gesichtspunkten aufgebaut worden sind, wie "marktwirtschaftliche" und "zentralverwaltungswirtschaftliche Mittel", "bankmäßige und administrative Instrumente", "quantitative und qualitative Kreditkontrolle" bzw. "Kreditbeschränkung", "direkte und indirekte Kontrolle" u.a. Vgl. hierzu Albrecht Forstmann, Geld und Kredit, 2. Teil: Die Anwendung der Geld- und Kredittheorie, Göttingen 1952, S. 648 ff.; Otto Veit, Grundriß der Währungspolitik: Das Instrumentarium der Kreditlenkung, Frankfurt/M., 3. Aufl., 1969, S. 267 ff.; Hanns Linhardt, Kreditkontrolle, Essen 1954, S. 19.; ders., Kritik der Währungs- und Bankpolitik, Köln-Opladen, 1. Bd. 1963, S. 18.; ders., Bankbetriebslehre, 1. Bd., Köln-Opladen 1957, S. 165 ff.; Kurt Klein, Die Kreditplafondierung, eine geld- und kreditpolitische Notwendigkeit, Berlin 1967, S. 19 ff.; Günter Schmolders, Geldpolitik, 2. Aufl. 1968, S. 260 ff.; Hanns Linhardt, Die Kreditpolitik Bank deutscher Länder, in: Kredit der Währungs- und Bankpolitik, Köln-Opladen 1963, S. 215 f.; Köhler, C.: Orientierungshilfen für die Kreditpolitik, Berlin 1968, S. 23 ff.; Graebner, Wolfgang, Direkte Kontrollen als Mittel der Geldpolitik, Köln-Opladen 1966, S. 14 ff.

versucht, eine systematische Gliederung der Notenbankmaßnahmen vorzunehmen, "da sich nur bei einer systematischen Aufgliederung ihre Möglichkeiten und Grenzen als Mittel der Geldpolitik erkennen lassen." ¹⁾ Oswald Hahn ist der Ansicht, daß "jede Systematik ... die Gefahr von Überschneidungen in sich (trägt), was insbesondere für das währungspolitische Instrumentarium gilt. Außerdem verbirgt sich hinter jedem System die persönliche Einstellung des Autors zu den Dingen, seine persönliche Ansicht über die Zweckmäßigkeit der Behandlung des Stoffgebietes." ²⁾ Darüber hinaus wird eine systematische Gliederung der Instrumente dadurch erschwert, "daß die oft kombiniert mit Ausnahmen und Übertragungen eingesetzt werden." ³⁾

Ehe eine Systematik der Zentralbankmaßnahmen in den zu untersuchenden Ländern unternommen wird, wäre es zuerst angebracht, die Einteilung dieser Maßnahmen zu schildern, die von den Gesetzgebern der jeweiligen Länder vorgenommen worden sind.

In dem neuen indonesischen Zentralbankgesetz ist eine systematische Gliederung und Trennung der zentralbankpolitischen Instrumente nicht zu finden. Vielmehr sind diese Mittel teils unter den Aufgaben der Bank Indonesia (Kapitel X), teils unter den Geschäftsarten dieser Bank (Kapitel XI) aufgeführt.

Der Gesetzgeber hat in Süd-Korea die Maßnahmen der koreanischen Zentralbank unter die Geschäftsausübung dieser Bank eingeordnet. Unter anderem sind die Geschäftskreise der Zentralbank in Süd-Korea wie folgt aufgezählt:

Sec. 1. Die Notenausgabe

Sec. 2. Mindestreserveauflage, Fixierung und Variierung
des Auflagesatzes, Scheckverrechnung der Geschäfts-

1) Graebner, Wolfgang, Direkte Kontrollen, a.a.O., S. 44.

2) Hahn, Oswald, Das Instrumentarium der Währungsbank, Heft I, a.a.O., S. 54.

3) Nowak, Richard: Systematik und Abgrenzung der direkten Kreditkontrolle im Rahmen der Führungspolitik, in: Betrieb in der Unternehmung, Festschrift für W. Rieger, Stuttgart 1963, S. 434.

banken, Ermittlung des Auflagesatzes und Erhaltung der Bankenreserve.

Sec. 3. Selektive Kreditkontrolle der Geschäftsbanken.

Sec. 4. Kreditgeschäft mit den Geschäftsbanken.

Sec. 5. Effektenhandel am Offenen Markt

Sec. 6. Einlagepolitik

Sec. 7. Verbot des Direktgeschäfts.

Sec. 8. Zusammenfassender Überblick über die Währungs- und Kreditpolitik sowie das Devisengeschäft.

Die Aufzählung des notenbankpolitischen Instrumentariums ist auf den Philippinen relativ ausführlicher als in den anderen drei Ländern. Bei dieser Aufzählung ist zu bemerken, daß die Notenausgabe durch die Zentralbank nicht in die zentralbankpolitischen Maßnahmen eingeordnet worden ist, sondern sie ist unter den Passivgeschäften der Zentralbank aufgeführt (Kapitel II, Art. III ff.). Der Gesetzgeber ist bei der Gliederung der Instrumente folgendermaßen vorgegangen:

Kapitel III. Das zentralbankpolitische Instrumentarium

Art. II. Das Gold- und Devisengeschäft: An- und Verkauf von Gold und Devisen, devisenpolitische Maßnahmen wie Preisfixierung, Mengenfixierung und Devisengeschäft mit ausländischen Unternehmungen.

Art. III. Regulierung der Devisengeschäfte der Banken: die des Höchst- und Niedrigstkurses über und unter der Parität, Übertragungsauflagen der Überschußdevisen der Banken an die Zentralbank, Vorschriften über das Gleichgewicht zwischen dem aktiven und passiven Devisengeschäft, Regulierung der Devisentermingeschäfte (regulation of non-spot exchange transaction), Regulierung von Gewinn und Verlust, der aus den Gold- und Devisenreserven entsteht sowie Information über Devisengeschäfte.

Art. IV. Kreditgewährung an Bankinstitute: Normales Kreditgeschäft, anormales Kreditgeschäft, "Emergency Credit Operations" und Kreditkonditionierung.

Art. V. Kreditgeschäfte mit der Regierung.

Art. VI. Offenmarktoperationen.

Art. VIII. Reserveauflagen der Banken: Mindestreserveauflagen, Reserveauflage bei Peso-Einlagen, Reserveauflage bei ausländischen Währungen, Reserveauflage für Importvorauszahlungen.

Art. XI. Quantitative und qualitative Selektionen: Fixierung der Konditionen, Vorschriften über Kreditbriefe, Vorschriften über die Kreditsicherheit, Fixierung der Höchstsätze und "minimum capital ration".

Art. X. Koordination und Kooperation zwischen der Währungspolitik der Zentralbank und der Währungspolitik der Regierung.

Das taiwanische Bankgesetz nennt die Regulierung des Geldmarktes, Verwaltung (Management) der Devisen, Kassenführung, Bank des Staates und Ausgabe von Banknoten als Funktionen der Zentralbank ¹⁾. Demgegenüber sind die Diskontpolitik, das Gold- und Devisengeschäft, der Handel mit Wertpapieren sowie die Gewährung von Krediten gegen Staatspapiere (Lombardkredit) den Aktivgeschäften der Zentralbank untergeordnet.

Eine Behandlung des zentralbankpolitischen Instrumentariums in den zu untersuchenden Ländern in oben erwähnter Form und ohne logische Systematik trägt die Gefahr von Überschneidungen der Instrumente in sich. Darüber hinaus hat jedes Land eine andere Einteilung dieser Mittel vorgenommen, deren Abhandlung in jeweiliger Form und ohne einheitliches Kriterium für die vorliegende Untersuchung nicht in Frage kommt. Für die Gliederung der Notenbankmaßnahmen in den zu untersuchenden Ländern wird die Klassifizierung verwendet, die von Oswald Hahn vorgenommen worden ist. Er ist bei der Gruppierung dieser Maßnahmen in Anlehnung an Albrecht Forstmann, Otto Veit und Franz Worret von der Quelle der

1) Guide Line for the Resumption of the Functions of the Central Bank of China, 1961.

Machtausübung ¹⁾ ausgegangen und unterteilt sie in administrative, unternehmerische und autoritäre Mittel. Der Vorteil dieser Klassifizierung besteht darin, daß einerseits bei der Einteilung der jeweiligen Instrumente der Versuch unternommen wird, möglichst objektiv vorzugehen. Andererseits ist dieses Einteilungskriterium den Funktionen angemessen, die eine Währungsbank zur Sicherung der inneren und äußeren Währungsstabilität laufend ausübt. "Nimmt die Währungsbank hoheitliche Funktionen wahr, dann sehen wir in ihr die 'Währungsbehörde'. Greift sie mit ihrem absatzpolitischen Instrumentarium in das Geschehen ein, dann stellt sich uns die Währungsbank als 'Zentralbank' oder als 'Staatsbank' dar. Wendet sich die Währungsbank schließlich mit Situationsberichten und Empfehlungen an die Öffentlichkeit, dann tritt sie als 'Währungsautorität' in Erscheinung." ²⁾ Dennoch ist diese Klassifizierung nicht in der Lage, die Überschneidungen einiger Instrumente ganz zu beseitigen wie C. Klein ausführt. "Wenn auch der weite Rahmen dieser Systematik des zentralbankpolitischen Instrumentariums nach der Quelle der Machtausübung die Gewähr für eine relativ objektive Einteilung bietet, so können doch auch hier Überschneidungen und Schwierigkeiten bei der Einordnung eines Instruments unter das eine oder andere Kriterium auftauchen." ³⁾

1) Hahn, Oswald, Instrumentarium, Heft I, a.a.O., S. 65.

2) Ebenda, S. 9.

3) Klein, Christian, Das zentralbankpolitische Instrumentarium der afrikanischen Entwicklungsländer im Commonwealth, Nürnberg, Diss. 1970, S. 15.

2. Abschnitt: Das administrative Instrumentarium der Zentralbank

A. Einleitung

"Die Zentralbank ist nicht nur 'Geschäftsunternehmen' und 'Bank der Banken', sondern daneben gelegentlich fast eine Art von 'Währungsbehörde' oder doch deren ausführen des Organ." ¹⁾ Sie "unterscheidet sich von anderen Banken durch das Privileg der Ausgabe valutarischen Geldes und ihre Verantwortung für die Währung." ²⁾ Die Währungsbank hat die staatlichen und die ihr übertragenen gesamtwirtschaftlichen Funktionen wahrzunehmen. ³⁾ Infolgedessen kommt ihr auch die Kompetenz der staatlichen Behörde zu. "Als Währungsbehörde besitzt die Notenbank das Recht, entsprechende Anweisungen zu erlassen und gegebenenfalls entsprechende Gesetzesvorlagen vorzubereiten." ⁴⁾

Durch ihre administrativen Maßnahmen beeinflusst die Zentralbank einmal die "monetären Mengen" der Kreditinstitute: "Es soll damit die Giralgeldschöpfung der Banken beeinflusst werden." ⁵⁾ Zum anderen liegen in ihrem Wirkungsbereich "die monetären Mengen" der Bankkundschaft. Hier soll "die Geldverwendung und/oder Kapitalbeschaffung der Unternehmungen, öffentlichen und privaten Haushaltungen ... gesteuert werden." ⁶⁾ Allerdings ist das administrative Instrumentarium nur eine von mehreren Alternativen: "Inwieweit diese Mittel bei den jeweiligen Situationen, die ein Eingreifen der Notenbank erfordern, eingesetzt werden und zum Erfolg führen können, ist eine Frage der Notenbankpolitik als Machtproblem; wieweit sie dagegen eingesetzt werden sollen, ist eine Frage der Notenbankpolitik als Problem der Wissenschaft." ⁷⁾

-
- 1) Schmolders, Günter, Geldpolitik, a.a.O., S. 281.
 - 2) Hahn, Oswald, Das Instrumentarium der Währungsbank, Heft I, Rückersdorf 1968, S. 115.
 - 3) Veit, Otto, Grundriß, a.a.O., S. 78 f.
 - 4) Hahn, Oswald, Das Instrumentarium der Währungsbank, Heft I, a.a.O., S. 9/10.
 - 5) Hahn, Oswald, Das Instrumentarium der Währungsbank, Heft II, a.a.O., S. 114.
 - 6) Ebenda, S. 114.
 - 7) Worret, Franz, Bankpolitik als Machtfrage, Berlin 1955, S. 113.

Auf die der Zentralbank übertragenen behördlichen Aufgaben und die Verantwortung dieses Instituts zur Regulierung und Steuerung der "aktuellen" und "potentiellen" monetären Mengen der Gesamtwirtschaft sowie ihre privilegierte Stellung bei der Ausgabe des valutarischen Geldes wird in den Zentralbankgesetzen der untersuchten vier Länder hingewiesen. Im folgenden werden wir versuchen, anhand der Systematisierung von Oswald Hahn das administrative Instrumentarium der Währungsbanken ¹⁾ in diesen Ländern zu schematisieren und zu erörtern.

B. Die Gestaltungsmöglichkeiten von Währungshoheit und Zahlungsmittellemission

I. Der Umfang der Währungshoheit

Hinsichtlich der Währungshoheit ist zu fragen, ob in dem jeweiligen Währungsgebiet neben der nationalen Währung auch die "beliebige Verwendung anderer Währungseinheiten im Rechtsverkehr" ²⁾ bei der Anwendung der Wertsicherungsklausel geduldet wird oder nur die beschränkte Verwendung der anderen Währungseinheit "unter Ausschluß der einseitigen Wertsicherung" ³⁾ erlaubt ist oder überhaupt der "Abschluß von Rechtsgeschäften über ausländische Währung grundsätzlich verboten ist." ⁴⁾

Da die "grundsätzliche Duldung des Nebeneinanders" kaum gebräuchlich ist und in den betreffenden Ländern mehr oder weniger währungsbehördliche Devisenkontrolle existiert, kommt hier nur der dritte Fall in Betracht.

In allen vier Ländern läuft nur die nationale Währungseinheit um und von der Duldung anderer privilegierter Währungseinheiten ist keine Rede. Die Währungseinheit von Indonesien ist die Rupiah (Rp), von Südkorea der Won, von den Philippinen der Peso (₱) und von Taiwan der Nationale Taiwan-Dollar (NT\$). Außer den Philippinen, die dem amerika-

1) Hahn, Oswald, Das Instrumentarium der Währungsbank, Heft II, a.a.O., S. 115 ff.

2) Ebenda, S. 116.

3) Ebenda, S. 118.

4) Ebenda, S. 120.

nischen Dollarraum angehören, sind sie keiner Währungszone angeschlossen ¹⁾. Sie sind Mitglieder des Internationalen Währungsfonds (IWF) und diese Mitgliedschaft schränkt ihre Währungshoheit in gewissem Umfang ein. Denn die Bindungen durch Abkommen aller Art beeinflussen die Souveränität der Währungsinstanzen der betreffenden Gebiete in unterschiedlicher Weise. ²⁾

Indonesien und Süd-Korea sind Währungsgebiete mit "fehlender Bindung" ³⁾ und zählen zum "Abkommungebundenen Währungsgebiet mit suspendierter Verpflichtung" ⁴⁾. Sie haben keine der Bedingungen der IWF erfüllt ⁵⁾. Die Philippinen und neuerdings Taiwan sind ein Währungsgebiet mit "Bindung niederer Ordnung" ⁶⁾ und werden als "Länder ohne anderweitige Abkommenbindungen" bezeichnet ⁷⁾. Diese Länder haben zwei der drei Bedingungen des Fonds erfüllt, nämlich die "Fixierung einer Parität" und die "Durchführung aller Devisentransaktionen zu Kursen innerhalb der zulässigen Bandbreiten".

1) Pick's Currency Yearbook, New York 1966, S. 17.

2) Hahn, Oswald, Währungsbanken der Welt, Bd. I, Institutionen und Organe, Stuttgart 1968, S. 22. Ferner Lipfert, Helmut, Einführung in die Währungspolitik, a.a.O., S. 226 ff.

3) Hahn, Oswald, Währungsbanken, Bd. I, a.a.O., S. 25.

4) Ebenda, S. 23.

5) Ebenda, S. 23.

6) Diese drei Bedingungen sind wie folgt zu nennen:
(1) Fixierung einer Parität (Art. IV, Sec. 1), die im Einvernehmen mit dem Fonds geändert wird (Art. IV, Sec. 5 bis 7). (2) Durchführung aller Devisentransaktionen zu Kursen innerhalb von zulässigen Bandbreiten (Art. IV, Sec. 3 und 4). (3) Verzicht auf Beschränkungen der Zahlungen für laufende internationale Transaktionen; lediglich der Kapitaltransfer darf Beschränkungen unterworfen werden (Art. VII); Hahn, Oswald, Währungsbanken, Bd. I, a.a.O., S. 24.

7) Hahn, Oswald, Währungsbanken, Bd. I, a.a.O., S. 27.

Mit diesen Feststellungen wird allerdings nichts darüber gesagt, ob nicht verschiedentlich Privatwährungen in diesen Ländern existieren ("Geltungsbreite" der Währungen). Insbesondere in Korea war lange Zeit der US- $\$$ eine zwar verbotene, aber nicht unterbindbare "Nebenwährung", und in Indonesien wurde durch die Inflation im ganzen Lande die Zuflucht zu wertbeständigen Naturalien gesucht. Es fehlen allerdings exakte Unterlagen hierüber; offiziell werden derartige Praktiken verschwiegen. Auch ist nicht bekannt, welchen Umfang noch heute der Naturaltausch einnimmt. Große Bedeutung hat er in den entlegenen Gebieten vor allem der Philippinen und Indonesiens. Es wird hier auf die Untersuchungen von Paul Einzig über den philippinischen Reisstandard und die zahlreichen "Natural-Währungen" des indonesischen Archipels verwiesen.¹⁾ Es ist möglich, daß die indonesischen Kleininseln auch zum Einzugsgebiet der Kauri-Muschelwährung gehören.²⁾ Quantifizierbar sind diese Erscheinungen jedoch nicht. Aber der Einfluß der Zentralbankpolitik wird dadurch verringert.

II. Devisenbewirtschaftung

Die Devisenbewirtschaftung ist in Indonesien an die Bank Indonesia und das "Bureau of Foreign Exchange Transactions" übertragen worden. Im Auftrag des Kabinetts ist der Finanzminister in Süd-Korea für die Regulierung der Devisenbewirtschaftung verantwortlich. Die Zentralbank als Vertreter (Agency) der Regierung hat eine funktionelle Währungspolitik im Bereich der Devisenbewirtschaftung auszuführen.

1) Paul Einzig, Primitive Money, 2nd Ed. Oxford 1966, P. 82 ff. and 89 ff.

2) Hahn, Oswald, Art. Kauri, in: Enzyklopädisches Lexikon für das Geld-, Bank- und Börsenwesen, Bd. 2, 3. Aufl., Frankfurt/Main 1968, S. 969.

Für die Regulierung und Verwaltung der Devisen ist auf den Philippinen die Zentralbank zuständig. "The Executive Yuan" trägt die Verantwortung für die Devisenpolitik in Taiwan. "The Foreign Exchange and Trade Commission (FETC)" ist im Auftrag und als Vertreter von "Executive Yuan" gegründet worden, um die Aufgaben der Regulierung der Devisenangelegenheiten zu erfüllen. Die Central Bank of China soll die funktionelle Devisenpolitik durchführen. ¹⁾

Da einerseits in den untersuchten Ländern die Exportwerte kleiner als die Importwerte (Importüberschuß) sind und andererseits der Zahlungs- und Kapitalverkehr durch die staatliche Aktivität behindert wird, ist ein Ungleichgewicht auf dem Devisenmarkt (Nachfrageüberschuß nach Devisen) zu beobachten. Das hat zur Folge, daß im Inland über Geldmengenpreis- und Einkommensmechanismen kontraktive Prozesse eingeleitet werden, die auf einen Ausgleich der Zahlungsbilanz hinarbeiten ²⁾. Jedoch versuchen die Währungsbehörden, den Ausgleich zwischen Devisenangebot und -nachfrage künstlich herzustellen und das Wirken der erwähnten Mechanismen zu verhindern. Diese künstliche Herstellung des Gleichgewichts führt nicht nur allein zur Rationalisierung der Devisen, sondern sie trägt zur Überbewertung der inländischen Währung gegenüber den ausländischen Währungen bei ³⁾. Diese Maßnahmen der Währungsbehörde werden als Devisenbewirtschaftung bezeichnet. Somit kann man unter Devisenbewirtschaftung alle währungsbehördlichen Maßnahmen verstehen, "die mit Hilfe direkter Verbote und Gebote eine partielle oder totale Regelung des Zahlungsverkehrs mit dem Ausland bezwecken." ⁴⁾

- 1) International Monetary Fund, 19th Annual Report, Exchange Restrictions, Washington, D.C. 1968: Indonesia, S. 149, Korea, S. 247, Republic of China, S. 92 und die Philippinen, S. 344.
- 2) Friedrichs, Dieter, Theorie und Praxis multipler Wechselkurse in der Entwicklungspolitik, Diss. Hamburg 1969, S. 47.
- 3) Ritterhausen, Heinrich, Internationale Handels- und Devisenpolitik, 2. Aufl., Frankfurt/M. 1955, S. 267 f.
- 4) Doebel, Rüdiger, Devisenbewirtschaftung und Wirtschaftswachstum in Entwicklungsländern, Frankfurt/M. 1968, S. 13. Ferner Meyer, F.W.: Art. Devisenbewirtschaftung, in: Handwörterbuch der Staatswissenschaften, 2. Bd., Göttingen 1959, S. 584.

Die Währungsbehörden wirken auf das Währungsgeschehen entweder durch quantitative Auflagen oder durch die quantitativen Beschränkungen ein. Man kann die quantitativen Auflagen und quantitativen Beschränkungen mit der von Erich Schneider eingeführten "Devisenkontrolle" (Valutenkontrolle) bzw. "Devisenrestriktion" (Valutenrestriktion) identifizieren.¹⁾ Aufgrund der quantitativen Auflagen bzw. Devisenkontrollen sind die Exporteure verpflichtet, ihre Exporterlöse gänzlich oder teilweise an die Währungsbank zum offiziellen Wechselkurs abzuliefern. Die quantitativen Beschränkungen bzw. Devisenrestriktionen liegen dann vor, wenn "1. alle Importe der Genehmigung der Regierung bedürfen, 2. alle Importe nur zu dem von der Regierung festgesetzten Wechselkurs durchgeführt werden dürfen, 3. keine Zahlung an Ausländer ohne Zustimmung der Regierung erfolgen darf."²⁾ Ferner kann man die Exportkontingentierung und Export in bestimmte Länder einerseits, Importkontingentierung und Import aus bestimmten Ländern andererseits sowie Importvorauszahlungen unter die quantitativen Beschränkungen einordnen.

Die Art und Weise der Durchführung der Devisenbewirtschaftung ist unterschiedlich. In Süd-Korea, Taiwan und zum Teil auf den Philippinen kann man für die Zukunft eine allmähliche Liberalisierung in der Devisenbewirtschaftung erwarten. Eine Liberalisierung in der Devisenbewirtschaftung in Indonesien dagegen ist nicht zu beobachten.

Im Rahmen der Devisenbewirtschaftung ergreifen die Währungsbehörden der zu untersuchenden Länder verschiedene Maßnahmen: Spaltung des Devisenkurses, generelle Behinderung des zwischenstaatlichen Zahlungsverkehrs, Importbeschränkung und Beschränkung im Kapitalverkehr.

1) Hahn, Oswald, Instrumentarium, Heft I, a.a.O., S. 78. - Erich Schneider, Zahlungsbilanz und Wechselkurs, Tübingen 1968, S. 206.

2) Ebenda, S. 206.

1. Einführung der multiplen Wechselkurse

a. Begriffsklärung

Wechselkurse oder Devisenkurse sind "diejenigen Wertverhältnisse, zu denen Devisenumsätze stattfinden" ¹⁾. Diese Wertverhältnisse bilden sich - abgesehen von Devisenbewirtschaftung - aus Angebot und Nachfrage nach Devisen am Devisenmarkt. Wird das Wertverhältnis zwischen zwei verschiedenen Währungen nicht durch Angebot und Nachfrage oder administrativ einheitlich bestimmt, sondern von der Währungsbehörde für eine Einheit fremder Währung mehrere Preise gebildet, dann spricht man von multiplen oder differenzierten Wechselkursen ²⁾. "Ein multiples Wechselkurssystem liegt dann vor, wenn aufgrund behördlicher Anordnung für Devisen-Kasse-Geschäft in einer bestimmten Währung mehr als ein legaler Aufkaufskurs oder mehr als ein legaler Verkaufskurs gelten, oder wenn die Differenz zwischen dem effektiven einheitlichen Ankaufskurs und dem effektiven einheitlichen Verkaufskurs größer als 2 % (4,50 %) ist, oder wenn der effektive An- und Verkaufskurs jeweils um mehr als 1 % (2,25 %) von der Parität abweicht" ³⁾. In einem System mit multiplem Wechselkurs sind die Exporteure im allgemeinen oder die Exporteure bestimmter Ausfuhrsgüter verpflichtet, ihre Devisenerlöse ganz oder teilweise an die Zentralbank abzugeben. Ebenfalls können die Importeure von Einfuhrsgütern ihre benötigten Devisen je nach der Warenkategorie nur zu einem höheren und unterschiedlichen Kurs erwerben.

Das System des Wechselkurses ist in den betreffenden Ländern unterschiedlich gestaltet. In den Ländern mit offizieller Parität - wie den Philippinen und Taiwan - existieren neben dem offiziellen Kurs auch andere Kurse, die sich am freien Markt bilden. Wo es keine offizielle Parität

1) Hahn, Oswald, Geld- und Devisenhandel, Stuttgart 1964, S. 34.

2) Lau, Claus, Die Wechselkurspolitik der Entwicklungsländer, Diss. Hamburg 1961, S. 68 ff.

3) Friedrichs, D.: Theorie und Praxis multipler Wechselkurse, a.a.O., S. 26. - Vgl. auch Wirtschaftswoche, Der Volkswirt, Aktionäre Nr. 52, 25. Jg., 24.12.1971, S.8 f.

gibt, wie in Indonesien und Süd-Korea, werden Kurse für verschiedene Zwecke entweder amtlich oder am freien Markt festgesetzt.

b. Arten der multiplen Wechselkurse ¹⁾

i. Feste multiple Wechselkurse

"Ein System von festen oder fixen multiplen Wechselkursen ist dadurch gekennzeichnet, daß von der Zentralwährungsbehörde eines Landes mehrere einheitliche Kurse in bestimmter Höhe und Abstufung veröffentlicht werden; sie bleiben so lange unverändert, bis die Behörde das System revidiert." ²⁾ In den untersuchten Ländern waren bzw. sind folgende Differenzierungen der festen multiplen Wechselkurse zu beobachten.

(1) Nach dem Geltungsbereich gibt es oberhalb der Parität oder des amtlichen Kurses mehrere feste Ankaufskurse und mehrere Verkaufskurse. Ein solcher Fall lag bis 1965 in Indonesien vor. Bis 1964 war der amtliche Kurs auf Rp 45 gleich 1 US-\$ festgesetzt. Es gab mehrere differenzierte Wechselkurse - für den US-\$-Verkauf - oberhalb dieses Kurses (vgl. Tabelle 9).

Tabelle 9: Multiple Wechselkurse in Indonesien (1964/65)				
Ankaufskurse		Verkaufskurse		
		der Bank Indonesia (RP je US-\$)		
Basiskurs	45	Dienstleistungen, Kapitaltransfer und Importkategorie I	315	
Exportdevisen	315	"	II	540
		"	III	810

Quelle: Report of Bank Indonesia, 1960-1965, S. 111.

1) Friedrichs, D.: Theorie und Praxis multipler Wechselkurse, a.a.O., S. 28 ff.

2) Ebenda, S. 29.

Im Jahre 1964 wurde der Basiskurs von Rp 45 durch Einführung eines neuen Kurses, nämlich des Transaktionskurses, von Rp 250 je US-\$ ersetzt. Die Exporterlöse waren mit einer Exportsteuer von 100 % belastet. Der Kurs für alle Kategorien der Importwaren wurde auf 250 + 1.350 je US-\$ fixiert. ¹⁾

Auch das multiple Wechselkurssystem, das in Taiwan bis zum 4.9.1970 galt, fällt unter diese Kategorie. Nach diesem System wurde der offizielle Kurs für den Ankauf und Verkauf eines US-Dollars auf NT\$ 40,00 bzw. 40,10 festgesetzt. Daneben existierten zwei Spezialkurse für bestimmte Importkategorien. ²⁾

(2) Die festen multiplen Wechselkurse werden in offene und versteckte Kursdifferenzierung unterteilt. "Bei der offenen Kursspaltung werden die Kurse sichtbar differenziert, d.h. die Devisenbehörde hält für alle Devisenein- und -ausgänge zwei oder mehrere Kurse fest ..." ³⁾. Nach diesem Gesichtspunkt kann man die Kursspaltung in den Jahren 1963 und 1964 in Indonesien und in Taiwan als Beispiel anführen. "Bei der versteckten oder indirekten Kursspaltung wird ein grundsätzlich einheitlicher, fester Wechselkurs durch verschiedene Arten fixer Kurszuschläge und -abschläge variiert." ⁴⁾ Zwei Möglichkeiten dieser Art können bei der Devisenpolitik in diesen Ländern beobachtet werden: (i) Die einer einheitlichen Devisensteuer auf alle Exporte und Importe. Das galt für die Philippinen von 1951 bis 1955 ⁵⁾ und in letzter Zeit in Indonesien und Taiwan. Ab Anfang 1970 mußten Brutto-fob-Erlöse in den Philippinen mit einer (nach Art und Zeit) Stabilisierungssteuer belegt werden. (ii) Die Währungsbehörden belasten die ein- und ausgeführten Güter mit einem bestimmten Prozentsatz des Wertes. So erhob die Währungsbehörde in Süd-Korea eine 5%ige Gebühr einheitlich auf alle Export- und Importtransaktionen; ausgenommen wa-

1) Export, 1960 - 1965, a.a.O., S. 111.

2) Pick's Currency Yearbook, a.a.O., 1969, S. 487.

3) Friedrichs, Dieter, a.a.O., S. 29.

4) Ebenda, S. 30.

5) In diesem Zeitraum waren alle Importe einheitlich durch 17 % Devisensteuer belastet. Vgl. Friedrichs, D., a.a.O., S. 30.

ren die Regierungstransaktionen ¹⁾. In Indonesien wurden von 1952 bis 1965 die Gebühren für die Devisentransaktionen unterschiedlich erhoben und festgesetzt. Die Gebühren für den Import variierten - nach Gebührenarten - zwischen 0 und 200 %. Die Gebühren für Exporte waren niedriger als die der Importe. Ebenfalls waren die philippinischen Exporteure verpflichtet, im Jahre 1959 eine Gebühr in Höhe von 25 %, im Jahre 1960 in Höhe von 20 % und im Jahre 1961 in Höhe von 15 % für den Verkauf ihrer Devisenerlöse zu zahlen ²⁾.

ii. Mischwechselkurssystem (Kursaufspaltung) ³⁾

(1) Parallel laufende feste und flexible Wechselkurse

Zeitweilig ließen sich solche Mischkurse auf den Philippinen und in Indonesien beobachten, wobei die Exporteure einen Teil ihrer Exporterlöse an die Zentralbank zu einem festen Kurs verkaufen mußten. Der Rest konnte entweder für den eigenen Bedarf (zum Import oder für Übertragungen) verwendet oder am freien Markt zum freien Kurs angeboten werden. In Indonesien durften die Exporteure 15 % ihrer Exporterlöse für sechs Monate behalten. Den Rest mußten sie zum Basiskurs (Rp 45 je US-\$) veräußern ⁴⁾. Nach Ablauf der festgesetzten Zeit (6 Monate) waren die Exporteure verpflichtet, auch den Rest (15 %) zum Basiskurs an die Zentralbank abzugeben ⁵⁾. Nach der Devisenregulierung im Jahre 1964 mußten die Exporterlöse vollständig zum Transaktionskurs (Rp 250) an die Zentralbank abge-

1) Es gab außerdem einen fixen und einen flexiblen Wechselkurs für Devisen-Zertifikate. Vgl. International Financial News Survey, Feb., 24. 1961, S. 55.

2) Garcia, Roberto Y., Exchange Rate Policy of the Philippines, in: Central Bank New Digest, Vol. XVIII, No. 34, a.a.O., 1966, S. 11.

3) Obwohl jegliche Form der multiplen Wechselkurse eine Aufspaltung des einheitlichen Kurses darstellt, soll dieser Ausdruck hier nur zur Kennzeichnung einer Zerteilung des Devisenmarktes dienen: Neben dem offiziellen Markt mit grundsätzlich behördlich festgesetztem Kurs (oder Kursen) existiert ein freier Markt mit schwankendem Kurs (Friedrichs, D., a.a.O., S. 32).

4) Report of Bank Indonesia, 1960-1965, a.a.O., S. 110 ff.

5) Ebenda, S. 110.

liefert werden. Jedoch erhielten die Exporteure ein "Anrecht" auf 20 % ihrer Erlöse (Production Stimulant Letter) und konnten innerhalb von zwei Monaten von diesem Recht zur Einfuhr der Güterkategorien I, II, IV Gebrauch machen. 1)

Gemäß Rundschreiben 105 und 106 der philippinischen Notenbank vom Jahre 1960 mußten die Ausfuhrerlöse teils an die Zentralbank zum offiziellen Paritätskurs (₱ 2 = 1 US-\$) und teils am freien Markt zum freien Kurs verkauft werden (vgl. Tab. 10).

Tabelle 10: Kursspaltung der philippinischen Zentralbank in den Jahren 1960 und 1970				
Objekte	zum offiziellen Kurs in %		zum freien Kurs in %	
	1960	1970 ^a	1960	1970 ^a
Exporteinnahmen	75 (später 70)	80 ^b	25 (später 30)	20
Golderlöse	-	100	100	-
Touristeneinnahmen	-	100	100	-
Unsichtbare Einnahmen	75 (später 70)	100	25 (später 30)	-

a Im Jahre 1970 mußten alle Deviseneinnahmen ohne Ausnahme innerhalb drei Tagen an Geschäftsbanken oder Zentralbank abgegeben werden.

b Diese Regelung gilt nur für die führenden Exportindustrien wie Holz, Zucker, Kopra und Kupfer.

Quelle: 12th Annual Report 1960, S. 287 ff; Außenhandelsdienst der Industrie- und Handelskammern und Wirtschaftsverbände, Hrsg. Arbeitsgemeinschaft Außenhandel der Deutschen Wirtschaft, 24. Jg., 17. Heft, Frankfurt 1970, S. 427.

1) Die Importgüter waren in fünf Kategorien eingeteilt. In diesem Jahr (1964) schwankte der US-\$-Kurs zwischen Rp 2.000 im Januar und Rp 4.700 im Dezember. Vgl. Report 1960 - 1965, S. 112 und Pick's Currency, a.a.O., 1969, S. 255.

Von Anfang 1962 bis November 1965 existierte dort neben dem offiziellen Paritätskurs auch ein amtlich festgesetzter und ein freier Kurs. Devisenumsätze erfolgen jedoch zu amtlichen und freien Kursen, "... and certain outstanding foreign exchange Commitments of the Central Bank which are still amortized at rate of ₱ 2,00, ₱ 3,00, ₱ 3,20, depending on the terms of monetary Board approval." ¹⁾ So werden die Devisentransaktionen seit 1964 für Importe zum freien Kurs, für Exporte teils zum freien Kurs (80 %), teils zum amtlichen Kurs bzw. zur Parität abgewickelt ²⁾.

Tabelle 11: Die Wechselkursdifferenzierung auf den Philippinen im Jahre 1964 pro US-\$ in ₱	
Kauf	Verkauf
2,00 (offizieller Paritätskurs; aber zu diesem Kurs keine Transaktion)	2,00 (offizieller Kurs, aber keine Transaktion)
3,51 (amtlich festgesetzter Kurs; 20 % der Exporterlöse)	3,90 (freier Kurs) für Importzwecke
3,89 (freier Kurs - Floating Rate - 80 % der Exporterlöse)	

Quelle: 16th Annual Report 1964.

(2) Devisenzertifikatsystem mit Devisenrestriktion

Die von Devisenbanken ausgegebenen Devisenzertifikate, die am Devisenmarkt frei von behördlichen Kontrollen gehandelt werden, erhalten die Exporteure für einen Teil oder auch die gesamten Exporterlöse. In Indonesien wur-

1) 16th Annual Report 1964, S. 104.

2) International Monetary Fund, Exchange Restriction 1970, a.a.O., S. 401; ferner Faren Eastern Economic Review 1970, a.a.O., S. 59 und Circular Nr. 289, in: New Digest, Vol. XXII, Nr. 9, 1970, a.a.O., S. 15 und Tabelle 10.

de nach dem Prozentsatzprinzip verfahren. Die Exporteure waren im Jahre 1965 verpflichtet, 10,20 bzw. 50 % (je nach Kategorie der Güter) gegen Export Bonus, BE: Devisenzertifikat und den Rest zu einem Kurs 10.000 Rp = 1 US-\$ an die Zentralbank abzuliefern. Die erwähnten Prozentsätze sind oft geändert worden. Auch konnten nur die Erlöse bestimmter Exportgüter gegen Devisenzertifikate getauscht werden. Für die Zahlungen unsichtbarer Übertragungen galt ein anderer Markt, nämlich der DP-Markt ¹⁾ (Complementary Foreign Exchange), dessen Kurs höher als der BE-Kurs war. Im Jahre 1969 existierten in Indonesien mehr als zehn verschiedene Mischkurse.

Tabelle 12: Die Mischkurse je US-Dollar in indonesischer Währungseinheit (1966 bis 3.6.1971)

Objekte	Jahresende					
	1966	1967	1968	1969	1970	1971 (Juni)
Vorwiegende BE-Importe (Kapitalübertragungen und Handel)	85	235	326	326	378	378
Hilfsgüterimporte	85	140	326	326	378	378
Andere Importe	105	250, 260	414	378,5	378	378
BE-Exporte	48-77,5	176	277	277	340	340
Andere Exporte	84,5	211	293	293	378	378
Benzin	10	85	300	300	378	378
Freier Kurs (Bazar)	122	290	440	358	381	382

Quelle: Indonesian Financial Statistics, Monthly Bulletin, Juli 1971

Das System der Devisenzertifikate ist in Süd-Korea nach der Devisenreform im Jahre 1965 eingeführt worden. Im Gegensatz zu Indonesien gibt es dort einen einheitlichen Kurs für alle Exporterlöse und einen einheitlichen Kurs für alle Importe - außer Zahlungen der Einfuhrgüter nach US Public Law 480. Ferner erhalten die Exporteure ihre ge-

1) Devisa Pelengkap

samten Exporterlöse in Devisenzertifikaten. Devisenzertifikate werden am Devisenmarkt frei gehandelt. Sie waren am Anfang auf 15 Tage befristet, sind jedoch inzwischen auf eineinhalb Monate verlängert ¹⁾. Die Emission der Devisenzertifikate erfolgt durch die Devisenbanken, die sie gegen ihre Gold- und Devisenreserven ausgeben. Der Zertifikatkurs wurde bis 24. November 1967 von der Zentralbank notiert. Seitdem vollzieht sich die Kursnotierung seitens der Devisenbanken. Die Festsetzung des Basiskurses bleibt der Zentralbank überlassen. Der von den Devisenbanken notierte Kurs dürfte um 2 Prozent den Basiskurs oszillieren ²⁾. Die Zentralbank emittiert auch Devisenzertifikate gegen heimische Währung, und zwar zum Zwecke der Regierungsauszahlungen. "In order to facilitate the smooth negotiation of certificates, as brokers of certificates, and the Bank of Korea will undertake market operation whenever there is conspicuous imbalance of supply and demand due to seasonal or speculative factors." ³⁾

c. Die Kursentwicklung

Eine Überschneidung der administrativen und unternehmerischen Instrumente untereinander ist in der Devisenpolitik nicht zu vermeiden. Unter diesem Aspekt kann man das Devisenzertifikatsystem in Süd-Korea einmal unter das unternehmerische Instrumentarium und einmal unter das administrative Instrumentarium der Zentralbank einordnen, da die Zentralbank von Korea bewußt von Devisenkontrollen zum marktkonformen Devisenzertifikatsystem überzugehen beabsichtigt. Sie überläßt einerseits die Ermittlung des Wechselkurses dem Marktmechanismus, andererseits führt sie gewisse Devisenkontrollen durch. Ferner existieren neben dem Devisenzertifikatkurs auch ein Devisenkurs auf dem schwarzen Markt und ein Devisenkurs für Touristen ⁴⁾.

1) Annual Report 1964 und 1965 S. 52 und S. 51; International Monetary Fund, Exchange Restriction 1968, a.a.O., S. 251.

2) Annual Report 1967, S. 35 f.

3) Annual Report 1965, S. 51.

4) Es muß gesagt werden, daß in Süd-Korea neben der Zentralbank auch die Regierung als Träger der Devisenpolitik angesehen wird.

Tabelle 13: Die Entwicklung des freien Kurses bzw. des US- $\text{\$}$ -Kurses am schwarzen Markt in den untersuchten Ländern (Währungseinheit je US- $\text{\$}$)

Jahres- ende	Indonesien	Süd-Korea	Philippinen	Taiwan
1960	210	-	3,35	44,60
1961	230	-	4,52	44,60
1962	1.000	-	3,97	46,75
1963	1.900	235	3,92	42,75
1964	4.700	390	3,91	47,00
1965	35.000	270	4,00	42,65
1966	160	282	3,97	41,90
1967	240	276	4,20	41,00
1968	475	291	5,00	41,70
1969 (Juni)	395	298	4,57	41,25

Quelle: Zusammengestellt aus den Angaben in Pick's Currency Yearbook 1969.

Tabellen 13 und 14 zeigen die Entwicklung der freien und offiziellen Valutenkurse im Verlauf der letzten 10 Jahre. Daraus wird nicht nur die Überbewertung der eigenen Währung durch den Gesetzgeber ersichtlich, sondern auch die Möglichkeiten, die sich für eine Offenmarktpolitik in Devise ergeben. Darauf wird später (S. 209 ff.) nochmals eingegangen.

Tabelle 14: Die Entwicklung der offiziellen Wechselkurse in den untersuchten Ländern
(Währungseinheit je US-\$)

Jahres- ende	Basis- kurs (Trans- aktion)	Indonesien		Süd-Korea offiziel- ler Kurs	Philippinen Pari- täts- kurs	amtli- cher Kurs	Taiwan amtlicher Kurs für	
		Devi- sen- zerti- fikat (BE) Kurs	DP Kurs (comple- menta- ry Kurs)				Kauf	Ver- kauf
1960	45	-	-	650 ¹⁾	2,00	3,00)	multipler Wechsel- kurs	
1961	45	-	-	1.300 ²⁾	2,00	3,00)		
1962	45	-	-	130 ³⁾	2,00	3,70) ¹¹⁾		
1963	45	-	-	130	2,00	3,91	40,00	40,10
1964	250 ⁴⁾	-	-	255 ⁵⁾	2,00	3,91	40,00	40,10
1965	250 ⁶⁾	-	-	272,60	3,90 ⁷⁾	-	40,00	40,10
1966	10 ⁸⁾	85 ⁹⁾	105 ¹⁰⁾	270,00	3,90	-	40,00	40,10
1967	-	225	245	281,00	3,90	-	40,00	40,10
1968	-	326	440	274,70	3,90	-	40,00	40,10
1969	-	326	378,5	283,20	3,90	-	40,00	40,10
1970	-	378	378	316,65			40,00	40,10

1) Abwertung am 23. Februar

2) Abwertung am 1.1. per 1000 Hwan und 2.2. per 1.250 plus 50 Hwan Zertifikatkurs

3) Hwan wurde durch Won ersetzt; 10 Hwan = Won 1

4) Abwertung am 3. Mai und Freigabe des Wechselkurses

5) Abwertung am 31. Dezember; 1 US-\$ = Rp 45 (aber unwirksam)

6) Als Basiskurs für Transaktion benutzt

7) Im April wurde neue Parität festgesetzt 3,90 = 1 US-\$

8) Transaktionskurs abgeschafft

9) Wirksam ab 22. Februar

10) Wirksam ab 22. Februar

11) Freigabe des Wechselkurses

Quelle: Zusammengestellt aus Pick's Currency Yearbook 1969.

2. Die Behinderung des laufenden Zahlungsverkehrs

Die Überweisungen an das Ausland sind in allen unterentwickelten Ländern seit ihrem Bestehen als souveräne Staaten einer besonderen Genehmigung unterworfen oder begrenzt. Für Reisezwecke ist ein maximaler Betrag an Devisen (US-\$) pro Monat festgesetzt. So wird dieser Betrag in Süd-Korea in Höhe von US-\$ 900, in den Philippinen US-\$ 1.500 und in Taiwan \$ 300 beziffert. Deviseneinführung und Devisenbesitz ist in all diesen Ländern erlaubt. Eine zeitliche oder andere Begrenzung für den Besitz der Devisen in Indonesien, Süd-Korea und den Philippinen liegt nicht vor. In Taiwan ist jedoch die Grenze für den Besitz an ausländischer Währung auf US-\$ 200 beschränkt. ¹⁾

3. Importbeschränkungen

In den betreffenden Ländern unterliegen die Importe Beschränkungen; jedoch ist der Grad und die Intensität der Beschränkungen in den einzelnen Ländern unterschiedlich. Neben der Importkontingentierung gibt es auch totale Importverbote. Überall gilt das Lizenzsystem. Die Importeure in Indonesien, Süd-Korea und auf den Philippinen müssen außerdem Importvorauszahlungen ("Bar-Depot") leisten und ihre Akkreditive müssen voll gedeckt sein. Der Importeur in Taiwan ist verpflichtet, im Falle der Überschreitung des Importbetrages von US-\$ 400 für jeden weiteren US-\$ ein "Patriotic Bond" zu erwerben, dessen Preis je Einheit NT \$ 1,25 beträgt. ²⁾

4. Behinderung des langfristigen Kapitalverkehrs

Der langfristige Kapitalverkehr unterliegt in allen vier Ländern einer besonderen Genehmigung. Dem taiwanischen Staatsangehörigen ist die Direktinvestition im Ausland untersagt. Nur die staatlichen Unternehmungen können sich im Ausland niederlassen. In den übrigen Ländern ist es

1) International Monetary Fund, Exchange Restriction, 1968, Indonesia, S. 201, Süd-Korea, S. 253, Philippinen, S. 345 und Taiwan, S. 94.

2) Ebenda, S. 93.

nur ausländischen Investoren erlaubt, Gewinne und ihr Kapital ins Ausland zu übertragen.

III. Die Gestaltung des Emissionsrechtes von Zahlungsmitteln

"Jeder Währungsbank kommt im Emissionsrecht eine Vorzugstellung gegenüber allen übrigen Wirtschaftssubjekten zu. Unterschiede ergeben sich aus dem Umfang der Vorzugstellung, die sich regelmäßig als Monopol der Währungsbank in dem betreffenden Bereich niederschlägt." ¹⁾
Der unterschiedliche Umfang des Monopols der Währungsbank im Emissionsrecht wird wie folgt klassifiziert. ²⁾

1. Wenn die Währungsbank nur das Emissionsrecht auf uneinlösliches Bargeld oder gesetzliche Zahlungsmittel hat, wird vom "valutarischen Geldmonopol" gesprochen. In einer solchen Wirtschaft fehlt das einlösliche Bargeld.

2. Erstreckt sich das Emissionsrecht der Währung neben dem uneinlöslichen auch auf einlösliches Bargeld, ist in diesem Fall vom "Bargeldmonopol der Währungsbank zu sprechen.

3. Das "Geldmonopol" liegt vor, wenn das Privileg der Währungsbank über das "Bargeldmonopol" hinaus auch das Giralgeld umfaßt.

4. Dehnt sich die Vorzugsstellung der Währungsbank auf den Gesamtbereich der Barzahlungsmittel aus, spricht man vom "Barzahlungsmittel-Monopol".

5. Der letzte Typ ist das "Zahlungsmittel-Monopol". In diesem System "dürfen Zahlungen nur mit gesetzlichen Zahlungsmitteln oder zu Lasten solcher Konten geleistet werden, die von der Währungsbank geführt werden". ³⁾

1) Hahn, Oswald, Instrumentarium der Währungsbank, Heft II, S. 120.

2) Ebenda, S. 120 ff.

3) Ebenda, S. 127.

Die Gestaltung der Zahlungsmittlemission vollzieht sich in den Ländern ohne Zentralverwaltungswirtschaft durch Übertragung des "Bargeldmonopols" auf die Zentralbank, während in Ländern mit Zentralverwaltungswirtschaft die Zahlungsmittlemission so gestaltet ist, daß der Zentralbank das "Zahlungsmittel-Monopol" überlassen wird.

Da Indonesien, Süd-Korea, die Philippinen und Taiwan zu den Ländern ohne Zentralverwaltungswirtschaft gehören, ist dort das System des "Bargeldmonopols" der Zentralbank realisiert. Darüber hinaus ist in Taiwan das Recht der regionalen Notenausgabe der Bank of Taiwan als Vertreter (Agency) der Zentralbank von China und einer staatlichen Institution übertragen.¹⁾ In den betreffenden Ländern decken sich die Währungsgebiete und Geschäftskreise der Emissionsinstanz. Man kann diese Staaten als "Währungsgebiete mit zentraler Emissionsinstanz bezeichnen".²⁾ Süd-Korea, die Philippinen und Taiwan sind Währungsgebiete, in denen die Zentralbank das Münzregal besitzt.³⁾ Ferner beauftragt das Zentralbankgesetz von Taiwan die taiwanische Notenbank, die von der Nationalregierung geprägten Münzen in Umlauf zu bringen. Bis 1968 hatte sich die indonesische Regierung das Münzprägerecht vorbehalten. Danach wurde die Zentralbank verpflichtet, die von der Regierung geprägten Münzen gegen Gutschrift auf das Konto der Staatskasse anzukaufen. Durch die neue Verabschiedung des "Bank Indonesia Act" No. 13 of 1968 ist die Münzprägung mit dem Emissionsrecht der Banknoten der Bank Indonesia überlassen worden. In Süd-Korea wurde das Prägerecht der Bank of Korea übertragen. Die Prägung der Münzen wird auf Genehmigung des "State Concil" durchgeführt (Art. 54).

1) Financial Institutions in Taiwan, a.a.O., S. 10.

2) Hahn, Oswald, Währungsbank der Welt, Bd. I, a.a.O., S. 45. Bis 1970 erfaßte die indonesische Währungseinheit nicht das gesamte politische Gebiet. Das heißt, daß West-Irian bis zu dieser Zeit eine eigene Währungseinheit besaß (IB Rp = 18,10 Rp), die in einem bestimmten Verhältnis zum US-\$ und zur indonesischen Rp stand.

3) The Central Bank of China Act, Art. 2 (1 + 2); Bank of Korea Act, Art. 48 + 54; Act Establishing the Central Bank of the Philippines, Art. III, Sec. 52.

C. Die Beeinflussung der Giralgeldschöpfung

Das Kreditangebot der Banken richtet sich nach der Größe ihres Geldschöpfungsspielraums. Die Giralgeldschöpfung der Banken hat als Ursache wichtiger Vorgänge im Wirtschaftsleben eine zentrale Bedeutung. Denn sie stellt einen Faktor dar, den die Währungsbank mit ihren Maßnahmen zur Sicherung der Währung stets berücksichtigen muß.

Hier werden die Einflußfaktoren der Giralgeldschöpfung durch die Kreditinstitute behandelt, die die Ansatzpunkte für die Kontrolle der Währungsbank darstellen und die die Währungsbank durch Regulierung der Geldmengen der Geschäftsbanken in die Hand bekommt.

Als erster Ansatzpunkt wird die "Realisierung der Geldschöpfungskapazität" gesehen. Die behördlichen Maßnahmen, die darauf gerichtet sind, haben fast "instituierenden" Charakter.¹⁾ Der zweite Ansatzpunkt ist die Möglichkeit der Liquiditätsbeschaffung auf dem Geldmarkt (sowohl ausländischer wie auch inländischer Geldmarkt)²⁾. In den Ländern ohne Zentralverwaltungswirtschaft haben die darauf gerichteten administrativen Maßnahmen der Zentralbank "funktionellen" Charakter³⁾. Als dritter Ansatzpunkt sind "die Einflußfaktoren des Geldschöpfungspotentials der Geschäftsbanken zu nennen, das auf dem bargeldlosen Zahlungsverkauf aufbaut."⁴⁾ Die auf das Geldschöpfungspotential gezielten behördlichen Maßnahmen haben dort funktionellen Charakter, wo es keine Zentralverwaltungswirtschaft gibt.

1) Hahn, Oswald, Instrumentarium der Währungsbank, Heft II, a.a.O., S. 130

2) Graebner, Wolfgang, a.a.O., S. 49 ff.

3) Bei der instituierenden Währungspolitik "handelt es sich um Gestaltungen auf lange Sicht, die nur selten verändert werden können und sollen." Die funktionelle Währungspolitik "hat die laufende Manipulierung und Regulierung des Währungsgeschehens und der Währungsentwicklung zum Gegenstand." (Lipfert, Helmut, Einführung in die Währungspolitik, 4. Aufl. Frankfurt/M. 1969, S. 4 f. und Hahn, Oswald, Instrumentarium der Währungsbank, Heft I, S. 25 ff.).

4) Hahn, Oswald, Instrumentarium der Währungsbank, Heft II, a.a.O., S. 129.

I. Die Einflußfaktoren der Giralgeldschöpfung als Ansatzpunkt

"Der Umfang der Geldschöpfungskapazität einer Bank ist abhängig vom Anteil des bargeldlosen Zahlungsverkehrs an den Zahlungsumsätzen des betreffenden Wirtschaftsgebietes und vom Anteil der bargeldlosen Verfügungen der Kunden dieser Bank, die durch Umbuchung oder Kompensation bewirkt werden können." ¹⁾ Die Einwirkung auf die Giralgeldschöpfung über die Zahlungssitten, den Marktanteil der Geschäftsbanken und die zwischenbankliche Zahlung in den betreffenden Ländern ist eine wirksame behördliche Maßnahme, durch die die monetären Mengen gesteuert werden. Es ist jedoch zu bemerken, daß die Verringerung der Geldschöpfungskapazität durch die Beeinflussung der erwähnten Einflußfaktoren den Nachteil hat, den Aufbau der Banken und des Banksystems in diesen Ländern zu beeinträchtigen. Dabei werden die von Walter Hesselbach genannten zwei Funktionen der Banken nicht mehr erfüllt. ²⁾

1. Die Einwirkung auf die Zahlungssitten

"Eine Kreditschöpfung ist den Geschäftsbanken ... möglich, wenn ein Mischgeldsystem herrscht (Bargeldzahlungen und bargeldlose Zahlungen, Verf.) und das Publikum der Banken sich unbarbarer Zahlungsweisen bedient, so daß die Geschäftsbanken einen Teil der Zahlungen mit Giralgeld, das sie selbst 'schaffen', ausführen können." ³⁾ Von einer Auswirkung der Geldschöpfungsmöglichkeiten in einer Wirtschaft kann also dann die Rede sein, wenn das

1) Hahn, Oswald, Instrumentarium der Währungsbank, Heft II, a.a.O., S. 130.

2) Der Aufbau der Banken ist in den Entwicklungsländern notwendig: (1) "um die Industrialisierung soweit wie irgend möglich ohne Auslandshilfe und ohne Auslandsabhängigkeit möglichst rasch finanzieren zu können; (2) um die teils noch naturwirtschaftlichen und teils geldwirtschaftlichen Wirtschafts- und Gesellschaftsstrukturen zu modernisieren, sie in eine kreditwirtschaftliche Ordnung zu überführen (Hesselbach, W.: Funktionen und Aufbau eines Banksystems in Entwicklungsländern, in: Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen, Heft 4, 1968, S. 150.

3) Feifel, Hermann, Die Anwendbarkeit der modernen Kreditschöpfungslehre auf die besondere Art des Sparkassengeschäfts, Berlin 1957, S. 48.

Publikum das neugeschaffene Geld den Banken in Form von Einlagen überläßt. Mit anderen Worten: je mehr die Zahlungen bargeldlos geleistet werden, desto größer ist die Giralgeldschöpfungskapazität der Geschäftsbanken. Das Verhältnis zwischen bargeldlosem Zahlungsverkehr und Bargeldzahlungen wird durch die Zahlungssitten bestimmt, die eine Funktion des Entwicklungsstandes eines Wirtschaftsgebiets und der unterschiedlichen Struktur der Kundschaft sind ¹⁾. Bei der Betrachtung der Zahlungssitten ergeben sich nach Lierow drei Variationsmöglichkeiten:

(1) Das Verhältnis zwischen den bargeldlosen Zahlungen und den Barzahlungen bleibt konstant, wobei weder der Anteil des Giralgeldes noch der Anteil des Bargeldes an der Gesamtgeldmenge zunimmt. Dabei ist die Giralgeldschöpfung der Geschäftsbanken beschränkt.

(2) Das Verhältnis der beiden Zahlungen verändert sich zugunsten der bargeldlosen Zahlungen. Der Anteil des Giralgeldes an der Gesamtgeldmenge steigt, und entsprechend nimmt die Geldschöpfungsmöglichkeit der Bankinstitute zu.

(3) Die Zahlungssitten ändern sich zugunsten der Barzahlungen. In diesem Fall - wie er in unterentwickelten Wirtschaftsgebieten anzutreffen ist - verkleinert sich die Geldschöpfungskapazität der Kreditinstitute, da bei Barzahlungen die Banken ihre Zentralbankguthaben verlieren. ²⁾

Mit zunehmender "Giralgeldquote" ³⁾ und damit steigender Geldschöpfungskapazität der Banken in einem Wirtschaftsgebiet steht die Zentralbank zwei Problemen gegenüber:

(1) "Sofern der Bargeldbedarf der Banken der einzige Regulator für deren Geldschöpfung ist (fällt) die Abhängigkeit der Banken gegenüber der Währungsbank offenbar mit

1) Hahn, Oswald, Die Geldschöpfungskapazität einer Girobank in betriebswirtschaftlicher Betrachtung, in: Blätter für Genossenschaftswesen, Wiesbaden Nr. 11/12, 1961, S. 3.

2) Lierow, Hans-Joachim, Der Geldschöpfungskoeffizient der Kreditbanken in der Bundesrepublik, Berlin 1957, S. 82 ff.

3) Zur Definition von "Giralgeldquote" s. Hahn, Oswald: Die Möglichkeiten einer Förderung des Scheckverkehrs, in: Schriftenreihe "Finanzwirtschaft", Bd. I, Frankfurt/M. 1962, S. 62.

zunehmender Giralgeldquote." 1)

(2) Mit dem zunehmenden bargeldlosen Zahlungsverkehr "nimmt gleichzeitig auch der Restriktionszwang zu, dem die Geschäftsbank bei einem plötzlichen Zwang zur Bargeldbeschaffung unterworfen ist." 2)

Zur Einwirkung auf die Zahlungssitten bieten sich für administrative Maßnahmen nach Oswald Hahn drei Möglichkeiten an: 3)

1. Das Verbot der bargeldlosen Einkommensvergütungen.
2. Die Einführung einer Steuer auf bargeldlose Zahlungen, die als preispolitische Maßnahme bezeichnet wird.
3. Die totale Monopolisierung des Zahlungsmittels durch die Währungsbank, wobei eine solche Möglichkeit die Zentralverwaltungswirtschaft voraussetzt.

Die Zahlungsgewohnheiten als Verhältnis zwischen Bargeldzahlungen und bargeldlosen Zahlungen sind in den zu untersuchenden Ländern je nach der wirtschaftlichen Entwicklung unterschiedlich. Wie Tabelle 15 zeigt, ist die "Giralgeldquote" in Indonesien, wo die bargeldlosen Zahlungen 37 Prozent der gesamten Geldmenge bilden, kleiner als in Taiwan, wo die bargeldlosen Zahlungen mit etwa 62 Prozent an der gesamten Geldmenge beteiligt sind.

Tabelle 15: Die Giralgeldquote in den untersuchten Ländern Ende 1970 in Mrd. WE

Land	Gesamtes Geldvolumen	Sichteinlagen von Nichtbanken	Einlagen-Anteil am Geldvolumen in %
Indonesien	241,1	88,2	36,6
Süd-Korea	306,5	173,1	56,4
Philippinen	5,1	2,6	52,3
Taiwan	35,0	21,6	61,5

Quelle: Zusammengestellt aus den Wirtschaftsberichten der jeweiligen Zentralbanken

- 1) Hahn, Oswald, Instrumentarium der Währungsbank, Heft II, S. 132.
- 2) Ebenda, S. 134.
- 3) Ebenda, S. 133; ders., Scheckverkehr, a.a.O.,

Wo die "Giralgeldquote" gering ist, ist infolgedessen die Geldschöpfungskapazität der Geschäftsbanken auch gering. In diesem Fall stimmen die Einwirkungen durch behördliche Maßnahmen auf die Zahlungssitten und die Einschränkung unbarer Zahlungen mit den Bemühungen dieser Staaten nicht überein, die darauf gerichtet sind, das Bankwesen zu entwickeln und die breite Bevölkerung an den bargeldlosen Zahlungsverkehr zu gewöhnen. "Es würde den Fortschritt im Bankwesen von Entwicklungsländern entscheidend gefährden, wenn die Zahlungssitten mit administrativen Maßnahmen, wie etwa dem Verbot der bargeldlosen Einkommensvergütung zum Schaden des bargeldlosen Zahlungsverkehrs beeinflußt werden." ¹⁾ Ferner wird im allgemeinen eine Einflußnahme der Zentralbank auf unbare Zahlungen die Rentabilität der Geschäftsbanken verringern.

Besonders sind in diesem Zusammenhang die Empfehlungen der indonesischen Regierung zu erwähnen, die die staatlichen, halbstaatlichen und andere Firmen zur Unterhaltung eines Kontos bei den Banken veranlassen. Ebenfalls sind die Bankinstitute zu Überweisungsaufträgen und zur Inanspruchnahme der Konten untereinander verpflichtet. Darüber hinaus versucht die Bank Indonesia Erleichterungen im Bereich des "Clearing" zu schaffen und dessen Zentralisation anzustreben. Die Zentralisierung des "Clearings" würde die Kosten verringern und die Verrechnung beschleunigen. ²⁾ Über den zunehmenden Umfang des Clearing auch in Korea und Taiwan unterrichtet Tabelle 16. Über die Scheckverrechnung auf den Philippinen fehlen die Unterlagen.

Es wären als Maßnahmen zur Förderung der bargeldlosen Zahlungen in den betreffenden Ländern folgende Wege vorzuschlagen:

1. Administrative Erleichterungen im Bereich des Scheckverkehrs.
2. Einführung der bargeldlosen Einkommensvergütungen für höhere Einkommensbezieher.

1) Klein, C.: a.a.O., S. 98.

2) Report of Bank Indonesia 1960 - 1965, S. 67 f. und Report of Bank Negara Indonesia (Unit I) 1966 - 1965, S. 47 ff.

3. Steuerliche Vergünstigungen für die Kontoinhaber bei den Banken.
4. Anreiz durch "Lotterie" oder Prämien für die Kontoinhaber - insbesondere für Privatpersonen.
5. Verpflichtung der Unternehmungen zur Unterhaltung von Konten bei den Banken. Obwohl dieser Vorschlag einen dirigistischen Charakter hat, haben von dieser letzten Maßnahme besonders die indonesischen Behörden Gebrauch gemacht ¹⁾.

Tabelle 16: Die Entwicklung der Umsätze im Abrechnungsverkehr in den untersuchten Ländern.
(Betrag in Mrd. WE; Stück in Mill.)

Jahres- ende	Indonesien		Süd-Korea		Taiwan	
	Betrag	Stück	Betrag	Stück	Betrag	Stück
1961	-	-	515,0	5,3	125,1	13,6
1965	14,3	2,1	1.543,3	7,9	253,7	15,7
1966	132,8	3,0	2.059,3	10,0	285,0	17,1
1967	554,6	3,8	3.243,2	12,3	263,4	19,0
1968	1.581,5	7,4	4.591,9	15,2	465,1	22,0
1969	2.770,9	9,5	7.350,3	20,3	554,1	23,9
1970	3.313,4	10,0	8.375,7	27,4	682,7	25,6

Quellen: Indonesien Financial Statistics, Juli 1971;
Economic Yearbook, Süd-Korea 1971; Taiwan
Financial Statistics Monthly, August 1971.

2. Die Einwirkung auf den Marktanteil

"Je größer und je besser strukturiert der Marktanteil einer Bank ist, um so größer sind auch die bargeldlosen Verfügungen der Kundschaft, die die Bank ohne Beeinträchtigung ihrer Liquidität durchführen kann." ²⁾ Als Bestimmungsgröße des Marktanteils einer Bank werden die Zahlen der Banken, die Bankgröße, die Zusammensetzung des Kundenkreises ³⁾ und die Dichte des Filialnetzes genannt.

1) Vgl. Report of Bank Indonesia 1960 - 1965, S. 66 f.

2) Hahn, Oswald, Instrumentarium der Währungsbank, Heft II, S. 135.

3) Über die Zusammensetzung der Kundenkreise für das Ausmaß der Kreditschöpfung s. Feifel, Hermann, a.a.O., S. 132 ff.

a. Die Anzahl der Banken

Eine Erweiterung des Bankwesens liegt im Interesse eines jeden Entwicklungslandes: Damit werden Kapitalmobilisation, Kapitalbildung und die Lenkung des Kapitals vom unorganisierten zum organisierten Geld- und Kapitalmarkt verbessert und zugleich das wirtschaftliche Wachstum erleichtert. Aus diesem Grunde kommt eine Zugangsbeschränkung im ersten Augenblick nicht in Frage. Auch die Pflege des Wettbewerbs verbietet Zugangsbeschränkungen ¹⁾. Andererseits ist zu beachten, "daß die Abhängigkeit der gesamten Wirtschaft von den Banken, die Notwendigkeit dauernder, geregelter Kreditversorgung und die Sicherheit der Einlagen den freien Wettbewerb verboten, denn durch den im freien Marktgeschehen möglichen Zusammenbruch bestimmter Institute könne in ungeheurer Breitenwirkung der Wirtschaftskörper schwer geschädigt werden." ²⁾ Es ist also zu befürworten, mit Mitteln der Währungspolitik (Zugangsbeschränkung) in die Wettbewerbsverhältnisse der Banken einzugreifen, um einen möglichen Zusammenbruch der Banken (besonders kleiner Institute) zu vermeiden. ³⁾ Ferner, um die Gefahr von Monopolen zu verringern, ist letztlich doch eine liberale Zugangsbeschränkung erforderlich. Die administrativen Maßnahmen der Währungsbank, die dahingehend getroffen werden, sind ordnungspolitischer Natur und tragen zur Erhaltung des Wettbewerbs bei.

Im Rahmen der Bankenaufsicht und des Bankgesetzes ist in den untersuchten Ländern jede Bankgründung konzessionspflichtig.

Diese Beschränkungen sind in Indonesien im Laufe der Zeit vielfach geändert worden. Die Genehmigung der Grün-

1) Aust, Eberhard, Der Wettbewerb in der Bankwirtschaft, Frankfurt/M. 1963, S. 14 f.

2) Multerer, Gerhard, Zum Problem der Mindestreservepolitik, Ifo-Studium, 2. Jg., 1956, S. 69.

3) Eucken, Walter, Grundsätze der Wirtschaftspolitik, Tübingen 1965, S. 161 ff.

dung neuer Banken wird vom Finanzminister nach der Konsultation mit der Zentralbank erteilt. Im Jahre 1966 hat die indonesische Regierung folgende Beschränkungen für Neugründungen von Privatbanken gebilligt.

(1) Für die Gründung neuer Banken (Hauptstelle oder Zweigstelle) in Städten wie Djakarta, Surbaja, Medan, Palembang, Makasar, Semarang und Bandung ist ein Anfangskapital (Paid-up) in Höhe von Rp 3 Mrd. (alte Rp) erforderlich. Ferner werden die Banken oder ihre Zweigstellen, die in Städten wie Djakarta, Surbaja und Medan eingerichtet werden, aufgefordert, einen Betrag in Höhe von Rp 4 Mrd. und diejenigen, die in Makaser, Palembang, Semarang und Bandung gegründet werden, von Rp 3 Mrd. als (verzinsliche) Sicherheitseinlagen (time deposit) bei der Bank Negara Unit I zu halten.

(2) Die Banken, deren Neugründung in Jogjakarta, Sala, Tjirebon, Malang, Padang, Telubetung, Tandjungkarang, Bandjarmasin, Pontianak und Menado stattfindet, sind verpflichtet, ein Anfangskapital von Rp 1 Mill. (neue Rp) aufzuweisen, während bei einer Eröffnung einer neuen Zweigstelle Rp 500.000 (neue Rp) erforderlich sind. Außerdem müssen bei der Gründung einer neuen Bank oder Hauptstelle Rp 1 Mill. als Termineinlage an die Bank Negara Indonesia Unit I eingezahlt werden.

(3) Im Fall der Neugründung von Banken außerhalb dieser Städte ist ein Anfangskapital von Rp 500.000 (alte Rp) und im Falle der Eröffnung einer Zweigstelle von Rp 500.000 nötig.

Die Einzahlung der Termineinlagen an die Bank Negara Indonesia Unit I ist zum Schutz der Aktionäre gedacht und ist nicht übertragbar. ¹⁾ Für die Gründung oder Eröffnung staatlicher Banken gibt es keine besonderen Zulassungsbeschränkungen. Die staatlichen Banken brauchen für die Errichtung neuer Zweigstellen nur die Genehmigung des Finanzministers einzuholen. ²⁾

1) Report of Negara Bank Indonesia (Unit I) 1966 - 1967, a.a.O., S. 32 ff.

2) Art. 3, Act No. 17 year 1968 RE Bank Negara Indonesia

Die Genehmigung der Neugründung einer Bank in Süd-Korea erteilt der Währungsrat nach der Empfehlung des "Superintendent of Banks". Die neue Bank muß ein Anfangskapital in Höhe Hwan 1,5 Mrd. (oder 150 Mill. Won) vorweisen. Dieser Betrag wird vom Währungsrat erhöht, wenn die betreffende Bank eine oder mehrere Niederlassungen zu eröffnen beabsichtigt. ¹⁾

Die Gründung neuer Banken auf den Philippinen vollzieht sich mit der Genehmigung des Währungsrates. Es ist erforderlich, daß 60 % der Kapitalgeber die philippinische Staatsangehörigkeit haben. Ferner müssen zwei Drittel der Vorstandsmitglieder Philippinos sein. ²⁾

In Taiwan darf einer Bank nach dem Erwerb der Lizenz und der Registrierung bei "Executiv Yuan" tätig werden. Das erforderliche Kapital wird von "Executiv Yuan" je nach der Art der Bank und der Art des Standorts sowie der Geschäfte dieser Bank bestimmt. ³⁾

Über den Umfang der Universalbanken in den untersuchten Ländern gibt Tabelle 17 Auskunft.

1) Bankstatut, Art. 9 und Art. 16.

2) Bankstatut, Philippinen, Sec. 9, 12 und 13.

3) The Banking Law, Art. 9 und Art. 16.

Tabelle 17: Die Zahl der Universal- und Spezialbankstellen in den untersuchten Ländern und ihre Verteilung auf die Einwohner im Jahre 1969					
Land	Universal-banken	Spezial-banken	Einwohner je Bank-stelle	Unter Berücksichtigung anderer Finanz-institute:	
				Bankstelle	Einwohner je Bankst.
Indonesien ⁺	932	67	102.602	6.779 (einschl. Secondary Banks)	14.010
Süd-Korea	713	(nicht bekannt)	83.908	-	-
Philippinen	606	530	35.829	1.445 (einschl. Postspargassen)	14.974
Taiwan	372	613	14.010	47 (einschl. anderer Finanz-institute)	13.398

Quellen: Report of Bank Negara Indonesia Unit (I) 1967, Review of Korean Economic 1969, 21st Annual Report 1969 (Philippinen) und Financial Institutions in Taiwan, 1969

+ für Indonesien gilt 1967

Secondary Banks sind kleine Bankinstitute wie Paddy-, Bauern-, Arbeiter-, Dörfer-, Markt- und Personalbanken. Ihr Geschäftsumfang ist sehr gering.

Es gibt in Süd-Korea Spezialbanken, jedoch fehlt es an genauen Angaben über die Zahl ihrer Zweigstellen und Filialen.

b. Die Steuerung der Bankgröße

Von den behördlichen Maßnahmen, die zur Verhinderung der Konzentrationerscheinungen in den zu untersuchenden Ländern ergriffen werden, sind besonders die Funktionstrennung, die Festlegung und Kontrolle der Bankkonditionen und die Beschränkung der Einzugsgebiete der Bankinstitute zu erörtern.

1. Die Funktionstrennung im Bankgewerbe

"Der Umfang des Leistungsprogramms wirkt sich auf die Größe der Banken aus. Werden hier Differenzierungen vorgenommen, so beeinflusst das negativ die Größe des Marktanteils der einzelnen Bank. Differenzierungen sind sowohl nach der Art und Fristigkeit des Aktivgeschäfts als auch in der Kombination von Aktiv- und Passivgeschäften möglich." ¹⁾

(1) Funktionstrennung im Aktivgeschäft

In Indonesien und auf den Philippinen ist eine Funktionstrennung nach der Kreditfrist vorgesehen. Während die Handelsbanken für die Vergabe des kurzfristigen Kredits zuständig sind, gewähren die Entwicklungsbanken (in Südkorea Spezialbanken) zur Finanzierung der industriellen Vorhaben langfristige Kredite. Innerhalb der Handelsbanken ist eine Trennung zwischen Devisenhandelsbanken und Nicht-Devisenhandelsbanken zu beobachten. Außerdem ist in Indonesien im Zusammenhang mit der Fristigkeit des Geschäftes eine unterschiedliche Mindestkapitalhöhe erforderlich. Führen z.B. die Privatbanken langfristige Geschäfte durch, sind sie nur zur Aufbringung eines niedrigen Anfangskapitals verpflichtet. Sind dagegen ihre Geschäfte kurzfristig, muß höheres Anfangskapital ausgewiesen werden.

Diese Funktionstrennung wird in Taiwan anders gesehen. Eine Differenzierung erfolgt dort nach der Branche des Kreditnehmers, nicht nach der Fristigkeit des Kredits. Nach Art. 13 Banking Law sind die Banken in Handels-, Industrie-, Spar-, Trust- und Konsumenten-Banken klassifiziert. Für den Devisenhandel sind nicht nur die Handelsbanken, sondern auch andere Banken zuständig.

1) Klein, C.: a.a.O., S. 22.

(2) Funktionstrennung im Passivgeschäft

Obwohl in diesen Ländern einige Sparkassen tätig sind, operieren auch die Handelsbanken zum großen Teil mit Spareinlagen. Die Handelsbanken ziehen wegen ihrer Größe das Vertrauen der Bevölkerung an sich und infolgedessen zeigt das Spargeschäft bei Handelsbanken einen relativ großen Anteil, der zur Erweiterung der Geldschöpfungskapazität dieser Banken beiträgt. Andererseits fehlt den Sparkassen wie auch Kreditgenossenschaften weitgehend das Geschäft der "Zahlungsdepositen". Im Gegensatz zu Mitteleuropa sind also Kreditgenossenschaften und Sparkassen ausgesprochene Spezialinstitute und bedürfen daher weitgehend keiner Zentralbanksteuerung.

ii. Die Festlegung und Kontrolle der Bankkonditionen im Passivgeschäft

"Mit der Festsetzung von Höchstsätzen im Einlagen- und von Mindestzinsen im Kreditgeschäft durch die Währungsbank wird der Preiswettbewerb im Passivgeschäft völlig, im Aktivgeschäft gegenüber den ersten Kunden ausgeschieden." ¹⁾ Hier wird nur die Festlegung der Konditionen im Passivgeschäft behandelt; die Konditionen im Aktivgeschäft werden an anderer Stelle erörtert (vgl. S. 123 ff.). "Durch die Festsetzung von Höchstsätzen soll die Einlagenkonkurrenz der Banken in Grenzen gehalten werden." ²⁾ Darüber hinaus wird der Einlagenzinsstop als Mittel zur Beseitigung der "Liquiditätskonzentration" bei den Bankinstituten betrachtet.

Aus währungspolitischen Gründen macht man in diesen Ländern von der Festsetzung der Höchstzinssätze Gebrauch. Nach Art. 30 des taiwanischen Bankgesetzes soll der Höchstzinssatz für die verschiedenen Arten von Einlagen durch Vereinbarung mit der "local central bank" festgesetzt werden. Ab 1949 bis in die Mitte der fünfziger Jahre haben die Währungsbehörden eine radikale Zinserhöhung durch-

1) Hahn, Oswald, Instrumentarium der Währungsbank, Heft II, a.a.O., S. 139.

2) Graebner, Wolfgang, a.a.O., S. 53.

geführt. Besonders zu erwähnen ist die Zinssatzerhöhung für Termineinlagen im Jahre 1949 und Anfang der fünfziger Jahre. Der Zinssatz für sechsmonatige Termineinlagen lag bei der Bank of Taiwan bei 18 bis 40 % und bei anderen Banken bei 54 bis 64,8 % pro Jahr. Ein besonderer Prämiensatz wurde für die dreimonatigen Termineinlagen festgesetzt, der sogar 108 % pro Jahr betrug. Dieser Satz wurde "Preferential Interest Rate" genannt. Um die Geschäftsbanken vor der überhöhten Kostenbelastung zu schützen, hatte die Währungsbehörde die zusätzlichen Kosten, die durch Gewährung von "Preferential Interest Rate" entstanden, übernommen. Zweck derartiger Zinserhöhung war die Inflationsbekämpfung und Verminderung der Bargeldhorte der Wirtschaft ¹⁾. Seit 1961 ist der Zinssatz für Sichteinlagen unverändert geblieben, während der Zinssatz für Termineinlagen öfter variierte (vgl. Tabelle 18).

Die Zinssatzänderung und die Festsetzung des Höchst- und Mindestzinssatzes wird in Indonesien von der Währungsbehörde funktionell vorgenommen, d. h. in diesem Land gibt es keine gesetzliche Vorschrift über die Festsetzung des Einlagenzinssatzes. Ein besonderer Fall lag im Jahre 1968 und Anfang 1969 in bezug auf die Zinsänderungspolitik der indonesischen Zentralbank vor. Die Zentralbank erhöhte den Zinssatz für Einlagen, um die Bevölkerung zur Geldanlage an Banken zu bewegen (vgl. Tabelle 19). Zugleich erstattete sie den Staatsbanken zur Vermeidung von Verlusten einen Teil der Zinskosten. Das galt bis Mai 1969, als die Zentralbank den Einlagenzinssatz herabsetzte ²⁾.

1) Reed, J. Irvine and Robert, F. Emery, Interest Rates as an Anti-Inflationary Instrument in Taiwan, in: The National Banking Review, The Comptroller of the Currency US.Treasury, Washington, D.C. 1966, S. 29 ff.

2) Cole, Davis, New Direction for the Banking System, a.a.O., S. 62 f.

Tabelle 18: Die Zinssatzvarrierung für die Einlagen in Taiwan

Datum der Änderung	Sicht- einlagen	Kündigungs- einlagen	Termineinlagen			% pro Jahr Spar- einlagen			
			1 Monat	3 Mte.	6 Mte.	9 Mte.	1 Jahr	2 J.	3 J.
1. 5. 1949	21,60	28,80		72,0					
15. 9. 1949	16,20	21,60		54,0					
1. 7. 1950	8,10	10,80		27,0					
30.11. 1952	8,10	10,80		21,6					
16. 7. 1953	5,40	7,20		16,2					
1. 7. 1954	5,40	7,20		10,8					
5. 3. 1956	3,60	5,40		-				% pro Monat	1,75
16. 7. 1957	2,88	3,60	8,4	10,2	13,8		1,42	1,58	1,50
5. 1. 1959	2,88	3,60	7,2	10,2	12,6		1,42	1,46	1,26
1. 3. 1961	2,88	3,60	7,2	9,0	12,6		1,20	1,23	1,14
21. 6. 1961	1,44	1,80	5,4	7,2	10,8		1,11	1,125	-
8. 8. 1962	1,44	1,80	4,68	6,48	9,72		-	-	1,00
1. 6. 1963	1,44	1,80	4,50	6,00	9,00		1,00	1,00	0,90
1. 3. 1964	1,44	1,80	4,20	6,00	8,40		0,90	0,90	0,84
14. 2. 1966	1,44	1,80	4,20	6,00	8,40		0,84	0,84	0,81
6. 5. 1967	1,44	1,80	3,60	5,40	7,80	8,40	0,81	0,81	0,81
4. 9. 1968	1,44	1,80	5,40	6,48	7,80	8,40	0,81	0,81	0,81
30. 9. 1968	1,44	1,80	5,40	6,48	7,80	8,40	0,81	0,81	0,81
10. 5. 1969	1,44	1,80	5,40	6,48	8,64	9,00	0,81	0,84	10,08 ⁺
22.12. 1970	1,44	1,80	5,04	6,24	8,40	8,76	9,72 ⁺	10,08 ⁺	9,50 ⁺
19. 5. 1971	1,25	1,50	4,50	5,75	7,75	8,25	9,25 ⁺	9,50 ⁺	

+ % pro Jahr

Quelle: Taiwan Financial Statistics Monthly, August 1971.

Tabelle 19: Variierung des Zinssatzes für die Einlagen in Indonesien in % pro Monat

Datum	1 Monat und mehr	3 Monate und mehr	6 Monate und mehr	1 Jahr und mehr
1. 4. 1964 ¹⁾	-	-	1/2	2
16. 4. 1967 ¹⁾	-	3	-	-
1. 7. 1967 ¹⁾	-	2	-	-
1.10. 1968	1 1/2	4	5	6
17. 3. 1969	1 1/2	-	4	5
1. 5. 1969	1	2	3	4
10. 7. 1969	1	1 1/2	2 1/2	3
15. 9. 1969	1	1 1/2	2	2 1/2
1. 1. 1970	1	1 1/2	1 3/4	2

1) Der Satz galt nur für eine staatliche Handelsbank.

Quelle: Indonesien Financial Statistics, July 1971.

Für die Festlegung des Zinssatzes für Einlagen sind, vor allem in Süd-Korea, der Währungsrat und "The Korean Banker's Association" zuständig. Die Befugnis der Festsetzung des maximalen Zinssatzes für die Einlagen liegt allein beim Währungsrat. Neben der währungspolitischen Zielsetzung kommt diesem Instrument noch eine andere Aufgabe zu, nämlich die Belebung des Geldmarktes ¹⁾. Um einerseits die Kapitalflucht zu vermeiden und andererseits einen Anreiz für die im Ausland ansässigen Koreaner zu bieten, hat die koreanische Währungsbehörde ein System von "installment savings deposit" eingeführt. Derartige Termineinlagen können in Form von Devisen angelegt werden. Der Zinssatz betrug im Jahr 1969 ²⁾ für dreimonatige Termineinlagen 7 %, für sechsmonatige Termineinlagen 8 % und für zwölfmonatige Termineinlagen 10 %.

Über die Zinssatzvariierung der Einlagen in Süd-Korea gibt die Tabelle 20 einen Überblick.

1) The Bank of Korea, Financial Development since Interest Rate Reform, March 1970, S. 4 ff.

2) Hahn, Oswald, Instrumentarium der Währungsbank, Heft II, S. 140.

Tabelle 20: Die Zinssatzvariation der Einlagen in Süd-Korea									
Datum	Termin- und Spareinlagen					Sichteinlagen (% pro Monat)			
	3 Mte.	6 Mte.	1 Jahr u. mehr	New household deposits	Kündigungs-Einlagen	Teilzahlungs-Spareinlagen	Sparbuch-Einlagen	temporäre Einlagen	
1. 1. 1960	6,0	8,0	10,0	-	3,65	4,0 ⁺	1,8	1,1	
10. 7. 1961	9,0	12,0	15,0	-	3,65	4,0 ⁺	1,8	1,1	
2. 1. 1962	9,0	12,0	15,0	-	3,65	10,0	1,8	1,1	
16. 3. 1964	9,0	12,0	15,0	-	3,65	10,0	1,8	1,0	
30. 9. 1965	18,0	24,0	26,0	-	5,00	30,0	1,8	1,0	
1. 4. 1968	15,6	20,4	26,4	12,0	5,00	28,0	1,8	1,0	
1.10. 1968	14,4	19,2	25,2	12,0	5,00	25,0	1,8	1,0	
1. 6. 1969	12,0	16,8	22,8	9,6	5,00	23,0	1,8	1,0	

+ Der Satz wurde für eine Laufzeit kürzer als ein Jahr bestimmt; für ein Jahr 5 % und für zwei Jahre 6 %

Quelle: Economic Statistics Yearbook 1971.

Für die Festlegung des Zinssatzes von Einlagen, die auf den Philippinen unter "Selektive Regulation of Bank Operation" eingeordnet wird, schreibt der "Act of Establishing the Central Bank of the Philippines" folgendes vor: The Monetary Board may fix the maximum rates of interest which banks may pay on deposits and on any other obligations". (Sec. 109) Zu diesem Zweck wird der Zinssatz von Zeit zu Zeit und je nach der währungspolitischen Situation von der Zentralbank geändert (vgl. Tab. 21).

iii. Die Beschränkungen des Einzugsgebietes der Kreditinstitute

"Durch die Einrichtung von Bankbezirken kann ... das 'Einzugsgebiet' der Banken und damit ihr Marktanteil teilweise erheblich eingeschränkt werden." ¹⁾ Von einer solchen administrativen Maßnahme, die einen funktionellen Charakter hat, machte die Zentralbank von Indonesien Gebrauch. Bis zum Jahre 1964 waren die Großstädte wie Djakarta, Bandung, Semarang, Surabaya, Medan, Palembang und Makassar von der Gründung neuer Privatbanken ausgeschlossen. Seit 1964 ist aber diese Vorschrift aufgehoben. Für die Gründung ausländischer Banken ist nur Djakarta als Standort bestimmt und Gründungen in anderen Städten werden nicht gestattet ²⁾.

Es wurde in letzter Zeit auf den Philippinen der Vorschlag gemacht, daß Handelsbanken, die Zweigstellen in Großstädten eröffnen wollen, auch zur Gründung von Niederlassungen in den Gebieten mit weniger Banken verpflichtet werden sollen. Diese Maßnahme soll ergriffen werden, um eine Zusammenballung der Banken in Großstädten zu verhindern und zugleich in den anderen unterentwickelten Gebieten die Gründung von Banken zu fördern ³⁾. In Korea und Taiwan existieren u.W. keine Gebietsbeschränkungen.

1) Hahn, Oswald, Instrumentarium der Währungsbank, Heft II, S. 140.

2) Report of Bank Indonesia, 1960 - 1965,

3) "The Central Bank on July 19., 1966 set down a policy intended to strengthen the banking system and promote bank mergers. No new commercial bank was to be established in the greater Manila area up to 1967 and those already in existence in the area (except the specialized government bank's, PNCB and NACIDA Bank) within the next 5 years. This latter requirement was intended to encourage bank merger." (20th Annual Report 1966, S. 8). Ferner 21st Annual Report 1969, S. 12: Für diesen Zweck hat die Zentralbank die Handelsbanken aufgefordert, mindestens 50 %

Tabelle 21: Die Zinssatzvariiierung der Einlagen auf

Datum	Spareinlagen						
	Han- dels- ban- ken	Spar- ban- ken	Länd- liche Ban- ken	Ent- wick- lungs- banken	Saving & Loan Asso- cia- tions	Postal Savings- Banks	Genos- sen- schafts- banken
1.1.1965	4	4 1/2	4 1/2	4 1/2	4	4	4 1/2
20.1.1965							
2.3.1965					4 1/2		
10.11.1965	5 3/4	5 3/4	5 3/4	5 3/4	5 3/4	-	5 3/4
14.6.1966	5 3/4	5 3/4	5 3/4	5 3/4	-	-	5 3/4
6.6.1967							

Zusammengestellt aus den Rundschreiben Nr. 190, 193, 212, 222 und 239 der Zentralbank von den Philippinen. Vgl. 17th, 18th und 19th Annual Report.

den Philippinen in Prozent pro Jahr						
Termineinlagen						
Han- dels- banken % Frist in Monaten	Spar- banken % Frist in Monaten	Ländli- che Banken % Frist in Monaten	Entwick- lungs- banken % Frist in Monaten	Saving & Loan Asso- ciations % Frist in Monaten	Genossen- schafts- banken % Frist in Monaten	
4 1/2 3 4 1/2 6 4 3/4 9 5 12	4 3/4 3 5 über 6	4 1/4 3 4 1/2 über 6	4 3/4 3 5 über 6	3 3/4 3 4 6 4 1/4 9 4 1/2 12	4 3/4 3 5 über 6	
		4 3/4 3 5 über 6				
				4 3/4 3 5 6		
5 3/4 3 6 6 6 1/4 9 6 1/2 12	5 3/4 3 6 6 6 1/4 9 6 1/2 12	5 3/4 3 6 6 6 1/4 9 6 1/2 12	5 3/4 3 6 6 6 1/4 9 6 1/2 12	5 3/4 3 6 6 6 1/4 9 6 1/2 12	5 3/4 3 6 6 6 1/4 9 6 1/2 12	
5 3/4 3 6 6 6 1/4 9 6 1/2 12	5 3/4 3 6 6 6 1/4 9 6 1/2 12	5 3/4 3 6 6 6 1/4 9 6 1/2 12	5 3/4 3 6 6 6 1/4 9 6 1/2 12	- - - -	5 3/4 3 6 6 6 1/4 9 6 1/2 12	
5 3/4 3 6 über 6	5 3/4 3 6 über 6					

c. Die Steuerung des Kundenkreises

Bei der Einwirkung auf die Zusammensetzung des Kundenkreises durch administrative Maßnahmen wird entweder die Zentralbank mit ihrer gesetzlichen Handhabe die Banken auffordern, bestimmte Einlagen aus "dem Geldkreislauf des Bankensystems auf das Zentralbanksystem zu übertragen", ¹⁾ oder die Bankkunden werden verpflichtet, "ihre Mittel bei bestimmten Banken anzulegen" ²⁾. Im ersten Fall kommen die öffentlichen Kassenguthaben und im zweiten Fall die ausländischen Einlagen bei den Banken für die "Steuerung des Kundenkreises" in Betracht. Diese beiden Einlagenarten tragen zur Steuerung bzw. zur Verminderung der Geldschöpfungskapazität der Banken bei. Die Einflußnahme der Zentralbank auf den "Kundenkreis" hat sowohl institutionierenden als auch funktionellen Charakter.

1. Die Steuerung der öffentlichen Einlagen

Einer der entscheidenden Faktoren, die zur Verminderung oder zur Erhöhung der potentiellen und aktuellen Liquidität der Geschäftsbanken beitragen und dadurch die Kreditinstitute bei der Geldschöpfung beeinflussen, sind die öffentlichen Gelder. Der Anteil der öffentlichen Einlagen hat in der Gesamtwirtschaft - sowohl in entwickelten Staaten als auch in den Entwicklungsländern - ein Ausmaß erreicht, das ihre Steuerung im Interesse der Sicherung der Währungsstabilität unvermeidlich erscheinen läßt. "Die Kassenguthaben der öffentlichen Stellen üben einen liquidisierenden oder einen (stark) restriktiven Einfluß auf das Banksystem aus, je nach dem, ob sie bei Kreditinstituten oder im Zentralbanksystem gehalten werden." ³⁾

ihrer Einlagen für die Gründung neuer Branchen außerhalb Manilas zu verwenden.

1) Grabner, Wolfgang, a.a.O., S. 52.

2) Hahn, Oswald, Instrumentarium der Währungsbank, Heft II, a.a.O., S. 142.

3) Lipfert, Helmut, Einführung ..., a.a.O., S. 189.

Durch die Einlagenpolitik werden besonders die monetären Mengen der Banken gesteuert. Eine solche Steuerung hat institutionierenden oder funktionellen Charakter. Sind die öffentlichen Stellen verpflichtet, ihre Kassenguthaben beim Zentralbanksystem oder bei den von der Zentralbank beauftragten Banken einzulegen und ihre Geschäfte über die Zentralbank abzuwickeln, liegt eine institutionierende Einlagenpolitik vor. Dadurch erzielt die Zentralbank eine doppelte Wirkung: Es wird einmal die Geldschöpfungskapazität der Geschäftsbanken beeinträchtigt, zum anderen tritt bei den Geschäftsbanken angesichts der großen Steuertermine eine "Liquiditätsanspannung" ein.¹⁾ Von den Geschäftsbanken wird die Liquidität abgezogen und an die Zentralbank oder Zentralbankvertretung abgeführt. Die Abhängigkeit der Geschäftsbanken von der Währungsbank vergrößert sich dadurch sehr.

Die Einlagenpolitik hat dann einen funktionellen Charakter, wenn die öffentliche Hand zur Einrichtung ihrer Kassenguthaben bei der Zentralbank gesetzlich nicht verpflichtet ist. In diesem Fall leitet die Zentralbank entsprechend den währungspolitischen Erfordernissen die öffentlichen Mittel den Geschäftsbanken zu, und die Geschäfte der öffentlichen Hand werden auch über diese Institute abgewickelt. Man kann somit sagen, daß ebenso wie "eine Herabsetzung der Pflichtreserven ... die Verwendung der öffentlichen Guthaben von der Währungsbank zu den Geschäftsbanken hin einen verflüssigenden Effekt (hat)." ²⁾ Die öffentlichen Mittel haben dann keinen Einfluß auf die Liquidität der Geschäftsbanken, wenn die öffentlichen Stellen Konten bei diesen Banken unterhalten und ihre Geschäfte durch Umbuchung über die Konten abgewickelt werden. Eine institutionierende Einlagenpolitik ist in den untersuchten Ländern daran zu erkennen, daß die Regierungen dieser Länder gesetzlich verpflichtet sind, bei den Zentralbanken ihre Kassenguthaben einzurichten.

1) Hahn, Oswald, Instrumentarium der Währungsbank, Heft II, S. 143; Klein, C., a.a.O., S. 42 f.; Escher, Volkhard, Die Einflußsteuertermine auf die Liquidität der Geschäftsbanken beim Zentralbanksystem, Diss. Köln 1957, S. 13 ff.

2) Veit, Otto, Grundriß..., a.a.O., S. 351.

Der Währungsrat kann aus zentralbankpolitischen Gründen in Süd-Korea und auf den Philippinen die anderen Banken zeitweilig auch mit der Deponierung der öffentlichen Gelder beauftragen, jedoch müssen diese Gelder an die Zentralbank übertragen werden ¹⁾. In Taiwan werden die anderen Banken zur Annahme der öffentlichen Kassenguthaben ermächtigt, wenn keine Zentralbank oder eine Vertretung vorhanden ist.

Für Indonesien findet sich im neuen Zentralbankgesetz kein Hinweis auf die Benennung anderer Banken für solche Zwecke. Man kann allerdings vermuten, daß die staatlichen Geschäftsbanken zur Annahme der öffentlichen Einlagen vorgesehen sind. Für die Verringerung der Geldschöpfungskapazität und die Liquiditätsbeanspruchung der Geschäftsbanken sowie zur Bekämpfung der Inflation nach dem Koreakrieg ist in Süd-Korea oft von der institutionierenden Einlagepolitik Gebrauch gemacht worden. Eine funktionelle Steuerung der öffentlichen Einlagen wird dann in diesem Land zur Liberalisierung des Kredits eingesetzt, wenn eine Kreditexpansion dort erforderlich erscheint ²⁾.

Neben der institutionierenden Einlagepolitik lag vor 1966 auf den Philippinen auch eine funktionelle Einlagenpolitik vor. Bei allen Geschäftsbanken konnten die öffentlichen Gelder eingelegt werden. Die Zentralbank machte von der Manipulation dieser Einlagen für währungspolitische Zwecke insofern Gebrauch, als diese Einlagen bei Geschäftsbanken reservepflichtig sein mußten und die Zentralbank den Auf-lagesatz zu variieren versuchte. Auch die Festsetzung von Höchstätzen über den Bestand an öffentlichen Einlagen bei Geschäftsbanken war ein Mittel, dessen sich die Zentralbank bediente. Ab 1964 trat an seine Stelle ein anderes Mittel, wonach die Geschäftsbanken dann den Zentralbankkredit in Anspruch nehmen konnten, wenn sie keine zusätzlichen Regierungseinlagen besaßen ³⁾.

1) Indonesien, Art. 34(1); Korea, Sec. 5(71); Philippinen, Sec. 115 und 118; Taiwan, Sec. 26.

2) Kim, B.K., Central Banking in Korea, a.a.O., S. 93.

3) Annual Report 1964 und 1966, S. 8.

Über den Stand der Regierungseinlagen beim Banksystem in den vier Ländern gibt die Tabelle 22 einen Überblick.

Tabelle 22: Übersicht über die staatlichen und ausländischen Einlagen bei den Banken der untersuchten Länder im Jahre 1969 in Mrd. WE								
Einlagen	Indonesien		Süd-Korea		Philippinen		Taiwan	
	ZB	GB	ZB	GB	ZB	GB	ZB	GB
Regierungseinlagen	10,5	35,5	42,5	9,2	0,2	1,3	4,3	18,4
Ausländische Einlagen	-	-	15,0	225,9	-	0,3	1,7	1,7

Quelle: Indonesien Financial Statistics, Monthly Bulletin, Juli 1971; Economic Statistics Yearbook, 1969, 21st Annual Report 1969; Taiwan Financial Statistics Monthly, März 1970. ZB = Zentralbank, GB = Geschäftsbank.

Wie Tabelle 22 zeigt, ist theoretisch angesichts des höheren Anteils der öffentlichen Einlagen bei staatlichen Geschäftsbanken in Indonesien, auf den Philippinen und in Taiwan die Möglichkeit der Einlagenpolitik günstiger als in Süd-Korea, wo der Umfang der öffentlichen Gelder bei Geschäftsbanken gering ist. In der Praxis können jedoch die jeweiligen Zentralbanken keine erfolgreiche Einlagenpolitik betreiben, da die Regierungseinlagen besonders von Spezialbanken zur Finanzierung der staatlichen Entwicklungsprojekte verwendet werden.

ii. Die Steuerung der Ausländereinlagen

Auch der Zufluß ausländischer Einlagen erhöht die Geldschöpfungskapazität der Banken. Das Aufkommen solcher Mittel hängt jedoch unter anderem von der Einführung der vollen Konvertibilität, vom Zinsgefälle und von der ökonomischen und politischen Sicherheit eines Landes ab. Erst wenn diese Bedingungen erfüllt sind, spielen die Auslandseinlagen bei der Liquiditätsbeschaffung der Banken eine größere Rolle.

Für die Steuerung der Auslandseinlagen kommen sechs Möglichkeiten in Betracht, die sowohl administrative als auch unternehmerische Maßnahmen sind:

- (1) Verbot der Aufnahme von Auslandseinlagen.
- (2) Preispolitische Maßnahmen: a. Verzinsungsverbot der Auslandseinlagen, b. Erhebung von Provisionen für die unverzinslichen Auslandseinlagen.
- (3) Mindestreservesätze für Auslandseinlagen. ¹⁾
- (4) Autorisierte Handelsbanken wie in Indonesien und auf den Philippinen, die Devisenbanken wie in Süd-Korea und Taiwan werden verpflichtet, ihre Devisenbestände an die Zentralbank abzuliefern.
- (5) Die autorisierten Handelsbanken oder Devisenbanken müssen im Falle des Devisenverkaufs die vorherige Genehmigung der Zentralbank einholen.

Von den ersten genannten Möglichkeiten findet man nur im Zentralbankgesetz der Philippinen die erste ²⁾ - mit Einschränkung - und die dritte Möglichkeit, nämlich die Änderung der Mindestreserve. Die ersten drei genannten Möglichkeiten werden von den anderen Zentralbanken dieser Länder kaum angewandt. Die im vierten Punkt geschilderte Verpflichtung kommt in diesen Ländern nur selten vor, und zwar in einer Zeit akuter Senkung der internationalen Liquidität. Von der fünften Auflage machen die Währungsbehörden der betreffenden Staaten häufig Gebrauch. ³⁾

- (6) Die autorisierten Geschäftsbanken oder Devisenbanken sind verpflichtet, jedes Geschäft mit inkonvertiblen Währungen zu unterlassen ⁴⁾.

Mit der Einführung der genannten Maßnahmen beabsichtigen die Währungsbehörden der untersuchten Länder nicht die Steuerung der monetären Mengen, sondern vielmehr versuchen

1) Graebner, Wolfgang, a.a.O., S. 53 ff.

2) So z.B. wird die Annahme der Auslandseinlagen seitens der Geschäftsbanken kontingentiert. Vgl. 20th Annual Report 1068, S. 5.

3) Vgl. 21st Annual Report, Exchange Restriction, a.a.O., 1970; Republic of China, S. 105 ff; Indonesia, S. 235 ff; Korea, S. 292 ff. und Philippines, S. 401 ff.

4) Ebenda.

sie, dadurch die Devisenmenge zu rationieren. Darüber hinaus stellen die Auslandseinlagen für die Erweiterung der Geldschöpfungskapazität der Banken in diesen Ländern keine Gefahr mehr dar, da der Anteil der Auslandseinlagen an den gesamten Einlagen der Banken gering ist (vgl. Tabelle 22). Das ist darauf zurückzuführen, daß einerseits die volle Konvertibilität in diesen Ländern noch nicht eingeführt worden ist und andererseits die wirtschaftliche Unsicherheit (insbesondere Inflation und Devisenbewirtschaftung) den ausländischen Einlegern noch keinen genügenden Anreiz gibt. Die Zentralbanken dieser Länder versuchen jedoch durch die Heraufsetzung des Zinssatzes für ausländische Einlagen das Land für Geldanlagen attraktiver zu machen. Besonders sind in diesem Zusammenhang die Bemühungen der Zentralbank der Philippinen und Süd-Koreas zu erwähnen. Daneben hat die philippinische Zentralbank den Mindestreservesatz für ausländische Einlagen auf 15 % herabgesetzt. Als Folge dieser Bemühungen war eine Steigerung der Auslandseinlagen bei Handelsbanken zu verzeichnen. So erhöhten sich die Auslandseinlagen von 30,6 Mill. Pesos im Jahre 1969 auf 257,5 im Jahre 1970.

3. Die Einwirkung auf zwischenbankliche Zahlungen

Als letzter Einflußfaktor auf die Geldschöpfungskapazität der Kreditinstitute bietet sich die Einwirkung auf die zwischenbanklichen Zahlungen an. Der Umfang der zwischenbanklichen Zahlungen kann besonders durch die Einführung des "Verrechnungsverbotes" zwischen Banken und eine "Geldschaffungssteuer" seitens der Währungsbank verkleinert werden ¹⁾. Damit verringert sich auch die Geldschöpfungskapazität der Banken.

Die behördlichen Maßnahmen in Form von "Verrechnungsverbot" oder "Geldschaffungssteuer" kommen in den untersuchten Ländern nicht in Betracht, da der Zahlungsverkehr zwischen den Banken in diesen Ländern nicht in dem Maß entwickelt ist, daß eine Erweiterung der Geldschöpfungskapazität der

1) Hahn, Oswald, Instrumentarium der Währungsbank, Heft II, S. 145 ff.

Banken dadurch zu befürchten wäre. Vielmehr würden solche Maßnahmen dem bargeldlosen Zahlungsverkehr in diesen Ländern schaden.

II. Die Geldmarktfinanzierung als Ansatzpunkt

Eine Quelle für Refinanzierungsmöglichkeiten für die Geschäftsbanken ist der in- und ausländische Geldmarkt. Eine Steuerung der Liquiditätsbeschaffung der Kreditinstitute über den Geldmarkt bedeutet zugleich eine Einflußnahme auf die Geldschöpfungskapazität dieser Institute.

1. Die Einwirkung auf die inländische Geldmarktfinanzierung

Eine Kontrolle der Liquiditätsbeschaffung durch den inländischen Geldmarkt wird nach Graebner aus folgenden Gründen in Frage gestellt.

1. "Eine Kontrolle der Geldmarktkredite könnte verheerende Folgen für den kurzfristigen Kreditbedarf der öffentlichen Hand haben. Die Funktionsfähigkeit des Geldmarktes würde nämlich über das Maß der unmittelbaren Beschränkung hinaus beeinträchtigt werden, weil die Banken Liquidität horten, um bei gleichzeitigen quantitativen Beschränkungen des Notenbankkredits plötzlich den Liquiditätsverlusten begegnen zu können." ¹⁾

2. Eine Kontrolle der Refinanzierung über den inländischen Geldmarkt würde die Offenmarktpolitik der Notenbanken behindern. ²⁾

Diese zwei genannten Gründe treffen auch in den untersuchten Ländern zu. Darüber hinaus hat sich der Geldmarkt in den betreffenden Ländern nicht so entwickelt, daß eine Refinanzierung durch den Geldmarkt für die Geschäftsbanken in diesen Ländern eine bedeutende Rolle spielen könnte und als Objekt der behördlichen Kontrolle in Frage käme. Deshalb kommt die Einwirkung auf die Geldmarktfinanzierung zur Einschränkung der Liquidität nicht in Frage. Jede Einflußnahme zur Kontrolle der Liquiditätsbeschränkung in diesen Ländern

1) Graebner, Wolfgang, a.a.O., S. 50.

2) Ebenda, S. 50.

kommt den Bemühungen entgegen, die darauf gerichtet sind, den dortigen Geldmarkt zu entwickeln und funktionsfähig zu machen.

2. Die Einwirkung auf die ausländische Geldmarktfinanzierung

Die Finanzierung über ausländische Banken stellt dann für inländische Banken ein entscheidendes Refinanzierungspotential dar, wenn die Kreditkonditionen im Ausland günstig erscheinen und eine Liquiditätsknappheit im Inland spürbar ist. Die Liquiditätsbeschaffungsmöglichkeiten können neben an anderer Stelle erwähnten Maßnahmen ¹⁾ auch durch ein Verbot der Refinanzierung im Ausland kontrolliert werden. Otto Veit meint, daß die Liquiditätsbeschaffung über die Auslandsfinanzierung nicht unmittelbar von der Zentralbank beeinflußbar sei. ²⁾

In keinem Land (außer den Philippinen ³⁾) macht die Währungsbank von dem genannten Instrumentarium Gebrauch. Da gerade diese Länder an einem permanenten Zahlungsbilanzdefizit leiden, ist der Zufluß der ausländischen Einlagen und die Refinanzierung bei Banken (insbesondere in harter Währung) wünschenswert.

Die zufließenden Auslandsanleihen in diesen Ländern ergeben sich entweder aus bilateralen Abkommen zwischen diesen Staaten und anderen Kreditgeberländern oder auf der Basis internationaler Organisationen. Diese Kredite sind von den jeweiligen Regierungen garantiert und im Rahmen des Vertrages fließen diese Anleihen staatlichen Kreditinstituten bzw. der Zentralbank zu. So kann man daraus entnehmen, daß den inländischen Geschäftsbanken weniger Möglichkeiten zur Refinanzierung über den ausländischen Geldmarkt eingeräumt werden. Deshalb ist ihr Liquiditätsbeschaffungspotential gering.

1) S. S. 70 f.

2) Veit, Otto, Grundriß ..., a.a.O., S. 269.

3) "On September 25, 1968, the limit on commercial bank Borrowings was increased by \$ 1 million per bank effective up to December 31, 1968. On the same date, the Central Bank also increased the limit on the peso-dollar swap arrangements from \$ 1 million to \$ 2 million per bank and also made effective up to December 31, 1968," Annual Report 1968, S. 3.

In Süd-Korea hat die Substitution der ausländischen Kredite durch die Kreditgewährung der in Süd-Korea ansässigen Auslandsbanken große Unterstützung gefunden. In diesem Fall wird versucht, die Finanzierungslücke der Geschäftsbanken im Ausland zu decken. ¹⁾

D. Das Geldschöpfungspotential als Ansatzpunkt

Oswald Hahn definiert das Geldschöpfungspotential der Banken "als die Summe der Produkte aus den verschiedenen 'Überschuß-Reserve-Blöcken' und den verschiedenen, für die einzelnen Aktivgeschäfte der Bank gültigen 'Geldschöpfungsmultiplikatoren', ..." ²⁾. Die bestimmenden Faktoren, die zur Erhöhung der Überschußreserve beitragen, sind von Bank zu Bank unterschiedlich. Das trifft auch für die Länder, die den Gegenstand der Untersuchung darstellen, zu. Die gerichteten währungspolitischen Maßnahmen, durch die man auf Aktivgeschäften basierende Überschußreserven einzuwirken versuchte, haben sowohl institutionierenden als auch funktionellen Charakter. Ob die gezielten währungspolitischen Maßnahmen in diesem Bereich vorwiegend durch Gesetz festgelegt oder von staatlichen Organen einschließlich Zentralbankbehörden autonom ergriffen werden, hängt vom herrschenden Wirtschaftssystem ab. Bei einer Zentralverwaltungswirtschaft sind die auf das Geldschöpfungspotential gerichteten Maßnahmen in erster Linie institutionell, während bei der Wettbewerbsordnung diesen Maßnahmen ein funktioneller Charakter zukommt. Bei der Einflußnahme auf das Geldschöpfungspotential in den zu untersuchenden Ländern wird institutionierende und funktionelle Währungspolitik festgestellt, wobei die Mehrheit der währungspolitischen Instrumente entweder gesetzlich geregelt sind oder vom Regierungsorgan nach Ermessen eingesetzt werden. Nach Ansicht von W. Graebner und R. Nowak ist die Steuerung der auf dem Aktivgeschäft basierenden Überschußreserven unter die "Kontrolle der Liquiditätsverwendung" ³⁾ bzw. unter die "allge-

1) Review of Korean Economy 1968, S. 18.

2) Hahn, Oswald, Das Instrumentarium der Währungsbank, Heft II, S. 149. Er versucht in diesem Zusammenhang, die "Überschußreserve" als "Bruttogröße" verstanden zu wissen.

3) Graebner, Wolfgang, a.a.O., S. 55.

meinen mengenmäßigen Vorschriften" und "selektiven mengenmäßigen oder direkten Kreditkontrollen" ¹⁾ einzuordnen. Nach ihrer Auffassung hat die Steuerung der Aktivgeschäfte nur einen behördlichen Charakter. Nach Ansicht von Oswald Hahn in Anlehnung an Otto Veit stellen quantitative und qualitative Steuerung der Aktivgeschäfte sowohl eine behördliche als auch eine unternehmerische Politik der Zentralbank dar. ²⁾ Die quantitativen und qualitativen administrativen Maßnahmen, die Gegenstand der Untersuchung sind, werden von Oswald Hahn in "Auflagen und Beschränkungen" unterschieden. Diese Zweiteilung ist den von Graebner angeführten Begriffen - "Kontrolle der Liquiditätsreserven" (Auflagen) und "Kontrolle des Kreditangebots" (Beschränkung) zugrundegelegt. ³⁾

I. Die Einwirkung durch Auflagen

Unter "Auflagen" versteht Oswald Hahn einen "den Geschäftsbanken auferlegten Zwang, monetäre Mengen anzubieten oder zu erwerben ... In diesem Zusammenhang mit der Beeinflussung des Geldschöpfungspotentials haben Auflagen immer den Charakter von Erwerbsauflagen." ⁴⁾ Durch die Erwerbsauflagen versucht die Zentralbank, die Geschäftsbanken zur Anlage ihrer Mittel zu veranlassen. Diese Erwerbsauflagen, die sowohl qualitativen als auch quantitativen Charakter haben, folgen nachstehenden Zielen:

1. Die Zentralbank versucht, "mit dem Zwang zum Erwerb monetärer Aktiva" eine Verringerung der liquiden Mittel oder der Geldmenge zu erzielen. Eine solche Auflage wird als "Abschöpfungsauflage bzw. -effekt" bezeichnet.
2. Beabsichtigt die Zentralbank "eine Mindestvorsorge der Betriebswirtschaften für die Aufrechterhaltung der Zahlungsfähigkeit", so spricht man von "Liquiditätsauflagen bzw. -effekt".
3. Hat die Zentralbank vor, daß bestimmte Vorhaben mit den "Erwerbsauflagen" finanziert oder refinanziert werden, spricht man von "Finanzierungsauflagen bzw. -effekt". ⁵⁾

1) Nowak, R.: a.a.O., S. 441 ff.

2) Hahn, Oswald, Instrumentarium der Währungsbank, Heft II, S. 150.

3) Ebenda, S. 151.

4) Ebenda.

5) Ebenda, S. 151 f.

Für die Einwirkung auf das Geldschöpfungspotential der Geschäftsbanken in den zu untersuchenden Ländern machen die jeweiligen Zentralbanken in bezug auf die "Erwerbsauflagen" von den Mindestreserveauflagen und Liquiditätsauflagen Gebrauch. Sie versuchen damit auch einen Abschöpfungs-liquiditäts- und Finanzierungseffekt zu erreichen. Ob die Erzielung dieser Effekte einzeln oder zusammen beabsichtigt ist, ist von Fall zu Fall unterschiedlich.

Eine besondere Art der Mindestreserveauflage, die primär den Charakter einer Sicherheitsvorsorge hat (Aktionärsicherung), ist die Verpflichtung der neugegründeten indonesischen Privatbanken zur Einzahlung eines (verzinslichen) Mindestbetrages bei der Zentralbank. "The payment of the deposit was ... subject to the following rule:

1. The deposit must be paid on behalf of one several prospective stockholders of the bank and was not transferable.
2. The interest rate applicable to time deposits of not less than 1 (one) year was 12 % per annum; the interest rate applicable to other time deposits would be determined on that basis; the said deposits were subject to extension for the duration of the bank's existence." ¹⁾

Über den Doppelcharakter ²⁾ der Mindestreserveauflage (Aufrechterhaltung der Zahlungsfähigkeit und währungspolitischen Steuerungsmittel) ist zu bemerken, daß je nach Entwicklungsstand des Banksystems die eine oder andere wichtiger sein kann. In den Ländern mit hochentwickeltem Banksystem steht die währungspolitische Funktion im Vordergrund, "da die primäre Aufgabe der Mindestreserve in der Beeinflussung des Geldmarktes (in diesen Ländern, Verf.), nicht aber in der Beaufsichtigung der Kreditbanken hinsichtlich ihrer Liquiditätsvorsorge ... besteht." ³⁾ In den Ländern mit weniger entwickeltem Banksystem kommt den beiden Funktio-

1) Report 1966-67, a.a.O., S. 32 f.

2) Floss, Eberhard, Die Ausweisung der Mindestreservepflicht unter besonderer Berücksichtigung der Sparkassen, Berlin 1956, S. 23 ff.; Tudyka, Kurt P., System und Politik der Mindestreserve, Berlin, 1964, S. 31; Artikel Mindestreserverepolitik, in: HdsW, a.a.O., S. 325 f.; Peter Oldenburg, Inflationsbekämpfung mit Hilfe der Mindestreserverepolitik der Zentralbank, Diss. Graz 1963, S. 101 ff.

3) Spindler, Becker, Starke, Die Deutsche Bundesbank, 3. Aufl., Berlin, Stuttgart, Köln, Mainz 1969, S. 280.

nen der Mindestreserve eine Bedeutung zu.

Die Funktion der Aufrechterhaltung der Zahlungsfähigkeit drückt sich in "liquidity ratio" aus. Danach soll "ein Teil der Aktivposten ... in Liquid Assets gehalten werden." ¹⁾ Eine "liquidity ratio" in reiner Form fand sich in Indonesien bis Mai 1957. Seither kommt der indonesischen "liquidity ratio" auch die Funktion der Steuerungsmittel zu. ²⁾ Die Geschäftsbanken mußten ein minimales Verhältnis zwischen ihren kurzfristigen Verbindlichkeiten und ihrer verfügbaren Liquiditätsreserve halten (30 %).

Ebenfalls kann man die Doppelfunktion der Mindestreserve im Liquiditätsverhältnis zwischen den Devisenverbindlichkeiten und den Devisenreserven der philippinischen Kreditinstitute feststellen. Nach Rundschreiben Nr. 240 ³⁾ hat der Währungsrat der philippinischen Zentralbank die Handelsbanken aufgefordert, ein Verhältnis von eins zu eins zwischen ihren Devisenverbindlichkeiten und ihren Devisenguthaben zu halten. Mit dieser funktionellen Währungspolitik versucht die Zentralbank einerseits die Liquidität für die Devisenverbindlichkeiten sicherzustellen, andererseits verhindert sie einen Devisenabfluß.

Die Mindestreserveauflagen haben auch in Korea und Taiwan einmal die Aufgabe, die Zahlungsfähigkeit der Banken aufrechtzuerhalten, zum anderen die Funktionen der währungspolitischen Steuerung.

Die Auflagen in den vier Ländern sollen nun unter den Aspekten der Auswahl der Bezugsgrundlage, der Variierung der Auflagesätze, der Festsetzung der auflagefähigen monetären Mengen und der Ermittlung des Auflagesolls wie auch bei der Einführung der Reservepflicht für die Importvorauszahlung untersucht werden.

1) Veit, Otto, Grundriß, a.a.O., S. 130.

2) Charlesworth, H.K., A Banking System ..., a.a.O., S. 58.

3) 19th Annual Report, 1967, S. 159.

1. Die Auswahl der Bezugsgrundlage

a. Die Aktivposten als Bezugsgrundlage

Vermögenswerte der Geschäftsbanken als Bezugsgrundlage gibt es nur auf den Philippinen als zusätzliches Instrument. Nach Sec. 103 des Bankstatuts hat der Währungsrat die Kompetenz, im Rahmen der funktionellen Währungspolitik eine Mindestreserve für die nicht ausgenutzten Kreditzusagen (Overdraft) der Geschäftsbanken anzuordnen. Es wird dadurch den Geschäftsbanken die Möglichkeit entzogen, den Rest der von Kontokorrenten nicht in Anspruch genommenen Kredite zur Kreditausweitung zu verwenden.

b. Die Passivposten als Bezugsgrundlage

In allen Ländern sind die Geschäftsbanken verpflichtet, für ihre Einlagen und Verbindlichkeiten eine Mindestreserve zu halten. Die Einlagen als Bezugsgrundlage werden einmal nach der Zahl der Einleger, zum zweiten nach der Laufzeit dieser Einlagen und zum dritten nach anderen Gesichtspunkten klassifiziert.

1. Die Klassifizierung nach Einlegerkategorien wird besonders auf den Philippinen und in Süd-Korea ¹⁾ vorgenommen. Als Bezugsgrundlage kommen die inländischen Privateinlagen, ausländische Einlagen in Fremdwährung ²⁾ und öffentliche Einlagen sowie auf den Philippinen zusätzlich die Bankeinlagen in Betracht. Während auf den Philippinen die Auswahl der Deviseneinlagen als Bezugsgrundlage und Variierung ihres Auflagesatzes einen institutionisierenden Charakter hat ³⁾, wird der Wahl der öffentlichen Einlagen und Bankeinlagen als Bezugsgrundlage und der Variierung ihres Satzes ein funktioneller Charakter beigemessen. Es gibt auf den Philippinen spezielle Regierungseinlagen, die nicht Gegenstand der Mindestauflagen, sondern die Bezugsgrundlage für "Liquidity Floor Requirement" darstellen.

1) Fousek, Peter G., Foreign Central Banking, a.a.O., S. 47.

2) Keine Sonderstellung von Auslandsgeldern, in: Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen, 12. Jg., 1959, S. 267.

3) Sec. 102 des Bankstatuts.

In Süd-Korea "werden ... Einlagen von staatlichen Stellen und von Banken bei ihren Korrespondenzbanken ... mit anderen Sätzen belegt als die Einlagen der übrigen Bankkunden." ¹⁾

2. Nach der Fristigkeit wird in allen Ländern in Sichteinlagen, Termineinlagen und Spareinlagen gruppiert. In Indonesien bilden "Claims Payable on Demand" die Bezugsgrundlage.

3. Nach anderen Gesichtspunkten kommen Zuwachseinlagen und die Importvorauszahlung (Import Predeposit Requirement) ²⁾ als Bezugsgrundlage in Betracht.

Die Importvorauszahlung erstrebt einen sekundären Abschöpfungs- und Liquiditätseffekt, d. h. die Stillegung der von Importeuren in bar eingezahlten Beträge. Von solchen funktionellen Maßnahmen machen die Zentralbanken von Indonesien, Süd-Korea und den Philippinen Gebrauch, wobei die Auslegung der Bezugsgrundlage und die Variierung des Auflagesatzes durch den Finanzminister Indonesiens und durch den Währungsrat der Philippinen erfolgt.

2. Die Variierung der Auflagensätze

Ein fixer Auflagensatz, dessen Höhe bei 20 % lag ³⁾, existierte in Indonesien. Seit der Verabschiedung des neuen Bankgesetzes ist dieses Instrument institutionisierender Währungspolitik im neuen Bankgesetz nicht mehr zu finden.

Ein durch den Währungsrat mit 30% fixiertes Verhältnis zwischen den verfügbaren liquiden Mitteln und der "Claim Payable on Demand" findet man bei Geschäftsbanken in Indonesien. ⁴⁾ Auch in Taiwan ist der Auflagensatz der "Cash Reserve" fix und seit ihrer Einführung nicht geändert worden.

1) Oldenburg, Peter, a.a.O., S. 105.

2) Fousek, Peter, a.a.O., S. 72 ff.; Eugene A. Birnbaum and Moeen A. Qureshi, Advance Deposit Requirements for Import, in: Staff Paper Vol. VII, 1960, S. 115 ff. und Jorge Marshal, Advance Deposit on Imports, in: Staff Paper, Vol. VI, 1958, S. 239 ff. Diese Einlagen werden als Spezialtermineinlagen genannt und sind ihrerseits reservepflichtig.

3) 20 % der ausgegebenen Banknoten sollen durch Gold und Devisen gedeckt werden. Art. 17

4) Report of Bank Negara Indonesia, 1966-67, a.a.O., S.68.

In Süd-Korea, den Philippinen und in Taiwan wird der variable Auflagensatz zwischen einem Mindest- und einem Höchstsatz variiert. Eine Festsetzung des Reservesatzes von über 100 Prozent ist in keinem Land erlaubt. In Süd-Korea ist eine Unterschreitung des Mindestsatzes in Depressionszeiten nicht zulässig, während der Notenbank die Überschreitung des Höchstsatzes erlaubt ist. Einen weiten Spielraum hat die Bank of Korea zwischen 10 und 50 % erhalten. Es gibt in diesem Land keine Differenzierung des Reservesatzes nach einzelnen Banken. Eine Ausnahme (niedrigerer Auflagensatz) ist für Kreditgenossenschaften vorgesehen. ¹⁾

Die gleiche Konstruktion - Varrierung der Auflagensätze innerhalb Höchst- und Mindestgrenzen - liegt auf den Philippinen vor. Der Auflagensatz wird für die Termin- und Spareinlagen zwischen 5 % und 25 %, für die Sichteinlagen zwischen 10 % und 50 % festgelegt ²⁾. Der Währungsrat hat die Kompetenz, im Rahmen der funktionellen Währungspolitik in besonderen Situationen diese Sätze bis auf 100 % zu erhöhen.

Besondere Verhältnisse liegen bei der Varrierung des Reservesatzes in Taiwan vor. Taiwan kennt zwei Arten der Pflichtreserven, nämlich die "Security Reserve" ³⁾ und die "Cash Reserve" ⁴⁾. Infolgedessen werden auch zwei unterschiedliche Sätze festgelegt. Darüber hinaus wird nach Fristigkeit der Einlagen und Gruppenzugehörigkeit der Banken differenziert:

(1) Für die Handelsbanken ist die Spanne des "Security Reserve"-Satzes für das gesamte Sichteinlagenvolumen auf 10 - 15 % festgelegt worden. Ebenfalls hat das Bankgesetz einen Auflagensatz in Höhe von 15 % als "Cash Reserve" für Sichteinlagen und für das gesamte Termineinlagenvolumen vorgesehen. ⁵⁾ (2) Nach Art. 57 beträgt der Auflagensatz

1) Bank of Korea Act, Art. 57.

2) Sec. 101.

3) Security Reserve of a bank designated by the authority in charge, amounting to a certain per centage of the total deposit received by the bank, and to be drawn only when the total deposit in the bank is decreased. Art. 10.

4) Cash Reserve of a bank ist hereby as the case in its demand deposit to a certain percentage of the total national bank or other banks, amounting to a certain percentage of total deposit received by the bank. Art. 9.

5) Art. 48 und 49 des taiwanischen Bankgesetzes.

für Industriebanken als "Security Reserve" für die gesamten Sichteinlagen 8 - 12 % und für die gesamten Termineinlagen 5 - 8 %. Art. 58 schreibt denselben Banken die Unterhaltung einer "Cash Reserve" von 12 % für Sichteinlagen und 6 % für Termineinlagen vor. (3) Nach Art. 66 und 67 sind die Sparkassen zur Haltung der "Security Reserve" und "Cash Reserve" in Höhe von 10 - 15 % bzw. 10 % für die Sichteinlagen und 5 - 18 % bzw. 5 % verpflichtet. Während die "Cash Reserve" der institutionisierenden Währungspolitik unterzuordnen ist, hat die Notenbank bei den "Security Reserves" einen Spielraum für funktionelle Maßnahmen.

Eine Differenzierung des Auflagensatzes nach der Bankgröße oder nach geographischen Lagen wird von keinem der betreffenden Bankgesetze vorgenommen. In Indonesien, Südkorea und den Philippinen besteht ein Einheitsreservesatz für alle landwirtschaftlichen Geschäftsbanken. Nur für die Genossenschaften in Südkorea existieren Sonderregelungen. Die Spezialtermineinlagen für Importvorauszahlungen können auf den Philippinen und in Indonesien bis zu 100 % reservepflichtig gemacht werden. Der Auflagensatz für die Auslandseinlagen wird von der philippinischen Zentralbank zwischen 10 und 110 % variiert. Über die Auswahl der Bezugsgrundlage und die Variierung des Auflagensatzes gibt Tabelle 23 einen Überblick.

3. Die Festsetzung der auflagefähigen monetären Mengen

a. Die Arten der auflagefähigen Aktiva

"Gegenstand der Erwerbsauflage sind monetäre Mengen, denen durch die Auflage der Geldcharakter entzogen wird. Unterschiede zeigen sich in der Art dieser monetären Mengen, der 'auflagefähigen Aktiva', die von der Währungsbank ausgewählt werden." ¹⁾ Die Zentralbanken der vier Länder rechnen zu den auflagefähigen Aktiva den Kassenbestand, Guthaben bei der Zentralbank, Depositen bei anderen Banken, den

1) Hahn, Oswald, Instrumentarium der Währungsbank, Heft II, S. 163.

Tabelle 23: Die Bezugsgrundlage und die Varilierung des Auftragsatzes in den untersuchten Ländern									
Land (Jahr der erstmaligen Auflage in Parentthese)	Bezugsgrundlage	Limit in %	Effektiver Reservesatz in den Jahren				in den Jahren		Zahl der Varilierung seit Ein- führung
			1965	1966	1967	1968	1969	1970	
Indonesien (1957)*	Sicht- und Termin- einlagen Spareinlagen Einlagen für Import- vorauszahlung	30 30 0-100	10 10	10 10	10 10	10 10	10 10	10 10	
Süd-Korea (1959)	Sicht- und Termin- einlagen Spareinlagen Einlagenzuwachs Spezialeinlagen	10-50 0-100	16 10 10 100	35 20 15 100	35 25 18 100	32 18 18 100	32 ⁺ 15 18 100	32 ⁺ 15 18 100	13 5 2
Philippinen (1959)	Sichteinlagen Termineinlagen Spareinlagen Einlagen für Import- vorauszahlung	10-50 5-25 10-100 0-100	(10- (30 (10- (20 10 25 100)	10 5- (6 10 10 25 100)	16 14 10 25 150)	16 16 10 30 175)	16 16 10 30 175)	20 10-20 10 25 175)	

Taiwan (1948)	Handelsbanken	10-15	15	12	15	12	15 ^{xx}	
	Security Reserve							
	Sicht- und Termin- einlagen	5-10	10	8	10	8	10 ^{xx}	
	Cash Reserve							
	Sichteinlagen	15	keine Änderung					
	Termineinlagen	7	"					
	Industriebanken							
	Security Reserve	8-12	12	10	12	10	12 ^{xx}	Sichteinl.
	Termineinlagen	5-8	8	6	8	6	8 ^{xx}	
	Cash Reserve							
	Sichteinlagen	12	keine Änderung					
	Termineinlagen	6	"					
	Sparkassen							
	Security Reserve							
	Sichteinlagen	10-15	-	-	-	10	10 ^{xx}	
	Termineinlagen	5-18	5	5	5	5	5	
	Cash Reserve							
	Sichteinlagen	10	keine Änderung					
	Termineinlagen	5	"					

x Vgl. Charlesworth, H.K., a.a.O., S. 30.

+ Der Satz für landwirtschaftliche Genossenschaften 25 %

xx 21. 7. 1971

Quellen: Zusammengestellt aus Indonesian Statistical Monthly 1971; Süd-Korea, Economic Statistics Yearbook 1971; Philippinen, Wirtschaftsberichte; Taiwan, Taiwan Financial Statistics Monthly August 1971.

Pflichtbestand an Regierungsobligationen (Government Bonds), Schatzwechsel (Treasury Bills), Special Account und Stabilisation Account sowie Corporation Bonds. Welchem von diesen einzelnen Posten die wichtigste Bedeutung zukommt, ist von Land zu Land unterschiedlich.

i. Das Guthaben bei der Zentralbank

Alle Banken sind in diesen Ländern verpflichtet, einen Teil ihrer Mindestreserve bei der Zentralbank zu halten. Es handelt sich in diesen Ländern um "unmittelbare Reservehaltung". Das heißt, daß die Banken ihre reservepflichtigen Guthaben direkt bei der Zentralbank deponieren müssen. Diese Guthaben dienen - wie alle herkömmlichen Reserveguthaben bei der Notenbank - den Banken auch zur Abwicklung des Zahlungsverkehrs.

In Indonesien waren die Privatbanken bis Mai 1957 nicht zur Reservehaltung bei der Zentralbank verpflichtet. Von der 30%igen Mindestreserve müssen 10 bis 20 % bei der Währungsbank unterhalten werden.¹⁾ Das Guthaben, das die philippinischen Geschäftsbanken bei der Zentralbank zu deponieren haben, schwankt je nach der währungspolitischen Situation. So betrug der Anteil der Mindestreserve vor 1967 25 %, während im Jahre 1967 die Geschäftsbanken - wegen der verschärften Währungspolitik - zur Deponierung bis zur Höhe von 50 % bei der Währungsbank gezwungen waren.²⁾

ii. Der Kassenbestand und die Guthaben bei anderen Banken

Abweichend von den deutschen und US-amerikanischen Verhältnissen sind in allen vier Ländern auch andere liquide Werte reservefähig. Neben dem Guthaben bei der Zentralbank werden auch der Kassenbestand und das Guthaben bei anderen Banken für liquiditätsbezogene Auflagen als Deckungsmasse herangezogen. Der Grund liegt, wie bei vielen Ent-

1) Charlesworth, H.K., A Banking System ..., a.a.O., S. 58.

2) Annual Report 1967, S. 5.

wicklungsländern, in der geringen Dichte des Zentralbanknetzes und in den schlechten Verkehrsverhältnissen, die eine rasche Umwandlung von Zentralbankguthaben in Bargeld unmöglich machen. Die süd-koreanischen Geschäftsbanken sind verpflichtet, bis zu 25 % ihrer Mindestreserven zu jeder Zeit in Form von Bargeld zu halten ¹⁾. Die indonesischen Geschäftsbanken können 10 - 20 %, bezogen auf ihre Pflichtreserve, in bar führen. Auch auf den Philippinen wird der Kassenbestand der Banken als Bestandteil der Mindestreserve angesehen. "On May 26, 1964 the Central Bank augmented the utilization of cash in bank valuts of available reserve from 50 per cent to 100 per cent provided they shall not exceed 5 per cent of total peso deposits." ²⁾ Die Zurechnung des Guthabens bei anderen Banken zum Bestandteil der Mindestreserve wird besonders in Süd-Korea und Taiwan ³⁾ (Guthaben bei Bank of Taiwan und anderen Banken) vorgenommen. In Süd-Korea sind die Handelsbanken durch den Beschluß des Währungsrats 1966/67 sogar verpflichtet worden, einen Teil ihrer Reserven entweder bei National Agricultural Cooperatives Federation, Genossenschaftsbanken oder bei der Medium Industry Bank anzulegen ⁴⁾. Hier dienen die Mindestreserven also der Finanzierung bestimmter Banken.

iii. Die Wertpapiere

Mit dem Erwerbszwang für Wertpapiere, verbunden mit ihrer Zurechnung zu Mindestreserven, versuchen die Zentralbanken in diesen Ländern drei Effekte zu erreichen: Zunächst ist die Erzielung eines Abschöpfungs- und Finanzierungseffektes zu nennen. Weiterhin erstreben die jeweiligen Währungsbehörden die Förderung des Geld- und Kapitalmarktes.

Durch eine Verordnung des Währungsrates vom Mai und Oktober 1957 wurden alle Privatdevisenbanken in Indonesien

1) The Bank of Korea Act, Art. 59(2).

2) 16th Annual Report 1964, S. 10.

3) Chang, T.K., Central Banking in China, in: Central Banking in South and East Asia, a.a.O., S. 28 (Fußnote).

4) Financial Development since Interest Rate Reform, a.a.O., S. 32.

angewiesen, 10 bzw. 20 % ihrer Mindestreserve in Staatspapieren anzulegen ¹⁾. Diese Regelung galt bis 1960. Von diesem Zeitpunkt an müssen alle Kreditbanken - einschließlich der Staatsbanken - 20 % ihrer Mindestreserve in Schatzwechseln investieren ²⁾.

Die koreanischen Kreditinstitute dürfen - nach Erreichung der 25%igen Mindestreserve in Bargeld - den Rest ihrer Pflichtreserve zum Erwerb von "Stabilization Bonds" und Schatzwechseln verwenden.

Ab Dezember 1967 konnten die philippinischen Geschäftsbanken 75 % der Pflichtreserven in Form von Schatzwechseln, Exportwechseln und als Kassenbestand halten. Diese Situation sollte bis Mai 1968 so geändert werden, daß jeden Monat der jeweilige Bestand an Wertpapieren um 5 % reduziert wurde bis er 50 % der Pflichtreserven betrug. Der Rest (50 %) sollte als Guthaben bei der Zentralbank geführt werden ³⁾. Zwischen Dezember 1967 und Mai 1968 hat die Pflichtreserve in Zentralbankhand einen Zuwachs von 86 % im Vergleich zur 10%igen Erhöhung der Verbindlichkeiten erfahren.

In Taiwan soll die "Security Reserve" in Form von staatlichen Obligationen, Schatzwechseln und Industrieobligationen (Corporation Bonds) unterhalten werden. ⁴⁾

iv. Special Account und Monetary Stabilization Account

Die indonesische Regierung versuchte zusammen mit der Zentralbank immer, in irgendeiner Weise das indirekt oder direkt erhöhte Geldschöpfungspotential der Banken abzubauen. Neben der Mindestreservpolitik führte die Zentralbank durch das Dekret Nr. 23 im Dezember 1957 ein System von "Special Accounts" ein. Dabei mußten die

1) Charlesworth, H.K., A Banking System, a.a.O., S. 58.

2) Report 1966-67, a.a.O., S. 5.

3) 19th Annual Report 1967, S. 5.

4) Art. 48, 57 und 66 Banking Law in Taiwan.

Geschäftsbanken, die ein Kapital über 75 Mill. Rp besaßen, 50 % ihrer Überschußkasse (surplus cash) diesen Konten zuführen. Der Satz hat sich im Laufe des Jahres 1960 auf 75 % erhöht. Diese Regelung wurde auch auf Banken ausgedehnt, deren Verbindlichkeiten mindestens 75 Mill. Rp betragen ¹⁾.

Vom "Monetary Stabilization Account" macht die Zentralbank von Süd-Korea Gebrauch, das Anfang 1967 eingeführt wurde, um die Überschußreserven der Kreditinstitute zu kontrollieren. Danach sind die Geschäftsbanken gehalten, einen Teil ihrer Überschußreserven an dieses von der Bank von Korea geführte Konto zu überführen. ²⁾

b. Die Verzinsung der Auflagenwerte

Eine grundsätzliche Verzinsung für die in der Zentralbank deponierten Reserven findet in den vier Ländern nicht statt. Um die Rentabilität der Geschäftsbanken bei höheren Auflegesätzen nicht zu gefährden, sind folgende Maßnahmen getroffen worden:

(1) Die Zurechnung der Schatzwechsel, Regierungsobligationen, Stabilization Bonds und anderer öffentlicher Anleihen, die ihrerseits verzinslich sind. ³⁾

(2) Eine Mindestreserveverzinsung wird vorgenommen wenn:
(a) durch die Genehmigung des Währungsrates der vorgeschriebene Pflichtreservesatz für Sichteinlagen (50 %) in Süd-Korea und auf den Philippinen sowie für Termin- und Spareinlagen (25 %) in den Philippinen überschritten wird ⁴⁾; (b) der vorgeschriebene Auflegesatz für Einlagenzuwachs (100 %) in Süd-Korea erhöht wird. Die koreanische (Art. 58) und philippinische Zentralbank (Sec. 202) sind gesetzlich verpflichtet, in den genannten Fällen den

1) Charlesworth, H.K., A Banking System ..., a.a.O., S. 70 ff.

2) Financial Development since Interest Rate Reform, a.a.O., S. 32.

3) Artikel Wertpapieranlage statt Mindestreserve?, in: Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen, 4. Jg. 1951, S. 509.

4) Hinsichtlich der Liquiditätsverknappung und steigenden Kostenbelastung durch Habenzinsen (für Termin- und Spareinlagen) in Höhe von 3,5 % pro Jahr. Die Verzinsung galt für den Zeitraum 1.4. bis 30.9.1970 (vgl. Quarterly Economic Review, Dec. 1970, S. 10 f.).

Geschäftsbanken einen Zins zu gewähren, der den Mindestrediskontsatz nicht übersteigen soll. (c) Eine andere Art der Verzinsung von Mindestreserven finden wir bei den erwähnten "Special Accounts" in Indonesien und "Stabilization Accounts" in Süd-Korea. Die Bank of Korea zahlt 5 % für die eingelegten Mittel im "Stabilization Account". Die Verzinsung des indonesischen Special Account war mit 2 % vorgesehen.

Man kann also sagen, daß durch diese Maßnahmen gewissermaßen die Rentabilitätsverminderung aufgefangen wird. Inwieweit diese die Verschlechterung der Bankliquidität vermeiden, hängt vom Volumen der Wertpapieranlagen, von der Verzinsung dieser Papiere, von der Laufzeit und schließlich von dem in Special- bzw. Stabilization Account eingelegten Geldvolumen ab. Es muß hinzugefügt werden, daß oft die Verzinsung der Wertpapiere und der stillgelegten Gelder in beiden Accounts niedriger als der Marktzins ist.

4. Die Ermittlung des Auflagensolls

Die Ermittlung des Auflagensolls wird unterschiedlich gehandhabt. Hier wird anhand der gesetzlichen Vorschriften die Ermittlung des Auflagensolls in Süd-Korea und den Philippinen gezeigt ¹⁾.

1. "Die Soll-Reserve (in Süd-Korea, Verf.) wird nach dem Halbmonatsdurchschnitt der reservepflichtigen Verbindlichkeiten und die Ist-Reserve nach dem Halbmonatsdurchschnitt der Reserveguthaben berechnet. Damit bietet sich den Kreditinstituten die Möglichkeit, Unterschreitungen durch Überschreitungen auszugleichen und das Reserveguthaben zugleich für den Giroverkehr zu benutzen. Die Kreditinstitute können deshalb den sich aus dem Zahlungsverkehr ergebenden kurzfristigen Liquiditätsbedarf ohne Schwierigkeiten aus ihren Reserveguthaben decken." ²⁾ Ist das Reserve-Ist einer Bank geringer als das Reserve-Soll, muß ein Zins in Höhe von 1 % vom abgewichenen Betrag für die

1) Über Indonesien und Taiwan waren keine Auskünfte erhältlich.

2) Song, Chang-Jin, Die Neugestaltung des koreanischen Bankwesens, a.a.O., S. 62.

Dauer eines halben Monats an die Bank von Korea entrichten. Wenn die Differenz zwischen Reserve-Ist und Reserve-Soll nicht nach 5 1/2 Monaten ausgeglichen ist, dann verbietet die Zentralbank der jeweiligen Bank die Aufnahme neuer Kredite, Durchführung neuer Institutionen und die Ausschüttung der Dividende an ihre Aktionäre, solange, bis die Reservepflicht das Sollniveau erreicht hat. Bei weiterer Unterschreitung müssen die Banken mit härteren Sanktionen - bis zum Entzug ihrer Lizenz - rechnen (Art. 60).

Für die Philippinen gilt "The reserve position of each bank shall be calculated daily on the basis of the amount, at the close of business for the day, of the banks reserves and the amount of its liability account against which reserves are required to be maintained" (Sec. 106). Bei einem Reservefehlbetrag muß die Bank ein Promille pro Tag auf den Differenzbetrag an die Zentralbank abführen. Im Falle der Wiederholung für mehrere Tage begrenzt oder verbietet der Währungsrat der Bank die Aufnahme neuer Kredite und/oder die Durchführung neuer Investitionen. Alternativ hierzu kann die Währungsbank von dem betreffenden Institut verlangen, einen Teil bzw. den ganzen Gewinn zur Ergänzung der Reservepflicht abzuführen (Sec. 106). Bei der Berechnung des Auflagesolls werden in beiden Ländern Haupt- und Zweigstellen im Inland einheitlich betrachtet.

Neben der Diskontpolitik und der Offenmarktpolitik ist die Einwirkung durch die Auflagen ein Mittel, mit dessen Hilfe die Zentralbanken in allen diesen Ländern das Geldschöpfungspotential der Geschäftsbanken laufend und stark zu beeinflussen versuchen. Die Einführung des "Special Account" bzw. "Stabilization Account" und die Verpflichtung der Handelsbanken zur Erhaltung der Reserven für Importvorauszahlungen weisen darauf hin, wie stark die Überschußliquidität der Geldinstitute abgeschöpft wird. Der Abschöpfungseffekt hat zwei Folgen: Einmal müssen die Banken mit der Liquiditätsanspannung rechnen. Diese Tatsache ist aus Tabelle 24 klar zu erkennen.

Tabelle 24: Die Reservelage der Geschäftsbanken in den untersuchten Ländern im Jahre 1970 in Mill. WE									
	Indonesien		Süd-Korea		Philippinen		Taiwan		
	Handels- banken	Andere Banken	Handels- banken	Andere Banken	Handels- banken	Andere Banken	Handels- banken	Andere Banken	
1. Die gesamten Einlagen	121.538	5.852	446.044	197.424	7.536	1.043	1.771 22.072	59.903	
2. Vorgeschriebene Mindestauflagen	30 % 36.460	30 % 1.756	94.404	40.351	1.507	104	999	6.476	
3. Gesamte Effektivreserve	45.712	2.455	94.736	40.849	1.631	114	1.052	6.705	
Deposits bei Zentralbank	23.293	1.295	86.272	37.120	810	36	1.043	5.938 ⁺	
Kassenbestand	14.055	835	8.464	3.729	290	22	9	751	
Effekten	8.364	325	-	-	532	56	-	16	
4. 3/1 in % (Liquiditätsverhältnis)	38	41	21,2	25,9	21,8	11	4,7	10	
5. Saldo der Reserve	9.252	699	362	498	125	10	53	229	
Überschußreserve	3-2								
6. Forderung von Zentralbank	103.815	14.724	79.047	9.651	998	176	1.907	6.762	
7. Nettofreie Reserve	-94.538	-14.025	-78.685	-9.253	- 873	-167	-1.854	-6.533	

+ 1.269 Mill. NT\$ Guthaben bei Bank of Taiwan sind auch dazugerechnet.

Quelle: Zusammengestellt aus Indonesien Financial Statistics, July 1971; Economics Yearbook 1971; Department of Economic Research Central Bank of Philippinen und Taiwan Financial Statistics Monthly 1971, August.

Derartige Liquiditätsanspannungen werden durch die Gewährung der "Emergency Credits" seitens der Zentralbank beseitigt. Zum anderen vermindern sie die Rentabilität der Banken ¹⁾. Um der Verschlechterung der Rentabilität zu entgehen, werden die Geschäftsbanken dazu veranlaßt, entweder niedrige Einlagenzinsen zu vergüten oder die gestiegenen Kosten (zusätzliche Liquiditätskosten) auf die Kreditnehmer abzuwälzen. Beide Wege hätten folgende negativen volkswirtschaftlichen Wirkungen in diesen Ländern:

(1) Im Falle eines niedrigen Einlagenzinssatzes würden alle Bemühungen zunichte gemacht, die Entwicklungs- und Funktionsfähigkeit des organisierten Geld- und Kapitalmarktes zu verbessern, da die Einleger dann auf den höheren Zinssatz des unorganisierten Kreditmarktes ausweichen oder ihre Überschüsse in Sachwerten anlegen. (2) Wird die Rentabilität der Banken auf Kosten der Kreditnehmer verbessert, dann wird eine fallende Investitionslust zu verzeichnen sein, die den Entwicklungsprozeß in diesen Ländern verlangsamen würde und den Volkswirtschaftsplänen der Regierung zuwiderläuft. "Obwohl der Zentralbank theoretisch in der Mindestreservepolitik ein Steuerungsmittel der Kreditschöpfung der Geschäftsbanken gegeben ist, das den übrigen Mitteln der Zentralbank - Diskontpolitik und Offenmarktpolitik - überlegen ist, können sich bei der praktischen Bewährung der Mindestreservepolitik im Hinblick auf die Inflationsbekämpfung gewisse Schwächen zeigen ²⁾. Aus diesem Grund wird dem rentabilitätsneutralen Abschöpfungs-system der Vorzug gegeben. Eine Schwäche der Mindestreservepolitik in Taiwan liegt darin, daß der niedrige Höchstsatz regelmäßig voll ausgeschöpft ist ³⁾: die dortige Zentralbank befindet sich in der gleichen Situation wie die Deutsche Bundesbank.

1) Zwoll, Johann Hermann van, Mindestreserven als Mittel der Geld- und Kreditpolitik, Berlin 1954, S. 10.

2) Oldenburg, Peter, a.a.O., S. 124.

3) Vgl. Tabelle 23.

II. Die Einwirkung durch Beschränkungen

Oswald Hahn identifiziert die Beschränkungen mit dem Eingreifen der direkten Kontrolle auf der "Stufe Geschäftsbanken-Kunden" (Stufe II) ¹⁾. In Anlehnung an R. Nowak unterscheidet er dabei drei Arten der Beschränkungen: (1) qualitative Beschränkungen, (2) die Selektionen als qualitativ-quantitative Beschränkungen und (3) die Beschränkung der Konditionen ²⁾. "Während durch die Auflagen die 'Überschußreserven' der Banken als Basis des Geldschöpfungspotentials und dieses damit indirekt begrenzt werden soll, setzen die quantitativen Beschränkungen dem Geldschöpfungspotential direkte Grenzen." ³⁾ Im allgemeinen wird dann von diesen Maßnahmen Gebrauch gemacht, wenn die Wirkung anderer Maßnahmen ausbleibt ⁴⁾. Die Gültigkeit dieser Aussage ist aber in den zu untersuchenden Ländern begrenzt. Diese Mittel werden dort stets zur Bekämpfung der Inflation oder kombiniert mit anderen Maßnahmen eingesetzt. Ihr Einsatz mit anderen Instrumenten oder isoliert erfolgt von Land zu Land unterschiedlich und ist von der im Lande herrschenden wirtschaftlichen Situation abhängig.

Dieses Instrumentarium wird in den jeweiligen Ländern in Form institutionierender und funktioneller Währungspolitik angewandt. Als Bezugsgrundlage für die Beschränkung kommen die "historischen Zahlen" aus dem "Kreditgeschäft" und die "Bilanzposition" in Betracht. ⁵⁾ In diesem Zusammenhang wird unterschieden:

1. Die "dynamische Bezugsgrundlage", die als "Kreditrichtsatz" bezeichnet wird. Die Kreditrichtsätze haben sowohl institutionierenden als auch funktionellen Charakter.
2. Die "statische Bezugsgrundlage" in Form von "Kredit-

1) Hahn, Oswald, Instrumentarium der Währungsbank, Heft I, S. 100 f. und Heft II, S. 168 f.; Nowak, R., a.a.O., S. 436 und S. 440 ff.

2) Hahn, Oswald, Instrumentarium ..., Heft II, a.a.O., S. 169.

3) Ebenda.

4) Stucken, R., Was stimmt nicht mit unserem Geld?, Hamburg 1967, S. 95 ff.

5) Nowak, R., a.a.O., S. 441.

restriktionen, die funktionellen Charakter besitzen. ¹⁾

1. Die quantitative Beschränkung

a. Die Kreditrichtsätze

Nach R. Nowak werden Kreditrichtsätze unter die "allgemeinen mengenmäßigen Beschränkungen der Geschäftsbanken" gerechnet, die sich auf bestimmte "Bilanzposten" beziehen. ²⁾ Günter Schmölders geht von ähnlichen Vorstellungen aus und meint, daß ... "Kreditrichtsätze für Geldinstitute aller Art ... dahin (wirken), die Kreditaussichten und damit die subjektive Liquidität der Unternehmungen und Haushalte unter Kontrolle zu nehmen." ³⁾ Durch eine Erhöhung oder Ermäßigung des Prozentsatzes oder durch eine Erweiterung oder Einengung ihres Rahmens wird das Kreditvolumen der Kreditinstitute verringert oder ausgedehnt. "Ursprünglich und in erster Linie dienen die Kreditrichtsätze dazu, das Kreditvolumen und die Kreditstruktur eines Kreditinstituts seinen finanziellen Möglichkeiten anzupassen ⁴⁾. Zugleich versuchen aber die Währungsbehörden, darüber hinaus durch Festsetzung eines quantitativen Verhältnisses zwischen Aktiv- und Passivpositionen das Kreditvolumen der Geschäftsbanken unter währungspolitischen Aspekt zu steuern.

Eine solche Festsetzung des quantitativen Verhältnisses zwischen Bilanzpositionen der Geschäftsbanken zum Zweck der direkten Beeinflussung des Geldschöpfungspotentials ist in den Bankgesetzen bzw. Zentralbankstatuten aller vier Länder vorgeschrieben. Außerdem ist der Währungsrat ermächtigt, zur Kontrolle des Kreditvolumens Mindest- oder Höchstrelationen für Aktiv- und Passivgeschäfte der

1) Hahn, Oswald, Instrumentarium ..., Heft II, a.a.O., S. 170. Das trifft in diesen Ländern nicht ganz zu, da in manchen dieser Länder einige Kreditrestriktionsnormen gesetzlich vorgeschrieben sind.

2) Nowak, R., a.a.O., S. 441.

3) Schmölders, Günter, Geldpolitik, a.a.O., S. 119.

4) Beck, H.: Kommentar ..., a.a.O., S. 265; Rittershausen, H., Zentralnotenbank, a.a.O., S. 124.

Kreditinstitute aufzustellen. Die Festsetzung des quantitativen Verhältnisses zwischen Bilanzpositionen der Banken und der Einsatz dieses Instrumentes ist allerdings von Land zu Land verschieden.

1. Im Laufe der Zeit hat sich die Regelung der Kreditrichtsätze in Indonesien oft geändert. Die dortigen Kreditrichtsätze sind also Instrumente funktioneller Währungspolitik. So wurde die gesamte Kreditgewährung einer Bank entweder im Verhältnis zu ihren Verbindlichkeiten oder zu ihrer Aktiva begrenzt. ¹⁾ Die Bank Indonesia ist ermächtigt, Richtlinien zur Geschäftstätigkeit der Kreditinstitute zu erlassen. "Provisions concerning the maximum amount of credit extended, general or selektive, with or some part of these deposits, as the basis of comprison, such as the loan-deposit ratio." ²⁾ Das gesamte Anlagevermögen einer Bank darf 50 % des eingelegten Kapitals (capital deposited) nicht überschreiten. Wenn eine Geschäftsbank keine eigenen Gebäude hat, so sollen 30 % des eingezahlten Kapitals bei der Zentralbank deponiert werden. ³⁾

2. Nach dem Koreakrieg ist zum ersten Mal in Verbindung mit anderen Beschränkungen das quantitative Verhältnis zwischen dem Kreditvolumen und einigen Passivposten festgesetzt worden. Die Neuausleihungen einer Bank sollten ab Anfang 1957 nicht über das Ausmaß der folgenden Passivpositionen steigen: (1) Sichteinlagen der Privaten, (2) Forderungen des "Counterpart Fund", (3) Regierungsforderungen. ⁴⁾ Im Jahre 1959 wurden diese grundsätzlichen Richtsätze wieder aufgehoben. Stattdessen wurde der Zuwachs des Kredits auf den Zuwachs der Termin- und Spareinlagen beschränkt ⁵⁾. Nach dem Art. 15 des Zentralbankgesetzes

1) Charlesworth, H.K., A Banking System ..., a.a.O., S. 37.

2) Ebenda.

3) Apendix of the Decree of Minister of Finance No. KeP 603/IV/12/1968, II(3) a₃ und (3) b.

4) Kim, Byong Kum, Central Banking in Korea, a.a.O., S.106.

5) Ebenda.

soll jede Bank im Normalfall einen bestimmten Betrag vom eingezahlten Kapital einschließlich der Rücklagen bei der Zentralbank halten. Dieser Betrag soll $1/15$ der nicht liquiden Aktiva bilden. Diese Quote ist vom Währungsrat je nach der wirtschaftlichen Situation und der Entwicklung des Bankenkaptals von Zeit zu Zeit geändert worden. Falls die vorgeschriebene Quote nicht erreicht werden kann, muß die Bankenaufsicht konsultiert werden. Bei weiterer Abweichung hat das Bankinstitut mit Zwangsliquidation zu rechnen.

Das Verhältnis der kurzfristigen Kredite zum Gesamtvolumen der Einlagen wird vom Währungsrat fixiert. Dabei orientieren sich die kurzfristigen Kredite (bis 1 Jahr) an den Sichteinlagen, mittelfristige Kredite (bis 3 Jahre) am Gesamteinlagenvolumen und die langfristigen Kredite an den echten langfristigen Krediten sowie einem bestimmten Prozentsatz der langfristigen Einlagen (Art. 20 f.).

Die Anlagen der Kreditinstitute in Obligationen und Bonds, die eine Laufzeit von nicht mehr als drei Jahren haben, dürfen 25 % der Sichteinlagen nicht überschreiten.

Im Jahre 1968 betrug das Kreditvolumen und die Anlagen in Wertpapieren (securities) 81 % und 1969 91 % des Gesamtvolumens der Einlagen.¹⁾ Ein besonderer funktioneller Charakter kommt der Begrenzung des Verhältnisses zwischen Anlagevermögen und dem eingezahlten Kapital zu. Dieses Verhältnis wird oft vom Währungsrat variiert. Die letzte grundsätzliche Änderung fand im Dezember 1968 statt²⁾. "Before the revision, Artical 15 of the General Banking Act had regulated the working assets of the commercial banks not to exeed 15 times as much as the total paid-in capital and surplus and this controlled directly the management of the Banks such as generalloan activities, investments and acceptances and guarantees of obligation."³⁾

1) Review of Korean Economic in 1968 und 1969, S. 63.

2) Annual Report 1968, S. 35. Dieses Verhältnis war auf $1/15$ fixiert.

3) Ebenda, S. 35.

Die Kredite einer Bank an natürliche und juristische Personen dürfen 25 % ihres eingezahlten Kapitals und des Kapitalüberschusses nicht übersteigen. Ein Ausnahmefall ist dann gegeben, wenn die Genehmigung vom "Superintendent" dazu vorliegt ¹⁾.

Im Jahre 1969 wurde ein Fonds zur Unterstützung der Maschinenindustrie bei der Bank of Korea gegründet. Die Handelsbanken, die Development Bank und die Medium Industrie Bank sind ermächtigt, im Einvernehmen mit der Bank of Korea den Fonds zu diesem Zweck zu benutzen. Für den Anfang wurde das Gesamtkreditvolumen an die Maschinenindustrie auf 75 % des Fonds begrenzt. Der Fonds wird aus dem bereits erwähnten "Stabilization Account" gespeist ²⁾.

3. Für die Philippinen gilt zunächst der Grundsatz, daß Realkredite auf eine Laufzeit von 15 Jahren und den Gesamtbetrag von 70 % der Spareinlagen begrenzt sind. ³⁾
Sodann gelten dort gewissermaßen "umgedrehte" Kreditrichtsätze. Während üblicherweise ein "Eigenkapital-Multiplikator" verfügt wird, geht man dort von einer "Eigenkapital-Quote" aus: das Eigenkapital der philippinischen Handels-, Spar- und Hypothekenbanken muß mindestens 15 % aller Aktiva abzüglich der liquiden Mittel betragen. Im Falle der Unterschreitung sind Gewinnausschüttungsverbote und Investitionsbeschränkungen vorgesehen. ⁴⁾

Eine besondere Variation - die gleichzeitig auch in Verbindung mit der "Einlagenpolitik" (vgl. S. 67 ff.) gesehen werden muß - hat die philippinische Zentralbank in das internationale Instrumentarium eingeführt. 1964 wurde eine Relation zwischen öffentlichen Einlagen und den übrigen Einlagen verfügt. Danach durften die Depositenbanken

1) The General Banking Act, Art. 27(5).

2) 19th und 20th Annual Report 1968 und 1969, S. 32.

3) Sec. 21 Zentralbankgesetz.

4) Ebenda, Sec. 22, 23, 30, 32, 41, 48, 53 und 70.

(außer der philippinischen Nationalbank) nicht mehr als 50 % der Gesamteinlagen annehmen. Infolgedessen wurden die maximalen Regierungseinlagen bei den Depositenbanken in diesem Jahr auf ₱ 370 Mill. reduziert.¹⁾ In diesem Zusammenhang hat der Währungsrat den Banken mitgeteilt, daß sie keine Zentralbankkredite in Anspruch nehmen könnten, wenn sie einen Überschuß an Regierungseinlagen zur Verfügung hätten. In Verbindung mit den übrigen Instrumenten dient die "dynamische" Kontingentierung der öffentlichen Einlagen sowohl einer Kreditbeschränkung als auch einer Wettbewerbsverbesserung.

4. In Taiwan finden sich nach Bankgruppen spezielle Normen. Das Gesamtvolumen der Kredite von Handelsbanken ist auf 25 % des Geldvolumens ihrer Einlagen begrenzt (Art. 51 Bankgesetz). Nach Art. 52 dieses Gesetzes sind die Handelsbanken berechtigt, Bürgschaftskredite zu gewähren; jedoch dürfen diese Kredite 15 % ihrer Gesamteinlagen nicht übersteigen. Der Aktienbestand darf 20 % der Gesamteinlagen nicht übersteigen (Art. 53). Die Kredite der Industriebanken müssen durch Realvermögen gedeckt sein; jedoch dürfen diese Anleihen insgesamt nicht mehr als 30 % der Gesamteinlagen der Bank ausmachen (Art. 62). Auch der Aktienbesitz ist reglementiert: an einer Gesellschaft darf sich eine Bank nur bis zu 4 % beteiligen, und das gesamte Aktienportefeuille dieser "Banques d'Affaires" darf 40 % der Gesamteinlagen nicht überschreiten (Art. 63).

Für die Sparkassen gelten Annahmebeschränkungen, mit Hilfe derer das Geschäftspotential der einzelnen Banken begrenzt wird: keine Sparkasse darf vom gleichen Kunden Sicht- bzw. Termineinlagen annehmen, die 3 bzw. 6 % des Sparkassenkapitals übersteigen (Art. 71). Es handelt sich hierbei um die Wiederholung der alten Normen der ersten deutschen Sparkassen, die eine übermäßige Haftung der Sparkassen ausschließen sollten. Hier interessieren aber primär die währungspolitischen Wirkungen: Dadurch werden Konzentrationerscheinungen eingeschränkt und gleichzeitig auch

1) 16th Annual Report 1964, S. 8.

die Geldschöpfungskapazität minimal gehalten. Darüber hinaus ist das Kreditvolumen auf 10 %, das Aktivaportefeuille auf 25 % der Einlagen beschränkt (Art. 74).

Die "Native Banks" schließlich werden global behandelt: Sie dürfen höchstens 50 % ihrer Einlagen ausleihen.

Die bisherigen Ausführungen zeigen, daß in den vier Ländern die "Richtsätze" teils institutionierenden, teils funktionellen Charakter haben. Nur für Taiwan erscheint diese Unterstellung nicht beweisbar: man kann für dieses Land unterstellen, daß die Kreditrichtsätze wie auch die Mindestreserven fix sind, also institutionierenden Charakter haben.

Tabelle 25 versucht, die verschiedenen Ausprägungen des Instruments "Kreditrichtsätze" in den vier Ländern zusammenfassend einander gegenüber zu stellen.

b. Die Kreditrestriktionen

Helmut Lipfert unterscheidet in Anlehnung an Heinrich Rittershausen zwischen Kreditrestriktionen im weiteren und im engeren Sinne. "Im weiteren Sinne kann jede Maßnahme, die kontraktiv auf das Kreditvolumen wirkt, als Restriktion aufgefaßt werden." Unter Kreditrestriktionen im engeren Sinne werden "Anforderungen oder Anordnungen der Zentralbank an die Kreditinstitute verstanden, ihre Kreditvolumen zu verringern." ¹⁾

Bei der Behandlung dieses Instruments, das eine harte administrative Maßnahme der Zentralbank darstellt ²⁾, wird in den hier diskutierten Ländern auch von den Kreditrestriktionen im engeren Sinne in Anlehnung an die Definition von Oswald Hahn ausgegangen. "Die Kreditrestriktionen beziehen sich

1) Lipfert, Helmut, Einführung ..., a.a.O., S. 18 f.; Ritterhausen, Heinrich, Zentralnotenbank ..., a.a.O., S. 96 ff.

2) Hahn, Oswald, Instrumentarium der Währungsbank, Heft II, S. 177.

Tabelle 25: Die festgelegten Kreditrichtsätze der Geschäftsbanken in den untersuchten Ländern

Land	Richtsätze für Aktivposten	Richtsätze für Passivposten	Richtsätze der Aktiv- zu Passivposten	Institutionen- der Charakter	funktionaler Charakter
Indonesien	Kreditvolumen zur Gesamtaktiva	-	1. Das Gesamtvolumen der Kredite zu den Verbindlichkeiten 2. Das Betriebsvermögen zum eingezahlten und zum Kapitalüberschuß 1:2 (50 %)	nein	ja, da dies von der Regierung und ZB ständig geändert wird nein
Südkorea	1/15 der Gesamtaktiva müssen bei der Zentralbank gehalten werden. Kassenbestand, Guthaben bei der Zentralbank und anderen Banken sowie Wertpapieranlagen sind davon ausgeschlossen	-	-	ja: von General Banking Akt	Wird auch vom Währungs- rat variiert
	-	-	1. Neue Kreditgewährung zu: Sichteinlagen der Privaten, Forderung von Counterpart Funds. Forderung von Regierung 2. Zuwachs des Kreditvolumens zum Zuwachs der Termin- und Spareinlagen 3. Betriebsvermögen zu eingezahltem Kapital u. Kapitalüberschuß 1 : 15	nein	ja: vom Währungs- rat variiert
				ja: vom General Banking Akt	ja: vom Währungs- rat, wird oft variiert

Philippinen	1. Die erworbenen Obligationen 2. Sämtliche erworbenen Fratten, Wechsel, Akzepte und andere absetzbare Papiere zur Gesamtaktiva 1:10 (10 %) 3. Die Kredite der Bauten und Kreditassoziationen zur Gesamtaktiva 1:10		4. Kurzfristige Kredite zu Gesamteinlagen bzw. Sichteinlagen 5. Langfristiges Kreditvolumen zu Gesamteinlagen 6. Die Anlage in Obligationen und Bonds zu Sichteinlagen 1:4 (25 %) 7. Kredite an natürliche und juristische Personen zum eingesetzten Kapital 1:4 (25 %) 8. Erwerb von Aktien u. Beteiligung an Unternehmungen zum eingezahlten Kapital und Kapitalüberschuß 1 : 5 (20 %)	nein nein Vom General Banking Act festgesetzt Vom General Banking Act festgelegt Vom General Banking Act festgelegt	ja: vom Währungsrat festgesetzt vom Währungsrat festgelegt nein Kann vom Währungsrat variiert werden. nein
		-		Vom Bankgesetz festgelegt Vom Gesetz festgelegt Vom Gesetz festgelegt	nein nein nein

Fortsetzung Tabelle 25: Die festgelegten Kreditrichtsätze der Geschäftsbanken in den untersuchten Ländern

Land	Richtsätze für Aktivposten	Richtsätze für Passivposten	Richtsätze für Aktiv- zu Passivposten	Institu- nierender Charakter	funktionel- ler Cha- rakter
		1. Regierungseinzulagen bei Depositenbanken zu Privateinzulagen 1:3 oder zu Gesamteinzulagen 1:2 (50 %) 2. Die Kreditaufnahme der Bau- u. Kreditassoziationen zum eingezahlten Kapital 1:2 (50 %)		Vom Gesetz festgesetzt	Vom Währungsrat variiert
		1. Eingezahltes Kapital zur Aktiva 15 % (von diesen Aktiva sind ausgeschlossen: Guthaben bei Banken im In- und Ausland, Schuldtitel) 2. Die Kredite von Handelsbanken an Personen, Unternehmen u. Firmen zum Unimpaired Capital 15 % 3. Die Realkredite der Handelsbanken zu den Spareinzulagen 75 %		Vom Bankgesetz festgelegt	nein
				Vom Bankgesetz festgelegt	nein
				Vom Bankgesetz festgelegt	nein

Taiwan		1. Die aufgenommenen Sichteinlagen von einzelnen Kunden betragen 3 % des Kapitals der Spareinlagen 2. Termineinlagen der einzelnen Kunden betragen 6 % des Kapitals	4. Die Direktkredite der Sparkassen u. Hypothekenbanken an Personen, Unternehmungen u. Firmen zu Commercial Capital u. Kapitalüberschuß 1:4. Von diesen sind solche Kredite ausgeschlossen, die durch Obligationen gesichert sind 5. Die Kreditvolumen der Auslandsbanken in den Philippinen zu a: Nettoguthaben bei Hauptstellen 1:1 b: Gesamtkapital	Vom Bankgesetz festgesetzt Vom Bankgesetz festgelegt	Kann vom Währungsrat variiert werden nein
			1. Die Kredite der Handelsbanken zu den Gesamteinlagen 1:4 2. Garantiertes Kreditvolumen zu Gesamteinlagen 15 %	Vom Banking Law festgelegt Vom Banking Law festgelegt Vom Banking Law festgelegt "	nein nein nein nein

Fortsetzung Tabelle 25: Die festgelegten Kreditrichtsätze der Geschäftsbanken in den untersuchten Ländern

Land	Richtsätze für Aktivposten	Richtsätze für Passivposten	Richtsätze für Aktiv- zu Passivposten	Institu- tionaler Charakter	funktio- neller Cha- rakter
			3. Der Anteil an Aktien der einzelnen Unternehmungen 2 % der Gesamteinlagen oder der Gesamtanteil der Aktien 20 % der Gesamteinlagen	Vom Banking Law festgesetzt	nein
			4. Das gesicherte Kreditvolumen der Industriebanken zu Gesamteinlagen 30 %	Vom Banking Law festgesetzt	nein
			5. Die erworbenen Aktien der Unternehmen betragen im einzelnen 4 % der Gesamteinlagen und insgesamt 40 %	Vom Banking Law festgesetzt	nein
			6. Das Kreditvolumen der Sparkassen zu Gesamteinlagen 1:10	Vom Banking Law festgesetzt	nein
			7. Die erworbenen Aktien bei Sparkassen zu Gesamteinlagen 1:4 (50 %)	Vom Banking Law festgesetzt	nein
			8. Das Kreditvolumen der Nationalen Banken zu Gesamteinlagen 1:2 (50 %)	Vom Banking Law festgesetzt	nein

auf das Kreditvolumen eines bestimmten Stichtages oder des durchschnittlichen Kreditvolumens mehrerer Stichtage der Vergangenheit." ¹⁾ Oswald Hahn unterscheidet dabei fünf Restriktionsnormen, die von der Zentralbank den Geschäftsbanken aufgegeben werden. ²⁾ Sie sollen im folgenden auf ihre Bedeutung in den vier Ländern untersucht werden.

1. Die Begrenzung des Kreditzuwachses

Einen funktionellen Charakter haben die von den Zentralbanken Süd-Koreas, der Philippinen und Taiwans den dortigen Geschäftsbanken erteilten Aufforderungen zur Begrenzung ihres Kreditzuwachses.

Die philippinische Zentralbank hat im Jahr 1968 durch die Resolution Nr. 1767 folgende Normen zur Beschränkung der Kreditausweitung der Kreditinstitute gesetzt:

(1) Die Handelsbanken sollen ihre Devisenkredite für Akkreditive, Akzeptkredite und Importwechsel auf den effektiven Stand vom 12. Oktober 1968 begrenzen. Vorausgesetzt wurde dabei, daß "this ceiling may be exceeded temporarily up to November 12, 1968 as long as the volume of letters of credit opened during the period remains within 80 per cent of the average monthly letters of credit opened during January-September 1968. After November 12, 1968 the ceiling established as of Oktober 12, 1968 shall become effective without further qualification." ³⁾

(2) In dem Zeitraum zwischen dem 12.10. und 30. 12. 1968 sollten die inländischen Debitoren 105 % des effektiven Standes vom 12. Oktober 1968 nicht überschreiten. Kredite für Exporte, Produktion und Distribution von Reis und Getreide blieben von dieser Regelung verschont. ⁴⁾

(3) Kurz darauf (14.1.1969) wurden die Handelsbanken auf-

1) Hahn, Oswald, Instrumentarium ..., Heft II, S. 177 ff.

2) Küng, Emil, Zahlungsbilanzpolitik, Tübingen 1959, S. 91.

3) 20th Annual Report 1968, S. 207.

4) 20th Annual Report 1968, S. 207.

gefordert, ihre inländischen Ausleihungen auf 103 % des effektiven Standes der inländischen Kreditvolumen am 12.10.1968 zu begrenzen. Der Kreditzuwachs wurde jeden Monat um ein Prozent weiter erhöht, bis ein Maximum von 112 % des Standes vom 12.10.1968 erreicht war. Die Begrenzung des Kreditzuwachses wurde für einen weiteren Zeitraum - 12. Oktober 1969 - 31. Dezember 1969 - ausgedehnt. ¹⁾

Zu einer gemäßigten Begrenzung des Kreditzuwachses der ungesicherten Kredite und der Kreditgewährung in "saving departments" - gegenüber dem Stand vom 14.2.1966 - kombiniert mit dem Verkauf von "Government Bonds" und Erhöhung des Kreditzinssatzes hat die Zentralbank von Taiwan die Kreditinstitute aufgefordert; jedoch blieb ihre Wirkung auf die Kreditausweitung aus. ²⁾

Die Begrenzung des Kreditzuwachses hat ihren Höhepunkt im Jahre 1963 in Süd-Korea erreicht. Den Handels- und Industriebanken wurden absolute Höchstbeträge für die weitere Kreditgewährung genannt. ³⁾

ii. Der Kreditstop

Die Begrenzung des Kreditzuwachses bis zu einem Stichtag oder die Gewährung der neuen Kredite in Abhängigkeit von der Tilgung der "alten" Kredite ⁴⁾ wird in unseren vier Ländern im Rahmen der institutionisierenden und funktionellen Währungspolitik als Instrumentarium angewandt. Eine Beschränkung des Kreditzuwachses hat eine Verordnung der Bank von Indonesia 1955 vorgeschrieben. Den Banken wurde untersagt, über einen bestimmten Betrag hinaus weitere Kredite zu gewähren ⁵⁾. Um den Zuwachs des Kredits

1) 21st Annual Report 1969, S. 5 und S. 9.

2) Bank of China, Annual Report 1966, S. 51.

3) Bank of Korea, Annual Report 1963, S. 28.

4) Hahn, Oswald, Instrumentarium ..., Heft II, S. 177.

5) Über das Ausmaß und die Höhe des Kreditzuwachses ist dort nichts gesagt. Es läßt sich jedoch vermuten, daß das Maß und die Höhe dieses Betrages die Zentralbank im Rahmen ihrer funktionellen Währungspolitik zu entscheiden hat.

bei den Devisenbanken, in denen eine Depositenzunahme zu verzeichnen war, zu stoppen, hat die Bank Indonesia im Dezember 1957 diesen Banken einen relativen Kreditstop auferlegt ¹⁾. Eine weitere Maßnahme erfolgte dann wieder im August 1959, durch die alle Banken zur Einhaltung ihres Kreditvolumens, wenn auch in unterschiedlicher Weise, verpflichtet waren ²⁾. Für ausländische Banken galt als Stichtag der März 1959, für die einheimischen Institute der 31. August 1958. Im April 1960 erfolgte eine neue Regelung für alle Banken. ³⁾

In Süd-Korea hat die Währungsbehörde im Jahre 1957 zum ersten Mal beschlossen, die Kreditausweitung der Banken durch die Festlegung des Verhältnisses zwischen neuer Kreditgewährung und Kreditrückzahlung zu beschränken. Danach konnten die Kreditinstitute in dem Ausmaß ausleihen, in dem die alten Kredite zurückflossen ⁴⁾.

Der Währungsrat der Bank of Korea ist durch Art. 76 des Zentralbankgesetzes und Art. 30(4) Bankgesetz ermächtigt, im Falle eines auftretenden Inflationsdruckes Begrenzungen des Kreditzuwachses allgemein oder je nach der Kreditart festzusetzen.

Im Jahre 1962 wurde die allgemeine Kreditrestriktion wegen der Währungsreform gelockert. Infolge dieser Lockerung und infolge des Zuflusses von Auslandsgeldern verbesserte sich die Liquidität der Banken. Die Bank of Korea hat zur Dämpfung dieser Liquiditätserhöhung einige Maßnahmen ergriffen; ein ausgesprochener Kreditstop läßt sich allerdings nicht feststellen. Seit diesem Jahr versuchte die Regierung, durch die Ausarbeitung eines "Financing Stabilization Programs" die Kreditausweitung der Kreditinstitute in Grenzen zu halten. Bis 1967 bediente man sich eines Höchstsatzes für den Kreditzuwachs im Rahmen

1) Charlesworth, H.K., A Banking System..., a.a.O., S. 59 ff.

2) Ebenda, S. 61.

3) Report of Bank Indonesia, 1959-1960, S. 74 ff.

4) Kim, Byong Kum, Central Banking in Korea, a.a.O., S. 106.

dieses Programms. Seit 1967 wird stattdessen der Liquiditätsüberschuß der Banken über das "Stabilization Account" der Bank of Korea absorbiert (vgl. S. 87). 1)

Nach Sec. 112 des philippinischen Zentralbankgesetzes ist der Währungsrat ermächtigt, bei entsprechender Kreditexpansion den Kreditzuwachs oder aber das Kreditvolumen bestimmter Sektoren bzw. Verwendungszwecke durch die Festsetzung einer oberen Grenze zu beschränken. Der Währungsrat ist jedoch auf keinen Fall berechtigt, das Maß der Ausweitung unter dem Stand des Kreditvolumens festzusetzen, das am ausgewählten Stichtag bestand.

iii. Der Kreditstop mit Rückführungsaufgabe

Es handelt sich hierbei um die Anweisung des Währungsrates, nach der die Geschäftsbanken verpflichtet sind, ihre eigenen Kredite bei der Zentralbank oder die von ihnen ihren Kunden gewährten Kredite abzudecken bzw. abzubauen ²⁾. Es handelt sich hierbei um die schärfste Form der Kreditkontrolle ³⁾. "In einem solchen Fall wird es der Bank schwerfallen, neue Kredite zu gewähren; die normalen Tilgungseingänge reichen meist nicht aus, um dem Rückführungsbegehren der Notenbank gerecht werden zu können, weshalb die Bank zu Kündigungen gezwungen ist." ⁴⁾

Eine solche Maßnahme ist in Süd-Korea in funktioneller Weise ergriffen worden, und zwar im Rahmen des von der Regierung ausgearbeiteten Programms, wodurch die Kreditinstitute angewiesen waren, einen Teil ihrer Kredite, die für den Kauf von "aid goods" bestimmt waren, zu widerrufen. ⁵⁾ (Partial repeal of the loan for the purchase of aid goods).

1) Review of Korean Economy in 1962 bis 1969.

2) Beck, H.: Kommentar ..., a.a.O., S. 363; Nowak, R., a.a.O., S. 441.

3) Graebner, Wolfgang, a.a.O., S. 65.

4) Hahn, Oswald, Instrumentarium ..., Heft II, a.a.O., S. 177.

5) Review of Korean Economy 1963, S. 8 ff. und S. 33.

iv. Die grundsätzliche Kreditsperre

Eine solche Reglementierung zwingt die Geschäftsbanken, vor jeder Kreditausweitung die Zustimmung der Währungsbehörde einzuholen. Nach Art. 68 des Bank of Korea Act sind die Kreditinstitute im Falle einer "pronounced inflation" verpflichtet, die Gewährung der Kredite über einen gewissen Betrag von der Genehmigung des Währungsrates abhängig zu machen. Vor Inkrafttreten dieser Verordnung waren ähnliche Beschränkungen in unterschiedlicher Intensität vorgenommen worden. So konnten sich die Geschäftsbanken um die Mitte des Jahres 1951 damit begnügen, einen Bericht über das Ausmaß ihrer ausgeliehenen Kredite dem Währungsrat vorzulegen. Ende 1951 mußten aber die Banken die Erlaubnis des Währungsrates einholen, sobald der Kredit an einen Kunden mehr als 500.000 Hwan betrug. Diese Beschränkung wurde kurz darauf durch eine mildere Begrenzung ersetzt. Bis 1954 war die Zustimmung des Währungsrates dann erforderlich, wenn es sich dabei um Kreditgewährung im Zusammenhang mit "aid goods", um Kredite für die Durchführung des Regierungsprogramms oder um Kredite für andere spezielle Vorhaben handelte. Ab August 1954 (Zeit der Paraphierung der Verordnung) war die Genehmigung des Währungsrates dann erforderlich, wenn das Kreditvolumen ein Ausmaß von 50 Mill. Hwan erreichte. Die Menge wurde 1955 auf 10 Millionen reduziert und erst im Jahre 1959 auf 30 Millionen heraufgesetzt ¹⁾.

v. Die totale Kreditsperre

Eine totale Kreditsperre im Sinne rein quantitativer Beschränkung bedeutet ein generelles Verbot jeder Kreditbeschränkung. Dieses Instrument wird international sehr selten eingesetzt. Praktische Bedeutung kam kurzfristig der totalen Kreditsperre in Indonesien und Taiwan zu.

1) Kim, B.K., Central Banking in Korea, a.a.O., S. 108.

So schreibt Art. 9(a) der "Ordinance Nr. 1" 1955 in Indonesien folgendes vor: "Prohibition or restriction of certain kinds of loans, certain forms of loans, and loans above a certain amount". Ebenfalls kann man dem Beschluß des Währungsrates im März 1957 den Charakter einer Kreditsperre zuerkennen, nachdem den Kreditinstituten vor allem der Handel mit Aktien, Bonds und anderen "negotiable papers" verboten war. Damit wurde vor allem bezweckt, die kleinen Banken vor einer weiteren Risikoübernahme zu schützen. ¹⁾

Eine weitere Kreditsperre nach Kreditarten wurde im Verlauf des Jahres 1966 durchgeführt; "... banks were prohibited to grant long term loans, to grant credits for unsound undertakings and to remit overdrafts". ²⁾

Im Jahre 1957 wurde den taiwanischen Banken die Möglichkeit entzogen, ihren Kunden Überziehungsfazilitäten (overdraft facilities) zur Verfügung zu stellen ³⁾.

vi. Zusammenfassung

Die Ausführungen über die Kreditrestriktionen kann man wie folgt zusammenfassen: Die Kreditrestriktionen, die hier als Verringerung des Kreditvolumens der Geschäftsbanken verstanden werden, wurden in den diskutierten Ländern dann vorgenommen, wenn eine inflationäre Entwicklung in stärkerem Maß zu spüren war. Dies gilt vor allem für Indonesien für die Jahre 1957 bis 1967.

Ein besonderer Fall, der sowohl direkten Charakter - Kreditrichtsätze und Kreditstop - als auch indirekten Charakter - Auflagen - hat ⁴⁾, lag im Jahre 1957 vor. Nach dem

1) Charlesworth, H.K., A Banking System ..., a.a.O., S. 45.

2) Report, 1966-1967, a.a.O., S. 70.

3) Chang, T.K., Central Banking in China, a.a.O., S. 29

4) Auflagen deshalb, weil die Banken aufgefordert waren, ihre Überschußkassa an "special account" bei der Zentralbank zu übertragen.

Decree Nr. 23 des Währungsrates waren die Banken verpflichtet, ein bestimmtes Verhältnis zwischen "special account" und Kassenüberschuß festzusetzen. Dieses Verhältnis durfte aber nicht den Stand unterschreiten, der am 31.10.1957 zwischen den genannten Posten vorhanden war. Diese Kombination von Auflagen und Beschränkungen hat eine solche schrumpfende Wirkung gehabt, daß die Banken durch diese Maßnahmen nicht in der Lage waren, mehr als 20 - 40 % ihrer eingegangenen Depositen auszuliehen ¹⁾. In Tabelle 26 wird versucht, einen Überblick über diese Kombination zu geben. Aus dieser Tabelle kann man folgende Schlußfolgerung ziehen: (1) Das "special account" bildet sich nur aus Guthaben bei der Zentralbank und aus dem Kassenbestand (beide werden "ready cash" genannt). Diese Änderung des Bestandes an "special account" ist abhängig von der Änderung der beiden Posten. Steigen Kassenbestand und Guthaben bei der Zentralbank aus irgendeinem Grund - sei es durch die Zunahme der Einlagen oder sei es durch die Nichtausnutzung der Kreditmöglichkeit - so nimmt der Bestand auf dem "special account" auch zu. ²⁾

(2) Bei der Zunahme des Pflichtbestandes an Schatzwechseln oder bei der Steigerung der Guthaben bei anderen Banken ändert sich beim "special account" nichts.

(3) Das "special account" hat keinen Einfluß auf die Verringerung oder Vermehrung der Liquidität der Banken. Bei der Änderung des "special account" schichtet sich nur die Liquidität um; z.B. vom Kassenbestand zum "special account", das wiederum eine potentielle Liquidität darstellt.

(4) Das "special account" hat allein keinen direkten Einfluß auf die Begrenzung der Kreditausweitung. Es hat insoweit mit der Beschränkung des Kreditvolumens zu tun, als es mit dem Kreditrichtsatz zusammen eingesetzt wird. Sein primärer Effekt liegt im Einfrieren der Überschußkasse (surplus cash).

Die Tabelle 27 gibt eine Übersicht über Einflußnahme auf das Kreditpotential durch die Kombination aus Kreditbe-

1) Charlesworth, H.K., A Banking System ..., a.a.O., S. 71.

2) So war am 31.12.1957 50 % und am 8.4.1959 75 % der Überschußkasse (surplus cash) an "special account" abzuführen. Surplus Cash + Kassabestand + Guthaben - Pflichtbestand an Schatzwechsel - vorgeschriebene Pflichtreserve.

Tabelle 26: Eine kombinierende Wirkung der Auflagen und Beschränkungen auf das Geldschöpfungspotential der Geschäftsbanken in Indonesien. (Die Variierung bezieht sich auf die Jahre 1957, 1958, 1959 anhand eines Beispiels) 1)				
	Geldschöpfungspotential vor Einführung der Mindestreservaufgaben 2)	Geldschöpfungspotential nach Einführung der Mindestreservaufgaben 1957	Geldschöpfungspotential nach Kombination von Auflagen und Beschränkungen	
Einlagen (Sicht und Termin)				
1. Kassabestand	3.000.000	100.000.000	100.000.000	
2. Guthaben bei Zentralbank	15.000.000 (zum Zweck der Verrechnung)	3.000.000 (10 % bezogen auf 30%ige Pflichtreserve)	3.000.000	
3. Pflichtbestand an Schatzwechsel	-	30.333.333	42.000.000	
4. Mindestreserve (30 %)	-	3.333.333 (10 % bezogen auf Kassabestand und Guthaben bei ZB)	5.454.545	
5. Pflichtbestand an Special Account	-	30.000.000	30.000.000	
6. Die gesamte Liquidität 1+2+3+5	18.000.000	-	9.545.455 (50 % des Überschusses in bar)	
7. Höchstgrenze der Kreditgewährung	82.000.000	36.666.666	60.000.000 (60 % von Depositen)	
		63.333.334	40.000.000 (dieser Betrag wurde als Kreditvolumen angenommen)	

1) Charlesworth, H.K, A Banking System, a.a.O., S. 63 ff.
 2) Vor 1957 waren die Banken nicht zur Haltung der Mindestreserve verpflichtet.

schränkung und Einführung des "special account" im Jahre 1959.

Von der Kombination der Restriktionen mit Auflagen oder Richtsätzen hat auch die Bank of Korea Gebrauch gemacht. Der Einsatz dieser Mittel war nach dem Koreakrieg intensiver und häufiger als in der Mitte der sechziger Jahre. Nach der Durchführung der Währungsreform wurde versucht, allmählich diese Maßnahmen durch andere - insbesondere durch unternehmerische Maßnahmen oder durch Mindestreservepolitik - zu ersetzen. Deshalb sind Restriktionen seit 1967 weitgehend unterblieben.

c. Die Selektionen als qualitativ-quantitative Beschränkungen

Unter Kreditselektionen verstehen Obst-Hintner "kreditpolitische Maßnahmen, durch welche die Bundesbank (Zentralbank, der Verf.) die Kreditgewährung in eine bestimmte volkswirtschaftlich erwünschte Richtung lenken will." ¹⁾ Diese Definition der Kreditselektionen umfaßt sowohl die Auswahl des Wechsels zur Rediskontierung nach der "Bonität" des Schuldners und der Art der zugrunde liegenden Transaktionen ²⁾ - im Sinne des unternehmerischen Instrumentariums - als auch die Beschränkung der Kreditgewährung an bestimmte Wirtschaftssektoren oder die Gewährung von Krediten nach dem Verwendungszweck - im Sinne des administrativen Instrumentariums. Hier sind Kreditselektionen als behördliche Maßnahmen gemeint. Das unternehmerische Instrumentarium wird als Gegenstand der Diskontpolitik im nächsten Abschnitt behandelt (vgl. S. 150 ff.).

In den untersuchten Ländern wird in unterschiedlicher Weise und je nach der währungspolitischen Situation von diesem Mittel Gebrauch gemacht. In Taiwan und Süd-Korea

1) Obst-Hintner, Geld-, Bank- und Börsenwesen, a.a.O., S. 229.

2) Schmolders, Günter, Geldpolitik, a.a.O., S. 293; Hans Beck, Kommentar ..., a.a.O., S. 263 f.; Gafafer, Hans-Jakob, Die selektive Kreditpolitik als Mittel der Konjunktur und Wachstumspolitik, Diss. Zürich 1967, S. 30.

Tabelle 27: Die statistischen Angaben der Kreditbegrenzung im Jahr 1959 in Indonesien in Mill. Rp										
Monat	Anlage in Schatzwechsel	Über-	Special	Account	Diffe-	Pflichtreserve	Unterschiede zwischen			
	Pflicht-Effek-	schuß-	Pflicht-	Effektiv	renzie-	Pflicht Effekt- Dif-	Höchst- u. tatsäch-			
	bestand	kassa	bestand		rung	iv	licher Kreditgewährung			
						in %	zierung			
						in %	Effektive Diffe- Kredit-			
							ren- höchs-			
							zief- satz			
							ditge- rung			
							währ.			
März	509,2	538,5	1.233,8	430,3	-273,5	30	44,2	+14,2	6.448	-
Juni	523,8	559,4	875,8	473,3	-509,6	30	39,5	+9,5	6.378	- 70,7
Juli	566,9	617,6	894,5	599,5	-433,7	30	39,7	+9,7	6.326	- 51,7
Aug.	517,3	714,6	559,7	565,9	-239,7	30	50,5	+20,5	-	+517,4
Sep.	517,3	584,5	899,2	565,9	-	30	53,7	+23,7	6.843	6.695
Dez.	517,3	486,7	1.777,6	562,0	-	30	57,0	+27,0	11.432	+4589
										6.695

Quelle: Zusammengestellt aus dem Report 1959-1960

wurde dieses Instrument bisher nur im äußersten Fall angewandt, während auf den Philippinen und in Indonesien die Zentralbanken oft Selektionen als quantitativ-qualitative Beschränkungen durchführen. "Quantitative Beschränkungen sind solche, die alle Kreditverhältnisse gleichmäßig treffen, während qualitative Beschränkungen zwischen den Kreditarten und -formen differenzieren." ¹⁾

1. Mit der Herstellung der Geldwertstabilität hat die indonesische Zentralbank nach Inkrafttreten des Zentralbankgesetzes begonnen. Sie führte neben anderen Maßnahmen auch selektive Kreditbeschränkungen durch. Zweck dieser Maßnahmen war, die Kreditgewährung im Importsektor zu beschränken und die exportorientierte Industrie zu begünstigen. ²⁾

Die Bevorzugung der Exportindustrie bei der Kreditgewährung und die gleichzeitige Erschwerung für den Importsektor (auf den über 35 % des Gesamtkreditvolumens entfielen) wurde auch in den folgenden Jahren beibehalten, allerdings mit geringfügigen Variationen:

(i) In den Jahren 1959 - 60 wurden die für den Getreideimport bestimmten wie auch alle durch Schatzanweisungen und -wechsel gesicherten Kredite von den Beschränkungen befreit. Erleichterungen galten auch für die Gewährung von Krediten für die Einfuhr von lebensnotwendigen Gütern ³⁾ (basis commodities). Weiter wurden die staatlichen Unternehmungen bei der Kreditgewährung bevorzugt. Im September 1960 wurde die Vorschußfinanzierung (advanced financing) von Importen verboten; jedoch galt dieses Verbot für die Importeure der genannten "Basisgüter" nicht.

(ii) Die Kreditselektionen im Importsektor erfolgten auch kombiniert mit dem Kreditstop oder mit Richtsätzen. Die ersten gezielten Maßnahmen dieser Art (Kombination von Selektionen und Kreditstop) erfolgten 1954. Es wurde ein

1) Hahn, Oswald, Instrumentarium ..., Heft II, S. 181.
Zitat nach R. Nowak.

2) Charlesworth, H.K., A Banking System ..., a.a.O., S. 37.

3) Report of Bank Indonesia 1959-60, a.a.O., S. 70 f.

Höchstsatz für die Kreditausweitung an Importeure festgesetzt. Danach durften die Devisenhandelsbanken nur solange an Importeure Kredit gewähren, bis das Kreditvolumen den Stand vom 31. März 1953 erreicht hat.

(iii) Weitere Kreditselektionen wurden im Zeitraum von 1960 bis 1967 durchgeführt: (a) Die Staatsbanken mußten 60 % ihres Gesamtkredits an staatliche Unternehmungen einschließlich Genossenschaften gewähren. 50 % der von den Staatsbanken aus gewährten Kredite mußten in den Produktionssektor und 20 % in den Exportsektor fließen. Keine staatlichen Kredite waren für den Importsektor geplant. Eine Ausnahme galt nur für solche Einfuhrgüter, die den exportorientierten Unternehmungen dienten. Die Staatsbanken dürfen keine Kredite an andere Banken vergeben. Die Beleihungsgrenze wurde auf 70 % des Marktwertes des Sicherungsgegenstandes begrenzt. (b) Die Privatbanken mußten mindestens 50 % ihres Kreditvolumens in den Produktionssektor und 20 % in den Exportsektor leiten. Auch ihnen ist die Interbank-Kreditierung untersagt. ¹⁾

(iv) In den Jahren 1966 und 1967 erfolgten neue Selektionen: (a) Das Verhältnis der Kreditgewährung von Staatsbanken an Produktions- und andere Sektoren wurde auf 80 % bzw. 85 % zu 20 % bzw. 15 v.H. festgesetzt. 60 % des Kreditvolumens der Staatsbanken sollten den staatlichen Unternehmungen zufließen. (b) Für Privatbanken waren je die Hälfte des Kreditvolumens für den Produktions- und Exportsektor und 50 % für Binnenhandel vorgesehen. ²⁾

Wie das Ausmaß der Kreditvergabe an verschiedene Wirtschaftssektoren in Indonesien aussieht, zeigt die Tabelle 28. Den Selektionen als quantitativ-qualitative Beschränkungen kommt somit in Indonesien funktioneller Charakter zu, da der Währungsrat unter der Leitung des Finanzministers über die Anwendung dieser Mittel entscheidet.

1) Report of Bank Indonesia 1960 - 1965, S. 65 f.

2) Report of Bank Negara Indonesia (Unit I) 1966 - 1967, S. 67.

Tabelle 28: Der Umfang der Kreditgewährung der indonesischen Geschäftsbanken an verschiedene Wirtschaftssektoren in Mrd. Rp

Banken Sektoren	J a h r e						
	1965	1966	1967	1968	1969	1970	1971 (April)
1. Staatsbanken	0,62	3,65	14,29	56,22	137,37	233,61	261,81
Produktion	0,10	2,77	9,13	35,88	84,56	137,18	143,67
Export	0,09	0,46	3,20	8,95	19,12	26,32	28,13
andere	0,43	0,41	1,96	11,39	33,69	70,11	90,00
2. Privatbanken	0,13	1,18	4,81	7,62	17,16	24,50	29,76
Produktion	0,03	0,52	1,56	2,54	6,70	9,95	11,20
Export	0,01	0,11	1,43	0,78	1,28	1,49	1,80
andere	0,09	0,55	1,83	4,30	9,18	13,07	16,76
3. Ausländische Banken	-	-	-	1,07	2,40	8,21	11,58
Produktion	-	-	-	-	0,52	1,63	1,51
Export	-	-	-	-	0,12	0,15	0,29
andere	-	-	-	-	1,76	6,43	9,82

Quelle: Indonesian Financial Statistics, Monthly Bulletin, Bank Indonesia, Juli 1971.

2. Die Differenzierung nach der Art der Kredite, der Vorschußfinanzierung (advances) und der geplanten Investitionen schreibt Art. 66 des Zentralbankgesetzes von Korea vor. Eine solche Differenzierung muß dann vorgenommen werden, wenn sich ein inflationärer Druck bemerkbar macht.

1952 wurde in Süd-Korea das "Responsible Production System" eingeführt. Demzufolge mußten 50 % bzw. 80 % der zweckgebundenen Kredite über einige Ministerien geleitet werden. Die Ministerien konnten entscheiden, wer den Kredit in Anspruch nehmen konnte und für welche Zwecke er bestimmt sein sollte. Von diesem Zeitpunkt an sind folgende Selektionen durchgeführt worden:

- (i) 1963 die Kreditbeschränkung gegen Teilzahlungskredite (restrictions on loan on installment).
- (ii) 1964 die Bevorzugung des landwirtschaftlichen und des exportorientierten Sektors.
- (iii) 1965 begann mit einer qualitativen Beschränkung der Exportkredite. Im September des gleichen Jahres erfolgte allerdings eine Liberalisierung der Kreditpolitik: die Zentralbank ging zum großen Teil von Selektionen zu unternehmerischen Maßnahmen über (vgl. S. 123) ¹⁾
- (iv) 1968/69 erfolgte eine Beschränkung der Devisenkreditgewährung auf die Exportindustrie. ²⁾

3. Zum ersten Mal wurden 1967 die philippinischen Geschäftsbanken angewiesen, bestimmte Prioritäten zu beachten. Dabei wurden die wirtschaftlichen Sektoren in bezug auf die Kreditgewährung auf vier Prioritätengruppen aufgeteilt, die auch 1966 und 1967 noch bestanden: (1) Landwirtschaft und Industrie, (2) gemeinnütziger Sektor, (3) Realvermögensbereich, (4) Konsumbereich. Im Dezember des gleichen Jahres mußten die Banken durch ein Memorandum der Zentralbank ihr Kreditvolumen, das zum Erwerb von Realvermögen und für Konsumzwecke bestimmt war, reduzieren.

1) Review of Korean Economy in 1965, S. 15.

2) Review of Korean Economy in 1967, S. 23.

Im Dezember 1968 wurde eine Begrenzung des Kreditvolumens der Handelsbanken angeordnet. Von dieser Begrenzung waren die folgenden Sektoren befreit: Getreideexport, Export von Verpackungsmaterial, Produktion und Distribution von Reis und Getreide und kurzfristige Kredite für Zwischenbanken. Ebenfalls beschränkte die Zentralbank die Kreditgewährung für Importfinanzierungen gegenüber dem Stand vom 21.1.1968. ¹⁾

(ii) Im Jahre 1969 sind die nachstehenden Selektionen für Geschäftsbankenkredite - zum Zweck der Förderung der exportorientierten Industrie - angeordnet worden: (a) Keine Höchstgrenze der Kreditvergabe für die exportorientierte Industrie und für devisenbringende Unternehmungen. (b) Befreiung der exportorientierten Industrie von Importvorauszahlungen und Abschaffung der Höchstgrenze bei der Devisenkreditgewährung in diesem Bereich, wobei hier die Einbringung von Devisenmehreinnahmen eine Voraussetzung war. ²⁾

Die auf Selektionen bezogenen Maßnahmen haben auch in den Philippinen einen funktionellen Charakter. Die Variierung und die Durchführung der Selektionen werden vom Währungsrat im Rahmen der gestellten Aufgaben vorgenommen.

Bei der Kreditgewährung in Taiwan werden besonders der Produktionssektor, der Exportsektor und exportorientierte Unternehmungen bevorzugt. So sollen 60 % der eingeräumten Kredite für die Industriesektoren in Aussicht genommen werden. ³⁾

Über die von den Geschäftsbanken Süd-Koreas, der Philippinen und Taiwans gewährten Kredite an verschiedene Wirtschaftssektoren gibt Tabelle 29 einen Überblick.

1) 20th Annual Report 1968, S. 4.

2) 21st Annual Report 1969, S. 10 ff.

3) Art. 60 Banking Law in Taiwan.

Tabelle 29: Die Entwicklung des Kreditvolumens der Geschäftsbanken in Süd-Korea, auf den Philippinen und in Taiwan nach den privaten und öffentlichen Sektoren sowie nach dem Zweck des Kredits in den Jahren 1965-1970 in Mrd. WE

Wirtschaftssektoren	Süd-Korea					Philippinen 1)					Taiwan		
	1965	1966	1967	1968	1969	1970	1965	1966	1967	1968	1969	1970	1971
A) Nach den: Privatsektoren Öffentl. Sektoren	71,9 0,1	102,3 0,5	169,7 2,1	302,6 4,3	522,4 7,1	700,8 6,0	7,8 X	8,2 -	9,8 -	14,6 0,6	46,3 15,2	55,5 18,2	61,3 20,7
B) Nach dem Zweck: Land-, Forst-u. Fischereiwirt- schaft Bergbau Verarbeitungsin- dustrie (Manufac- turing) Errichtungen (Construction) Elektrizität, Wasserwerk u. Sanitärer Dienst Handel Transport u. Kommunikation Dienstleistung Sammlung u. Ver- teidigung Personalkredite Bank u. andere Finanzinstitute Realvermögen Sonstige	19,5 1,1 28,8 1,5 0,1 12,2 0,9 1,7	23,0 1,8 44,4 2,2 0,6 16,9 1,7 3,4	29,3 4,3 80,0 4,8 1,2 29,4 3,1 6,5	43,2 8,3 173,9 14,0 2,0 49,7 7,0 13,7	69,1 10,4 238,8 37,8 4,1 97,1 14,7 18,9	85,1 11,9 323,7 24,4 5,6 120,1 20,1 22,6	1,1 0,1 2,3 0,1 0,1 3,0 0,1 0,1	1,3 0,1 2,6 0,1 0,2 2,6 0,2 0,2	1,6 0,1 2,9 0,2 0,2 3,4 0,2 0,2	1,7 0,1 3,6 0,2 0,2 6,7 0,3 0,3	7,5 1,4 23,9 1,9 7,6 3,9 6,1 4,0 5,3	7,5 1,4 24,6 2,1 7,3 3,8 6,0 4,0 5,4	8,7 0,8 35,4 3,2 9,3 4,1 6,7 4,8 9,0

1) Für Philippinen gelten nur Handelsbanken

x) Februar 1970

X unter fünfzig Millionen

2) Juni 1970

+) Juli 1971

Quelle: Economic Statistics Yearbook (Korea) 1971; Central Bank Statistical Bulletin, Dezember 1970; Taiwan Financial Statistics, Monthly 1971, August.

Zusammenfassend läßt sich also sagen, daß die Kreditgewährung über quantitative und qualitative Selektionen in den hier behandelten Ländern dann angewendet wird, wenn entweder zur Dämpfung des inflationären Druckes die anderen Maßnahmen (besonders Mindestreservpolitik, Diskont- und Offenmarktpolitik) nicht ausreichen (wie in Indonesien und auf den Philippinen) oder die Förderung bestimmter Wirtschaftszweige geplant ist. Eine Kreditselektion zu Lasten der Konsumzwecke ist nach Meinung des Schrifttums in diesen Ländern durchaus angebracht - nicht nur aus währungspolitischen Gründen, sondern auch wegen der unproduktiven Verwendung der in Anspruch genommenen Kredite: solche Kredite werden meist für die traditionellen Feierlichkeiten verwendet und das niedrige Einkommen erschwert die Rückzahlung der Kredite.¹⁾ Es wird dabei aber übersehen, daß gerade diese Bevölkerungskreise Nachfrager auf den unorganisierten Kreditmärkten und ihrem z. T. wucherischen Zinsniveau sind und ein Ausschluß des Konsumkredits aus dem Bankensortiment die Bemühungen um die Lenkung des Angebots auf organisierten Märkten durchkreuzt. Eine kurze Übersicht über die Selektionsnormen und ihre Gegenüberstellung in den untersuchten Ländern gibt Tabelle 30.

1) Traege, Joachim: Die wirtschaftliche Entwicklung Indonesiens 1950 - 1962, Bestimmungsgründe, Verlauf und Konsequenzen des Inflationsprozesses in einem Entwicklungsland, Tübingen 1967, Diss.; Hansjoachim Daul und Hermann Pfattheicher, Korea von A - Z, Bonn 1966; Indonesien, Länderbericht, Hrsg. Statistisches Bundesamt Wiesbaden, Stuttgart, Mainz 1968; Charles Njio, Voraussetzung zur Auslösung eines Wachstumsprozesses, a.a.O., S. 10 f.

Tabelle 30: Übersicht über die Selektionen als qualitativ-quantitative Beschränkungen in den untersuchten Ländern

Selektionsnormen	Indonesien	Philippinen	Süd-Korea	Taiwan
1) Bevorzugung: Exporte, exportorientierte Industrie, Einfuhr bestimmter wirtschaftlicher Erzeugnisse				
2) Kombination der Selektionen mit: dem Kreditricht- mit Kredit- satz und -stop, stop wie Importkre- dite zu Gesamt- kreditvolumen	X	-	-	-
3) Bevorzugung der durch Staatspapiere gesicher- ten Kredite	X	-	-	-
4) Bevorzugung der staatlichen Unternehmungen bei der Kreditgewährung	X	X	-	X
5) Gewährung zweckgebundener Kredite nach der Genehmigung bestimmter Institutionen	-	-	X (früher)	-
6) Beschränkung der Teilzahlungskredite	X	X	X	X
7) Qualitative Beschränkung innerhalb des Exportsektors	X	-	X	-
8) Befreiung der Interbank-Kredite von Kredit- beschränkungen	-	X	-	-
9) Befreiung der exportorientierten Industrie von Importvorauszahlungen	-	X	-	-

Quelle: Wirtschaftsberichte der jeweiligen Notenbanken

2. Die Beschränkungen der Konditionen

"Durch entsprechende Einwirkung auf die Geschäftsbedingungen der Banken versucht die Währungsbank, indirekt das Kreditvolumen zu beschränken." ¹⁾ Man kann in Anlehnung an W. Graebner drei Möglichkeiten administrativer Maßnahmen dieser Art unterscheiden, nämlich Kontrolle der Kreditzinssätze, der Kreditlaufzeit und der Beleihungsgrenze. ²⁾

Die Kreditbedingungen der Geschäftsbanken sind in den untersuchten Ländern gesetzlich vorgeschrieben und dementsprechend können die Zentralbanken die Geschäftsbedingungen der Geschäftsbanken ändern.

a. Die Kontrolle des Kreditzinssatzes

Auf den Philippinen und gewissermaßen auch in Süd-Korea ist der Sollzins mit dem Diskontsatz gekoppelt. Er wird vom Währungsrat entweder in Form eines Höchstsatzes oder in Form eines Mindestsatzes und eines Höchstsatzes fixiert. Die Festsetzung des Mindestzinssatzes erfolgt nicht nur aus währungspolitischen Erwägungen, sondern auch deshalb, um Zusammenbrüche von Banken zu vermeiden, die im scharfen Wettbewerb auf Kostendeckung verzichten müssen.

"Für die Sollzinsen bestimmt der (südkoreanische) Währungsrat ... Höchstsätze. Er bemühte sich, unter Berücksichtigung der allgemeinen Wirtschaftslage die Kosten für Bankkredite (Kontokorrent-, Wechsel-, Akzept-, Realkredite und Darlehen) möglichst gering zu halten, um dadurch in gleichem Maße einer proportionalen Gestaltung der Zinsstruktur Rechnung zu tragen. Die Anordnung der Sollzinsen enthält infolgedessen auch konkrete Bestimmungen über Gebühren und Provisionen, welche die Kreditnehmer kostenpflichtig belasten." ³⁾ Besondere Bedeutung kommt der Beeinflussung des Bankensollzinsses seit der Reform der Zinssätze - September 1966 - zu.

1) Hahn, Oswald, Instrumentarium ..., Heft II, a.a.O., S. 183.

2) Vgl. Graebner, Wolfgang, a.a.O., S. 66 ff.

3) Song, C.J., Die Neugestaltung des koreanischen Bankwesens, a.a.O., S. 60.

Um eine rasche Entwicklung in einigen Wirtschaftszweigen zu ermöglichen, betreiben die Währungsbehörden in allen vier Ländern eine Art von qualitativer Zinssatzfixierung. Wie Tabelle 31 zeigt, ist der Zinssatz für die landwirtschaftlichen und exportorientierten Betriebswirtschaften niedriger als für Handelsbetriebe.

Tabelle 31: Der Stand des Kreditzinssatzes für die ausgewählten Wirtschaftsbereiche der untersuchten Länder 1970 in % p.a.				
Gegenstand	Indonesien	Philippinen	Süd-Korea	Taiwan
Wechsel und andere Kreditdokumente	-	11-12	24	13,4
Gesicherte Kredite	-	9-12	-	12,60
Ungesicherte Kredite	-	13-14	-	13,2
Exporte	24-27	-	6	7,5
Import der Roh- und Ernährungsprodukte und Exportorientierten Industrie	12	-	-	-
Landwirtschaft	-	4	3,5-24 ^a	-
Textilindustrie	27	-	-	11-13
Viehzucht u. Fischerei	27	-	16	-
Ausrüstungsindustrie	-	12	12	-

a) Der Satz 3,4 % gilt für Bewässerung und 24 % für Forstwirtschaft; es gibt noch verschiedene Sätze für verschiedene Zweige in der Landwirtschaft

Quellen: Indonesian Financial Statistics, Monthly Bulletin, Juli 1971; Economic Statistics Yearbook, 1971 (Korea); Department of Economic Research (Philippinen); Taiwan Financial Statistics, Monthly August 1971.

Eine Art qualitativer Beeinflussung des Kreditzinssatzes hat der Währungsrat von Süd-Korea im Jahre 1962 getroffen. Danach wurde der Zinssatz für Exportfinanzierung und für die Finanzierung des Verkaufs von Erzeugnissen an die UN-Streitmächte herabgesetzt, um damit zur günstigen Entwicklung der Zahlungsbilanz beizutragen. ¹⁾

1) Annual Report 1962, S. 29.

Der philippinische Währungsrat fixiert Höchstsätze für Sollzinsen. Er begnügte sich dabei mit der Einführung einer festen Spanne zwischen Diskontsatz und Banksollzinsen, wie dies auch Bank deutscher Länder und Deutsche Bundesbank taten. Die Kompetenz des Währungsrates zur Fixierung des Kreditzinssatzes geht aus dem Bankstatut hervor (Art. IX Sec. 109).

b. Die Kontrolle der Kreditlaufzeit

Die Auswirkung einer Diskontsatzerhöhung hängt von der Zinsempfindlichkeit der Kreditnehmer ab. ¹⁾ "Viel wichtiger als die Zinshöhe ist für den Kreditnehmer der Tilgungszeitraum, denn dieser bestimmt die Höhe der einzelnen Tilgungsarten; je kürzer der Tilgungszeitraum, desto höher die Belastung der laufenden Einkommen bzw. Erlöse." ²⁾ Die Kreditlaufzeiten sind in diesen Ländern vorwiegend entweder nach dem Finanzierungsobjekt (Export-, Import-, Produktions-, Transport-, Real- und Landwirtschaftskredite) oder nach dem Kreditgeber (Handelsbanken, Industriebanken, Entwicklungsbanken, Sparkassen und Spezialbanken) gesetzlich geregelt. ³⁾

Im allgemeinen gewähren die Handelsbanken in diesen Ländern kurzfristige Kredite und die Industriebanken, Spezialbanken und Sparkassen die mittel- bzw. langfristigen Kredite. Die Einhaltung einer gesetzlich fixierten Kreditlaufzeit ist in der Praxis für Handelsbanken (so auf den Philippinen und in Indonesien) fragwürdig, da sie sich oft mit der mittelfristigen Finanzierung auf dem Industriesektor beschäftigen müssen. Dadurch wird allerdings ihre eigentliche Funktion als Handelsbanken in Mitleidenschaft gezogen. ⁴⁾ Auch die gesetzlichen Vorschriften in Süd-Korea stellen dem Währungsrat die Aufgaben, die Höchstlaufzeit für den Kredit und für die Vorfinanzierung zu variieren. ⁵⁾

1) Hahn, Oswald, Instrumentarium ..., Heft II, S. 183.

2) Graebner, Wolfgang, a.a.O., S. 67.

3) Korea, Art. 20 und 21; Philippinen, Sec. 31(c) des Bankgesetzes; Taiwan, Art. 54 und 74.

4) Charlesworth, H.K. und Hooley, R.W., a.a.O., S. 599.

5) Graebner, Wolfgang, a.a.O., S. 69.

c. Die Kontrolle der Beleihungsgrenze

"Da vielfach auch eine Regelung der zuverlässigen Kreditlaufzeiten nicht zu einer Kontraktion des Kreditvolumens oder auch nur Abschwächung der Kreditexpansion führte, wie es den Vorstellungen der Währungsbehörden entsprochen hätte, ist man teilweise dazu übergegangen, den Banken grundsätzliche Beleihungsgrenzen vorzuschreiben. Wegen der administrativen Schwierigkeiten sind aber solche Vorschriften mitunter nur für Finanzierungsobjekte erlassen worden, für die sich ohnehin relativ einheitliche Finanzierungsbedingungen herausgebildet haben: für Realkredite, Konsumkredite und Wertpapierkredite." ¹⁾

In unserem Untersuchungsgebiet sind entweder die Beleihungsgrenzen und die Finanzierungsbedingungen gesetzlich festgelegt (institutionierende Maßnahme) oder der Gesetzgeber ermächtigt den Währungsrat entsprechender Maßnahmen (funktionelle Währungspolitik).

Zur institutionierenden Währungspolitik rechnen wir die Vorschriften von Süd-Korea, der Philippinen und Taiwans.

Nach Sec. 23 des philippinischen Bankgesetzes ist die Beleihungsgrenze für die von den Handelsbanken gewährten Kredite gegen Handelsdokumente auf 80 % des Marktwertes dieser Papiere festgesetzt. Das landwirtschaftliche Inventar darf zu höchstens 50 % beliehen werden (Art. 31 (b) 1). Der Pfandkredit gegen Gold und Silber soll 90 % des Wertes des Pfandgegenstandes nicht überschreiten. Die Beleihungsgrenze des Realkredits ist auf 60 % des Sicherungsgegenstandes festgesetzt.

Art. 37 des Bankgesetzes von Taiwan legt die Beleihungsgrenze auf grundsätzlich 70 %.

1) Greabner, Wolfgang, a.a.O., S. 69.

C. Die Beeinflussung der monetären Mengen der Bankkunden

"Eine direkte Einflußnahme der Währungsbank auf die Bankkunden ('güternachfragende Wirtschaft', 'Nichtbanken') wird sich zunächst auf die Beeinflussung der (relativen) Liquidität dieses Personenkreises richten; sie kann sich aber in bestimmten Situationen auch auf die Kaufmacht des Geldes richten und die Bankkunden nicht nur von Geldbeschaffungs- oder Kreditmöglichkeiten abhängig machen, sondern darüber hinaus auch die Vorlage einer Lizenz ('Bezugschein') verlangen." ¹⁾ Oswald Hahn identifiziert in dieser Hinsicht die Einwirkung auf die Bankkunden nicht mit der Einflußnahme auf die Liquiditätssituation.

Es gibt mehrere Möglichkeiten, durch die die Zentralbank die Liquidität der Bankkunden zu beeinflussen in der Lage ist. In Anlehnung an Oswald Hahn werden diese Möglichkeiten folgendermaßen präzisiert ²⁾:

1. Einwirkung auf die Zahlungsmittel-Emission ³⁾,
2. Einwirkung auf den zwei- oder mehrseitigen Verrechnungsverkehr,
3. Einwirkung auf den Kassenbestand,
4. Einwirkung auf die Kreditaufnahme.

Die Festlegung, inwieweit die Zentralbanken dieser Länder von den genannten Möglichkeiten zur Beeinflussung der Liquidität der Bankkunden Gebrauch machen, scheint schwer zu sein. An Hand der vorliegenden Unterlagen wird auszuführen versucht, wo die jeweiligen Währungsbanken die Liquidität der Banken zu beeinflussen beabsichtigen.

I. Die Einwirkung auf den Kassenbestand

1. Die Abschöpfungsaufgabe durch die Währungsreform

Die Währungsreform als "äußerstes Mittel" ⁴⁾ der Währungspolitik wird dann ergriffen, wenn die Wirtschaft sich in

1) Hahn, Oswald, Instrumentarium ..., Heft II, S. 187.

2) Ebenda, S. 187 ff.

3) Hahn, Oswald, Zahlungsmittelverkehr der Unternehmung, Wiesbaden 1962, S. 117 ff.

4) Schmölders, Günter, Geldpolitik, a.a.O., S. 301.

einem Zustand progressiven Geldüberhangs und Kaufkraftschwundes befindet. Es handelt sich bei der Währungsreform um die Ersetzung einer "abgenutzte(n)" Geldeinheit durch eine neue. ¹⁾

An den Tatbestand einer Währungsreform werden im allgemeinen drei Bedingungen gestellt: "(a) die bisherige Währungseinheit wird durch eine neue ersetzt ... (b) Die neue Währungseinheit wird einem Mehrfachen der alten Währungseinheit gleichgesetzt ... (c) Der Umstellung unterliegen nur Vergangenheits-, nicht jedoch Gegenwartsgrößen". ²⁾ Von den vier untersuchten Ländern blieb bisher lediglich der philippinischen Republik eine Währungsreform erspart.

1. Die ständigen und zunehmenden Defizite des Staatshaushaltes - insbesondere die Ausgaben für die wirtschaftliche Entwicklung, für Prestigebauvorhaben sowie für militärische Zwecke ³⁾ - und die ungünstige Zahlungsbilanz verursachten eine erhebliche Kreditausweitung, erhöhten Geldüberhang und Kaufkraftschwund in Indonesien. Die Zentralbank war im Hinblick auf ihre Regierungsabhängigkeit und das Deficit-Spending des Staates mit ihrem Instrumentarium überfordert ⁴⁾. Infolgedessen hat sich die Währungsbehörde zur Vermeidung einer weiteren Geldmengensteigerung seit der Unabhängigkeit dreimal für die Reform der indonesischen Geldeinheit entschieden ⁵⁾. Der erste Währungsschnitt erfolgte im März 1950. Er hatte eine Reduzierung der Geldmenge in Höhe von 41 v.H. zur Folge. ⁶⁾

1) Schmolders, Günter, Geldpolitik, a.a.O., S. 301.

2) Hahn, Oswald, Instrumentarium ..., Heft II, S. 193.

3) So betrugen die militärischen Ausgaben z.B. in den Jahren 1958-1959 30 % und 1960-1961 35 % bzw. 40 % der gesamten Regierungsausgaben. Charles, Njio: a.a.O., S. 78 f.

4) Arndt, H.W., Banking in Hyperinflation, a.a.O., S. 45 ff.

5) Pick's Currency Yearbook 1966, a.a.O., S. 246; Indonesien, in: Länderbericht, Wiesbaden 1968, S. 47 f.

6) Treager, J., a.a.O., S. 80.

Im Rahmen des Stabilisierungsprogramms war die im August 1959 durchgeführte Währungsreform die drastischste Maßnahme. Alle "größeren" Bargeldreichen (über 500 Rp) wurden um 90 % ihres Nennwertes abgewertet, sämtliche Bank-einlagen über 25.000 Rp wurden eingefroren und in lang-fristige Staatsanleihen umgewandelt.¹⁾ Im Jahre 1965 er-folgte der dritte Währungsschnitt im Verhältnis 1 : 1.000²⁾.

2. Auch in Süd-Korea fand am 10. Juni 1962 angesichts des stark überhöhten Kredit- und Geldvolumens eine Währungsre-form statt, die durch höhere Staatsausgaben - besonders für die Verteidigungszwecke und für Aufbau und Entwicklung der koreanischen Wirtschaft - bedingt war. Mit dieser Wäh-rungsreform wurde der Hwan im Verhältnis 10 : 1 durch Won ersetzt³⁾.

3. Infolge einer galoppierenden Inflation, der Massenimmi-gration und der Übernahme des Festlandgeldes wurde in Taiwan im Juni 1949 die alte Währung im Verhältnis 40.000 : 1 durch den New-Taiwan-Dollar (NT\$) ersetzt⁴⁾.

2. Die Abschöpfungsaufgabe durch Importvorauszahlung

Als eine beabsichtigte Wirkung der Importvorauszahlung (Import Predeposit Requirement) kann der Abschöpfungs-effekt gesehen werden. Diese primäre Zielvorstellung lag der Einführung der Importvorauszahlung in Indonesien, Süd-Korea und auf den Philippinen zugrunde.⁵⁾ Die Importeure wurden dabei verpflichtet, vor oder mit der Eröffnung des Akkreditivs einen je nach der Warenkategorie verschiedenen Betragsanteil bei den Handelsbanken einzuzahlen. Die Höhe dieses Betrages schwankt zwischen 25 % und 175 % auf den Philippinen und zwischen 0 und 230 % in Indonesien.

1) Traeger, J., a.a.O., S. 216.

2) Pick's Currency Yearbook 1966, a.a.O., S. 246 und Arndt, H.W., Banking in Hyperinflation, a.a.O., S. 60.

3) Pick's Currency Yearbook 1966, a.a.O., S. 288 und Review of Korean Economy in 1962, S. 96; Annual Report 1962, S. 26 f.

4) Taiwan, Länderbericht, Hrsg. Statistisches Bundesamt Wies-baden, Stuttgart 1970, S. 51 f.

5) Die sekundäre Aufgabe der Importvorauszahlung - als Be-zugsgrundlage der Auflage - wurde an anderer Stelle be-handelt. Vgl. S.

Entscheidungsinstantz sind in Indonesien Regierung und Währungsrat ¹⁾, während auf den Philippinen die Kompetenz zur Variierung der Höhe und des Ausmaßes der Importvorauszahlungen durch Zentralbankstatut dem Währungsrat zusteht (Sec. 110 Act).

II. Die Beschränkung der Kreditaufnahme

Dieses Instrument wurde in Süd-Korea im Zeitraum zwischen 1951 und 1959 eingesetzt. Die Banken waren verpflichtet, die Genehmigung der Zentralbank einzuholen, wenn ihr Kreditbetrag für einen Bankkunden über 500.000 Hwan (50.000 Won) im Jahre 1959 lag ²⁾.

1) Charlesworth, H.K., A Banking System in Transition, a.a.O., S. 48; Benjamin H. Higgins and William C. Hallinger, Central Banking in Indonesia, in: Central Banking in South and East Asia, a.a.O., S. 64 f.

2) Vgl. S. 109.

3. Abschnitt: Das unternehmerische zentralbankpolitische Instrumentarium

A. Übersicht über das Instrumentarium

Wie eingangs erwähnt, wirkt die Zentralbank nicht allein in ihrer Eigenschaft als Währungsbehörde auf die aktuellen und potentiellen monetären Mengen und Liquiditätsverhältnisse der Wirtschaft ein, sondern sie beeinflusst sie auch in ihrer Eigenschaft als Unternehmung (vgl. S. 29 ff.). Diese Eigenschaft wird im Schrifttum unterschiedlich charakterisiert. So sieht Günter Schmolders die Währungsbank als "Geschäftsunternehmen" und "Bank der Banken".¹⁾ Nach Heinrich Rittershausen tritt die Zentralbank als ein "mit einem großen Filialsystem ausgerüstetes gewaltiges internationales Bankunternehmen und noch dazu (als) eine Art Konzerndisponent des ihr attachierten inländischen Kreditsystems"²⁾ auf. "In ihrer Eigenschaft als 'Konzerndisponent' ist die Zentralbank vornehmlich eine Unternehmung."³⁾ Die Zentralbank wird von Otto Veit schließlich als "Bank der Banken" und die von ihr in diesem Zusammenhang eingesetzten Maßnahmen als "bankmäßige Instrumente" bezeichnet.⁴⁾ Otto Veit rechnet unter die bankmäßigen Maßnahmen "die Veränderung des Zinses oder des Diskontsatzes, den Ankauf und Verkauf von Wertpapieren am offenen Markt, die Forderung eines bestimmten Mindestguthabens, die Begrenzung der Kreditlinien auf bestimmte Höchstbeträge ('Rediskontkontingent')".⁵⁾

Im Rahmen der Untersuchung des zentralbankpolitischen Instrumentariums in Indonesien, Süd-Korea, auf den Philippinen und Taiwan werden die bankmäßigen Instrumente nicht mit den unternehmerischen Maßnahmen gleichgesetzt. Die von

1) Er hat diese Ausdrücke in Anlehnung an Otto Veit und Heinrich Rittershausen verwendet. Vgl. Schmolders, Günter, Geldpolitik, a.a.O., S. 281.

2) Rittershausen, Heinrich, Die Zentralnotenbank, a.a.O., S.57.

3) Hahn, Oswald, Instrumentarium ..., Heft I, S. 2.

4) Veit, Otto, Grundriß, a.a.O., S. 272.

5) Ebenda.

Otto Veit angeführten bankmäßigen Instrumente sind nach Meinung des Verfassers im Verhältnis zu den unternehmerischen Instrumenten zu weit gefaßt worden. Das Veitsche bankmäßige Instrumentarium enthält die Einwirkung durch Auflagen (Mindestreservepolitik), die Einwirkung durch Beschränkung (Kreditlinien) und die Variierung des Zinssatzes, die unter den administrativen Maßnahmen Gegenstand des 2. Abschnittes waren.

Auf die Diskussion über die Zentralbank als eine marktwirtschaftlich orientierte Unternehmung wird hier verzichtet. Als Unternehmung ¹⁾ gilt im Rahmen dieser Untersuchung die "Produktivwirtschaft" im Gegensatz zur "Konsumwirtschaft" (privater und öffentlicher Haushalt). Es wird hier versucht, die Zentralbankmaßnahmen zu erörtern, die ihren Ursprung im Aktivgeschäft (Kreditgeschäft, Handelsgeschäft und Dienstleistungsgeschäft) und teilweise im Passivgeschäft der Zentralbank haben. Hierbei ist die Zentralbank bestrebt, durch die Bereitstellung und Durchführung ihrer Aktiv- bzw. Passivgeschäfte die Wirtschaft mit den aktuellen und potentiellen monetären Mengen zu versorgen, daß ihre währungspolitischen Ziele optimal erreichbar sind. Die Einwirkung auf die monetäre Geldmenge erfolgt in dieser Weise also durch das absatzpolitische Instrumentarium der Zentralbank. Diese Mittel der Währungsbank werden von Albrecht Forstmann als indirekte Lenkungsmittel der "marktwirtschaftlichen" Art bezeichnet, "die den Zweck haben, das Kreditvolumen allgemein und damit gewissermaßen den 'trend' der wirtschaftlichen Entwicklung zu beeinflussen, und zwar so zu beeinflussen, daß dadurch die Realisierung des Prinzips der relativen Knappheit auch im dynamischen Ablauf des wirtschaftlichen Geschehens gewahrt bleibt." ²⁾

1) Vgl. zur Begriffsklärung der Unternehmung vor allem: Erich Gutenberg, Grundlage der Betriebswirtschaftslehre, 1. Bd., 10. Aufl., Berlin-Heidelberg-New York 1965, S. 493 ff.; Konrad Mellerowicz, Allgemeine Betriebswirtschaftslehre, 1. Bd., 12. Aufl., Berlin 1964, S. 19 f.; Erich Schäfer, Die Unternehmung, 7. Aufl., Köln-Opladen 1970, S. 102 ff.; Wöhe, G.: Einführung in die Allgemeine Betriebswirtschaftslehre, 6. Aufl., Berlin-Frankfurt/M. 1964, S. 4 ff.

2) Forstmann, Albrecht, Geld und Kredit, 2. Teil, a.a.O., S. 648.

Auch in den untersuchten Ländern bedienen sich die Zentralbanken des unternehmerischen Instrumentariums. Vorwegnehmend läßt sich allerdings sagen, daß in Entwicklungsländern die Bedeutung der unternehmerischen Zentralbankpolitik hinter der des administrativen Instrumentariums zurücktritt. Es liegen also ganz andere Verhältnisse vor als in den marktwirtschaftlich orientierten Industriestaaten. Der Grund ist in den unterschiedlich entwickelten Geld- und Kapitalmärkten zu suchen.

Dieser Gemeinsamkeit der vier untersuchten Länder im Verhältnis beispielsweise gegenüber der Bundesrepublik Deutschland, der Schweizer Eidgenossenschaft und den Vereinigten Staaten von Amerika stehen unterschiedliche Verhältnisse in den einzelnen vier Ländern gegenüber, die im Rahmen dieses Abschnittes aufgezeigt werden.

I. Der Geschäftskreis der Zentralbank

Oswald Hahn unterteilt den Begriff des "Geschäftskreises" der Zentralbank in einen engeren und in einen weiteren Wortsinn.

"In seiner engeren Wortbedeutung versteht man unter dem Geschäftskreis der Notenbank die ihr erlaubten Geschäfte. Diese werden vom Gesetzgeber aufgezählt ... von der Zentralbank spezifiziert ... und im Rahmen der funktionellen Währungspolitik mehr oder weniger variiert." ¹⁾ Im engeren Sinn ist auch der Geschäftskreis der Zentralbank in diesen Ländern von den Bankgesetzen charakterisiert und fixiert. ²⁾ Die Variation des Geschäftskreises vollzieht sich durch die zuständigen Währungsrate in diesen Ländern. Diese Variierung ist je nach wirtschaftlicher Situation und Land unterschiedlich. Der Geschäftskreis der Notenbank im engeren Wortsinn läßt sich aufteilen in Aktiv-, Passiv- und Dienstleistungsgeschäft. ³⁾

1) Hahn, Oswald, Das Instrumentarium der Währungsbank, Heft III, S. 209.

2) Indonesien Art. 26, 29, 32, 34, 35, 36, 41; Korea Art. 47, 54, 69, 79, 83, 83(2), 84; Philippinen Sec. 52, 56, 72, 73, 87, 90, 95, 97, 98 und Taiwan Art. 28.

3) Hahn, Oswald, Instrumentarium, ..., Heft III, S. 209; ders., Bankbetriebslehre, a.a.O., S. 20.

Im weiteren Sinn umfaßt der "Geschäftskreis" neben den der Großbank erlaubten Geschäften auch die "Umschreibung der Marktpartner." ¹⁾ In diesem Zusammenhang können hier zwei extreme Erscheinungsformen unterschieden werden. Einmal die Notenbank, der das Geschäft mit Bankinstituten und "Nicht-Banken" gestattet ist. Demgegenüber steht die echte "Zentralbank", deren Geschäftspartner ausschließlich Banken sind. ²⁾ Am weitesten verbreitet sind Mischformen, die sich zwischen diesen beiden Extremformen einordnen lassen. Diesen Notenbanken ist das "Direktgeschäft" mit dem Staat und seinen Organen erlaubt.

Unter dem Kriterium "Geschäftspartner" lassen sich die vier untersuchten Notenbanken zwei Typen zuordnen. Die Zentralbank der Philippinen war - US-amerikanischem Vorbild zufolge - schon immer der "Mischtyp". In Taiwan wurde der Bank of China nach ihrer Wiedereinsetzung als Zentralbank im Jahre 1961 das Direktgeschäft untersagt.

Die beiden anderen Notenbanken gehören dem Kreis der für Entwicklungsländer typischen "klassischen" Zentralnotenbank an, allerdings beide nur beschränkt und mit Unterschieden. Die Bank of Korea ist grundsätzlich eine Zentralbank und Staatsbank ohne Direktgeschäft mit Wirtschaft. Ausnahmsweise wird ihr jedoch letztes zugestanden: Erstens ist ihr erlaubt, in Depressionszeiten auch mit den Nicht-Banken Geschäfte durchzuführen, wenn die folgenden drei Voraussetzungen vorliegen: (1) Geldknappheit; (2) die Geschäftsbanken sind nicht in der Lage, die Lücke zu beseitigen; (3) eine Zustimmung von mindestens fünf Mitgliedern des Währungsrats - von insgesamt sieben Mitgliedern - zum Direktgeschäft vorliegt. ²⁾ Zweitens "darf sie vorübergehend auf den Außenhandel bezogene Bankgeschäfte betreiben, die mit Devisentransaktionen oder Transportfinanzierungen im Rahmen des Außenhandels verknüpft sind." ³⁾

1) Hahn, Oswald, Instrumentarium ..., Heft II, S. 209.

2) Art. 93 und 94.

3) Song, C.J., Die Neugestaltung des koreanischen Bankwesen, a.a.O., S. 43.

Die indonesische Zentralbank hat verschiedene Epochen mitgemacht. Vor der politischen Abhängigkeit (Java Bank) pflegte die Zentralbank auch Direktgeschäfte mit Wirtschaft und Privaten. Unabhängigkeit und Umorganisation der Java-Bank und Bank Negara Indonesia (1949) änderten daran nichts. ¹⁾ Als die Bank Negara Indonesia 1949 ihre Zentralbankfunktionen der Bank Indonesia übergab, wurde ein großer Teil der Handelsgeschäfte der Zentralbank durch andere Staatsbanken übernommen. Unterdessen betrieb die Bank Indonesia nur Direktgeschäfte mit dem Staat. 1952 wurde alle Staatsbanken mit der "Bank Indonesia" fusioniert, die dadurch zu einer für Zentralbankverwaltungswirtschaften typischen Monopol-Universalbank wurde. Seit 1965 ist die allmähliche Rückentwicklung zum Mischtyp festzustellen ²⁾. Beharrungstendenzen sind jedoch nicht auszuschließen.

1. Das Aktivgeschäft der Zentralbank

"Im Aktivgeschäft wandelt die Zentralbank potentielle monetäre Mengen um; sie erwirbt 'zentralbankfähige Aktiva' anderer Betriebswirtschaften und emittiert dafür Zentralbankgeld." ³⁾ Mit der Umwandlung der potentiellen monetären Mengen in aktuelle monetäre Mengen versucht die Zentralbank die Betriebswirtschaften zu finanzieren und ihnen kurzfristige Kredite zur Verfügung zu stellen. Oswald Hahn unterteilt das Aktivgeschäft der Zentralbanken nach zwei Aspekten:

1. Er sieht die Zentralbank als Träger der Finanzierung. Im Hinblick auf die "Endbegünstigten" tritt die Währungsbank als Träger der Finanzierung in drei Typen auf ⁴⁾, die in den zu untersuchenden Ländern nachzuweisen sind.

a. Die Zentralbank als Träger der Wirtschaftsfinanzierung. Hier finanziert die Zentralbank die Wirtschaft durch den Erwerb von potentiellen monetären Mengen der Betriebswirtschaften in Form von Handelswechseln und Akzepten - besonders in Indonesien, Süd-Korea und auf den Philippinen -

1) Vgl. Aktivgeschäfte der Zentralbank.

2) Report of Bank Indonesia 1960-1965, S. 51 ff.; Indonesien, in: Enzyklopädisches Lexikon für das Geld-, Bank- und Börsenwesen, a.a.O., S. 770.

3) Hahn, Oswald, Das Instrumentarium ..., Heft III, S. 211.

4) Ebenda, S. 213 ff. Ferner Rittershausen, Heinrich, Internationale Handels- und Devisenpolitik, 2. Aufl., Frankfurt/M. 1955, S. 223 ff.

sowie Industrieobligationen und Beteiligungen.

b. Die Zentralbank als Träger der Außenhandelsfinanzierung. Die zentralbankfähigen Aktiva, die von der Währungsbank gekauft werden, erscheinen in diesem Fall in Form von Devisen (Guthaben bei ausländischen Banken), Sorten (ausländisches Bargeld), Exportwechsel, direkter Kreditgewährung, Gold, Silber und anderen Edelmetallen.

c. Die Zentralbank als Träger der Staatsfinanzierung. Die Zentralbank finanziert hier den Staat und seine Organe einmal durch Übernahme von Schatzwechseln, -anweisungen und Staatsobligationen, zum anderen durch Gewährung direkter Kassenkredite.

In den untersuchten Ländern sind die Zentralbanken nicht mit einem der obengenannten Typen zu charakterisieren, sondern sie treten als Mischtypen auf: sie finanzieren die Wirtschaft mit dem Erwerb ihrer zentralbankfähigen Aktiva in Form von Wechseln, Valuten und Staatspapieren. Allerdings ist der Anteil der Notenbank an jeder Finanzierungsart in jedem Land unterschiedlich. Die nachstehende Tabelle 32 gibt einen Überblick über den prozentualen Anteil der Zentralbank an jedem Finanzierungstyp in diesen Ländern.

Tabelle 32: Vermögenswerte der Zentralbanken der untersuchten Länder in bezug auf die genannten Finanzierungstypen in Prozent												
Jahresende	Indonesien			Südkorea			Philippinen			Taiwan		
	Wirtschaftsfinanzier.	Außenhandelsfinanz.	Staatsfinanzierung	Wirtsch. Finanzier.	Außenhandelsfinanz.	Staatsfinanzierung	Wirtsch. Finanzier.	Außenhandelsfinanz.	Staatsfinanzierung	Wirtsch. Finanz.	Außenhandelsfin.	Staatsfinanzierung
1965	12	1	86	36	46	18	6	43	51	37	10	53
1966	14	1	85	32	47	21	4	51	45	40	9	51
1967	21	13	66	33	45	22	8	47	45	42	11	47
1968	14	41	45	36	43	21	9	58	33	42	9	49
1969	24	21	55	27	56	17	13	55	32	37	5	58
1970	24	18	58	21	64	15	27	49	24	39	12	49

Quelle: Zusammengestellt aus den Bilanzen und der International Financial Statistic, March 1971.

Der Tabelle 34 kann man entnehmen, daß es sich bei der indonesischen und philippinischen Zentralbank um einen Mischtyp mit Schwerpunkt der Staatsfinanzierung und bei den Zentralbanken von Süd-Korea und Taiwan um einen Mischtyp mit Schwerpunkt der Außenhandelsfinanzierung handelt. Tabelle 33 gibt einen Katalog der in diesen Ländern erlaubten Aktivgeschäfte.

Tabelle 33: Die vom Gesetzgeber erlaubten Aktivgeschäfte der Zentralbanken in den untersuchten Ländern				
Objekte	Indonesien	Süd-Korea	Philippinen	Taiwan
Handelswechsel	x	x	x	x
Schatzwechsel	x	x	x	x
Schatzanweisung	x	x	x	x
Akzepte	x	x	x	-
Unverbriefte Staatsschuld	x	x	x	x
Beteiligungen ⁺	x	-	-	-
Valuten	x	x	x	x
"Emergency Credits"	x	x	x	-
Kontokorrentkredite	x	-	-	-
Lombardkredite	x	x	x	x

x = ja; - = keine Angabe bzw. nein

+ = Beteiligung an Finanzinstituten (Art. 23(5)) aus Eigenkapital.

"Sehen wir von der unverbrieften Staatsschuld und dem ... 'Kontokorrentkredit' einmal ab, so vollzieht sich die Monetisierung der zentralbankfähigen Werte durch die Zentralbank entweder in Form eines Kaufes (mit der Spezialform 'Diskontierung') oder als 'Beleihung'. ¹⁾

2. Unter dem Aspekt der "Refinanzierungsmöglichkeiten" wird das Aktivgeschäft in zwei Posten aufgespaltet. Hierbei muß man darauf achten, ob sie die Zentralbank bei der Durchfüh-

1) Hahn, Oswald, Instrumentarium ..., Heft III, S. 223.

rung ihres Aktivgeschäfts weiter refinanzieren kann - wie beim Titelverkauf (Handelsgeschäft) - oder nicht - wie im Kreditgeschäft. ¹⁾

2. Das Passivgeschäft der Zentralbank

Das Passivgeschäft der Zentralbank besteht aus der Geldemission, der Ausgabe von verzinslichen Obligationen, der Kreditaufnahme in In- und Ausland und dem Eigenkapital der Währungsbank, das - im Sinne Hagenmüllers - die Funktionen "intertemporärer Verlustausgleich" und "Gewinnverteilung" wahrnimmt. ²⁾ "Das für die Währungsbank typische Passivgeschäft ist die Ausgabe von 'Zentralbankgeld': Die Notenemission und die Gutschrift auf Girokonto sind grundsätzlich die Gegenposten zu den Aktivgeschäften." ³⁾

a. Die Geldemission

In allen diesen Ländern steht den Zentralbanken das Recht der Banknotenausgabe zu. Außerdem haben die Zentralbanken von Indonesien ⁴⁾, Süd-Korea und den Philippinen die Befugnis zur Münzprägung. Die Münzprägung ist jedoch in Süd-Korea von der Zustimmung des "State Council" abhängig. Die Prägung der Münzen - auch Gold und Silber - steht der Zentralbank von China nicht zu, sondern wird von der Regierung vorgenommen. Die Zentralbank hat nur die Aufgabe, diese Münzen in Umlauf zu bringen ⁵⁾.

Der Umfang des Emissionsrechts, die administrative Einwirkung auf den Emissionsbereich sowie die Begrenzung der Einräumung von Sichtguthaben wurden an anderer Stelle behandelt ⁶⁾. Hier wird versucht, die Emissionsbeschränkung in diesen Ländern zu untersuchen und zu zeigen, inwieweit diese Begrenzung in den jeweiligen Ländern vorhanden ist.

1) Hahn, Oswald, Das Instrumentarium ..., Heft III, S. 233.

2) Ebenda, S. 223 ff.

3) Ebenda, S. 223.

4) Nach dem neuen Bankgesetz.

5) The Central Bank of China Act, Art. 25.

6) Vgl. Seite 46.

In Süd-Korea und auf den Philippinen hat der Gesetzgeber von der Festsetzung einer gesetzlichen Geldemissionsgrenze abgesehen.

In Taiwan besteht eine Höchstgrenze der Banknotenausgabe, die allerdings durch die Regierung bestimmt wird.¹⁾ Der entsprechende Artikel des indonesischen Bankgesetzes lautet wie folgt: "Annual, before the beginning of the fiscal year, the maximum amount of money which pursuant to paragraph (1) will circulate in the relevant year, will be determined by the Government and be indicated in the Financial Note." Vor der Verabschiedung des neuen Bankgesetzes mußten 20 % der ausgegebenen Banknoten durch Gold und Devisen gedeckt sein.

b. Verzinsliche Verbindlichkeiten

Es handelt sich hierbei um Einlagen und Obligationen, die von den Zentralbanken angenommen bzw. ausgegeben werden. Alle vier Zentralbanken nehmen auch verzinsliche Einlagen von Regierung und Regierungsorganen an.

Das Recht zur Ausgabe verzinslicher Obligationen ist den Zentralbanken von Indonesien, Süd-Korea und den Philippinen gegeben. Die indonesische Zentralbank darf außerdem eigene Solawechsel ausstellen. Alle diese Titel sollen die Zentralbank in die Lage versetzen, ohne Rücksichtnahme auf Fiskalinteressen Offenmarktoperationen durchzuführen. Insofern kann man diese drei Zentralbanken als ausgesprochen moderne Institute ansehen.

c. Die Kreditaufnahme im Ausland

"Aus der besonderen Stellung als Währungsbank resultiert ein weiteres Passivgeschäft: die Kreditaufnahme im Ausland." ²⁾

Von diesen Geschäften machen die Zentralbanken in den betreffenden Ländern zur Verbesserung des Zahlungsbilanzdefizits Gebrauch - z.B. in Indonesien und auf den Philippinen ³⁾

1) Vgl. Art. 17.

2) Hahn, Oswald, Instrumentarium..., Heft III, S. 230.

3) Vgl. Indonesien, Report of Bank Negara Indonesia (Unit I) 1966-67, a.a.O., S. 93 und Philippinen, 21st Annual Report 1969, S. 69.

und zur Stabilisierung des Wechselkurses auf den Philippinen und Taiwan. Darüber hinaus ist die Zentralbank in allen vier Ländern als Durchleitinstanz ausländischer Wirtschaftshilfe eingesetzt.

3. Das Dienstleistungsgeschäft der Zentralbank

Otto Veit nennt als typisches Dienstleistungsgeschäft der Währungsbank den Zahlungsverkehr ¹⁾. Der Einsatz dieses Mittels erfolgt in administrativer Form (Einwirkung auf den zwischenbanklichen Zahlungsverkehr und Einwirkung auf den Kundenkreis) ²⁾, und in unternehmerischer Form. Ferner kann die Zentralbank "neben der Förderung des Zahlungsverkehrs ... darüber hinaus mit dem Anbieten situationsgerechter und qualifizierter Dienstleistungen die Zusammenarbeit mit den Geschäftsbanken fördern und dadurch ihre Stellung als Währungsautorität verlassen." ³⁾

Währungspolitisch bedeutsam ist aber vor allem der Zahlungsverkehr mit den Geschäftsbanken. Otto Veit rechnet den Dienstleistungsgeschäften der Währungsbank für die Bankinstitute folgende Geschäfte zu: (1) "Annahme von Einlagen; (2) Regelmäßige Spitzenabrechnung der Banken in den Räumen der Zentralbanken mit Verbuchung über Zentralnotenbanken (täglich einmal oder mehrmals); (3) Überweisungsverkehr von Zweigstellen; (4) Einzug von Schecks." ⁴⁾

Die Geschäfte (2), (3) und (4) resultieren aus dem Einlagengeschäft, Geschäft (1) aus den allgemeinen Zahlungsverkehrsabwicklungen.

Die marktpolitische Bedeutung dieser Geschäfte - die von allen vier Zentralbanken gepflegt werden - hängt von der Filialdichte der Zentralbanken im Verhältnis zu der der Geschäftsbanken ab. Leider ist es wegen der fehlenden Unterlagen nicht möglich, einen Einblick über die Anzahl der Filialen der vier Notenbanken zu vermitteln.

1) Veit, Otto, Grundriß, a.a.O., S. 312 ff.

2) Vgl. S. 67.

3) Klein, C., a.a.O., S. 46.

4) Veit, Otto, Grundriß, a.a.O., S. 313.

Zahlungsverkehrsgeschäfte der Notenbank mit Nichtbanken richten sich in ihrer währungspolitischen Bedeutung nach dem Umfang des Direktgeschäfts. Die Einlagenpflicht der öffentlichen Stellen (vgl. S. 67) erzwingt automatisch die Durchführung solcher Geschäfte mit Staat und staatlichen Organisationen. Eine Konkurrenz mit den Geschäftsbanken um die Wirtschaft hängt vom Umfang des Direktgeschäftes ab, das in den untersuchten Ländern mit Ausnahme Indonesiens weitgehend ausgeschlossen ist (vgl. S.134 f.): Wirtschaftsunternehmungen - vor allem in Entwicklungsländern - bedienen sich der Zahlungsverkehrseinrichtungen derjenigen Banken, bei denen sie Kredit erhalten. ¹⁾

II. Die Kredit- und Handelsgeschäfte der Währungsbank

Diese zweite grundsätzliche Klassifizierung geschieht unter dem Aspekt, ob sich die Währungsbank bei diesen Geschäftsbanken refinanzieren kann: "Es handelt sich um die Frage, ob der Währungsbank ein späterer Verkauf der erworbenen Titel möglich ist oder nicht." ²⁾

1. Kreditgeschäfte

1. Von "Kreditgeschäften" spricht man dann, "wenn die Währungsbank im Aktivgeschäft Titel erwirbt, die sie nicht weiterverkaufen kann." ³⁾ Im Aktivgeschäft gibt es also für die Zentralbank keine spätere "Refinanzierungsmöglichkeit". Unter diesem Aspekt fehlt der Beleihung ("Lombardgeschäft"), den Buchkrediten in Form der "unverbrieften Staatsschuld" und in Form der "Kassenkredite" als typisches Aktivgeschäft der Charakter der Refinanzierungsmöglichkeit. Im Kreditgeschäft kann sich die Zentralbank nicht refinanzieren. Wohl bedeutet es für die Kunden der Notenbank eine "Refinanzierung", weswegen man das Kreditgeschäft auch als Refinanzierungsgeschäft bezeichnen kann.

1) Hahn, Oswald, Instrumentarium ..., Heft III, S. 232.

2) Ebenda, S. 233.

3) Ebenda, S. 233.

2. Die Zentralbank ist in ihrem Kreditgeschäft in eine passive Rolle gedrängt. Sie fixiert im Kreditgeschäft ihre Bedingungen und wartet die Reaktion des Marktes ab. Bei einer expansiven Währungspolitik, bei der eine Ausweitung des Kredits und Geldvolumens beabsichtigt ist, fehlt der Währungsbank daher weitgehend die Aktivität. Sie kann in diesem Fall nur in dem Umfang Kreditausweitung betreiben, als Kreditnachfrager auf sie zukommen. Auch im Falle einer kontraktiven Währungspolitik, die eine Verringerung des Geld- und Kreditvolumens zum Ziel hat, fehlt der Währungsbank eine Möglichkeit zum aktiven Eingreifen in das Marktgeschehen. Sie kann praktisch nur auf die Neuausleihungen einwirken, während eine Beeinflussung des Altgeschäfts ihr kaum gelingt, da durch die Kündigung nur solche Geschäfte liquidiert werden können, die ohnehin ausgereift sind.¹⁾ Über den Anteil des Kreditgeschäfts an der Bilanzsumme der Zentralbanken von Korea, den Philippinen und Taiwan orientiert Tabelle 34.

2. Handelsgeschäft

1. Im Gegensatz zu den Kreditgeschäften verspricht sich hier die Währungsbank spätere "Refinanzierungsmöglichkeiten", d. h., daß die von der Währungsbank erworbenen Titel weiterverkauft werden können. Hier liegt neben einer rechtlichen Mobilität auch eine ökonomische Mobilität vor infolge Vorhandenseins eines Marktes. Die Währungsbank tritt beim Handelsgeschäft am Markt sowohl als Käufer als auch als Verkäufer auf, während sie im Kreditgeschäft nur Käufer ist.

2. Im Handelsgeschäft spielt die Zentralbank keine passive Rolle, sondern hier tritt sie aktiv am Markt als Anbieter und Nachfrager der potentiellen monetären Mengen auf. Die Notenbank kann ihre Bedingungen nicht (wie im Kreditgeschäft) den Marktteilnehmern diktieren, sondern sie ist an die Bedingungen des Marktes gebunden. Sie beeinflusst also die Marktbedingungen entsprechend der währungspolitischen Situation durch geeignete Nachfrage bzw. Angebot.²⁾

1) Hahn, Oswald, Instrumentarium ..., Heft III, S. 237

2) Ebenda, S. 225 ff., Höchst, Otto, Offen-Markt-Politik und Staatskredit, Diss. Köln 1959, S. 15; Forstmann, Albrecht, a.a.O., S. 661 f.

Tabelle 34: Das Kreditgeschäft der Währungsbanken von Korea, den Philippinen und Taiwan in Mrd. WE

Jahr	K o r e a			P h i l i p p i n e n			T a i w a n	
	Wechsel- Ankauf	Beleihung	Konto- korrent	Bilanz- summe	Wechsel- Ankauf	Belei- hung	Kredit- geschäft	Bilanz- summe
1965	-	-	52,83	73,27	0,08	0,43	9,71	22,23
1966	-	0,28	54,39	91,46	0,07	0,55	11,01	25,22
1967	-	-	65,72	165,24	0,08	1,02	12,47	24,55
1968	1,22	-	73,83	228,77	0,12	1,15	15,31	34,12
1969	1,97	-	102,79	317,81	0,12	1,26	14,08	36,93
1970	15,85	21,44	125,16	381,99			14,18	65,34

Quellen: Economic Statistics Yearbook, 1971 (Korea) und Wirtschaftsberichte der übrigen Notenbanken.

3. Im Falle expansiver und kontraktiver Währungspolitik ist die Zentralbank im Handelsgeschäft aktiver als im Kreditgeschäft. Durch ihre Nachfrage nach Effekten, Devisen und Gold bietet sie der Wirtschaft zusätzliches Geld- und Kreditvolumen an, sofern sie eine Geld- und Kreditausweitung bezweckt. Bei der kontraktiven Währungspolitik verringert sie die Geld- und Kreditvolumen der Wirtschaft durch geeignetes Angebot an potentiellen monetären Mengen. ¹⁾

Der Kreis der Handelsobjekte der vier Notenbanken wird in Tabelle 35 aufgeführt.

Tabelle 35: Die Handelsobjekte der Zentralbanken				
Objekte	Indonesien	Korea	Philippinen	Taiwan
<u>1. Inländische Wertpapiere</u>				
a. Schatzwechsel	x	x	x	x
b. Staatsobligationen	x	x	x	x
c. Zentralbankobligationen	x	x	x	-
<u>2. Auslandswerte</u>				
a. Gold und Silber	-	x	x	x
b. Devisen	x	x	x	x

Quellen: Die jeweiligen Zentralbankgesetze

III. Die Absatzpolitik der Währungsbank

1. Die Begriffsklärung

Wie die Universalbanken tritt die Zentralbank auf Finanzmärkten sowohl als Nachfrager als auch als Anbieter auf. Sie operiert mit den Geldmarktpapieren und nimmt Kredite auf. Allerdings ist ihre unternehmerische Tätigkeit anderen Zielen unterworfen als bei den Geschäftsbanken. Ihre Ziel-

1) Hahn, Oswald, Instrumentarium ..., Heft III, S. 235 ff.

setzung ist primär an der Währungspolitik orientiert - Unterstützung der Wirtschaftspolitik unter Wahrung der inneren und äußeren Stabilität - nicht aber an erwerbswirtschaftlichen Zwecken - Gewinnmaximierung. Sie geht vielmehr bei der Gewinnerzielung vom "Angemessenheitsprinzip" aus ¹⁾. "Im Kreditgeschäft und bei Offenmarktkäufen bietet die Währungsbank Zentralbankgeld an, bei Offenmarktverkäufen zentralbankfähige Aktiva." ²⁾ Die Maßnahmen der Zentralbank, die darauf gerichtet sind, ihre Handels- und Kreditgeschäfte zu gestalten, werden als "absatzpolitisches Instrumentarium" bezeichnet. ³⁾

2. Das absatzpolitische Instrumentarium der Zentralbank

Oswald Hahn unterteilt das absatzpolitische Instrumentarium der Zentralbank in den verschiedenen Geschäftsbereichen analog zu den Instrumenten der Absatzpolitik der Geschäftsbanken in Preis-, Qualitäts- und Quantitätspolitik. ⁴⁾ Bei der folgenden Untersuchung wird von dieser Dreiteilung ausgegangen.

a. Die Preispolitik

Die Zentralbank verfolgt ihre Ziele durch Mengen- und Preispolitik. Im Falle der Preisvariiierung versucht die Zentralbank den Absatz der zentralbankfähigen Aktiva zu ändern. Die Zentralbank erhöht den Zinssatz, um den Absatz der Geldpapiere zu steigern und dadurch das Geldvolumen zu vermindern. Bei der Zinssatzsenkung beabsichtigt sie eine Verminderung des Absatzvolumens der Titel und damit eine Steigerung der Geldmenge. In beiden Fällen der Zinsvariiierung werden der Zins als "Aktionsparameter" und die monetären Mengen als "Erwartungsparameter" betrachtet.

1) Hahn, Oswald, Instrumentarium ..., Heft I, S. 39 ff.;

2) Gutenberg, Erich, Grundlagen der Betriebswirtschaftslehre, 1. Bd., a.a.O., S. 466 ff.

2) Hahn, Oswald, Instrumentarium ..., Heft III, S. 238.

3) Ebenda,

4) Ebenda, S. 239 ff.; ders., Das absatzpolitische Instrumentarium der Depositenbanken, in: Österreichisches Bank-Archiv, 1966, Nr. 10.

Im Gegensatz zur Zinsvariiierung werden bei der Mengenänderung die monetäre Menge als "Aktionsparameter" und der Zins als "Erwartungsparameter" angesehen. Die Zentralbank kauft oder verkauft die zentralbankfähigen Aktiva, um den Marktzins zu variieren. Beim Kauf der Titel und Valuten ist eine Steigerung des Geldvolumens und beim Verkauf dieser Objekte eine Verminderung der Geldmengen beabsichtigt.¹⁾ Wegen der geringen Funktionsfähigkeit der Geld- und Kapitalmärkte in Indonesien, Süd-Korea, den Philippinen und Taiwan lassen sich die Preise für Effekten und Valuten nicht allein durch die Nachfrage und das Angebot bilden. Es liegt dort entweder eine unzureichende Nachfrage für Geldmarktpapiere oder unzureichendes Angebot an Wertpapieren und Valuten vor. So kommen die Zentralbanken in diesen Ländern nur als Preisfixierer in Betracht. Der Diskont-, Abgabe- und Rücknahmesatz der Geldmarktpapiere sowie die Parität und der Swapsatz²⁾ werden von der Zentralbank festgesetzt. Da oft die Höchst- und Mindestsätze für diese Zwecke von den Währungsbanken im Rahmen ihres funktionellen Bereiches fixiert werden, spielt die Mengenfixierung zur Änderung des Zinssatzes eine geringe oder überhaupt keine Rolle.

b. Die Qualitätspolitik

Unter Qualitätspolitik versteht man die "Fixierung und Variierung der Qualität, die die zentralbankfähigen Werte auszeichnen. Es handelt sich dabei einmal um den Kreis der Güter, die die Zentralbank ankauft bzw. beleiht (das Sortiment), zum anderen um die Anforderungen, die von der Zentralbank an die einzelnen Artikel gestellt werden - die Bonität des Einzelobjektes."³⁾

Die Zentralbanken der untersuchten Länder machen bei der Durchführung ihrer Kredit- und Handelspolitik auch von der Qualitätspolitik Gebrauch. Im Gegensatz zur Preispolitik

1) Hahn, Oswald, Das Instrumentarium ..., Heft I, S. 75 ff.

2) Eine Swapsatzfestsetzung nimmt nur die Zentralbank der Philippinen vor (Sec. 79). Vgl. ferner hierzu die Wirtschaftsberichte der philippinischen Zentralbank.

3) Hahn, Oswald, Instrumentarium ..., Heft III, S. 242.

bedienen sich diese Zentralbanken der Variierung der Qualitäten nur bei Kreditgeschäften, Titel- und Devisenkäufen:

1. Im Kreditgeschäft stellen die Zentralbanken Anforderungen an die Bonität der Titel (Zahl der Unterschriften), an den Verwendungszweck des Kredits und an die Kreditlaufzeit.
2. Die von der Währungsbank gekauften Obligationen müssen entweder staatliche Papiere sein oder vom Staat bzw. den Staatsorganen garantiert sein.
3. Die ankaufsfähigen Valuten müssen grundsätzlich konvertibel sein.

c. Die Quantitätspolitik

Hier handelt es sich regelmäßig um die Verfügung mengenmäßiger Beschränkungen. Die Zentralbank ist nicht bereit, über einen bestimmten Betrag hinaus die potentiellen monetären Mengen - zentralbankfähige Werte - in aktuelle monetäre Mengen - Zentralbankgeld - umzuwandeln. Oswald Hahn unterscheidet zwischen "objektiven" und "subjektiven" Beschränkungen:

1. "Objektive Beschränkungen beziehen sich auf den Titelbestand der Zentralbank: Die Währungsbank lehnt ohne Rücksicht auf die Person des Kunden einen weiteren Ankauf zentralbankfähiger Aktiva ab," ¹⁾
2. "Die subjektiven Beschränkungen basieren demgegenüber auf dem jeweiligen Notenbankkunden, dem individuelle 'Kontingente' zugeteilt werden," ²⁾ Diese Beschränkungen kommen oft im Kreditgeschäft vor, besonders im Bereich der Diskontpolitik. Hier setzt die Zentralbank das Kontingent für jede Bank im einzelnen oder für alle Banken insgesamt fest. Bis zu diesem Kontingent ist die Zentralbank bereit, Zentralbankgeld gegen zentralbankfähige Aktiva anzubieten. Über diese Kontingente hinaus weigert sie sich, weitere Titel von einer Bank anzukaufen.

1) Hahn, Oswald, Das Instrumentarium ..., Heft III, S. 245.

2) Ebenda, S. 246.

B. Die Kreditpolitik der Zentralbank

Über den Begriff der Kreditpolitik gibt es verschiedene Auffassungen. Otto Veit setzt die Kreditpolitik mit der Währungspolitik gleich und verwendet die beiden Begriffe synonym. Albrecht Forstmann faßt den Begriff der Kreditpolitik weit und seiner Meinung nach "(kann) die Gesamtheit der Maßnahmen, durch die die Ordnung des Kreditwesens erfolgt ... als die 'Kreditpolitik' der betreffenden Volkswirtschaft bezeichnet werden. Sie dient im wesentlichen der Stabilisierung jeder Konstitution des Geldwesens, die das Ergebnis seiner Ordnung ist. Ihren praktisch am augenfälligsten hervorstechenden Ausdruck findet die Kreditpolitik in der Regulierung der Geldmenge, die durch eine Veränderung der Kreditbedingungen erreicht wird ...".¹⁾ Forstmann unterscheidet damit zwischen Geld- und Kreditpolitik. Als Mittel der Kreditpolitik nennt er die "marktwirtschaftlichen Mittel" (Diskontpolitik, Offenmarkt-Politik) und die "zentralverwaltungswirtschaftlichen Mittel" (Kreditrationierung und Investitionslenkung).²⁾ Oswald Hahn interpretiert die Geldpolitik im Sinne Forstmanns als Ordnungs- bzw. Strukturpolitik oder als eine institutionisierende Währungspolitik, während er "die Kreditpolitik ... unter die Ablauf- oder Prozeßpolitik bzw. die funktionelle Währungspolitik" einzuordnen versucht.³⁾ Heinrich Rittershausen stellt die Kreditpolitik der Währungs- und Kapitalmarktpolitik gegenüber und ordnet die Diskontpolitik und Kreditrestriktionen, die Geldmarktpolitik (Offenmarktpolitik), die Mindestreservpolitik, die Anordnung von Kreditrichtsätzen und die Einlagepolitik der Zentralbank der Kreditpolitik zu.⁴⁾ Auch gehört "moral suasion" seiner Ansicht nach hierunter. "Alle Maßnahmen des kreditpolitischen Instrumentariums richten sich auf das Ziel, direkt oder indirekt Geld stillzulegen und

1) Forstmann, Albrecht, Geld und Kredit, 2. Teil, Göttingen 1952, S. 595.

2) Ebenda, S. 648 ff.

3) Hahn, Oswald, Instrumentarium ..., Heft I, a.a.O., S. 22.

4) Rittershausen, Heinrich, Die Zentralnotenbank, a.a.O., S. 58.

die Vergabe von Neukrediten einzuschränken oder, bei umgekehrter Absicht, Geld zu aktivieren und die zusätzliche Kreditausleiher zu stimulieren." ¹⁾ Leo Schuster möchte die Kreditpolitik als die "Domäne der Geschäftsbanken" verstanden wissen, da seiner Meinung nach - in Anlehnung an Hanns Linhardt - der Kredit Privatsache ist. ²⁾ Beck versteht unter Kreditpolitik die "Maßnahmen einer Notenbank ..., die darauf gerichtet sind, bereits bestehende Kredite oder Kreditlinien der Geschäftsbanken bei der Notenbank oder der Kreditnehmer bei den Geschäftsbanken in qualitativer oder in quantitativer Hinsicht zurückzuführen, einzuschränken oder zu sperren oder zu erweitern." ³⁾ Helmut Lipfert beschränkt die Kreditpolitik im Sinne des § 15 BBankG auf die Rediskont-, Lombardregulierung und auf die darauf bezogene quantitative und qualitative Politik. ⁴⁾ Oswald Hahn stellt die Kreditpolitik - in Anlehnung an Hanns Linhardt - als einen Teilbereich der Währungspolitik dar ⁵⁾, geht bei der Definition der Kreditpolitik vom Kreditgeschäft der Währungsbank aus und versteht "darunter alle Maßnahmen ..., die von der Währungsbank in Zusammenhang mit ihrem Kreditgeschäft ergriffen werden." ⁶⁾ Er unterteilt die Kreditpolitik in drei Bereiche: Diskontpolitik, Lombardpolitik und Staatskreditpolitik. Den drei Möglichkeiten unternehmerischer Betätigung kommt im Rahmen dieser drei Bereiche unterschiedliche Bedeutung zu. Der Schwerpunkt der Diskontpolitik liegt im preispolitischen Bereich, weswegen häufig Diskont- und Diskontsatzpolitik identifiziert werden. Das typische lombardpolitische Vorgehen besteht in der Variierung der Lombardfähigkeit, hat also qualitativen Charakter. Die Staatskreditpolitik schließlich bedient sich primär des Instruments der Kontingentierung, ist also quantitativ orientiert. ⁷⁾

1) Rittershausen, Heinrich, Die Zentralnotenbank, a.a.O., S.156.

2) Schuster, Leo, Zentralbankpolitik und Bankenaufsicht in den EWG-Staaten, Köln-Opladen 1967, S. 20.

3) Beck, H., Kommentar, a.a.O., S. 388 zu § 15.

4) Lipfert, Helmut, Einführung ..., a.a.O., S. 148.

5) Hahn, Oswald, Instrumentarium ..., Heft III, S. 249.

6) Ebenda.

7) Ebenda.

Bei der Behandlung der Kreditpolitik der Zentralbanken in den vier Ländern wird von dieser Dreiteilung ausgegangen. Alle drei Arten der Kreditpolitik werden wiederum unter dem Aspekt der Preispolitik, Qualitätspolitik und Quantitätspolitik behandelt. Ferner wird die Politik der "Emergency Credit" als vierter Punkt ausgeführt, die in diesen Ländern außer den drei genannten kreditpolitischen Maßnahmen der Währungsbank vorhanden ist.

I. Die Diskontpolitik

Oswald Hahn sieht die Diskontpolitik in doppelter Bedeutung, nämlich im engeren und weiteren Sinne. Die im allgemeinen Sprachgebrauch verwendete "Diskontpolitik" wird von ihm als "Diskontsatz" im engeren Sinne bezeichnet. "Im engeren Wortsinn wird der Begriff identifiziert mit einer Variierung des Diskontsatzes, des Zinsfußes, zu dem die Zentralbank bestimmte Titel diskontiert ... bzw. rediskontiert ..." ¹⁾.

Er faßt den Begriff der Diskontpolitik weiter und setzt sich für Diskontpolitik im weiteren Sinne ein. Unter diesem Begriff versteht er "alle Maßnahmen, die im Zusammenhang mit dem Diskontgeschäft der Zentralbank ergriffen werden." ²⁾ Ferner setzt er den von ihm geprägten Begriff "Refinanzierungspolitik" von Leonhard Gleske gleich und unterteilt die Diskontpolitik in einen preispolitischen, einen qualitativen und einen quantitativen Teilbereich. ³⁾

Bei der Untersuchung der Diskontpolitik in den betreffenden Ländern wird an diese Dreiteilung angeknüpft. Es wird weiterhin versucht, zur Wirksamkeit der Diskontpolitik in jedem Teilbereich Stellung zu nehmen. Da die Wirksamkeit der Diskontpolitik von der Funktionsfähigkeit des Bankensystems und des Kreditmarktes, von der Konvertibilität der Währung und von der monetären Entwicklung im Lande ab-

- 1) Hahn, Oswald, Instrumentarium ..., Heft III, S. 251.; Felix Somary, Bankpolitik, 3. Aufl., Tübingen 1934, S. 84 ff. Günter Schmolders, Geldpolitik, a.a.O., S. 24 ff.; Heinrich Rittershausen, Die Zentralnotenbank, a.a.O., S. 58 ff., Helmut Lipfert, Einführung, a.a.O., S. 148 ff.; Adolf Weber, Geld und Kredit und Banken und Börsen, 6. Aufl., Heidelberg, 1959, S. 110 ff.; Jaramillo, Rodrigo, Central Bank Discount Rates, in: International Monetary Fund, Staff Paper, Vol. XIII, 1966, a.a.O., S. 105 ff.
- 2) Hahn, Oswald, Instrumentarium ..., Heft III, S. 251.
- 3) Ebenda, S. 251; L. Gleske spaltet die "Refinanzierungs-

hängt ¹⁾, ist unter Berücksichtigung dieser Gesichtspunkte die Wirkung der Diskontpolitik auf die monetären Mengen in diesen Ländern unterschiedlich zu beurteilen. ²⁾

1. Die qualitative Diskontpolitik

Unter qualitativer Diskontpolitik versteht man alle Maßnahmen, die darauf gerichtet sind, Mindestnormen und Höchstnormen bzw. Anforderungen an die durch die Zentralbank ankauftfähigen Titel festzusetzen bzw. sie zu variieren. Zu den Forderungen der Zentralbank gehören in diesem Zusammenhang auch die Vorlage bestimmter Arten von Titeln wie Handelswechsel, Finanz-, Produktions-, Lager-, Verkehrswechsel und Landwirtschaftswechsel zur Refinanzierung.

a. Gegenstand des Diskontgeschäftes der Zentralbank

Im allgemeinen bildet der Handelswechsel die Basis des Diskontgeschäftes der Zentralbank. Unter Handelswechseln kann man in Anlehnung an Rudolf Seyffert ³⁾ die Ziehung eines Verkäufers auf einen Wiederverkäufer der gleichen Handelskette verstehen. Da diese Definition den Akzeptenwechsel nicht einschließt, stützt man sich zweckmäßigerweise auf die Definition des Handelswechsels von Heinrich Rittershausen. Nach seiner Auffassung liegt "ein Handelswechsel ... vor, wenn der kreditnehmende Kaufmann bzw. die kreditnehmende Unternehmung auf ihren Abnehmer (oder Lieferer) gezogen hat und wenn dieser Abnehmer (oder Lieferer) die Ware von dem Bankkunden gekauft (an ihn verkauft), das Papier akzeptiert hat." ⁴⁾

politik" in (1) Diskontpolitik - gemeint ist Diskontsatzpolitik, (2) Qualitätskontrolle der rediskontierbaren Kreditpapiere und (3) Refinanzierungskontingente. Die "Refinanzierungspolitik" im Sinne von Gleske ist weiter gefaßt als die "Diskontpolitik" im Sinne Oswald Hahns. Der erste Begriff hat auch die Lombardpolitik inne. Vgl. L. Gleske, Notenbankpolitik, in: Enzyklopädisches Lexikon für das Geld-, Bank- und Börsenwesen, a.a.O., S. 1286.

- 1) Rittershausen, Heinrich, Die Zentralnotenbank, a.a.O., S. 66 ff.; Sanmann, H., Diskontpolitik und Währungssystem, in: Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen, 1961, S.148 ff.
- 2) Gegenwärtig ist keine Währung dieser Länder konvertibel und der Inflationsrat ist in diesen Ländern unterschiedlich.
- 3) Seyffert, Rudolf, Die Wirtschaftslehre des Handels, 2.Aufl., Köln-Opladen 1955, S. 575 ff.
- 4) Ritterhausen, Heinrich, Die Zentralnotenbank, a.a.O., S. 48.

Da in diesen Ländern der Anteil der Handelswechsel im Diskontgeschäft der jeweiligen Zentralbanken nicht groß ist, werden auch die Produktions-, Lager-, Export-, Landwirtschafts- und Verkehrswechsel als Basis des Diskontgeschäftes herangezogen. Tabelle 36 gibt einen Überblick über die Objekte des Diskontgeschäfts der Zentralbanken in diesen Ländern.

Die qualitativen Anforderungen, die seitens der Zentralbanken an diese Titel gestellt werden, ist das Behandlungsthema des nächsten Abschnittes. In keinem dieser Länder diskontiert bzw. rediskontiert die Notenbank den Konsumtenwechsel. Die Gesetzgeber der jeweiligen Länder haben sich bemüht, durch die Festsetzung der Zahl der Unterschriften eine mögliche Insolvenz der Verpflichteten zu vermeiden und damit die qualitative Diskontpolitik um die Kreditwürdigkeit zu erweitern.

Tabelle 36: Die Objekte des Diskontgeschäfts der Währungs- banken der untersuchten Länder				
Gegenstand	Indone- sien	Süd- Korea	Philip- pinen	Taiwan
Handelswechsel	x	x	x	x
Akzepte (acceptances)	-	-	x	x
Promissary Notes	x	x	x	x
Andere Handelsdokumente	x	x	x	x
Schatzwechsel	x	x	x	x
Sechsmonatige Obliga- tionen	x	x	-	x
Mandates issued or pay order	x	-	-	-
Landwirtschaftswechsel	-	x	x	x
Pastoralwechsel	-	x	x	x
Mineralwechsel	-	x	x	x
Lagerwechsel	-	x	x	x
Wechsel der Lotterie- gesellschaften	-	x	-	-
Industrie- bzw. Produk- tionswechsel	-	x	x	x

x = ja

- = keine Angaben

Wie Tabelle 37 zeigt, hat sich das Diskontgeschäft im Laufe der Zeit in diesen Ländern positiv entwickelt. Jedoch ist der prozentuale Anteil des Diskontgeschäftes am Kreditgeschäft der Banken zurückgegangen. Als Ursache für den Rückgang des Diskontgeschäftes kann man hier die von Heinrich Rittershausen genannten Gründe anführen: 1. "Die zunehmende Bedeutung der Staatstätigkeit. 2. Das Entstehen des Kontokorrentkredits kommt den Interessen der Schuldner entgegen und verringert die Neigung zur Wechselakzeptierung. 3. Die zunehmende Bedeutung der Abschreibung für die unternehmerische Finanzwirtschaft." ¹⁾

Ob in diesen Ländern ökonomische oder rechtliche Bestrebungen zur Erhöhung des Wechselaufkommens vorhanden sind oder nicht, läßt sich nicht sagen, da es dazu an geeigneten Unterlagen fehlt. In Anlehnung an die Verhältnisse in Afghanistan, Indien und Pakistan darf jedoch unterstellt werden, daß seitens der Zentralbank die Geschäftsbanken bedrängt werden, entsprechende Papiere anzubieten.

b. Qualitätsfixierung als Mittel institutionierender Diskontpolitik

"Die Mindestnormen, die der Gesetzgeber für das Diskontgeschäft festlegt, beziehen sich ausnahmslos auf den qualitativen Bereich. Gegenstand der Regelung sind Kreditsicherheiten, Verwendungszweck der Kredite und Laufzeit." ²⁾

i. Die Regelung der Kreditsicherheiten

Hierunter wird die Bonität und die Zahl der Unterschriften der Verpflichteten eines Wechsels vom Gesetzgeber festgesetzt. Es wird auch eine Mindestzahl von Unterschriften vorgeschrieben und die Variation bis zu dieser Grenze der Zentralbank überlassen. Mit der Variierung solcher Anforderungen beeinflußt die Währungsbank die Kreditnachfrage. "Ihren Qualitätsansprüchen liegen neben reinen Bonitätsgesichtspunkten dann bestimmte Vorstellungen über die kreditpolitische Dringlichkeit der Kredite zugrunde." ³⁾

1) Zitiert nach Oswald Hahn, Das Instrumentarium ..., Heft III, S. 270 ff.

2) Ebenda, S. 285.

3) Gleske, L., Notenbankpolitik, a.a.O., S. 1287.

Tabelle 37: Die Entwicklung des Diskontgeschäftes der Geschäftsbanken in den untersuchten Ländern in Mrd. WE

Jahres- ende	Süd-Korea		Gesamte Kredit- Geschäfte	Wechsel- Anteil des Wechsel- am Kredit- geschäft	Gesamte Kredit- Geschäfte	Philippinen		Akzep- Ex- port- wech- sel	Gesam- te Kre- ditge- schäfte	Taiwan Wechsel- geschäft	Anteil der Wech- selgesch. am Kredit- geschäft in %		
	Gesamte Kredit- Geschäfte	in %				Diskont- geschäft	%						
1950									0,63	0,04	6,3		
1960	32,0	0,47	2,8			1,6	55,4	0,12	0,51	0,24	9,42	0,50	5,3
1961	43,2	2,86	4,1	1,5		2,2	52,8	0,21	0,83	0,44	12,86	0,54	4,2
1962	49,1	2,89	4,9	6,7		2,9	59,0	0,27	0,91	0,18	16,32	1,55	9,5
1963	53,1	2,93	6,8	5,9		4,1	59,6	0,42	1,22	0,23	17,45	1,18	6,8
1964	72,1	2,83	7,3	5,5		4,5	61,3	0,37	1,36	0,23	21,51	1,00	4,6
1965	102,1	1,38	7,8	3,9		5,1	63,9	0,37	1,40	0,14	26,97	1,14	4,2
1966	177,0	0,94	8,2	1,3		5,5	66,9	0,40	1,25	0,11	31,85	1,22	3,8
1967	306,9	4,76	9,8	0,5		6,9	71,0	0,42	1,38	0,12	39,67	1,21	3,1
1968	529,5	7,88	15,3	1,6		8,1	54,1	0,57	2,6	2,9	49,89	1,41	2,8
1969	706,8	37,80	16,4	1,5		8,7	53,7	0,85	3,0	2,8	61,52	2,56	4,1
1970			21,4	5,3		10,3	48,1	1,1	3,7	5,1	73,54	2,78	3,8

Quellen: Statistical Bulletin, Central Bank of the Philippines, Vol. XXI, No. 4, Dec. 1969;
 Taiwan Financial Statistics Monthly, August 1971; Economic Statistics Yearbook, 1971,
 Süd-Korea.

Während in Süd-Korea und den Philippinen die Regulierung der Bedingungen - in bezug auf Kreditsicherheit - den Zentralbanken überlassen wurde, haben die Gesetzgeber in Indonesien und Taiwan eine Mindestvorschrift für Unterschriften der Verpflichteten (zwei) vorgesehen. Ferner erlaubt das Zentralbankgesetz von Taiwan eine Herabsetzung der Zahl der Unterschriften auf eine, wenn folgende Kondition vorliegt: "... the endorsement of one reliable firm will be sufficient in cases where any such credit instrument is secured by any bill of lading, dock warrant, or warehouse receipt for goods with a total value exceeding the amount of the instrument by 25 % or more" (Art. 28,5). Die ausgestellten Produktions-, Landwirtschafts-, Vieh- und Mineralwechsel auf den Philippinen müssen durch die jeweiligen Produkte gedeckt sein (Sec. 87,6).

ii. Die Einflußnahme auf den Verwendungszweck

Zum Zwecke der Entwicklung und Durchführung bestimmter Projekte sind in allen diesen Ländern die Anforderungen nach dem Verwendungszweck geregelt. Alle Zentralbanken dürfen neben Handelswechseln auch Produktions-, Landwirtschafts-, Verkehrs-, Bergbau- und Lagerwechsel diskontieren bzw. rediskontieren, solange diese nicht spekulativen Zwecken dienen. Diese Regelung wurde nicht nur getroffen, um die potentiellen monetären Mengen zu beeinflussen, sondern sie dient auch der Förderung des Wechselgeschäfts.

iii. Die Regulierung der Laufzeit

Die Vorschriften sind von Land zu Land verschieden. Während in Indonesien die Laufzeit des Wechsels nicht genau festgesetzt ist (es wird nach Handelsgebräuchen verfahren)¹⁾, schwanken die Restlaufzeiten des Wechsels in Süd-Korea, auf den Philippinen und Taiwan zwischen 180 Tagen und einem Jahr. Ferner ist die Restlaufzeit von Produktions-, Verkehrs-, Bergbau-, Landwirtschafts- und Fischereiwechseln länger als bei Handelswechseln.

1) "Drafts and payable orders for which two or more persons are jointly liable, and with a validity not exceeding the period customary in trade."

In Süd-Korea darf die Restlaufzeit (vom Tag des Ankaufs durch die Zentralbank) der ersten Kategorie nicht über ein Jahr betragen. Die Restlaufzeit von Export-, Import- und Lagerwechseln ist auf sechs Monate (vom Tag des Ankaufs durch die Zentralbank) beschränkt (Art. 69,1).

Die Restlaufzeit des Handelswechsels auf den Philippinen soll 180 Tage nach der Diskontierung bzw. Rediskontierung seitens der Zentralbank nicht überschreiten. Die Restlaufzeit für Produktions-, Landwirtschafts-, Viehzucht- und Mineralwechsel ist auf 270 Tage begrenzt (Sec. 87,a,b). In Taiwan darf die Restlaufzeit aller Wechselarten nicht mehr als sechs Monate betragen (Art. 28,5).

c. Qualitätsvariierung als Mittel funktioneller Diskontpolitik

In der funktionellen qualitativen Diskontpolitik werden die Anforderungen und Mindestnormen an diskontfähigen Wechseln nicht vom Gesetzgeber, sondern von der Zentralbank in dem vom Zentralbankgesetz fixierten Rahmen laufend bestimmt. Inwieweit die Währungsbanken in diesen Ländern von der funktionellen Diskontpolitik Gebrauch machen, läßt sich den jeweiligen Wirtschaftsberichten nicht entnehmen.

2. Die Diskontsatzpolitik ist das klassische Notenbankinstrument, mit dessen Variierung die Währungsbank die potentiellen monetären Mengen der Wirtschaft zu beeinflussen versucht. Ihre Wirksamkeit hängt von der herrschenden wirtschaftlichen Lage, der Funktionsfähigkeit des Geldmarktes, der Zinsempfindlichkeit der Wirtschaftssubjekte und dem Zusammenwirken mit anderen Maßnahmen der Zentralbank ab. ¹⁾

"Wirkungsmäßig ist (der Diskontsatz) ein Richtmaß, um am Geldmarkt ein Zinsniveau herzustellen, wobei die Währungsbank alle Instrumente in sinnvoller Kombination zugleich anwendet." ²⁾ Der Diskontsatzpolitik der Währungsbank

1) Hahn, Oswald, Die Auswirkungen der Diskonterhöhung auf die Rentabilität der Universalbanken, in: Sparkasse, Heft I, Januar 1967, S. 1.

2) Velt, Otto, Grundriß, a.a.O., S. 333.

wird eine zweifache Wirkung zugeschrieben: Einmal die Gestaltung der von Geschäftsbanken geforderten und gewährten Zinssätze, zum anderen ein "psychologischer Sondereffekt." ¹⁾ oder eine "Signalwirkung".

2. Die Diskontsatzpolitik

a. Die Formen der Diskontsatzpolitik

i. Institutionisierende und funktionelle Diskontsatzpolitik

In allen vier Ländern ist dem Währungsrat die Festsetzung und Änderung des Diskontsatzes übertragen worden. Der Währungsrat nimmt also im Rahmen des Zentralbankgesetzes die funktionelle Diskontsatzpolitik vor. Weder fällt in diesen Ländern die Diskontsatzänderung in den Zuständigkeitsbereich des Gesetzgebers - also stellt keine institutionisierende Diskontsatzpolitik dar - noch ist vom Gesetzgeber ein Höchst- oder Mindestsatz vorgeschrieben. Die Tabelle 38 zeigt die Häufigkeit der Diskontsatzänderung in diesen Ländern.

Tabelle 38: Diskontsatzänderung als Mittel der Zentralbankpolitik in der Zeit vom 1.1.1954 bis 31.12.1969 in den untersuchten Ländern				
Jahr	Indonesien	Süd-Korea	Philippinen	Taiwan (ab 1961)
1954	1	1	-	.
1957	-	-	2	.
1959	-	1	1	.
1960	-	1	3	1
1961	-	-	1	2
1962	-	-	1	1
1963	-	-	-	-
1964	-	1	-	1
1965	-	2	-	-
1966	-	-	1	1
1967	-	-	1	1
1968	-	-	1	1
1969	-	2	1	1
Zahl der Änderungen	1	8	12	9

Quelle: Zusammengestellt aus den jeweiligen Geschäftsberichten der Zentralbank

1) Schmolders, Günter, Geldpolitik, a.a.O., S. 247 und Veit, Otto, Grundriß, a.a.O., S. 333.

ii. Konstatierende und gestaltende Diskontsatzpolitik

" 'Konstatierend' ist eine Diskontsatzänderung zunächst dann, wenn die Zentralbank ihren Diskontsatz den Geldmarktsätzen anpassen will ... Darüber hinaus sehen wir eine Diskontsatzänderung auch in dem Fall als 'konstatierend' an, wenn sie als Reaktion auf die Diskontsatzänderung ausländischer Notenbanken erfolgt, um das bisherige 'Gleichgewicht' wieder herzustellen." ¹⁾ "(Geht) ... die Diskontpolitik der Zentralbank dagegen selbständig vor, (eilt) ... sie also der Marktzinsentwicklung voraus oder (ist) ... sie gegenläufig, so (spricht) ... man von einer 'Gestaltung' des Marktes, einer initiativen Setzung." ²⁾

Eine "konstatierende" Diskontsatzpolitik fehlt in allen vier Ländern aus folgenden Gründen:

1. Wegen der mangelnden Funktionsfähigkeit des Geldmarktes kommt eine Anpassung der Diskontsatzänderung an den Geldmarktsatz nicht in Betracht. Der Zinssatz am Geldmarkt wird nicht durch Angebot und Nachfrage bestimmt, sondern vielmehr wird der Höchst- und Mindestsatz von der Zentralbank je nach Währungs- und wirtschaftlicher Lage festgesetzt. Oft liegt der Diskontsatz über oder unter dem Geldmarktsatz. Es besteht oft auch kein Zusammenhang zwischen der Diskontsatzänderung und dem Zinssatz der Geldmarktpapiere.

2. Da die Währungen in diesen Ländern zum großen Teil unkonvertibel sind, kann man Diskontsatzänderungen nicht als Reaktion auf Zinssatzänderungen im Ausland begründen. So ist die Diskontsatzpolitik wegen der herrschenden Devisenbewirtschaftung nicht an der Zahlungsbilanzorientiert.

-
- 1) Hahn, Oswald, Instrumentarium ..., Heft III, S. 304.
Rittershausen, Heinrich, Die Zentralnotenbank, a.a.O., S. 47; Veit, Otto, Grundriß, a.a.O., S. 407 ff.;
Somary, Felix, Die Bankpolitik, a.a.O., S. 96 ff.;
Schmölders, Günter, Geldpolitik, a.a.O., S. 248 f.
- 2) Rittershausen, Heinrich, Die Zentralnotenbank, a.a.O., S. 67; Otto Veit spricht in diesem Zusammenhang von "Lenkungspolitik" und Hanns Linhardt von "regulierenden" Maßnahmen. Vgl. Linhardt, Hanns, Kritik ..., a.a.O., S. 80.

Aus den beiden genannten Gründen hat die Diskontsatzänderung in den betreffenden Staaten durchweg gestaltenden Charakter. Die Diskontsatzpolitik ist dabei auf die Unterstützung der Wirtschaftspolitik (Vollbeschäftigung und wirtschaftliches Wachstum) ausgerichtet, hat also "exogenen" Charakter.

Tabelle 39: Basis-Diskontsatzänderung in verschiedenen Jahren in den untersuchten Ländern in %			
Jahr	Süd-Korea	Philippinen	Taiwan
1960	10,22	6	-
7.6.60	-	6	-
1.7.61	10,22	5,5	14,40
1.1.62	-	6,0	12,96
3.7.62	10,22	-	-
8.8.62	-	-	12,96
1.7.63	-	-	11,52
16.3.64	10,50 und	-	-
	11,50	-	-
16.11.65	21,00	-	-
1.12.65	28,00	-	-
21.6.66	-	4,75	-
6.5.67	-	-	10,80
17.2.68	-	7,50	-
1.3.68	21,00	-	-
12.6.68	-	-	11,88
1.10.68	23,00	-	-
10.3.69	-	-	10,80
16.4.69	-	8,00	-
1.6.69	22,00	10,00	-
1.4.70	21,00	-	-
3.12.70	19,00	-	-
12.12.70	-	-	9,80
29.5.71	-	-	9,25
18.6.71	21,00	-	-

Quellen: Geschäftsberichte der Zentralbanken

Obwohl die Diskontsatzänderung in diesen Ländern "autonom" gestaltet wird, kann man fallweise auch einen Zusammenhang - wie auf den Philippinen - zwischen Sollzins der Handelsbanken und Diskontsatz feststellen: "... the Central Bank on May 26, 1964, lifted the requirement of a spread of 3 per cent between the interest charged by commercial banks and the preferential rediscount rate charged by the Central Bank which had been in effect since August 1962." 1)

1) 16th Annual Report 1964, S. 10.

iii. Die Politik der gestaffelten Diskontsätze

Im allgemeinen arbeiten die Zentralbanken in diesen Ländern im Kreditgeschäft mit vier verschiedenen Zinssätzen:

1. Dem Diskontsatz; zu diesem Satz diskontieren bzw. re-diskontieren sie die ihr von Banken eingereichten Papiere.
2. Dem Lombardsatz; er ist für kurzfristige Darlehen vorgesehen.
3. Dem Zinssatz für die Staatspapiere.
4. Dem Zinssatz für Kredite in "Notfällen" (Emergency Loans, Advances oder Special Assistance), die den Geschäftsbanken im Falle von Liquiditätsschwierigkeiten gewährt werden.

Eine weitere Diskontsatzdifferenzierung erfolgt nach Wirtschaftszweigen, insbesondere in Süd-Korea und auf den Philippinen. Die Wechsel aus Landwirtschaft, Export und anderen Entwicklungsvorhaben werden zu einem niedrigen Satz diskontiert.¹⁾ Bedeutsam sind drei Variationen in diesen Ländern.²⁾

(1) Diskontsatzdifferenzierung nach privaten und nach öffentlichen Titeln

Die Bevorzugung der Staatstitel - hauptsächlich in Form von Staatsobligationen - durch einen verbilligten Diskontsatz liegt sowohl in Süd-Korea als auch auf den Philippinen vor.³⁾ Das Geschäft mit Staatstiteln möchten wir allerdings mit Oswald Hahn zum Handelsgeschäft der Zentralbank rechnen⁴⁾.

1) Veit, Otto, Grundriß, a.a.O., S. 336 ff.

2) Über die ausführliche Variation der Diskontsatzdifferenzierung siehe unter anderem Hahn, Oswald, Das Instrumentarium..., Heft III, S. 315 b ff.

3) Castro, A.A., Central Banking in the Philippines, a.a.O., S. 174 f.

3) Hahn, Oswald, Instrumentarium ..., Heft III, S. 315 b.

(2) Diskontsatzdifferenzierung nach In- und Auslandsgeschäft

Im allgemeinen wird eine Differenzierung des Zinsfußes nach In- und Auslandswechseln im Zusammenhang mit der Beeinflussung der Zahlungsbilanz und damit zum Abfluß und Zufluß der Devisen begründet. Zugleich ist eine solche Differenzierung in diesen Ländern auch auf die Exportförderung und Importdrosselung zurückzuführen.

(3) Diskontsatzdifferenzierung nach Wirtschaftszweigen

In allen vier Ländern kann man eine solche Differenzierung feststellen. Da in diesem Fall bewußt einige Wirtschaftszweige zugunsten anderer Wirtschaftszweige diskriminiert werden, "liegen dieser Diskontsatzspaltung ausschließlich 'dirigistische' Motive im Sinne einer Wirtschaftslenkung zugrunde." ¹⁾ So wurde im Jahre 1969 auf den Philippinen der "Basis-Diskontsatz" von 7,5 auf 8 % bzw. auf 10 % heraufgesetzt, während der Diskontsatz für Reis- und Getreidefinanzierung sowie Exportfinanzierung 6 % bzw. 7 3/4 % betrug ²⁾ (vor Juni 1969 waren die beiden letzten Sätze 4 % bzw. 5 3/4 %, vgl. Tabelle 40). In Süd-Korea gibt es Vorzugssätze für den Warenlombard (vgl. Tabelle 41).

(4) Differenzierung nach Einreichern

Eine derartige Differenzierung liegt auf den Philippinen vor. Dabei werden häufig die "Rural Banks" begünstigt.

Tabelle 40: Diskontsatzdifferenzierung nach Wirtschaftszweigen auf den Philippinen			
Wirksam von	Diskontsatz für Handelswechsel	Vorzugssätze für	
		Produktions-, Import- u. landwirtschaftliche Wechsel	Export
7. 6.60	6	4 1/5-5	-
4. 9.60	5,75	-	-
1. 1.62	6	3	-
21. 1.66	4,75	3	-
1. 6.67	6	3	4,45
27. 2.68	7,50	4	5,75
16. 4.69	8	4	5,75
1. 6.69	10	6	7,75

Quelle: Zusammengestellt aus den Wirtschaftsberichten

- 1) Hahn, Oswald, Instrumentarium ..., Heft III, S. 317.
 2) 21st Annual Report 1969, S. 8.

Tabelle 41: Der Zinssatz der Bank of Korea von 1952 bis 1971

Wirksam von	Diskontsatz f. Handelswechsel	Lombardsatz f. Handelswechsel	Vorzugsätze f. Finanzierung v. militärischen Gütern	Vorzugsätze f. Projekte der Landwirtschaft u. Fischerei-Industrie	Kredit zur Exportvorbereitung von Erzeugnissen der Landwirtschaft	Einfuhrkredite	Lagerung von Reis	Ausfuhrkredite	Staatskredite
31. 1. 52	5,84		-	-			-	12,78	2
1. 4. 52	6,57		-	-			-	12,78	2
3. 6. 54	6,57		6,57	-			-	12,78	2
4. 8. 55	6,57		6,57	-			-	6,57	2
1. 5. 56	6,57		6,57	5,48			-	6,57	2
29.10. 57	6,57		6,57	5,48			3,65	6,57	2
5.11. 59	7,30		7,30	5,48			3,65	7,30	2
16. 6. 60	10,22		10,22	5,48			3,65	10,22	2
4.10. 60	10,22		10,22	5,48			2,56	10,22	2
1.12. 60	10,22		10,22	5,48			2,56	10,22	2
11.16. 61	10,22		10,22	5,48			3,65	10,22	2
29.11. 61	10,22		10,22	4,38			3,65	10,22	2
3. 7. 62	10,22		10,22	4,38			3,65	8,40	2
1.12. 62	10,22		10,22	4,38			3,65	5,48	2
17. 5. 63	10,22		10,22	4,38			3,65	4,38	2
16. 3. 64	10,50		10,50	5,50			4,00	4,50	2
8. 6. 64	10-11	50	9,50	5,50			4,00	3,50	2
16.11. 65	21,00	28	23,0	8,0	-	-	4,00	3,50	2
1.12. 65	28,0	28	28,0	8,0	-	-	4,00	3,50	2
1. 3. 68	21,0	28	26,0	8,0	-	5,0	4,00	3,50	2
1.10. 68	23,0	28	25,0	8,0	-	5,0	4,00	3,50	2
1. 6. 69	22,0	26	24,0	8,0	5,0	5,0	4,00	3,50	2
4. 9. 69	21,0	24	24,0	8,0	5,0	3,5	4,00	3,50	2
18. 6. 70	21,0	24	24,0	8,0	3,5	3,5	4,00	3,50	2
3.12. 70	19,0	23	24,0	8,0	3,5	3,5	4,00	3,50	2

Quelle: Economic Statistics Yearbook 1967 und 1971.

b. Die Wirkung von Diskontsatzänderungen in den untersuchten Ländern

Hier ist die Frage zu beantworten, ob eine Diskontsatzänderung in den untersuchten Ländern die erwarteten Wirkungen haben kann. Es ist dabei dreierlei zu fragen: (1) Kann der Diskontsatz in diesen Ländern als "Leitzins" auftreten und durch seine Variation eine Änderung des "Kapitalpreises" erreichen ¹⁾, (2) kann die Diskontsatzänderung überhaupt das allgemeine Preisniveau be-

1) Hahn, Oswald, Instrumentarium ..., Heft III, S. 323.

einflussen und (3) kann die Diskontsatzänderung zur zwischenstaatlichen Kapital- und Warenbewegung beitragen. Da der Diskontsatzpolitik die Prämissen (konstatierender Charakter und Konvertibilität der Währung) in diesen Ländern weitgehend fehlen, wird die Wirkung der Diskontsatzänderung wie in fast allen Entwicklungsländern in Frage gestellt. Ferner verursacht die defizitäre Haushaltspolitik ¹⁾ sowie das permanente Zahlungsbilanzdefizit einen Geldüberhang und eine inflationäre Entwicklung, die ihrerseits die Wirksamkeit des Diskontsatzes in diesen Ländern nahezu neutralisieren, wenn nicht sogar umkehren kann. So zeigt eine Diskontsatzänderung allein in den betreffenden Ländern weder Auswirkungen auf das Kreditvolumen noch auf den Kapitalimport. Wenn eine Diskontsaterhöhung in diesen Staaten überhaupt zum Rückgang der Investitionen und der Beschäftigung beitragen würde, hätte sie aus der Sicht der Regierung unerwünschte Folgen, da alle Entwicklungsländer viel Gewicht auf wirtschaftliches Wachstum und Vollbeschäftigung legen. Umgekehrt ist auch von einer Diskontsatzsenkung allein kaum eine große Wirkung zu erwarten.

i. Die binnenwirtschaftliche Wirkung einer Diskontsatzänderung

Hier wird versucht, im Zusammenhang mit der Diskontsatzänderung die folgenden Fragen zu beantworten: (1) Warum führt die Diskontsatzänderung nicht zur Änderung des Kapitalpreises? (2) Weshalb sind Kapitalnachfrager und Kapitalanbieter nicht oder weniger zinsempfindlich? (3) Wie reagieren die Besitzer von Warenlagern und Effekten auf die Diskontsatzänderung? ²⁾

1) Besters, H., Theorien zur wirtschaftlichen Entwicklung, Sp. 290 ff. und Kraus, Wilhelm, Entwicklung der Wirtschaft, Sp. 502 ff. und Ghaussy, A.G., Kapitalbildung, Sp. 1285 ff., in: Entwicklungspolitik, a.a.O.

2) Zu den von der klassischen Theorie ausgehenden Hauptprämissen, nämlich "Die Diskontsatzänderung muß zu einer Änderung der Kapitalpreise führen; Kapitalanbieter wie auch Nachfrager sind zinsempfindlich, und die Besitzer von Warenlagern und Effekten sind preis- bzw. kursempfindlich", siehe Hahn, Oswald, Instrumentarium ..., Heft III, S. 332 ff. und von ihm folgende abgehandelte Werke: Auswirkung einer Diskontsaterhöhung auf die Unternehmer-Entscheidungen, in: Der Betrieb, 1960, Nr. 44; Die Auswirkung einer Diskontsaterhöhung auf die Rentabilität der Universalbanken, in: Sparkasse, 1967, Nr. 1 -2; Die Zinsempfindlichkeit der Kreditnehmer, in: Österreichisches Bank-Archiv 1967, Nr.X u.XI.

Da in keinem dieser Länder die Zentralbanken mit den privaten Betriebswirtschaften Direktgeschäfte treiben, müßten eigentlich die Geschäftsbanken die ersten sein, die von der Diskontsatzänderung betroffen werden und die dadurch veranlaßt werden, das ihnen in Aussicht gestellte Kreditvolumen zu reduzieren bzw. zu erweitern. Sie werden deshalb stärker als andere Wirtschaftssubjekte durch eine Zinsänderung betroffen, weil bei ihnen "auf der Ertragsseite und auf der Aufwandseite ... fast nur Posten zu finden (sind), die mit dem Zins in Berührung stehen." ¹⁾ Die Verhaltensänderung der Geschäftsbanken durch Änderung des Diskontsatzes hängt von folgenden Faktoren ab: (1) Von der Rentabilität der Banken ²⁾, von der Abhängigkeit der Geschäftsbanken von der Zentralbank, (3) von den Substitutionsmöglichkeiten und (4) von den Möglichkeiten der Beeinflussung des Geldschöpfungspotentials der Geschäftsbanken durch die Zentralbank.

1. "Die Kreditnachfrage ist innerhalb weiter Bereiche ziemlich starr: Das bedeutet also, daß viele potentielle Kreditnehmer in ihrem Verhalten von der Zinshöhe nicht beeinflußt werden. Die Zinsempfindlichkeit nimmt zu mit zunehmender Kapitalintensität und abnehmender Kapitalumschlagsdauer der betreffenden Betriebswirtschaften und mit zunehmender 'Ausreifungsdauer' des zu finanzierenden Objekts." ³⁾ Es ist möglich, daß die Diskontsatzänderung die Rentabilität der Geschäftsbanken in diesen Ländern schmälert bzw. zum Teil vergrößert. Jedoch kann von einer radikalen Änderung der Rentabilität der Geschäftsbanken keine Rede sein. Da in diesen Ländern die Zentralbankgesetze die Währungsbanken ermächtigt haben, die Höchst- und Mindestzinssätze - sowohl für das Einlagengeschäft als auch für das Aktivgeschäft - der Geschäftsbanken zu bestimmen, besteht aus Wettbewerbsgründen keine Gefahr

1) Veit, Otto, Grundriß, a.a.O., S. 341 .

2) Hahn, Oswald, Auswirkung einer Diskontsatzerhöhung auf die Rentabilität, a.a.O., S. 1.

3) Ebenda.

für diese Banken. Der Satz für Haben- und Sollzinsen wird von der Zentralbank festgesetzt und eine Möglichkeit der Abwälzung der Zinskosten oder Ermäßigung der Habenzinsen ist für die Banken in diesem Fall nicht gegeben.¹⁾ Man kann also feststellen, daß die Nachfrage der Geschäftsbanken nach Kreditaufnahme im Gefolge von Diskontsatzänderungen der Zentralbank unelastisch ist und dadurch die Wirkung der Diskontsatzänderung neutralisiert wird.

2. Der Grad der Abhängigkeit der Geschäftsbanken von der Zentralbank kann durch den Bestand an potentiellen monetären Mengen und die Möglichkeit der Refinanzierung bei der Zentralbank gemessen werden. Das Wechselgeschäft der Geschäftsbanken ist wegen des relativ geringen Anfalls an Handelswechseln gering.²⁾ Unter diesem Aspekt ist die Abhängigkeit der Geschäftsbanken auch geringer. Da alle vier Zentralbanken neben der diskontsatzpolitischen auch quantitativ und qualitativ diskontpolitische Instrumente einsetzen, ist von vornherein das Refinanzierungspotential der Kreditbanken begrenzt. Diese Tatsache führt zur Zinsunempfindlichkeit dieser Banken. Solange also eine Änderung der quantitativen und qualitativen Diskontpolitik nicht vorgenommen wird, kann die Diskontsatzänderung bei der Refinanzierung nur eine untergeordnete Rolle spielen.

3. Der dritte Faktor, nämlich die Beeinflussung der Geldschöpfungsmöglichkeit der Geschäftsbanken durch die Diskontsatzänderung³⁾ steht mit dem zweiten und ersten Punkt in engem Zusammenhang. Mit zunehmender Abhängigkeit der Geschäftsbanken von der Zentralbank sinkt die Geldschöpfungsmöglichkeit dieser Geldinstitute, wenn der Diskontsatz angehoben wird und umgekehrt. Bei einer Diskontsatzänderung ändert sich in der Praxis der vier Länder das Geldschöpfungspotential der Kreditbanken nur geringfügig angesichts geringen Umfanges des Diskontgeschäftes.

1) Song, C.J., Die Neugestaltung des koreanischen Bankwesens, a.a.O., S. 59 und Kim. B.K., Central Banking in Korea, a.a.O., S. 97.

2) S. Tabelle 36.

3) Kim. B.K., Central Banking in Korea, a.a.O., S. 94.

4. Das Verhalten der Geschäftsbanken gegenüber Diskontsatzänderungen hängt schließlich auch von den Möglichkeiten ab, inwieweit diese Banken ihren Refinanzierungsbedarf anderweitig decken können.¹⁾ Die Kreditaufnahmemöglichkeit auf ausländischen Geldmärkten ist - wegen der fehlenden Kreditwürdigkeit und der unkonvertiblen Währung - für die Banken dieser Länder gering. Allerdings können sie Kredite auf organisierten und unorganisierten inländischen Märkten, beim Staat und sogar von der Zentralbank (Emergency Credit) beschaffen. Besonders problematisch ist die Geldbeschaffung auf den nicht organisierten Märkten, die in Entwicklungsländern in starkem Umfang durch persönliche Beziehungen geprägt ist und die für Banken und Wirtschaft eine relativ hohe Unabhängigkeit gegenüber der Zentralbank bedeutet.

In Indonesien, Süd-Korea und auf den Philippinen gewährt oft der Staat den Geschäftsbanken - insbesondere den Spezialbanken - Kredit, damit sie zur Finanzierung von Entwicklungsprojekten beitragen. Auch stellt die Zentralbank den Geschäftsbanken beim Auftreten von Liquiditätsschwierigkeiten Mittel (Emergency Credit) zur Verfügung. Dies ist sogar in Indonesien, Süd-Korea und auf den Philippinen gesetzlich verankert worden.

Eine genaue Aussage über Verhaltensänderungen der privaten Haushalte ist für diese Länder schwer. Aber es läßt sich vermuten, daß das Verhalten dieser Kategorie gegenüber Kreditzinssatzänderungen durch andere Faktoren beeinflusst wird. So kommen sie entweder wegen mangelnder Sicherheit als Kreditnehmer kaum in Betracht, oder die Kreditgewährung für Konsumzwecke wird von vornherein durch zentralbankpolitische Maßnahmen beschränkt (vgl. S. 121 ff.).

Die Habenzinspolitik der Zentralbank richtet sich oft auf die Abwanderung der Einlagen vom unorganisierten Geldmarkt zum organisierten Geld- und Kapitalmarkt. Aller-

1) Dürr, Ernst, Geldpolitik II, zur Stabilisierung wenig geeignet, in: Wirtschaftswoche, Der Volkswirt, Heft 53, 24. Dezember 1971, S. 33 ff.

dings wird die Verhaltensänderung der privaten Haushalte nicht nur allein durch die Zinsvariierung der Zentralbanken beeinflusst. Einlagenverhalten und Konsumverzicht von privaten Haushalten hängen auch von anderen Faktoren ab ¹⁾ wie Sparmentalität, Einkommenverhältnissen, Vertrauen zur wirtschaftlichen und politischen Stabilität - insbesondere Stabilität des Geldwertes - und schließlich Vorliebe für Sachvermögen - wie Schmuck, Grundstücke und Häuser. Nur eine radikale Zinsänderung kann zum Teil das Verhalten der privaten Haushalte beeinflussen. So ist z.B. durch eine Erhöhung und Verbesserung der Einlagenzinsen in Süd-Korea 1965, in Taiwan 1949, in Indonesien 1968 das Einlagenvolumen der Privaten erheblich gestiegen. Tabelle 42 zeigt die Entwicklung der privaten Einlagen bei den Geschäftsbanken in den vier Ländern.

Tabelle 42: Die Entwicklung des Einlagenvolumens der Privaten bei den Geschäftsbanken der untersuchten Länder in Mrd. WE						
Länder	Sichteinlagen			Termin-u. Spareinlagen		
	1960	1965	1970	1960	1965	1970
Indonesien	0,69	78,95		-	0,08	79,40
Korea	10,62	44,09	205,58	5,02	35,48	569,18
Philippinen	0,78	1,55	2,46	1,04	2,49	5,26
Taiwan	3,30	9,02	18,55	3,75	15,38	45,61

Quellen: Indonesien Financial Statistics, Monthly Bulletin, Juli 1971; Economic Statistics Yearbook 1971; Wirtschaftsberichte der philippinischen Zentralbank, Taiwan, Financial Statistics Monthly, August 1971.

Im allgemeinen kann "im Fall einer Diskontsatzserhöhung ... ein Anstieg der inländischen Bankzinsen die Bankkunden zu einer Änderung der Finanzierungsart veranlassen." ²⁾ oder sie führt zum Rückgang der Kreditnachfrage bei Unternehmen. Ob eine solche Aussage für das Unternehmerverhalten in diesen Ländern gilt, ist schwer zu sagen, da die Möglichkeit einer Abwanderung der Unternehmer zu anderen Finanzierungs-

1) Veit, Otto, Grundriß, a.a.O., S. 344.

2) Hahn, Oswald, Instrumentarium ..., Heft III, S. 344.

arten zum großen Teil kaum gegeben ist, und zwar aus folgenden Gründen: (1) Da sich alle diese Länder - außer Taiwan, der sich in der "Take Off"-Ebene befindet ¹⁾ - im Stadium der wirtschaftlichen Entwicklung befinden und zur Weiterentwicklung ihrer Wirtschaft an Kapitalmangel leiden, ist wegen dieser Kapitalknappheit eine Ersetzung des Bankkredits sehr schwer. Als andere Finanzierungsart kommt in diesen Ländern besonders der unorganisierte Geldmarkt in Frage, wobei der Zinssatz dort noch höher liegt.

Daraus wird ersichtlich, daß Diskontsatzserhöhungen in Entwicklungsländern ziemlich unergiebig sind: der Diskontsatz liegt stets wesentlich unter dem Zinssatz des Basars. Den Mut zu einer "Kampfaufnahme" mit diesen Sätzen hat bisher eigentlich nur die Bank von Korea bewiesen. Diese Haltung stellt aber nicht nur in den Entwicklungsländern, sondern auch international unter Einschluß der Industrieländer eine Ausnahme dar.

(2) Bei der Berechnung der Zinskosten wird auch die Gewinnlage berücksichtigt. "Die Verteuerung der Kreditkosten oder die Schwierigkeiten der Kreditbeschaffung nimmt ... (die Betriebswirtschaft) als geringen Preis der zu erwartenden Gewinne in Kauf." ²⁾ Wegen des herrschenden inflationären Zustands und des Preisanstiegs sind die Unternehmungen in der Lage, die durch Zinserhöhung gestiegenen Kosten auf die Preise abzuwälzen und dadurch eine Schmälerung ihrer Gewinnmarge zu vermeiden. Ferner sind infolge der herrschenden Inflation die Gewinne aus Spekulationen - insbesondere im Handelsbereich - sehr hoch.

Die vorstehenden Ausführungen haben gezeigt, daß die Zinsempfindlichkeit der Unternehmen ziemlich starr ist. Aus diesem Grund sind die Zentralbanken unserer vier Länder nicht im Stande, allein mit Hilfe der Diskontsatzänderung

1) Striegel, Werner, Taiwan, Ein interessanter Standort für Investoren, Berlin-München 1968.

2) Veit, Otto, Grundriß, a.a.O., S. 343.

auf die Liquidität der Betriebswirtschaften einzuwirken. ¹⁾ Auch die Diskontsatzsenkung allein ist zur Bekämpfung der Deflation nicht geeignet. "Der Zinssatz allein ist ein zu schwaches Mittel, um die pessimistische Zukunftsbeurteilung zu verbessern." ²⁾ Die Wirksamkeit der Diskontsatzänderung ist nur kombiniert mit der qualitativen und der quantitativen Diskontpolitik sowie anderen zentralbankpolitischen Maßnahmen - die in diesen Ländern von Zentralbanken getroffen werden - zu sehen. Diese Feststellungen gelten für Industrieländer, in verstärktem Maße aber auch für Entwicklungsländer.

ii. Außenwirtschaftliche Wirkung einer Diskontsatzänderung in den untersuchten Ländern

Theoretisch wirkt eine Diskontsatzänderung auf die zwischenstaatlichen Wirtschaftsbeziehungen. "Es zeigen sich Folgen sowohl für den Außenhandel als auch für den zwischenstaatlichen Kapitalverkehr." ³⁾

Die Bedingungen für die Auswirkung einer Diskontsatzänderung auf die Außenwirtschaft sind vor allem:

1. Keinerlei qualitative und quantitative Beschränkungen ⁴⁾, keine Behinderung des Kapital- und Warenverkehrs durch Abgaben, keine Devisenbewirtschaftung und Vorhandensein der Konvertibilität der Währung;
2. Vorhandensein eines Preisgefälles zwischen In- und Ausland, da ein Warenpreisgefälle Warenbewegungen und ein Zinsgefälle Kapitalbewegungen auslöst;
3. Eine zwischenstaatliche Mobilität im Warenverkehr.

Je vollständiger diese Voraussetzungen gegeben sind, umso erfolgreicher sind Diskontsatzänderungen.

1) Jaramillo, Rodrigo, Central Bank Discount Rates, in: Staff Paper, a.a.O., S. 105 ff.

2) Hahn, Oswald, Das Instrumentarium ..., Heft III, S. 349.

3) Ebenda, S. 328.

4) In Form von Verboten und Kontingentierung. Die Waren- und Kapitalein- und -ausfuhr nach und von kommunistischen Ländern ist in Süd-Korea und Taiwan verboten.

Die Auswirkung der Diskontsatzänderung auf die Außenwirtschaft und dadurch auf die Zahlungsbilanz ist in den untersuchten Ländern wegen des Fehlens einiger der genannten Voraussetzungen in Frage gestellt.

(1) Die Auswirkung der Diskontsatzänderung auf die Warenbewegung

Im allgemeinen begünstigt eine Diskontsatzserhöhung den Güterexport und benachteiligt den Warenimport. Umgekehrt benachteiligt eine Diskontsenkung den Güterexport und begünstigt den Güterimport. Dieser Mechanismus der Diskontsatzänderung fehlt in Entwicklungsländern noch mehr als in den Industriestaaten. Exportförderung und Importdrosselung werden durch staatliche Maßnahmen erreicht: So wird versucht, den Import der unnötigen Güter - z.B. Luxusgüter - durch Kontingentierung, Abgabenerhöhung, Kreditbeschränkung, Begrenzung der Devisenvergabe zu reduzieren.¹⁾ Umgekehrt stehen Maßnahmen der Exportförderung unabhängig von der jeweiligen "Richtung" der Währungspolitik: niedrige Zinssätze für Exportkredite und die Rediskontierung der Exportwechsel zu niedrigen Sätzen, Einführung der Exportversicherung und Subventionen.²⁾ Da die zu diskutierenden Länder angesichts der Notwendigkeit einer Entwicklung ihrer Wirtschaft noch stark importorientiert sind, hat eine Diskontsatzänderung auf den Warenimport kaum Wirkungen. Ebenso kann wegen der erhöhten Importquote die Diskontsatzserhöhung keine Aktivierung der Zahlungsbilanz auslösen. Entsprechendes gilt für Exportgüter.

(2) Die Auswirkung einer Diskontsatzänderung auf die Kapitalbewegung

Wie bei der Warenbewegung wirkt eine Diskontsatzänderung auf die zwischenstaatliche Kapitalbewegung durch die Auslösung eines Preisgefälles.³⁾ Eine Diskontsatzserhöhung begünstigt den Kapitalimport und benachteiligt den Kapitalexport dadurch, daß wegen des erhöhten Zinses Auslands-

1) 20th Annual Report Exchange Restriktion, a.a.O., S. 97 ff., 219 ff., 272 ff., S. 375 ff.

2) Ebenda, S. 4.

3) Saager, Günther, Die Diskontpolitik als Mittel zur Beseitigung von Zahlungsbilanzungleichgewichten, Diss. Freiburg/Schweiz, 1963, S. 83 ff.

gelder hereinfließen und wegen des niedrigen Zinsniveaus im Ausland der Kapitalexport zugunsten der Inlandsanlage unterbleibt. Eine Diskontsatzsenkung hat umgekehrte Folgen. Sie benachteiligt den Kapitalimport - wegen des niedrigen Zinsniveaus im Inland. Sie begünstigt dagegen den Kapitalexport angesichts des höheren ausländischen Zinssatzes. Auch dieser Mechanismus der Diskontsatzänderung bleibt in den untersuchten Ländern aus: Einmal fehlt die Konvertibilität der Währung. Vor allem die privaten Kapitalbewegungen unterliegen der staatlichen Kontrolle. Außerdem wirkt dem Zinsgefälle in diesen Ländern das Risikogefälle entgegen.

Maßnahmen zur entsprechenden Verbesserung der Zahlungsbilanz auf dieser Ebene müßten vor allem hier ansetzen. Nur sind damit die Zentralbanken überfordert. Es ist Sache der Regierung, durch entsprechende Maßnahmen (Garantie vor Verstaatlichung; Abbau von Diskriminierungen usw.) ein positives Risikogefälle zu konstruieren. Die Regierung der Republik China hat auf diesem Gebiet schon Versuche unternommen.

3. Die quantitative Diskontpolitik

a. Begriffsklärung

Unter quantitativer Diskontpolitik werden alle Maßnahmen der Währungsbank verstanden, die darauf gerichtet sind, durch die Festsetzung oder Änderung von Rediskont- oder Refinanzierungskontingenten ¹⁾ die Rediskontierungsmöglichkeiten der Geschäftsbanken bei der Zentralbank zu beeinflussen. Diese Begrenzung hindert die Geschäftsbanken daran, ihre gesamte potentielle Liquidität in aktuelle Liquidität zu verwandeln. Damit wird das Geldschöpfungspotential der Kreditinstitute quantitativ beschränkt - in ähnlicher Weise wie bei der administrativen Währungspolitik durch Mindestreserven.

1) Rittershausen, Heinrich, Die Zentralnotenbank, a.a.O., S. 91; Hahn, Oswald, Instrumentarium ..., Heft III, S. 373; Lipfert, Helmut, Einführung, a.a.O., S. 164; Graebner, Wolfgang, a.a.O., S. 45.

Mit der Kontingentierung der Rediskontvolumen erstrebt die Zentralbank zwei Ziele: einmal versucht sie damit, ihr Kreditrisiko gegenüber der einzelnen Bank zu begrenzen ¹⁾, zum anderen verwendet sie diese Mittel zur Steuerung der Währungspolitik. ²⁾

In den untersuchten Ländern machen nur die Zentralbanken von Süd-Korea und den Philippinen von diesem Mittel Gebrauch. Ob die indonesische Zentralbank zusammen mit behördlichen Maßnahmen Rediskontkontingente verwendet, ist ihrem Wirtschaftsbericht nicht zu entnehmen. Die Festsetzung des Rediskontplafonds in Taiwan ist fallweise durchgeführt worden, vor allem von der Bank of Taiwan, bis deren Funktionen der Zentralbank 1962 wieder auf die Central Bank of China übergingen.

b. Die Formen der quantitativen Diskontpolitik

i. Institutionierende und funktionelle Kontingentpolitik

Von einem institutionierenden Rediskontplafond wird dann gesprochen, wenn die Kontingentierung der Rediskontvolumen vom Gesetzgeber vorgenommen wird. Beim funktionellen Rediskontplafond nimmt die Zentralbank die Fixierung oder Variierung der Kontingentierung der Rediskontvolumen selber wahr. "Gegenstand der institutionierenden wie auch funktionellen Kontingentpolitik ist sowohl die Fixierung bzw. Variierung der Kontingente als auch gegebenenfalls die Kürzung der so errechneten Kontingente beim Vorliegen besonderer Finanzierungsquellen." ³⁾

In keinem dieser Länder ist ein Rediskontkontingent durch den Gesetzgeber angeordnet worden. So kann von einer institutionierenden qualitativen Diskontpolitik hier nicht gesprochen werden.

1) Gleske, L., Notenbankpolitik, a.a.O., S. 1288.

2) Hahn, Oswald, Instrumentarium ..., Heft II, S. 139 und Heft III, S. 372; Gleske, L., Notenbankpolitik, a.a.O., S. 1288.

3) Hahn, Oswald, Instrumentarium ..., Heft III, S. 380.

Die funktionelle Rediskontkontingentpolitik wurde in Süd-Korea im Jahre 1951 zum ersten Mal eingeführt. Die Zentralbank der Philippinen hat erstmals 1960 eine Rediskontquote für die Kreditinstitute festgesetzt.

ii. Die absolute und relative Rediskontkontingentpolitik

Die absoluten Kontingente liegen dann vor, wenn sie "entweder an als typisch angesehene Stichtage anknüpfen, deren Refinanzierungsvolumen die Ausgangsbasis für die Berechnung der festzustellenden Kontingente bildet, oder die auf Grund eines durchschnittlichen Refinanzierungsvolumens während einer bestimmten Periode berechnet wurden." ¹⁾ Von einem relativen Refinanzierungskontingent kann man dann sprechen, "wenn die Notenbank ihre Refinanzierungsbereitschaft von der Einhaltung bestimmter Bilanzrelationen abhängig macht..." ²⁾ Obwohl es keine Angaben über die Verwendung der beiden erwähnten Formen in Süd-Korea gibt, kann man jedoch vermuten, daß dort vom absoluten Kontingent Gebrauch gemacht wird.

Auf den Philippinen wird das relative Kontingent verwendet. Bezugsbasis ist das Eigenkapital ³⁾. Um die Möglichkeit einer Kreditausweitung bei der Kapitalerhöhung in solcher Form zu vermeiden, wurde das Eigenkapital nach einem Stichtag festgesetzt und dieser Stichtag von Fall zu Fall geändert. Als Beispiel dafür wird hier die Variesung des Kontingents im Jahr 1964 erwähnt. "In May 1964, the Central Bank changed the rediscount quotas of banks from one-half (1/2) the level of net worth as March 31, 1963 to one-half (1/2) the level of net worth March 31, 1964. New banks established after March 31, 1964 shall have rediscount quotas equal to one-half (1/2) of their initial capital paid-in." ⁴⁾

Die Überschreitung des eingeräumten Kontingentes war sowohl in Süd-Korea als auch auf den Philippinen möglich.

1) Gleske, L., Notenbankpolitik, a.a.O., S. 1288.

2) Ebenda, S. 1286.

3) 12th Annual Report 1960, S. 121.

4) 16th Annual Report 1964, S. 9.

Jedoch mußten die Geschäftsbanken in einem solchen Fall mit einem Strafzins rechnen. Zwei Arten von Strafzinsen sind in diesen Ländern zu unterscheiden: der einstufige und der zweistufige Strafzins.

In Süd-Korea wurde im Jahre 1964 für die Überschreitung des Kontingents ein zweistufiger Strafzins festgesetzt. "The first stage penalty rate: 4 % per annum additionally to the present rate of interest on Bank of Korea loans by type of bills. The second stage penalty rate: 20 % per annum regardless of the type of bills." ¹⁾

Den einstufigen Strafzins konnten wir für die Philippinen feststellen. "Excess Borrowings over the quota were subjected to the penalty rate of 8 1/2 per cent." ²⁾

Da die Geschäftsbanken in beiden Ländern bei der Rediskontierung ihrer Wechsel bisher ihr Kontingent nicht überschritten haben, wurde der Strafzins inzwischen wieder abgeschafft. ³⁾

Auf den Philippinen wurde weiter auch eine Mischung von quantitativ-qualitativer Diskontpolitik praktiziert: Im Jahre 1966 wurde das Rediskontkontingent auf 135 % des Eigenkapitals der einzelnen Bank festgesetzt. Dieses Kontingent wurde aber weiter auf die verschiedenen Wirtschaftszweige aufgeteilt. 125 % des Eigenkapitals für Produktions- und Handelskredite, hiervon 25 % für die Finanzierung der inländischen Getreide-Produktion und Verteilung ⁴⁾. Eine andere Form quantitativ-qualitativer Diskontpolitik ist im Jahre 1967 durchgeführt worden. "... on June 23, 1967 the rediscount ceilings of commercial banks were revised to 125 per cent of paid-up capital plus 90 per cent of other net worth items of March, 31, 1967; provided, however, that only 50 per cent of these ceiling would be available up to December 31, 1967. An additional 15 per cent be availed of exclusively for export financing, and rice and corn financing would not be subject to any ceiling. On October

1) 16th Annual Report 1964, S. 38.

2) 12th Annual Report 1960, S. 121.

3) 17th Annual Report 1965, S. 34.

4) 18th Annual Report 1966, S. 170.

26, 1967, the Central Bank revised the rediscount ceilings of domestic commercial banks under Circular No. 251 to 125 per cent of their paid-up capital plus 90 per cent of their other net worth items as of 1 June 30, 1967, provided, however, that at least 50 per cent of the ceiling would be used exclusively for financing export activities. Borrowing for rice and corn financing continued to be outside the ceiling." 1)

Das philippinische Kontingent bezog sich zeitweilig auf die Kredittitel: 1966/67 waren jeweils 40 % des zentralbankfähigen Wechselvolumens jeder Bank refinanzierbar (vgl. S. 177) 2).

Eine relative Kontingentierung konnte man auch im Jahre 1961 bei der Bank of Taiwan feststellen: Die Rediskontquote bezog sich auf das Einlagevolumen (10 %). Eine Überschreitung war nur bei höherer Zinsbelastung möglich. Bis zu dieser Grenze betrug der Zinssatz 18 %, während bei Überschreitung ein Strafzins in Höhe von 21,96 % Anwendung fand. 3)

iii. Die Unterscheidung der quantitativen Diskontpolitik nach den beiden Grundformen der Kontingentfestsetzung

"Die Zentralbank kann einmal von dem gesamtwirtschaftlichen Geldbedarf ausgehen und hieraus ein Gesamtkontingent ermittelt, das auf die einzelnen Banken verteilt wird." 4) Obwohl diese Form für die Zentralverwaltungswirtschaft charakteristisch ist, hat die Zentralbank von Süd-Korea 1963 diesen Weg mit einem Gesamtkontingent von 2,2 Mrd. Won beschritten. 5) Über die Art und Weise der Verteilung dieses Gesamtkontingents auf die einzelnen Handelsbanken gibt es keine weiteren Angaben. Das ausstehende Rediskontkontingent für Handelswechsel betrug im Jahre 1970 16 Mrd. Won. 6)

1) 19th Annual Report 1967, S. 5.

2) Ebenda, S. 5. Die erwähnten Kreditinstrumente waren außer in Circular 233, 1966 angegebene Wechsel. Circular 233, 1966, in: Annual Report 1966, S. 169 ff.

3) Annual Report, Bank of Taiwan, 1961, S. 81.

4) Hahn, Oswald, Instrumentarium ..., Heft III, S. 337.

5) 15th Annual Report 1963, S. 39.

6) Quarterly Economic Review, Dec. 1970, S. 12.

Umgekehrt geht die Zentralbank der Philippinen vor.

"Der Gesamtbetrag, bis zu dem die Zentralbank insgesamt Wechsel von den Geschäftsbanken ankauft, errechnet sich aus der Summe der Kontingente der einzelnen Banken - wobei für die Höhe des Kontingents der einzelnen Bank deren ökonomische Daten ausschlaggebend sind." ¹⁾ Wie vorher erwähnt bezog sich die Kontingentfestsetzung auf den Philippinen auf das Eigenkapital der einzelnen Banken. Zugleich setzte die Notenbank die Summe des Getreidewechselkontingents auf 200 Mill. ₱ fest. ²⁾

Im Zusammenhang mit dem administrativen Mittel (Kreditbeschränkung, vgl. S.94 ff.) hat die Zentralbank von Korea Rediskontkontingente für solche Handelsbanken eingeführt, die über die Kreditbeschränkung hinaus Kredite gewährt hatten. ³⁾

iv. Quantitative Diskontpolitik auf der Ebene Geschäftsbanken/Zentralbank und quantitative Diskontpolitik auf der Ebene Geschäftsbanken/Bankkunde

Von der quantitativen Diskontpolitik auf der Ebene Geschäftsbanken-Zentralbank hat die Zentralbank der Philippinen Gebrauch gemacht (vgl. S. 175). "Eine analoge Übernahme der Lombardpolitik (Beleihungssatz) setzt allerdings auf längere Sicht konstante Refinanzierungsquoten voraus. Nur so ließe sich eine Rediskontierung ermöglichen." ⁴⁾ Dieses Instrument wurde nur vorübergehend eingesetzt (1966/67) ⁵⁾. Eine quantitative Diskontpolitik auf der Ebene Geschäftsbanken-Bankkunden, die eine Beteiligung der Kunden bei der Refinanzierung vorsieht, gibt es in keinem der vier Länder.

1) Hahn, Oswald, Instrumentarium..., Heft III, S. 337.

2) 18th Annual Report 1966, S. 170.

3) Annual Report 1965, S. 34.

4) Hahn, Oswald, Instrumentarium ..., Heft III, S. 381.

5) 19th Annual Report 1967, S. 6.

Allerdings fanden sich 1962 Ansätze dieser Art in den koreanischen Kontingenten: Die Zentralbank von Korea "set at 10 million Won the limit for a payee for discount and at 2 million Won for a drawer to issue bills." ¹⁾

c. Die Wirksamkeit der quantitativen Diskontpolitik

Von einem Erfolg der quantitativen Diskontpolitik kann man dann sprechen, wenn durch die Kontingentfestsetzung das Kreditangebot der Geschäftsbanken beeinträchtigt wird.

Aussagen über die Wirksamkeit oder Unwirksamkeit des Rediskontkontingentes lassen sich für die untersuchten Länder kaum treffen, da die Kontingente regelmäßig gemeinsam mit den administrativen Maßnahmen ergriffen und daher von diesen überlagert werden. Da in allen diesen Ländern die ankaufsfähigen Titel oft als "Mindest-Deckung" der Einlagen verwendet werden (aus Gründen der Geldmarktentwicklung oder aus Liquiditätsüberlegungen) wird der Erfolg der Plafondierung unter diesem Aspekt von vornherein neutralisiert. Ferner ist der Wechselbestand der Geschäftsbanken relativ gering (vgl. Tabelle 37, S. 154). Immerhin ist zu erwähnen, daß dieses Mittel auch in diesen Ländern nicht ganz ohne Wirkung bleibt. So betrug der ungenützte Wechselbestand im Jahr 1964 bei den philippinischen Handelsbanken 139,4 Mill. ₱ und im Jahr 1970 bei den koreanischen Handelsbanken 16 Mrd. Won. Bei der Möglichkeit einer Rediskontierung hätten diese Beträge bestimmt auf das Gesamtkreditvolumen dieser Länder einen Einfluß gehabt.

II. Lombardpolitik

Neben der Rediskontierung bietet sich die Lombardierung als eine alternative Form der Refinanzierung an. Die Geschäftsbanken beleihen ihre Aktivgegenstände, da sie ihren kurzfristigen gelegentlichen und unumgänglichen

1) Annual Report 1961, S. 32.

Liquiditätsbedarf zu decken beabsichtigen.¹⁾ Eine Bevorzugung der Beleihung gegenüber dem Rediskont bzw. Verkauf ist auf Rentabilitätsüberlegungen oder auf den Wunsch nach Beibehaltung dieser ertragsbringenden Aktiva zurückzuführen. "Die Lombardpolitik ist zwar eine Alternative zu den übrigen unternehmerischen Notenbankmaßnahmen, man wird sie aber - als Form der Kreditpolitik - primär als eigentliche Alternative zur Diskontpolitik sehen müssen."²⁾ Die Lombardpolitik der Zentralbank "erstreckt sich darauf, entweder den Kreis der lombardfähigen Gegenstände und Titel zu verändern, die Beleihungsgrenzen anzupassen oder den angerechneten Zinssatz zu variieren."³⁾

1. Die qualitative Lombardpolitik

Die Qualitätsfixierung des Lombardkredits erfolgt entweder durch das Zentralbankgesetz (institutionisierende Lombardpolitik) oder durch die Währungsbehörde (funktionelle Lombardpolitik). Die qualitative Lombardpolitik erstreckt sich auf den Verwendungszweck, den Bereich der beleihbaren Titel und die Fristigkeit der Darlehn.

1. Sämtliche Zentralbankgesetze äußern sich über die Lombardpolitik. Es fehlen jedoch eindeutige Vorschriften über den Verwendungszweck. Grundsätzlich liegt es im Ermessen der Zentralbankleitung, wann und wie sie Lombardkredite gewährt. Einen besonderen Fall sieht das koreanische Notenbankgesetz vor. Danach kann in Notfällen ("grave emergency") die Zentralbank den Kreis des Lombardkredits noch erweitern und auch andere Vermögenswerte als Pfand heranziehen; vorausgesetzt, "by vote at last five of its members defines temporarily as acceptable collateral".

2. Als Beleihungsobjekte dienen in diesen Ländern, wie international üblich, vorwiegend Effekten. Hinzu kommen Waren (in Indonesien) und Gold (Philippinen und Taiwan).

1) Rittershausen, Heinrich, Die Zentralnotenbank, a.a.O., S. 50.

2) Hahn, Oswald, Instrumentarium ..., Heft III, S. 391.

3) Küng, Emil, Zahlungsbilanzpolitik, a.a.O., S. 17.

Eine Übersicht über die einzelnen lombardfähigen Papiere gibt Tabelle 43.

Tabelle 43: Der Kreis der beleihbaren Titel				
Titel	Indonesien	Korea	Philippinen	Taiwan
Staatsobligation	x	x	x	x
Schatzwechsel	x	x	x	
Sonstige festverzinssliche Titel				
Banken	x	-	-	-
staatsgarantiert	x	x	x	x
Handelswechsel	-	x	x	-
Produktionswechsel	x	x	x	x

Aus der Übersicht läßt sich feststellen, daß einmal staatliche Titel überall beleihbar sind, während Wirtschaftstitel nur von der koreanischen und philippinischen Notenbank beliehen werden. Weiter zeigt sich, daß in Indonesien und Taiwan der Kreis der beleihbaren Mittel enger ist als der der Handelsobjekte im Offenmarktgeschäft und Diskontgeschäft. Für Korea und Philippinen ergibt sich ein umgekehrtes Bild: Hier ist der Kreis der beleihbaren Titel größer als "Sortiment" der Offenmarkt- und Diskontpolitik.

Ausnahmen sind die Fristen der Staatsobligationen, die für das Lombardgeschäft beschränkt sind: Für Korea beträgt die Frist ein Jahr, für die Philippinen drei Jahre.

Der Kreis der lombardfähigen Titel kann - wie erwähnt - nur von der koreanischen Notenbank in Notzeiten erweitert werden.

Eine Einengung liegt jedoch in allen Ländern im Zuständigkeitsbereich der Notenbank. Von dieser Möglichkeit funktioneller Lombardpolitik wurde allerdings bisher noch nicht Gebrauch gemacht. Auch international ist diese Art von Lombardpolitik unüblich.

3. Hinsichtlich der Befristung zeigen sich sowohl von Land zu Land als auch im Verhältnis zum Diskontgeschäft Unterschiede. So ist für Handelswechsel und Handelspapiere eine niedrigere Befristung festgesetzt als für Wechsel aus den Bereichen Produktion, Landwirtschaft und Verkehr.

i. In Süd-Korea gilt für Lombardierung der Handelspapiere und Lagerscheine die doppelte Frist (12 Monate statt 6) des Diskontkredits, während die Lombardierungsfrist und die Diskontierung von anderen Papieren auf ein Jahr befristet ist (Art. 69). Die Beleihungsfrist der Staatspapiere darf ein Jahr - vom Tag des Erwerbs durch die Bank - nicht überschreiten. Die Befreiung des Lombardkredits wird vom Zentralbankgesetz vorgeschrieben, hat also institutionierenden Charakter. Die Frist für den Lombard- und Diskontkredit des Handelswechsels ist gleich. In beiden Fällen soll die Restlaufzeit sechs Monate nicht überschreiten.

ii. Auf den Philippinen kann man vier verschiedene Fristen für die Beleihung feststellen: (1) Die Beleihungsfrist des Handelswechsels und der Handelspapiere ist gleich wie im Diskontgeschäft. Die Restlaufzeit dieser Papiere darf nicht mehr als sechs Monate betragen. (2) Die Frist der Beleihung für Produktionswechsel beträgt wie bei der Diskontierung neun Monate. (3) Die Restlaufzeit für Schatzwechsel, Schuldscheindarlehen und andere Staatstitel beträgt drei Jahre. (4) Für bestimmte Staatstitel kann von Fall zu Fall auch eine Restlaufzeit von zehn Jahren akzeptiert werden. Allerdings liegt die Beleihungsfrist wesentlich darunter.¹⁾ Wie in Süd-Korea und Indonesien ist auf den Philippinen die Beleihungsfrist für den Lombardkredit im Gesetz verankert worden und hat daher institutionierenden Charakter.

iii. Anders sind die Verhältnisse in Taiwan zu beurteilen. Dort ist die Befristung für den Lombardkredit nicht im Rahmen des Zentralbankgesetzes fixiert, sondern das Gesetz

1) 18th Annual Report 1966, S. 6.

beauftragt den "Board of Directors" neben anderen Bedingungen auch die Beleihungsfrist je nach Währungssituation zu bestimmen. Von dieser Möglichkeit funktionseller Lombardpolitik wurde allerdings bisher kein Gebrauch gemacht.

Aus unseren letzten Feststellungen geht hervor, daß der Lombardkredit in diesen Ländern einen völlig anderen Charakter hat als in Westeuropa: er dient nicht primär der kurzfristigen Überbrückung von Liquiditätsengpässen, sondern soll auch die fehlenden Möglichkeiten einer mittelfristigen Geldmarktfiananzierung ersetzen.

2. Die Lombardsatzpolitik

Es wird zwischen Diskontsatz- und Lombardsatzpolitik in banktechnischer und währungspolitischer Hinsicht unterschieden.

"Der banktechnische Unterschied zwischen Diskont- und Lombardsatz besteht darin, daß die Zinsrechnung bei der Diskontierung im voraus (pränumerando) und bei der Darlehensgewährung zu bestimmten Terminen (viertel-, halb- oder ganzjährlich) postnumerando erfolgt. Hieraus ergeben sich unter Rentabilitätsaspekten bei gleichen Zinssätzen höhere Effektivzinsen der Diskontierung. In währungspolitischer Hinsicht zeigen sich zwar graduelle Unterschiede, die auf den unterschiedlichen Anwendungsbereich der beiden Instrumente "Diskontierung" und "Lombardierung" durch die Zentralbank zurückzuführen sind. Bei isolierter Betrachtung beider Instrumente wird man jedoch zum gleichen Ergebnis kommen." ¹⁾

Die Lombardsatzänderungen werden in diesen Ländern wie Diskontvariiierung zu währungspolitischen Zwecken durchgeführt. Die Wirkung dieses Mittels bleibt wie bei der Diskontsatzpolitik aus. Keine Zentralbank dieser Länder führt institutionisierende Lombardsatzpolitik durch. Es liegt im Ermessen der Währungsorgane, den Lombardsatz mit oder ohne Diskontsatz zu variieren. Außer im Zentral-

1) Hahn, Oswald, Das Instrumentarium ..., Heft III, S. 403 f.

bankgesetz von Taiwan ist in keinem Notenbankgesetz dieser Länder der Lombardsatz erwähnt, sondern man spricht nur von Diskontsatzänderungen. Laut Art. 28 (12) des chinesischen Zentralbankgesetzes soll der Lombardsatz vom "Board of Directors" fixiert werden. Es gibt auch keine feste Spanne zwischen Diskontsatz und Lombardsatz. In der Praxis kann man feststellen, daß der Lombardsatz teils höher, teils niedriger, teils gleich dem Diskontsatz festgesetzt wurde (vgl. Tabelle 44).

Tabelle 44: Diskont- und Lombardsatz in Süd-Korea, den Philippinen und Taiwan in %						
Länder	1965	1966	1967	1968	1969	1970
Süd-Korea						
Diskontsatz	28	28	28	23	22	21
Lombardsatz	26	28	28	30	26	24
Philippinen						
Diskontsatz	3-6	3-4,75	3-6	4-7,5	4-8	6-10
Lombardsatz	3,00	3-6,0	4-7,5	4-7,5	4-8	
Taiwan						
Diskontsatz	11,52	11,52	10,80	12,88	10,80	10,80
Lombardsatz	10,98	10,98	10,98	12,88	10,98	10,98

Quellen: Economic Statistics Yearbook 1971 (Korea); Wirtschaftsberichte der Philippinischen Zentralbank; Taiwan Financial Statistics Monthly, Aug. 1971.

In Taiwan verfolgt die Zentralbank bei der Lombardpolitik neben dem währungs politischen Ziel auch zwei andere Ziele:

1. Sie beabsichtigt durch "Remortgages" die Geschäftsbanken zur Finanzierung der industriellen, landwirtschaftlichen und sozialen Projekte zu bewegen. ¹⁾ Die Sätze für solche Kredite "are set at 90 % of the rates on loans extended by the lending banks for such special projects, allowing a margin of 10 % of the rates as a return to the lending banks." ²⁾

2. Um zur Entwicklung und zur Funktionsfähigkeit des Geldmarktes beizutragen, stellt die Zentralbank den Geschäfts-

1) Annual Report 1965, S. 4.

2) Annual Report 1966, S. 4.

banken Lombardkredite gegen Regierungspapiere oder gegen durch die Regierung garantierte Papiere zur Verfügung. Sie hat mit dieser Operation allerdings erst im Jahr 1965 begonnen.

Wie im Diskontgeschäft kann man auch im Lombardgeschäft eine Zinsdifferenzierung, besonders auf den Philippinen, feststellen. So war im Jahre 1960 der Satz für landwirtschaftliche und industrielle Papiere sowie Exportwechsel auf 4 % und der Basissatz auf 5 % festgesetzt. ¹⁾

3. Die quantitative Lombardpolitik

Die Quantitätsfixierung des Lombardkredits hat in Südkorea und Taiwan funktionellen und in Indonesien und auf den Philippinen institutionierenden Charakter. Die institutionierende Quantitätsfixierung wird entweder in Form von "Beleihungssätzen" (Höchstsatz) oder in Form von "Kontingenten" durchgeführt.

Von der Quantitätsfixierung in Form der "Beleihungssätze" macht das Zentralbankgesetz der Philippinen Gebrauch. Der Beleihungssatz für Staatspapiere beträgt 80 % des Nominalwertes. Der Höchstsatz für andere Papiere richtet sich nach der jeweiligen "Kategorie"; er beträgt für die Papiere der Gruppe A 80 %, für Papiere der Gruppe B 65 % und für Papiere der Gruppe C 50 % ihres Nominalwertes. ²⁾

Eine Kontingentfixierung war im alten indonesischen Zentralbankgesetz vorgesehen. Das Gesamtvolumen der Lombardkredite sollte $\frac{1}{5}$ des Grundkapitals und $\frac{1}{3}$ des Reservefonds der Zentralbank nicht überschreiten (Art. 14,1). Der Beleihungssatz darf (auch heute noch) $\frac{2}{3}$ des Wertes des Lombardobjektes nicht übersteigen (Art. 14,2).

1) 18th Annual Report 1966, S. 184.

2) Annual Report 1960.

III. Emergency Credits

Notfallkredite sind solche Kredite, die von Zentralbanken in diesen Ländern den Geschäftsbanken bei Auftreten von Liquiditätsschwierigkeiten unabhängig vom Lombard- und Diskontkredit gewährt werden. Der Zinssatz für solche Hilfsaktionen liegt über dem jeweiligen Diskontsatz. Die Kreditlaufzeit ist kürzer: so betrug diese Laufzeit in Taiwan fünf Tage. Die Politik des "emergency credits" kann daher hinsichtlich ihrer Funktion mit der kontinentalen Lombardpolitik verglichen werden. Im Gegensatz zur Lombardpolitik, die mit Ausnahme der Zinsfixierung faktisch konstituierenden Charakter hat, handelt es sich bei der Emergency Credit Policy um eine ausnahmslos funktionelle Währungspolitik: Die Festsetzung aller Konditionen liegt in der Hand der Zentralbankleitung.

1. Das indonesische Bankgesetz schreibt in diesem Zusammenhang folgendes vor: "The Bank may grant liquidity credits to banks in order to overcome difficulties with respect to liquidity in emergency situations. The volume of credit to be granted by the Bank is limited by the credit budget of the relevant year (Art. 32 (3) und 4).

2. In Süd-Korea wird dieser Kredit im Falle von Liquiditätsschwierigkeiten einer Bank gegen Verpfändung freier Vermögenswerte gewährt. Für die Dauer solcher "Notstandskredite" sind der betreffenden Bank Aktivgeschäfte nur mit Zustimmung der Notenbank erlaubt (Art. 69,3).

3. Das philippinische Zentralbankgesetz sieht bei Liquiditätsengpässen der Banken und im Zusammenhang mit "emergency credits" verschiedene Möglichkeiten vor: (a) An Sparkassen, Hypothekenbanken und die "Rehabilitation Finance Corporation" gewährt die Zentralbank einen außerordentlichen Kredit oder Vorschuß. Voraussetzung ist, daß die Laufzeit solcher Kredite nicht länger als ein Jahr beträgt. Sie sollen 40 % des Wertes der hinterlegten Sicherheiten nicht übersteigen (Sec. 88). (b) Im Falle von Liquiditätsschwierigkeiten oder einer deflatorischen Lage

darf die Höchstlaufzeit der Beleihungs- oder Diskontierungsobjekte verlängern (Sec. 89). (c) Für Zeiten einer allgemeinen Finanzkrise wird dem Währungsrat faktisch Blankovollmacht erteilt: Notfalls können sämtliche freien Vermögenswerte bis zu 100 % beliehen werden. Allerdings ist in einer solchen Situation jede Ausweitung des Kreditvolumens der betreffenden Bank an die Zustimmung der Notenbank geknüpft (Sec. 90).

4. Zur Gewährung von Krediten in "Notfällen" hat das taiwanische Zentralbankgesetz keine Stellung genommen. Jedoch werden von der Währungsbank von Taiwan den Geschäftsbanken "vorübergehende Kredite" zur Beseitigung ihrer Liquiditätsengpässe bis zu fünf Tagen gegeben.¹⁾

IV. Die Staatsfinanzierungspolitik

Der besondere Anteil des Staates am Sozialprodukt, die Durchführung von Entwicklungsvorhaben sowie der Zwang zur Kapitalbildung über die Haushaltspolitik führen dazu, daß der Staat sich entsprechend durch die Wirtschaft finanzieren läßt." Im Einflußbereich der zunehmenden Staatstätigkeit hat in besonderem Maß die außerordentliche stark angestiegene Staatsverschuldung die Währungspolitik berührt."²⁾ Die Währungspolitik wird deshalb betroffen, weil die Staatsfinanzierung, insbesondere in Entwicklungsländern, zum Geldüberhang in der Wirtschaft und dadurch zur Inflation beiträgt.³⁾ Die Aufgabe der Zentralbank besteht darin, auch mit der qualitativen, preispolitischen und quantitativen Steuerung der Staatsfinanzierung die Geldmenge unter Kontrolle zu bringen.

1. Die quantitative Staatsfinanzierungspolitik

a. Die Formen der Staatsfinanzierung

Im allgemeinen finanziert sich der Staat in Form der Geldemission, durch Kreditaufnahme bei der Notenbank und Unter-

1) Annual Report 1969, S. 31 f.

2) Stadermann, Bertfried, Offenmarktgeschäft als Instrument der Liquiditätspolitik, Frankfurt/M. 1961, S. 83.

3) Singer, H.W., Defizitfinanzierung der öffentlichen Kapitalbildung unter Berücksichtigung des Investitionsprozesses in Entwicklungsländern, in: Finanzpolitik in Entwicklungsländern, Hannover 1965, S. 255 ff.

bringung eigener Titel auf dem Markt. 1)

1. Die Monetisierung der Staatsschuld

"Die Kreditleistung der Notenbank besteht darin, die vom Staat emittierten uneinlöslichen Zahlungsmittel zu übernehmen und als Bestand des Bargeldumlaufs anzuerkennen." 2)

Da die Regierungen von Indonesien, Süd-Korea und den Philippinen nicht als Münzherr auftreten (vgl. S. 46 f.) scheidet eine Staatsfinanzierung durch die Übernahme der Scheidemünzen in diesen Ländern aus. Lediglich in Taiwan besitzt die Regierung das Münzregal (Art. 2 und 25). Allerdings sind die Einkünfte hieraus relativ gering. Es ist überhaupt verwunderlich, daß dort wie in allen Entwicklungsländern von der Möglichkeit zur Prägung attraktiver Sondermünzen so wenig Gebrauch gemacht wird. Hierdurch würde sich eine beachtliche geldpolitische Neutralisierung der Neuprägungen erreichen lassen. Die Gefahr größerer Bargeldhorte sollte dabei nicht überschätzt werden im Hinblick auf das Schmuckbedürfnis, das sich in den untersuchten Ländern in starkem Umfang auf Silber konzentriert.

ii. Die Direktkreditgewährung an den Staat

In zwei Formen finanziert die Zentralbank den Staat: einmal gewährt die Notenbank der Regierung Buchkredit entweder in kurzfristiger Form - "Kassenkredit" - oder langfristig in Form von Darlehen. Zum anderen finanziert die Währungsbank die Regierung durch den Erwerb der Staatstitel bis zu deren anderweitiger Unterbringung. Die Statuten der Zentralbanken in diesen Ländern sehen die Staatsfinanzierung durch die Währungsbank in beiden Formen vor.

Die Bank Indonesia ist gehalten, die Regierung bei der Anleihebezeichnung zur Beseitigung des Defizits zwischen staatlichen Einnahmen und Ausgaben zu unterstützen und selbst die Staatspapiere zu erwerben (Art. 36). Ebenfalls sind die Zentralbanken von Süd-Korea (Art. 83), den Philippinen (Sec. 95 und 97) und Taiwan (Art. 28 -8-) zur Finanzierung des Staates in beiden Formen verpflichtet.

1) Hahn, Oswald, Instrumentarium ..., Heft III, S. 425 f.

2) Ebenda, S. 425.

iii. Die Staatstitel-Aufnahme vom Markt

In diesem Fall wird der Staat von Geschäftsbanken und anderen Finanzinstituten (z.B. Versicherungsgesellschaften) finanziert. In den untersuchten Ländern gewähren die Geschäftsbanken - insbesondere staatliche Banken - dem Staat und staatlichen Organen Kontokorrentkredite und Darlehen. Sie kaufen auch kurz- und langfristige Staatstitel. Währungsproblematisch wird es allerdings, wenn die Geschäftsbanken diese Titel zur Beseitigung ihrer Liquiditätsschwierigkeiten der Zentralbank frühzeitig einreichen oder die Titel von der Zentralbank als "Einlagen-Deckung" anerkannt werden. In beiden Fällen wird potentielle Liquidität der Geschäftsbanken frei und trägt zur Erhöhung des Geldschöpfungspotentials der Banken bei.

Über den Kreditstand des Staates bei der Wirtschaft in Süd-Korea, Philippinen und Taiwan informiert Tabelle 45.

b. Die Qualitätsfixierung bei der Staatsfinanzierung

Auf die Qualitätsfixierung bei der Staatsfinanzierung wird in den Statuten der jeweiligen Zentralbanken weniger hingewiesen. Einen besonderen institutionierenden Charakter kann man dem Art. 35 (2) des indonesischen Notenbankgesetzes zuschreiben, nach dem "the aforesaid credit will be granted upon sufficient collateral if treasury notes, the issue and pledging of which is permitted by or based upon an Act." Der dem Staat gewährte Buchkredit vollzieht sich auf den Philippinen in Form von "advance" und in Süd-Korea in Form von "advance and loan on overdraft", Ferner müssen die Titel, die von der Zentralbank des betreffenden Landes gekauft werden, entweder vom Staat bzw. den Staatsorganen ausgegeben worden oder von diesen garantiert sein. Neben dem Erwerb kurzfristiger Staatspapiere können die Zentralbanken von Süd-Korea und den Philippinen auch langfristige Staatstitel ankaufen.

Über die Rückzahlungsfrist der Buchkredite hat nur das Zentralbankgesetz der Philippinen Stellung genommen:

Tabelle 45: Die Verschuldung des Staates bei der Wirtschaft

Jahres- ende	Süd-Korea						Phi-		
	Nichtbanken		Banken				Nicht- banken	Ge- schäfts- banken	
	Priva- te	Versi- cherungs- gesell- schaften	Geschäfts-banken		Kredit- zusage	Titel			Kredit an Re- gie- rung
			Titel						
	Titel							Titel	
1965	3.130	84	1.504	33.445	12.904	12.300	865	451	
1966	2.174	34	1.476	31.044	12.859	18.600	793	644	
1967	2.101	17	5.653	33.646	12.720	20.100	852	873	
1968	900	1.335	6.299	27.276	12.797	27.900	1.030	955	
1969	2.119	1.832	6.179	37.605	12.163	32.000	1.268	1.394	
1970	3.846	2.330	3.642	42.694	11.905	30.000			

Quellen: Economic Statistics Yearbook 1971 (Korea); Wirt-
schaftsbericht der philippinischen Zentralbank;
Taiwan Financial Statistics Monthly, Aug. 1971.

in Mill. WE

Finnlän		Taiwan						
Zentralbank Kredit- zusage	Titel	Nicht- banken Titel	B a n k e n					
			Geschäftsbanken Advance to Go- vernment (b)	Kredit- zusage (a)	Titel	Kredit- zusage (a)	Titel	Kredit an Regierungs- stelle
272	1.000	80	182	458	1.618	3.331	342	140
274	1.238	86	172	178	2.359	3.875	352	565
346	1.507	174	181	259	2.826	3.872	900	871
379	1.610	188	123	301	3.042	3.908	1.216	1.322
375	2.225	212	150	403	2.474	3.747	674	1.552
435		295	140	407	2.337	3.506	1.168	1.725

a) Treasury Overdraft

b) Bank of Taiwan

"... advances must be repaid before the end of the first quarter following the end of the fiscal year of the Government or political subdivision ..." (Sec. 95). Ferner soll die Zentralbank in besonderen Fällen dem Staat langfristige Kredite gewähren, die auf 15 Jahre befristet sind (Sec. 137).

2. Die Zinspolitik bei der Staatsfinanzierung ¹⁾

Eine Zinsänderung hat im allgemeinen nur geringen Einfluß auf die Staatsverschuldung. In den untersuchten Ländern im besonderen ist die Zinspolitik wirkungslos, und zwar aus folgenden Gründen: (1) Der Zinssatz für die Staatsfinanzierung ist zu niedrig, um präventiv zu wirken: so z.B. 3 % in Indonesien, 2 % zur Zeit in Süd-Korea. (2) Wegen der mangelnden Kapitalbildung durch den Privatsektor sieht sich die Regierung verpflichtet, die Kapitalbildung durch öffentliches Defizit durchzusetzen und dadurch die Fortführung der notwendigen Investitionen und Entwicklungsvorhaben zu ermöglichen. Unter diesem Aspekt ist der Staat auch bei hohen Zinssätzen zinsunempfindlich. (3) Da sich alle vier Zentralbanken im Besitz des Staates befinden und ihre Gewinne als Staatseinnahmen in öffentliche Kassen fließen, verliert die Zinsänderung bei der Staatsfinanzierung ihre Bedeutung.

Trotzdem betreiben alle Zentralbanken dieser Länder eine Zinspolitik bei der Staatsfinanzierung. Die Zinspolitik gegenüber dem Staat rechnet man daher in Indonesien unter die institutionierende Währungspolitik. Der Zinssatz für Staatsfinanzierungen wird vom Zentralbankgesetz auf 3 % festgesetzt, kann allerdings vom Währungsrat modifiziert werden (Art. 35,5). Die Zinsänderung im Kontokorrentkreditgeschäft liegt in Süd-Korea und auf den Philippinen sowie in Taiwan im Ermessen der Zentralbank.

1) Hahn, Oswald, Die Zinsempfindlichkeit der Kreditnehmer, in: Österreichisches Bank-Archiv, 15. Jg. 1967, Heft X und XI, S. 408 f.

Die Zinspolitik für Staatspapiere erfolgt demgegenüber in allen diesen Ländern durch die Zentralbankleitung.

Grundsätzlich ist der Zinssatz für Staatstitel höher als beim Buchkredit. Das läßt sich damit begründen, daß die Staatspapiere den Charakter von Markttiteln haben sollen.

3. Die Quantitätspolitik bei der Staatsfinanzierung

Das Schwergewicht der Staatsfinanzierungspolitik liegt in diesem Bereich, weil qualitative Begrenzungen faktisch fehlen und die Zinspolitik unwirksam ist. Das ist allerdings weder charakteristisch für Entwicklungsländer noch für die untersuchten Staaten, sondern eine internationale Erscheinung.

Die quantitativen Maßnahmen können sich auf sämtliche Formen der Staatsfinanzierung erstrecken, auf die Zentralbankfinanzierung beschränkt sein oder schließlich nur bestimmte Formen des Zentralbankkredits umfassen.

Im ersten Fall wird entweder die Staatsfinanzierung durch finanzpolitische Maßnahmen begrenzt, wie die Festsetzung einer Obergrenze für die Staatsverschuldung, oder ihre Begrenzung ergibt sich im Rahmen administrativer Maßnahmen der Währungsbank, wie die Begrenzung der Kreditaufnahme bei der Notenbank. ¹⁾

Die Steuerung der Staatsfinanzierung im zweiten und dritten Fall erfolgt durch das unternehmerische Instrumentarium der Zentralbank entweder über Kontingente oder durch fallweise Entscheidungen. Die Kontingente (der Plafonds) setzt regelmäßig der Gesetzgeber fest (institutionierende Währungspolitik), während die fallweise Entscheidung bei der Notenbankleitung liegt. ²⁾

Während das alte Bankgesetz von Indonesien eine Kontingentierung der Staatsfinanzierung erwähnte, schweigt sich

1) Hahn, Oswald, Das Instrumentarium ..., Heft III, S. 436.

2) Ebenda.

das neue Gesetz über einen Kreditplafond des Staates aus. Auch das Zentralbankgesetz Taiwans nimmt keine Stellung zur mengenmäßigen Begrenzung des Staatskredits. Im Gegensatz dazu enthalten die Bankstatuten in Süd-Korea und auf den Philippinen detaillierte Normen über eine Plafondierung des Staatskredits.

Gegenstand der Kontingentierung sind in Süd-Korea Kontokorrentkredite und der Erwerb von Staatspapieren, während auf den Philippinen nur Buchkredite als Objekt der Plafondierung in Betracht kommen. Die Kontingentfixierung vollzieht sich in beiden Ländern in relativer Form. Auch das alte Bankgesetz von Indonesien hatte den Grundsatz für relative Begrenzung der Kassenkredite im Vergleich zu den Steuereinnahmen der Vergangenheit vorge-schrieben. Danach sollte der gesamte Kassenkredit des Staates 30 % des Steueraufkommens der Vergangenheit nicht überschreiten. Der Satz konnte bei außergewöhnlichen Umständen auf 50 % angehoben werden (Art. 19,2).

Der Kreditspielraum der südkoreanischen Regierung bei der Zentralbank errechnet sich aus der Differenz zwischen der vom Parlament verfüigten Höchstgrenze und der sonstigen Inlandsverschuldung der Regierung (Art. 83) ¹⁾. Die Limitierung des Staatskredits in Form des Buchkredits bezieht sich auf den Philippinen auf das Steueraufkommen der Vergangenheit. Nach Sec. 95 des Zentralbankgesetzes darf der Kassenkredit 15 % des durchschnittlichen Jahreseinkommens der drei letzten Jahre nicht übersteigen.

Eine absolute Festsetzung der Höchstgrenze (mit 200 Mrd. Peso) kann man nur auf den Philippinen für die Aufnahme außerordentlicher Darlehen (Extraordinary Advances) feststellen (Sec. 137).

Außer in Süd-Korea ist eine Erwerbsbegrenzung der Staatstitel in keinem Land gesetzlich fixiert. Eine solche Be-

1) Hahn, Oswald, Währungsbanken der Welt, Bd. 2, a.a.O., S. 180.

grenzung könnte in den übrigen Ländern im Ermessen der Zentralbank liegen. Aber selbst unabhängige Zentralbankleitungen tun sich schwer, ohne entsprechende gesetzliche Begrenzungen solche Restriktionen gegebenenfalls durchzusetzen.

C. Die Handelspolitik der Zentralbanken in den untersuchten Ländern

I. Der Handel in Effekten

1. Zweck und Wesen des Effektengeschäfts

Wie vorher bereits dargelegt, läßt sich der Staat zur Überbrückung seiner Ausgabendefizite und zur Durchführung seiner Aufgaben von der Zentralbank oder von der Wirtschaft finanzieren. Diese Finanzierung erfolgte entweder in Form der Anleiheemission oder der Aufnahme von Kassenkrediten. Die vom Staat ausgegebenen Anleihepapiere werden entweder direkt durch den Staat am Geld- und Kapitalmarkt verkauft oder sie werden zuerst von der Zentralbank erworben und dann ihrerseits am Kreditmarkt angeboten. Man kann also sagen, daß die Zentralbank mit dem Handel in Staatspapieren zuerst eine Finanzierung des Staates bezweckt. Zugleich versucht sie mit dem Effektengeschäft auf die aktuelle und potentielle Liquidität der Wirtschaftssubjekte einzuwirken und dadurch eine Störung der Währungsstabilität zu beseitigen.¹⁾ Der Effektenhandel der Zentralbank mit anderen Partnern als der Regierung stellt regelmäßig die eigentliche Offen-Markt-Politik dar. Unter dem Begriff Offenmarktpolitik "wird zweckmäßigerweise die mannigfaltige Gruppe derjenigen Aktivgeschäfte der Notenbank zusammengefaßt, die weder der Verwaltung der Währungsreserven (Gold und Devisen) noch der Refinanzierung der ausgeschlossenen Geschäftsbanken (auf dem üblichen Wege des Diskont- und Lombardgeschäfts) dienen." ²⁾

1) Heidinger, Joseph, Offen-Markt-Politik und Kreditmarkt, Diss. München, 1939, S. 24 ff.

2) Pfleiderer, O., Offenmarktpolitik, in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, Bd. 8, a.a.O., S. 74.

Im Effektengeschäft nimmt die Zentralbank eine initiierende Stellung ein. Das heißt, daß die Währungsbank im Gegensatz zum Kreditgeschäft nicht abwartet, bis die Kreditnehmer an sie herantreten und die von ihr gestellten Bedingungen akzeptieren oder ablehnen. Sie ist vielmehr im Effektengeschäft aktiv und wendet sich unmittelbar an die Marktteilnehmer. Sie kann in diesem Fall nicht ihre Bedingungen durchsetzen, sondern muß auf die Konditionen des Marktes achten. Die Notenbank erwirbt die Wertpapiere also nicht aufgrund eines an sie ergangenen Angebots gemäß ihren Konditionen, "sondern umgekehrt aufgrund eigener Nachfrage zu den Bedingungen des Marktes." ¹⁾

Angesichts der Befristung kann man sagen, daß es sich im Effektengeschäft sowohl um einen Kauf von langfristigen Titeln (Obligationen) wie auch um einen Kauf von kurzfristigen Titeln (Schatzwechseln) handelt, während sich im Kreditgeschäft die Operationen im allgemeinen nur auf die kurzfristigen Kredite beschränken. Ferner ist beim Kreditgeschäft ein "automatischer Rückstrom" des Zentralbankgeldes zur Zentralbank gewährleistet, während "... an die Stelle des bei der Diskont- und Lombardpolitik verwirklichten Prinzips des automatischen Rückstroms des auf dem Kreditwege emittierten Notenbankgeldes zur Notenbank innerhalb kurzer Frist bei der Offen-Markt-Politik das Prinzip der Abwälzbarkeit der Kreditgewährung an den Markt (tritt), also Wiederverkauf der gekauften Wertpapiere." ²⁾

Die Währungsbank will beim Ankauf der im Markt untergebrachten Effekten nicht ein bestimmtes Einzelgeschäft finanzieren, sondern sie geht bei ihrem Effektenerwerb von der allgemeinen Liquiditätserhöhung aus. ³⁾

1) Höchst, Otto, Offen-Markt Politik und Staatskredit, a.a.O., S. 16. Ferner Forstmann, Albrecht, Geld-Kredit, 2. Teil, a.a.O., S. 661 f.; Hahn, Oswald, Instrumentarium, ..., Heft III, S. 235 ff.

2) Höchst, Otto, a.a.O., S. 18.

3) Stadermann, B., a.a.O., S. 38.

So besteht das Wesen des Effektingeschäfts der Währungsbank darin, daß sie als Anbieter und Nachfrager von und nach Effekten nach eigenem Ermessen am Geld- und Kapitalmarkt operiert, die Konditionen nicht von ihr diktiert werden können, die von ihr gehandelten Effekten lang- oder kurzfristige Titel sind und die Gesamtmenge der Liquidität zu beachten ist.¹⁾

2. Offenmarktpolitik als Mittel der Währungspolitik

Im Hinblick auf die Währungspolitik dient der An- und Verkauf der Effekten dazu, die monetären Mengen der Wirtschaft zu beeinflussen. Nicht nur bloßer An- und Verkauf der Effekten durch die Zentralbank führt zur Steuerung des Geldvolumens, sondern auch qualitative Änderungen und Quantitätsfixierungen im Effektingeschäft sowie preispolitische Maßnahmen tragen zur Beeinflussung der monetären Mengen bei. Die quantitativen und qualitativen Maßnahmen beziehen sich im Offenmarktgeschäft nur auf die Ankäufe, nicht jedoch auf die Effektenverkäufe der Zentralbank. Insofern zeigt sich hier eine Gemeinsamkeit mit dem Kreditgeschäft.

Beim Effektenhandel verfolgen die Zentralbanken also neben der Aktivierung des Kreditmarktes sowie der Ermöglichung privater Kapitalbildung auch die oben erwähnten Ziele, nämlich Staatsfinanzierung und Steuerung der monetären Mengen. Sie sind vom Gesetzgeber verpflichtet, in Zeiten des Geldüberhangs eine kontraktive Währungspolitik durch den Verkauf der Effekten zu betreiben. Falls zu diesem Zweck nicht genügend Staatspapiere vorhanden sind, haben die Zentralbanken von Indonesien, Süd-Korea und den Philippinen das Recht, eigene Obligationen zu emittieren und anzubieten (vgl. S. 139). Durch den Verkauf der Effekten ist beabsichtigt, die Überschußliquidität (aktuelle Liquidität) der Banken und Nichtbanken abzuschöpfen (in potentieller Liquidität umzuwandeln). Da die Banken in diesem Fall ihre Gelder durch

1) Stadermann, B., a.a.O., S. 38.

lukrative Anlagen ersetzen, ist ihnen die Möglichkeit der Geldschöpfung entzogen. Effektenkäufe erfolgen in Zeiten der Liquiditätsknappheit. Die Gesetzgeber haben die Zentralbanken in diesen Ländern ermächtigt, bei Geldknappheit Staatspapiere bzw. eigene Obligationen zu erwerben. Dadurch wird den Geschäftsbanken die Möglichkeit einer Kreditausweitung eingeräumt ¹⁾.

a. Die Qualitätsfixierung bei der Offenmarktpolitik

Hierunter werden alle Maßnahmen verstanden, die vom Gesetzgeber oder von der Zentralbank im Rahmen ihrer Befugnisse zur Bestimmung der Handelsobjekte am Offenmarkt, zur Fixierung der Sicherheit für die Effekten und zur Befristung der Effekten ergriffen werden.

i. Der Gegenstand des Effektenhandels am Offenmarkt

Grundsätzlich werden nur Titel erstklassiger Emittenten unter den Katalog der Offenmarktpapiere aufgenommen ²⁾. International gehören daher zum Kreis der Handelsobjekte kurz- und langfristige Staatspapiere, wobei der Handel mit kurzfristigen Papieren charakteristisch für den Geldmarkt ist und das Geschäft mit langfristigen Papieren sich am Kapitalmarkt vollzieht ³⁾. Um den Verkauf eines Papiers zu ermöglichen, müssen nach herrschender Meinung zwei Tatbestände erfüllt sein: (1) Das zugrunde liegende Geschäft soll einen Ertrag versprechen. (2) Die Rückzahlungsmöglichkeit des durch das Papier repräsentierten Kredits soll als gesichert angesehen werden. Der erste Tatbestand ist dann realisierbar, "wenn die aufgenommenen Mittel unter pri-

1) Vgl. Indonesien, Art. 41 (4); Süd-Korea, Art. 90; Philippinen, Sec. 96; Taiwan, Art. 28 (6,7,8). Ferner Kim, B.K.: Central Banking in Korea, a.a.O., S. 99 f. Song, C.J.: Die Neugestaltung des Koreanischen Bankwesens, a.a.O., S. 57 f.

2) Stadermann, B.: a.a.O., S. 71.

3) Die Operationen der Zentralbank auf dem Geldmarkt werden als "Geldmarktpolitik" und die Operationen auf dem Kapitalmarkt als "Kapitalmarktpolitik" bezeichnet.

vatwirtschaftlichen Gesichtspunkten verwendet werden, etwa zur Finanzierung staatseigener Bereiche." ¹⁾ In den untersuchten Ländern gehören auch andere als von der Zentralbank zu diesem Zweck emittierte Papiere zu den Handelsobjekten. Jedoch ist der Umfang des Effektengeschäftes in den einzelnen Notenbankgesetzen unterschiedlich umrissen worden. Tabelle 46 zeigt den Kreis des Effektengeschäfts der vier Zentralbanken.

Tabelle 46: Der Kreis des Effektengeschäfts				
Titel	Indonesien	Korea	Philippinen	Taiwan
Schatzwechsel	x	x	x	x
Staatsobligationen	x	x	x	x
Staatsgarantierte Obligationen	x	x	x	x
Zentralbankobligationen	x	x	x	-
Obligationen der Staatsbanken	x	-	-	-
Ausländische Obligationen	-	-	x	-

Hieraus läßt sich erkennen, daß zum Kreis des Offenmarktgeschäfts auf den Philippinen im Gegensatz zu den anderen drei Ländern auch Obligationen in fremden Währungen gehören, die die Angebotselastizität der Effekten vergrößern. Ferner spielen die von den jeweiligen Zentralbanken ausgegebenen Obligationen (außer Taiwan) am Offenmarkt eine bedeutende Rolle. Sie werden in Korea und auf den Philippinen immer dann eingesetzt, wenn die staatlichen Titel nicht ausreichend vorhanden sind, und in Indonesien damit von Anfang an eine Erweiterung der Angebotsseite auf dem Geld- und Kapitalmarkt geplant ist.

1) Stadermann, B.: a.a.O., S. 71.

ii. Die Befristung der am Offenmarkt gehandelten Papiere

Die Verfallzeit der am Offenmarkt gehandelten Wertpapiere wird entweder vom Gesetzgeber oder vom Währungsrat festgesetzt. Die Laufzeit der Papiere hat insofern für die qualitative Offenmarktpolitik Bedeutung, als die Zentralbank zum Erwerb derartiger Papiere die Restlaufzeit berücksichtigt.

Eine Fixierung der Verfallzeit für Staatspapiere oder Zentralbankobligationen ist in keinem Land gesetzlich vorgesehen. Nur auf den Philippinen wird der Zentralbank die Möglichkeit eingeräumt, von sich aus Fristen zu setzen. Beim Erwerb der Staatspapiere soll die kurzfristige Obligation bevorzugen (Sec. 96).

iii. Marktpartner der Zentralbank am Offenmarkt

Hier kann man in Anlehnung an Rittershausen zwischen den kurzfristigen (Schatzwechsel) und langfristigen Papieren (Obligationen) unterscheiden. Als Marktpartner der Zentralbank für Schatzwechsel, Schatzanweisungen und Zentralbankbonds sind Geschäftsbanken vorgesehen, während sich bei den Obligationen und Staatsanleihen der Kreis der Marktpartner noch erweitern kann. Infrage kommen Versicherungsgesellschaften, Finanzmakler, öffentliche Körperschaften und private Personen.

Im Hinblick auf die geringe Zahl und Finanzkraft der Geschäftsbanken in diesen Ländern beteiligen sich an den dortigen Geldmärkten auch andere Finanzgesellschaften. So wurde auf den Philippinen zu diesem Zweck "the National Association of Government Securities Dealers" gegründet, damit sie das Geschäft mit Schatzwechseln übernehmen und einen aktiven Markt für diese Papiere schaffen konnte. Zu dieser Organisation gehörten vor allem drei Investmentgesellschaften und fünf Handelsbanken. Seit 1967 ist das Schatzwechselgeschäft nur auf Geschäftsbanken beschränkt. In den anderen Ländern fehlen entsprechende Normen. Es kann aber angenommen werden, daß vor allem

in Indonesien und Korea auch Wirtschaftsunternehmen und Privatpersonen gern gesehene Geldmarktteilnehmer sind.

b. Preisinterventionen an den Effektenmärkten

Der wesentliche Unterschied der Preispolitik im Effek-
tengeschäft zur Preispolitik im Kreditgeschäft besteht
nach Ansicht Küngs in der einerseits direkten und an-
dererseits indirekten Einwirkung auf die jeweiligen Zins-
sätze. "Die Offenmarktpolitik unterscheidet sich ... in-
sofern in einem gewissen Maße von der Diskont- und Lom-
bardpolitik, als sie durch Vergrößerung der Angebots-
menge primär auf den Kurs der betreffenden Wertpapiere
einwirkt, während die Zinssätze davon nur indirekt beein-
flußt werden; bei der Geldmarktpolitik erfolgt dagegen
eine unmittelbare Einflußnahme auf die Zinssätze" ¹⁾.
Diese Unterscheidung trifft jedoch u.E. nicht zu, da die
Preispolitik im Effektengeschäft nicht nur in Form von
Mengenfixierung, sondern auch in Form von Preisfixierung
durchgeführt wird. Mit Hilfe der Variierung oder Fest-
setzung der Abgabe- bzw. Rücknahmesätze beeinflusst die
Währungsbehörde auch den Zinssatz direkt. Während die
Zentralbank bei der Preispolitik im Kreditgeschäft nur
von der Preisfixierung ausgeht, operiert sie auf dem
Offenmarkt als Preis- und Mengenfixierer: "Entweder be-
stimmt die Zentralbank jeweils die Menge (den Betrag)
der von ihr angebotenen oder nachgefragten Titel und
beeinflusst so den sich am Markt bildenden Zinssatz
(Mengenfixierer, Verf.). Oder sie bestimmt jeweils den
Zinssatz (Preisfixierer, Verf.) und überläßt es ihren
Geschäftspartnern, ob und in welchem Umfang sie diese
Offenmarkttitel kaufen bzw. verkaufen wollen." ²⁾ Bei
der Mengenfixierung tritt sie als Nachfrager oder als
Anbieter von Titeln am Markt auf. Sie fragt die Titel
am Markt nach, um dadurch den Zins auf eine bestimmte
Höhe herabzudrücken. "Sie nimmt so lange Titel auf (und

1) Küng, Emil, Zahlungsbilanzpolitik, a.a.O., S. 47.

2) Lipfert, Helmut, Einführung, a.a.O., S. 176; Pfeide-
rer, O., Offenmarktpolitik, a.a.O., S. 77 ff.

erhöht dadurch entsprechend das Geldvolumen), bis der durch den Kursanstieg ausgelöste Renditerückgang dem von ihr gewünschten Zins entspricht." ¹⁾ Oder sie verkauft die Titel am Markt, um dadurch den Zins auf einer bestimmten Höhe zu halten. Sie bietet so lange Titel an, bis dieses Ziel erreicht ist. Diese Mengenfixierung hat zwei Wirkungen: Einmal wird damit die Geldmenge der Wirtschaft beeinflusst, zum andern eine Zinsänderung ausgelöst. Als Preisfixierer erhöht die Zentralbank "den Satz für Geldmarktpapiere mit dem Ziel, den Absatz dieser Titel zu steigern und damit das Geldvolumen zu verringern. Sie gibt unter entsprechender Geldvernichtung Papiere zu diesem Preis ab." ²⁾ Um umgekehrt das Angebot solcher Titel und dementsprechend auch das Geldvolumen zu erhöhen, kauft sie zu diesem Preis die Effekten an.

Neben der Festsetzung der Zinssätze (Abgabesätze) seitens der Zentralbank ("Tap-Verfahren") wird in diesen Ländern auch vom "Tender-Verfahren" Gebrauch gemacht, das eine Art von Mengenfixierung darstellt. Eine Übersicht über die Abgabesätze im Tap-Verfahren gibt Tabelle 47.

Tabelle 47: Die Höhe der Abgabesätze in den zu untersuchenden Ländern im Jahre 1969 in % pro Jahr		
Land	langfristige Papiere	kurzfristige Papiere
Indonesien	(unbekannt)	(unbekannt)
Süd-Korea	31,2 ⁺	22
Philippinen	6,653-7,329	7
Taiwan	4,00 -12,0 ^x	
+ Durchschnitt		
x 4 % ist für patriotic Bonds vorgesehen		
Quelle: Die Wirtschaftsberichte der jeweiligen Notenbanken		

1) Hahn, Oswald, Das Instrumentarium ..., Heft I, S.76.

2) Ebenda, S. 77.

So werden die Papiere (auf den Philippinen Schatzwechsel und in Indonesien die von der Zentralbank kurzfristig emittierten Wertpapiere ¹⁾ nicht zu festem Kurs angeboten, sondern man überläßt die Kursbildung dem Markt auf dem Wege der Versteigerung ²⁾. Die philippinische Regierung hat zum ersten Mal im Jahre 1966 begonnen, durch die Ausgabe von Schatzwechseln die Möglichkeit für Offenmarktoperationen der Zentralbank zu schaffen. "... the bills to be auctioned at discount and payable on maturity at face value. As bearer notes, the 91-day bills would be redeemable upon maturity without endorsement at the Central Bank or at any commercial bank" ³⁾. Oft waren die Schatzwechsel überzeichnet und die Nachfrage nach diesen Papieren wurde nicht voll befriedigt. Angesichts dieser Überschußnachfrage ging der Zins zurück. "With the high degree of competition, the cost to the government declined from an annual yield of 6,9 per cent in the first issues through about 6.5 - 6.6 per cent in the succeeding ten issues, to about 6.3 - 6.4 per cent in the next 13 issues." ⁴⁾ Als Gründe dafür sind der günstige Trend zur engeren Spanne zwischen höherem und niedrigerem Angebot, sowie die aktive Durchführung seitens der Handelsbanken angegeben, die den Schatzwechsel als für die sekundäre Reservehaltung geeignet betrachtet haben.

In Süd-Korea werden die maximalen Abgabesätze und die minimalen Rücknahmesätze von einer Kommission, die sich aus dem Finanzminister, dem Zentralbankgouverneur und einem Währungsratmitglied zusammensetzt, fixiert. Abgabesatz und Rücknahmesatz weichen in praxi allerdings nicht voneinander ab. Der Abgabesatz für die Regierungs- und Zentralbankobligationen wird in diesen Ländern seitens

1) N.N... Kapitalmarkt in Indonesien, in: Handelsblatt, 23. Feb. 1971.

2) Stadermann, B., a.a.O., S. 89.; Veit, Otto, Grundriß, a.a.O., S. 283 f.; Annual Report 1967, S. 41; Emery, R.F., The Successful Development of the Philippine Treasury Bill Market, a.a.O., S. 3.

3) Emery, R.F., The Successful Development, a.a.O., S. 3.

4) 18th Annual Report 1966, S. 41.

der Zentralbank mit Zustimmung des Währungsrates festgesetzt.

c. Die quantitative Offenmarktpolitik

Analog zum Kreditgeschäft kann man die quantitative Offenmarktpolitik als betragsmäßige Ankaufsbeschränkungen im Effektingeschäft bezeichnen. Danach wird die Zentralbank gesetzlich oder vom Währungsrat verpflichtet, ihren Effektenkäufen bzw. -verkäufen gewisse Grenzen zu setzen. Die Begrenzung des Geschäfts mit Staatspapieren würde zugleich eine Kontingentierung der Staatsfinanzierung bedeuten. Eine gesetzliche Gebundenheit der Währungsbank an eine solche Plafondierung hätte den Nachteil, daß im Fall der expandierenden oder schrumpfenden Geldmengen die notwendigen Papiere von ihr nicht rechtzeitig erworben bzw. angeboten werden können. Dieser Nachteil führt besonders in den Entwicklungsländern weiterhin zur mangelnden Funktionsfähigkeit des Effektenhandels. Eine Quantitätsfixierung seitens der Zentralbank ist jedoch währungspolitisch gerechtfertigt. Das trifft besonders auf die Limitierung der Effektenausgabe je nach der Aufnahmebereitschaft des Marktes zu. Keine Zentralbank der untersuchten Länder ist zur Kontingentierung oder Plafondierung von Käufen bzw. Verkäufen der Effekten verpflichtet. In der Praxis werden jedoch diese Banken vom Währungsrat angewiesen, je nach währungspolitischer Situation sowie Aufnahmebereitschaft des Marktes bestimmte Limitierungen der Effektenausgabe zu beachten ¹⁾.

3. Die Gründung von "Stabilisation Fonds" für Staatspapiere

Um eine starke Preisbewegung im Bereich des Effektenhandels zu vermeiden und um die Anleger vor Preisstürzen zu schützen ²⁾, ist die Zentralbank der Philippinen gesetzlich zur Gründung eines "Securities Stabilization Fund" verpflichtet worden. Der Fonds wird durch

1) Annual Reports von 1966 bis 1969 (Süd-Korea) und Annual Reports 1966 bis 1969 (Philippinen).

2) Fousek, Peter G.: Foreign Central Banking, a.a.O., S. 44.

die Zentralbank für Rechnung des Staates geführt. Die Aktivität dieses Fonds beschränkt sich auf Kauf und Verkauf von Regierungsobligationen oder durch die Regierung gesicherte Anleihen (Sec. 125).

4. Die Wirksamkeit der Offenmarktpolitik im Bereich des Effektenhandels

Die durch Offenmarktoperationen der Zentralbank hervorgerufene Kursbewegung führt zur Umwandlung zwischen aktueller und potentieller Liquidität der Betriebswirtschaften. Diese Liquiditätsumwandlung wird entweder auf der Ebene Zentralbank/Geschäftsbanken oder auf der Ebene Zentralbank/Nichtbanken oder Geschäftsbanken/Nichtbanken stattfinden. Es läßt sich aber sagen, "daß die unmittelbaren Wirkungen von Offenmarktgeschäften sich in der Liquiditätslage der Geschäftsbanken und der der Nichtbanken bemerkbar machen." ¹⁾

Die Einwirkung des Offenmarktgeschäfts auf die Liquiditätslage der Nichtbanken läßt sich dadurch erklären, daß die Nichtbanken entweder die Effekten in bar an- bzw. verkaufen oder ihre Guthaben bei der Zentralbank durch diesen Handel variiert werden. In beiden Fällen wird eine Liquiditätsverschiebung vollzogen, die eine Geldmengenänderung indiziert. Die Höhe dieser Geldmengenänderung hängt vom Ausmaß des Effektenhandels zwischen Nichtbanken ab, was wiederum von der Neigung und Abneigung der Nichtbanken zum Erwerb der Effekten abhängig ist. Wie Tabelle 45 auf S. 188 f. zeigt, ist das Ausmaß der Änderung in den untersuchten Ländern gering. So ist die Liquiditätsabschöpfung durch Offenmarktoperationen mit Nichtbanken auch gering.

Beim Effektenhandel zwischen Geschäftsbanken und Zentralbank lassen sich zwei Fälle unterscheiden: Entweder handeln die Geschäftsbanken für eigene Rechnung oder für

1) Stadermann, B., a.a.O., S. 58.

die Rechnung der Kunden. Im ersten Fall wird eine Liquiditätsverschiebung dadurch erfolgen, daß ein Umtausch in Aktivposten der Geschäftsbank stattfindet, d. h., daß die potentielle Liquidität in aktuelle Liquidität umgewandelt wird oder umgekehrt. Im zweiten Fall ergibt sich eine Liquiditätsverschiebung um eine Bilanzverkürzung bei den Banken, da sich der Bestand an Kundeneinlagen auf der Passivseite ändert. Infolgedessen ändern sich auch die Guthaben der Geschäftsbanken bei der Währungsbank ¹⁾. Da der Grad der Beeinflussbarkeit der monetären Mengen durch die Offenmarktpolitik auf den Ebenen Nichtbanken/Zentralbank und Nichtbanken/Geschäftsbanken in den untersuchten Ländern gering ist, beschränkt sich die Offenmarktpolitik der Zentralbank nur auf die Ebene Zentralbank/Geschäftsbanken.

Die zweite wichtige währungspolitische Bedeutung des Effektenhandels liegt neben der Liquiditätsveränderung in der Beeinflussung der Zinssätze. Die Zentralbank spielt dabei entweder eine "defensive" Rolle am Effektenmarkt, indem sie durch Effektingeschäfte den Einfluß anderer Faktoren zu neutralisieren versucht, die sich aus der Zahlungsbilanz ergeben. Oder aber sie beeinflusst offensiv die Zinshöhe auf den Kreditmärkten ²⁾. "Wenn die Notenbank mit substantiellen Beträgen als Nachfrager nach oder als Anbieter von Geldmarkttiteln auftritt, muß dies die Rendite solcher Papiere in jedem Fall wesentlich beeinflussen, und eine temporäre Überversorgung mit Notenbankgeld, wie sie sich durch verflüssigende Offenmarktoperationen regelmäßig einstellt, bis die entsprechenden Anpassungsvorgänge vollzogen sind, muß auch die Tagesgeldsätze und die Sätze sonstiger Ausleihungen am Geldmarkt herabdrücken und vice versa." ³⁾

1) Becker, Jürgen, Die kontinuierliche Liquiditätsversorgung der Banksysteme, Berlin, 1969, S. 38. Stadermann, B., a.a.O., S. 58 ff.

2) Pfeleiderer, O., Offenmarktpolitik, a.a.O., S. 80.

3) Ebenda.

Die Erfüllung beider Funktionen der Offenmarktpolitik (Liquiditätsveränderung der Betriebswirtschaften und die Beeinflussung der Zinssätze), die sich zugleich in der Wirksamkeit der Offenmarktoperation ausdrücken, hat enge Verbindung mit dem Entwicklungsstand und der Funktionsfähigkeit der Kreditmärkte im Lande ¹⁾. Da die Offenmarktpolitik zugleich eine Geld- und Kapitalmarktpolitik ist, ist die Existenz eines leistungsfähigen Geld- und Kapitalmarktes ²⁾ für Offenmarktoperationen unerlässlich. Ferner verlangt eine erfolgreiche Offenmarktpolitik das Vorhandensein marktfähiger Papiere im Portefeuille der Währungsbank, damit sie die Kontraktion der monetären Mengen durch das Angebot dieser Papiere zustande bringt. Alternative hierzu ist ein entsprechendes Emissionsrecht der Zentralbank (vgl. S. 138). Auch für die Durchführung der Geldexpansion durch den Erwerb von Wertpapieren seitens der Zentralbank ist das Vorhandensein genügender Bestände an marktfähigen Papieren bei den Banken und Nichtbanken Voraussetzung. "Die Enge des Effektenmarktes, die geringe Anzahl inländischer Anleger und die Gewohnheit der Geschäftsbanken, den Anteil der Barbestände elastisch zu halten, stehen dem Gelingen von Offenmarktoperationen im Wege." ³⁾ Diese Aussage trifft besonders für die untersuchten Länder zu. Da ihre Volkswirtschaften sich im Entwicklungsstadium befinden, sind auch ihre Kreditmärkte unterentwickelt. Lange Zeit erfolgten dort die Finanzierungen durch Bankkredite, anstatt einer Inanspruchnahme des Effektenmarktes. Die Währungsinstanzen sind in diesen Ländern daher bestrebt, die Kreditmärkte zu fördern. Mittel hierzu sind u.a. die Erhöhung des Staatspapierangebots, die Emission von Zentralbankobligationen, Förderung der Gründung von Finanzinstituten für das Effektengeschäft und Beseitigung aller Hindernisse der Geldmarktentwicklung ⁴⁾. Die

1) Pfeleiderer, O., Offenmarktpolitik, a.a.O., S. 78.

2) Es gibt zwischen Geld- und Kapitalmarkt mannigfaltige Interdependenzen. Deshalb bleibt der Zinssatz im Kapitalmarkt von der Veränderung des Zinssatzes im Geldmarkt nicht unberührt. Lipfert, Helmut, Einführung, a.a.O., S. 180 f.

3) Gosh, Santikumar, Antiinflationäre Finanzpolitik, Geldpolitik und direkte Kontrollen in Entwicklungsländern, a.a.O., S. 274; Pfeleiderer, O., Offenmarktpolitik, a.a.O., S. 178.

4) N.N., Measures for Mobilizing Domestic Saving for Asia and Far East, Vol. XIII, No.3, December 1962; Legarda, Bentino, Money Market with Special Referenc to Developing

Notenbanken wollen damit zwei Ziele erreichen: Einmal die Mobilisierung der Privatsparer und die Steigerung der Kapitalbildung, zum anderen die Schaffung einer Basis für Offenmarktoperationen. Außerdem versuchte die Zentralbank von Süd-Korea durch eine Reform der Zinssätze, administrative Maßnahmen zu ersetzen. Die philippinische Zentralbank handelt seit 1966 mit Schatzwechseln. In Indonesien versucht man, die seit langem stagnierende Effektenbörse wieder zu beleben und den Effektenhandel zu entwickeln. Eine Übersicht über den Effektenhandel der koreanischen, philippinischen und taiwanesischen Notenbanken gibt Tabelle 48.

Tabelle 48: Übersicht über den Effektenhandel (Staats- titel) ab 1965 in den untersuchten Ländern in Mrd. WE						
Land	1965	1966	1967	1968	1969	1970
<u>Süd-Korea</u>						
Abgabe	-	-	9,75	20,94	5,00	4,00
Rücknahme	1,33	1,22	5,76	22,66	3,07	3,17
Bestand am 30.12.	16,51	15,30	19,29	16,57	19,50	20,33
<u>Philippinen</u>						
Abgabe	0,82	0,82	1,07	1,71	1,59	3,23
Rücknahme	0,67	0,55	0,70	0,75	1,24	2,82
Bestand am 30.12.	1,85	1,99	2,27	2,65	3,60	3,98
<u>Taiwan</u>						
Abgabe	1,50	1,90	2,10	2,60	1,20	0,90 ⁺
Rücknahme	0,92	1,22	1,35	2,01	2,25	0,25 ⁺
Bestand am 30.12.	3,38	5,10	6,97	8,36	8,03	8,63 ⁺

Quelle: Economic Statistics Yearbook, 1971 (Korea);
Department of Economic Research der philippini-
schen Zentralbank und Taiwan Financial Statistics
Monthly und Wirtschaftsberichte der Bank of
China.

+ Monat Februar

II. Der Handel mit Gold

Keine der untersuchten vier Zentralbanken ist zur Einlösung ihrer Währung in Gold verpflichtet. Ebenfalls setzt keine der Zentralbanken das Gold für Offenmarktoperationen ein, mit dessen Hilfe die jeweiligen Währungsbanken kontraktive oder expansive Effekte hinsichtlich der monetären Mengen erreichen können ¹⁾.

Die Zentralbanken von Taiwan und der Philippinen sind gesetzlich angewiesen, Gold zu erwerben oder zu verkaufen ²⁾. Jedoch werden derartige Geschäfte nicht zur Beeinflussung der monetären Mengen eingesetzt. Der An- und Verkauf von Gold dient vielmehr den internationalen Reserven und dem Erwerb von Devisen. Auch der Kauf und Verkauf des Goldes durch Private ist in diesen Ländern eingeschränkt ³⁾. Die taiwanische Zentralbank prägt Münzengold, um damit zusätzliche Devisen vom Ausland zu beschaffen. Die taiwanischen Einwohner können Gold besitzen, und zwar in Form von Schmuck, wobei die Menge nicht 62,5 Gramm überschreiten darf. Darüber hinaus sind Besitzer und Hersteller des Goldes verpflichtet, ihr Gold der Zentralbank anzubieten. Der offizielle Kurs ist Nt \$ 448,- gleich 10 Gramm Feingold. Der Goldimport ist von der Zentralbankgenehmigung abhängig. Goldeinfuhr und Goldversteigerung müssen über den "Central Trust of China" stattfinden.

Die indonesische Bevölkerung kann Gold und Goldmünzen frei erwerben oder anbieten. Export und Import von Gold und Goldmünzen unterliegen der Genehmigung der Währungsbehörde bzw. des Handelsministeriums. Exportlizenzen werden nur selten und Importlizenzen nur den Goldschmieden ausgestellt.

1) Rittershausen, Heinrich, Die Zentralnotenbank, a.a.O., S. 607.

2) Philippinen Sec. 72 und Taiwan, Art. 28(9).

3) 21st Annual Report, Exchange Restrictions 1970, a.a.O., S. 109, 239, 294 f. und 405.

Ebenfalls ist es in Süd-Korea erlaubt, frei Gold und Goldmünzen anzukaufen oder zu verkaufen. Jedoch ist ihr Gebrauch als Zahlungsmittel im Land untersagt. Export und Import des Goldes sind von der Genehmigung der Währungsbehörde und des Finanzministeriums abhängig.

Wie in Süd-Korea ist auf den Philippinen Kauf, Verkauf und Besitz von Gold erlaubt. Hersteller, deren Hauptprodukt Gold ist, sollen allerdings ihre Produkte nur an die Zentralbank zur offiziellen Pesoparität verkaufen. Andere Hersteller, die Gold nur als Nebenprodukt erzeugen, können ihre Produkte Privaten anbieten. Export und Import des Goldes - außer Schmuck - unterliegen der Genehmigung der Währungsbehörden. Über den Goldbestand der vier Zentralbanken gibt Tabelle 49 einen Überblick.

Tabelle 49: Der Goldbestand der vier Notenbanken in Mill. US-\$						
Land	1965	1966	1967	1968	1969	1970
<u>Indonesien</u>						
Goldbestand bei Zentralbank	4,0	4,0	4,0	1,14	1,87 ⁺	4,87 ⁺
Goldbestand bei Int.Währungsfonds	-	-	-	-	-	-
<u>Süd-Korea</u>						
Goldbestand bei Zentralbank	3,3	3,3	3,3	3,4	3,4	3,4
Goldbestand bei Int.Währungsfonds	4,7	6,0	-	-	-	-
<u>Philippinen</u>						
Goldbestand bei Zentralbank	38,0	44,0	60,0	62,0	45,0	56,0
Goldbestand bei Int.Währungsfonds	4,0	28,0	-	-	-	-
<u>Taiwan</u>						
Goldbestand bei Zentralbank	55,0	62,0	81,0	81,0	82,0	82,0
Goldbestand bei Int.Währungsfonds	-	-	-	-	-	60,0

+ = in Mrd. Rp

Quelle: Zusammengestellt aus: International Financial Statistics Vol. XXIV, Nr. 3, 1971; Indonesien Financial Statistics Juli, 1971.

Aus Tabelle 49 kann man folgenden Eindruck gewinnen: Während sich der Goldbestand in Taiwan im Laufe der Zeit stabilisierte, mußten die Goldbestände der übrigen Länder angesichts der Zahlungsbilanzschwierigkeiten Schwankungen hinnehmen.

III. Der Handel mit Devisen

1. Zweck und Wesen des Devisenhandels der Zentralbank

Wie das Kreditgeschäft, der Effektenhandel und der Goldhandel bildet der Devisenhandel einen Teil des Aktivgeschäftes der Zentralbank. Beim Ankauf der Devisen bietet die Zentralbank den Geschäftsbanken Refinanzierungsmöglichkeiten an und beim Verkauf der Valuten führt sie einen Geldvernichtungsakt durch. Der Devisenhandel unterscheidet sich von anderen Aktivgeschäften dadurch, daß das Devisengeschäft stark von der Zahlungsbilanzsituation betroffen wird und die Währungsbank manchmal behördliche Maßnahmen ergreifen muß. Während die Zentralbank bei der Durchführung anderer Aktivgeschäfte überwiegend vom unternehmerischen Instrumentarium Gebrauch macht, wirkt sie auf den Devisenmarkt in starkem Umfang auch durch behördliche Maßnahmen ein und bringt notfalls das Angebot und die Nachfrage künstlich zum Ausgleich. Im Falle eines Devisenmangels - wie in Indonesien, in Süd-Korea und auf den Philippinen - versucht die Währungsbank, den Mangel durch Einföhrung der Devisenbewirtschaftung zu beseitigen (vgl. S. 32 ff.).

Der Zweck des Devisenhandels der Zentralbank besteht also darin, die monetären Mengen (Devisenmenge) und die monetären Preise (den Kurs) zu beeinflussen, die Konvertibilität und die äußere Stabilität der eigenen Währung gegenüber fremden Währungen zu bewahren und schließlich zur Steuerung des Geldvolumens beizutragen.

2. Devisenpolitik als Mittel der Währungspolitik

Unter Devisenpolitik versteht man alle Maßnahmen der Zentralbank bzw. der Regierung eines Landes, die darauf ge-

richtet sind, die Parität ihrer Währung zum Gold oder zur Leitwährung festzusetzen und beizubehalten sowie Schwankungen der Devisenkurse nur innerhalb einer "Bandbreite" zuzulassen. Länder wie die Philippinen und Taiwan, die offiziell die Parität ihrer Währung festgesetzt und dem internationalen Währungsfonds mitgeteilt haben, sind verpflichtet, "durch Interventionen auf Devisenkassemärkten dafür zu sorgen, daß die Mittelkurse der Währungen die äußersten Schwankungsgrenzen nicht über- bzw. unterschreiten." ¹⁾ Nach dem Abkommen des Internationalen Währungsfonds haben sich die Philippinen und Taiwan bereit erklärt, eine Bandbreite von je einem Prozent über und unter der US-Dollar-Parität einzuhalten und zu versuchen, "den Schwankungsbereich der Kassenkurse des US-Dollars um die Währungsparität des eigenen Hoheitsgebiets nur bis zu einer Spanne von maximal 1 % nach oben oder nach unten und damit die größtmögliche Stabilität der Wechselkurse zu gewährleisten." ²⁾

Alle vier Länder sind Mitglieder des Internationalen Währungsfonds. Indonesien verzichtete zwar im Jahre 1965 auf die Mitgliedschaft, trat jedoch im Jahre 1967 dem IWF wieder bei. ³⁾ Indonesien und Süd-Korea sind Mitglieder ohne IWF-Parität. Beide Länder haben keine Bedingungen des Währungsfonds erfüllt. Die Philippinen und neuerlich Taiwan fallen unter "Währungsgebiet mit praktisch bedeutender IWF-Parität." ⁴⁾ Das heißt, daß sie zwei von drei Bedingungen des Fonds erfüllt haben (vgl. S. 34). Die Philippinen haben nach einer Abwertung die Parität des Pesos (₱) im November 1965 zum US-₯ auf 3,90 fixiert. Der offizielle Kauf- und Verkaufkurs für die Zentralbank wurde nach dem IWF-Abkommen auf ₱ 3,8805 bzw. ₱ 3,9195 festgesetzt. Die beauftragten Banken waren ermächtigt, einen minimalen Kurs von ₱ 3,8610 und einen maximalen Kurs von ₱ 3,9195 für den Kauf sowie einen minimalen Kurs

1) Lipfert, Helmut, Artikel Devisenpolitik, in: Enzyklopädisches Lexikon für das Geld-, Bank- und Börsenwesen, a.a.O., S. 417.

2) Ders., Devisenhandel, a.a.O., S. 17.

3) Hahn, Oswald, Währungsbanken, Bd. I, a.a.O., S. 24.

3) Pick's Currency Yearbook, New York, 1968, S. 275.

von ₪ 3,8805 und einen maximalen Kurs von ₪ 3,9390 für den Verkauf zu notieren ¹⁾. Am 4. September 1970 hat der Taiwan dem Währungsfonds gegenüber eine offizielle Parität festgelegt (NT\$ 40 = 1 US\$; 1 NT\$ = 0,222146 Gramm Feingold). Der offizielle Kurs der Zentralbank für den Kauf und Verkauf wurde auf 40,00 bzw. 40,10 fixiert ²⁾.

In Indonesien und Süd-Korea, wo es keine offizielle Parität gibt, bezieht sich die Devisenpolitik der Währungsbehörde auf die Erhaltung des Verhältnisses zwischen dem amtlich fixierten Wechselkurs und dem durch Angebot und Nachfrage festgesetzten Wechselkurs. In diesen Ländern wird ein Basiskurs der eigenen Währung im Verhältnis zum US-Dollar oder zum Gold festgesetzt, während der Wechselkurs auf Grund des Basiskurses durch den Markt ermittelt wird. Die Währungsbanken intervenieren, wenn die Spanne zwischen diesen beiden Kursen zu groß wird.

Bei der Devisenpolitik beabsichtigt die Währungsbehörde neben der Erhaltung der Konvertibilität der eigenen Währung zugleich eine Einwirkung auf die monetären Mengen und monetären Preise. Dieser Bedeutung sind jedoch verschiedene Grenzen gesetzt. Alle Länder mit bedeutsamer IWF-Parität können solche Interventionen nur im Rahmen der Bandbreiten vornehmen. Darüber hinaus verlangen Offenmarktgeschäfte entsprechende Devisenbestände, die ihrerseits im allgemeinen eine zumindest leicht aktive Zahlungsbilanz voraussehen. Während das durch den Währungsfonds gesetzte Hindernis durch Einführung flexibler Kurse beseitigt werden kann, stellt für die hier behandelten Länder - wie für die meisten Entwicklungsländer - die chronische passive Zahlungsbilanz das eigentliche Hindernis dar. Schließlich verlangt eine Offenmarktpolitik in Devisen einen teilweise freien Devisenmarkt, also einen Verzicht auf totale Devisenbewirtschaftung (vgl.S. 32 ff.).

1) 18th Annual Report 1966, S. 89.

2) International Financial Statistics, Vol. XXIV, No. 3, March 1971, Washington, D.C. S. 84.

Unter Berücksichtigung dessen ergibt sich in den untersuchten Ländern nur ein sehr kleiner Spielraum für eine "autonome Devisenpolitik", die hier als Offenmarktpolitik in Devisen aufgefaßt wird.

a. Qualitative Devisenpolitik

Es wird zwischen der qualitativen Devisenpolitik in administrativer Form - qualitative Auflagen und qualitative Beschränkungen - und der qualitativen Devisenpolitik in Form unternehmerischer Maßnahmen unterschieden. Während es sich bei den qualitativen Auflagen um "den Zwang der Wirtschaftsobjekte zum Erwerb oder zur Anbietung bestimmter monetärer Qualitäten ¹⁾" handelt, erläßt die Zentralbank im Fall qualitativer Beschränkungen "Hindernisse" zum Erwerb oder zur Anbietung bestimmter monetärer Qualitäten ²⁾. Bei der qualitativen Devisenpolitik unternehmerischen Charakters differenziert die Zentralbank zwischen "schlechten" (inkonvertiblen) und "guten" (konvertiblen) Valuten und verhält sich dementsprechend in ihrem Geschäft. Herkömmlicherweise konzentriert sich die Notenbank auf konvertible Valuten und lehnt inkonvertible Valuten ab (wie z.B. die Deutsche Bundesbank). Das gilt für die untersuchten Länder im Bereich der institutionisierenden Politik. So ermächtigt der philippinische Gesetzgeber die Zentralbank, den Erwerb nicht konvertibler Währungen abzulehnen (Sec. 75).

Eine gesetzliche Vorschrift, die den Erwerb der inkonvertiblen Valuten durch die Zentralbank verbietet oder begrenzt, liegt in Indonesien, Süd-Korea und Taiwan nicht vor. In diesen Ländern hat ein solches Mittel funktionellen Charakter, da es von der Zentralbank mit der Zustimmung des Währungsrates ergriffen wird.

1) Hahn, Oswald, Instrumentarium ..., Heft I, a.a.O., S. 80.

2) Ebenda, S. 80.

Auch der Partnerkreis des Devisenhandels ist eingeschränkt entweder kraft Gesetzes oder aufgrund von Zentralbankentscheidungen. Auf den Philippinen ist der Partnerkreis nach dem Sec. 73 auf folgende juristische Personen beschränkt: 1. Bankinstitute, die auf den Philippinen operieren, 2. Regierung und Regierungsstellen, 3. ausländische oder internationale Institutionen, 4. Ausländische Regierungen und deren Vertretungen. Der Partnerkreis erstreckt sich in den übrigen Ländern auch auf solche Stellen, es liegt jedoch keine gesetzliche Vorschrift vor.

b. Preispolitik im Devisenhandel

1. Preisfixierung

(1) Swapsatzpolitik

Swapsatzpolitik "besteht darin, autonom einen vom Swapsatz auf dem freien Devisenterminmarkt abweichenden, nur für Transaktionen mit den Geschäftsbanken gültigen Swapsatz für eine bestimmte Laufzeit des Terminkontraktes festzusetzen, um die Banken zu veranlassen, Geldexporte bzw. Geldimporte zum Zwecke der Beeinflussung des Geldmarktes und (oder) der Zahlungsbilanz vorzunehmen," ¹⁾

Bei einer aktiven Zahlungsbilanz im Inland und niedrigem Zinssatz im Ausland versucht die Währungsbank, den Swapsatz so festzusetzen, daß den Geschäftsbanken die Auslandsanlage attraktiver als die Inlandsanlage erscheint. Damit will die Zentralbank die überhöhte Liquidität des inländischen Geldmarktes, die durch den Zufluß der Devisen verursacht wurde, verringern.

1) Schneider, Erich, Einführung in die Wirtschaftstheorie, III. Band, 10. Aufl., Tübingen 1967, S. 114.

Bei einer passiven Zahlungsbilanz setzt die Zentralbank den Swapsatz (vom freien Markt abweichend) so, daß die Geschäftsbanken die Inlandsanlage den Auslandsanlagen vorziehen. Dadurch versucht die Währungsbank zur Verflüssigung des Geldmarktes im Inland beizutragen. Aus der obigen Darstellung kann man entnehmen, daß die Swapsatzpolitik der Zentralbank ihre innere Offenmarktpolitik ergänzt bzw. ersetzt.

Eine Swapsatzpolitik kann dann von der Zentralbank durchgeführt werden, wenn die inländische Währung konvertibel ist und die Kapitalbewegung von und nach dem Ausland keinerlei Beschränkungen unterliegt. Von dieser Politik hat für einige Zeit auch die Zentralbank der Philippinen Gebrauch gemacht. Für die Zentralbank von Taiwan läßt sich nach Herstellung der IMF-Konvertibilität ebenfalls eine künftige Swapsatzpolitik vermuten.

In Indonesien ist die Swapsatzpolitik wegen der starken Devisenbewirtschaftung und der Unkonvertibilität der indonesischen Währung ausgeschlossen. In Korea existiert ein Devisenzertifikatsystem, nach dem die Zertifikate gegen Devisen von Devisenbanken ausgegeben und am freien Markt gehandelt werden. Auch hier bieten sich Möglichkeiten einer Art von Swapsatzpolitik an, von der aber bisher kein Gebrauch gemacht wurde.

Nach der Abwertung und der Einführung der neuen Parität versuchte die philippinische Zentralbank in ihrem Devisenhandel von der Kurssicherungspolitik Gebrauch zu machen. Da die Nachfrage nach Devisen auf den Philippinen -

wie in anderen Entwicklungsländern - wegen der steigenden Importquote und der erhöhten Staatsausgaben groß war, kam eine Kurssicherungspolitik zwecks Geldexport nicht in Frage. Sie mußte deswegen eine Kurssicherungspolitik durchführen, die den Geldimport fördern sollte. "Premiums and discounts on forward exchange transactions are, in principle, left to the interplay of market forces, but the Central Bank sells forward exchange to authorized agent banks, to cover the liabilities of their clients resulting from import and export transactions, at the inter-bank spot rate fixed with premiums."¹⁾ Die Swapsatzpolitik sollte ab Anfang 1967 kombiniert mit anderen währungspolitischen Maßnahmen eingesetzt werden; sie mußte jedoch von der Zentralbank allmählich aufgegeben werden, da die Deviseneinnahmen der Zentralbank für diesen Zweck nicht ausreichten.

(2) Die Freigabe des Wechselkurses

Das Problem der Devisenpolitik beim festen Wechselkurs in den Entwicklungsländern liegt darin, daß die Währungsbehörden dieser Länder nicht genügend Devisenreserven zur Verfügung haben, um die Stabilität des Wechselkurses durch den Ankauf der einheimischen Währung gegen Devisen zu gewährleisten. So wird die marktwirtschaftliche Intervention der Zentralbank (An- und Verkauf von Devisen bei Unter- bzw. Überschreitung der "Bandbreite") durch administrative Maßnahmen - wie Devisenbewirtschaftung - ersetzt, um künstlich das Gleichgewicht zwischen der Nachfrage nach dem Angebot an Devisen herzustellen und dadurch den Zahlungsbilanzausgleich zu erreichen. Bei steigender Importquote und wachsenden Staatsausgaben wird es der Zentralbank im festen Wechselkurssystem nicht gelingen, das Gleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage nach Devisen zustande zu bringen, wenn die Ursachen des Zahlungsbilanzungleichgewichts nicht beseitigt, sondern eher verstärkt werden und damit der feste Wechselkurs immer stärker von dem Gleichgewichtskurs abweicht.

1) 18th Annual Report 1966, S. 81.

Ferner wird dieses System zur Bürokratie und Korruption führen. ¹⁾ So gehen manche Länder zum freien Wechselkurs über. Beim freien Wechselkurs "gibt die Notenbank die Verpflichtung, Devisen zu einem festen Kurs anzukaufen oder zu verkaufen auf, oder die Bindung der heimischen Währung an das Gold wird fallengelassen. So unterliegt die Preisbildung für ausländische Valuta allein dem Angebot und der Nachfrage nach Devisen. Statt der Festsetzung eines Preises bildet sich ein Marktpreis, der nach Stärke der auf dem Devisenmarkt wirkenden Kräfte größeren Schwankungen unterworfen ist. Dieser Gleichgewichtskurs bringt das Angebot von und die Nachfrage nach Devisen zum Ausgleich." ²⁾ Theoretisch gesehen wird weder die Zentralbank in diesem System intervenieren noch ist eine Importbeschränkung in irgendeiner Form notwendig. ³⁾ Ferner "soll die Binnenwirtschaft Autonomie gegenüber Entwicklungen in der Außenwelt erhalten." ⁴⁾ In der Praxis können jedoch die Währungsbehörden "aus wirtschaftspolitischen Gründen ein Interesse daran haben, den Kurs der heimischen Währung trotz des freien Spiels von Angebot und Nachfrage nur innerhalb gewisser Grenzen schwanken zu lassen." ⁵⁾ Ebenfalls kommen Importrestriktionen in einem freien Wechselkurssystem vor, was man besonders in Indonesien und Süd-Korea feststellen kann.

In Anlehnung an Küng kann man hier die Freigabe des Wechselkurses als eine Wechselkurspolitik der Währungsbank betrachten. "Denn auch die Freilassung der Kurse entspricht einem bewußten Entschluß der verantwortlichen Währungsbehörden und stellt insofern einen Akt der Wechselkurspolitik dar, auch wenn es sich dabei nicht um eine Beeinflussung der Kurshöhe und Kursgestaltung im Zeitlauf handelt." ⁶⁾ Die Wechselkursfreigabe geschieht in den untersuchten Ländern unterschiedlich. Obwohl auf den Philippinen ein System fester Wechselkurse existiert, sind oft neben dem festen Kurs auch Devisen zum freien Kurs gehandelt worden (1962 - 1965 und 1970). Mit Zustimmung des IWF wurde ein "Pendel-

-
- 1) Yan Poen Ong, Die multiplen Wechselkurse, Diss. Zürich, 1968, S. 14.
 - 2) Lau, Claus, Die Wechselkurspolitik der Entwicklungs-Länder, Diss. Hamburg 1961, S. 64 f.
 - 3) Pentzek, Dieter, Der freie Wechselkurs, Berlin 1963, S. 29.
 - 4) Veit, O., Grundriß..., a.a.O., S. 787.
 - 5) Lau, C., a.a.O., S. 65.
 - 6) Küng, Emil, Zahlungsbilanzpolitik, a.a.O., S. 419.

kurs" zwischen 5,50 und 6,10 ₧ für den US-₧ eingeführt. Die freien Wechselkurse waren allerdings nicht in der Lage, die Spekulationen völlig zu beseitigen.¹⁾ In Indonesien ist seit 1970 und in Süd-Korea seit 1965 ein solches System eingeführt.

In keinem dieser Länder gibt es allerdings ein System völlig freier Wechselkurse. Während in Indonesien neben dem freien Kurs auch Importrestriktionen zu beobachten sind, werden in Süd-Korea an Stelle von Valuten Devisenzertifikate auf dem Markt frei gehandelt, und der Kurs der Zertifikate wird dabei durch Angebot und Nachfrage bestimmt. Auch in Süd-Korea wird zusätzlich von Importrestriktionen Gebrauch gemacht. Trotz der Wechselkursfreigabe interveniert die Zentralbank von Fall zu Fall, um den Kurs ihrer Währungen innerhalb bestimmter Grenzen schwanken zu lassen. Die Zentralbanken versuchen dabei, die Schwankungsbreite auf etwa 2 - 3 % zu begrenzen. Nachdem in Indonesien für längere Zeit differenzierte Wechselkurse existierten, wurde am 17. April 1970 für größere Bereiche ein freier Wechselkurs eingeführt und das alte System abgeschafft. Der Kurs der durch Auslandshilfe finanzierten Importe wird allerdings nicht durch den freien Markt, sondern von behördlicher Seite festgesetzt. Der Kurs wurde für diesen Zweck im selben Jahr mit 326,0 Dollar notiert (gegenüber etwa 380 am freien Markt). Die Exporterlöse sind ausnahmslos an die Zentralbank abzuliefern, die ihrerseits der Hauptanbieter des freien Marktes ist. Diese Konstitution erlaubt der indonesischen Zentralbank im Prinzip eine ausgedehnte Devisen-Offenmarktpolitik. In der Praxis dürfte es jedoch der Zentralbank in erster Linie um eine Zahlungsbilanzsteuerung gehen.

Von Anfang 1961 bis März 1965 gab es in Süd-Korea ein multiples Wechselkurssystem²⁾. Seit 1965 werden Devisen-

1) N.N., Die Philippinen auf Restriktionskurs, in: Süd-deutsche Zeitung, 20. 4. 1970.

2) N.N., Foreign Exchange Reform in Korea, in: International Financial News Survey, Washington, D.C. 1961, S.55 ff.

transaktionen mittels eines Devisenzertifikatsystems abgewickelt. Alle Exporterlöse sind an Devisenbanken ablieferungspflichtig. Die Exporteure bekommen von den Devisenbanken entweder heimische Währung zum Tageskurs, der von der Zentralbank notiert wird, oder Devisenzertifikate, die von den Devisenbanken für Devisenbestände ausgegeben werden. Die Exporteure können diese Zertifikate innerhalb von 45 Tagen am Devisenmarkt zum freien Kurs verkaufen. Die Nachfrager sind Importeure, die zur Ausübung ihrer Tätigkeit Lizenzen benötigen. Da die Handelsbanken als Broker am Markt auftreten, ist die Intervention der Zentralbank nur begrenzt zur Beseitigung kürzerer Fluktuationen möglich, ohne störend auf den grundsätzlichen Trend am Devisenmarkt einzuwirken (vgl. Tabelle 50).

Tabelle 50: Durchschnittlicher US-Dollar-Kurs am süd-koreanischen Devisenmarkt					
Jahres- ende	Concentration rate of The Bank of Korea			Kurs für Devisen- bankkunden	
	Brief	Basis	Geld	T/T Geld	T/T Brief
1965	271,50	255,00	272,06	270,96	272,00
1966	270,90	272,00	272,45	270,36	272,00
1967	274,40	274,60	274,80	274,20	275,00
1968	281,30	281 50	281,70	281,10	281,90
1969	304,00	304,45	304,90	303,70	305,20
1970	316,20	316,65	317,10	315,90	317,40

Quelle: Economic Statistics Yearbook, 1971.

"In order to ensure this, the Bank of Korea's posted rates were required to be kept within 2 per cent of the wighted average certificate market rate of the previos day, unless otherwise approved by the Minister of Finance; also, in order to limit the extent to which the central bank could support the rate, the net foreign exchange holdings of the Bank of Korea were net to be reduced by holdings of the Bank of Korea were net to be reduced by more than a speci-

fied amount during the year," 1) Um die spekulative Hortung der Zertifikate zu vermeiden, hat die Zentralbank den Zeitablauf dieser Papiere am Anfang auf 15 Tage und später auf 45 Tage beschränkt. Ferner wurde ein "Certificate Stabilization Fund" gegründet. 2)

Die koreanische Zentralbank hat inzwischen versucht, einen funktionsfähigen Devisenmarkt aufzubauen. Bestimmten Geschäftsbanken wurde der Charakter von "Devisenbanken" zuerkannt und ihnen in dem Bereich ein autonomer Handel zugestanden. Die Zentralbank interveniert allerdings von Fall zu Fall. 3)

Obwohl das System freier Wechselkurse in Indonesien und Süd-Korea nicht ohne behördliches Eingreifen und Importrestriktionen praktiziert wird, kann man erkennen, daß gegenüber multiplen Wechselkursen seit Einführung dieses Systems der Wechselkurs starken Schwankungen ausgesetzt ist. 4)

(3) Paritätsänderung

Im Fall laufender Überbewertung oder Unterbewertung der heimischen Währung, die Zahlungsbilanzdefizite bzw. -überschüsse induzieren, sehen sich die Währungsbanken - wenn alle anderen währungs- und devisenpolitischen Maßnahmen nicht ausreichen - gezwungen, die Parität ihrer Währung zu ändern. So kann man in Anlehnung an Issing sagen, "daß der einzige Ausweg bei großen Ungleichgewichten der Devisenbilanzen, die ihre Wurzel in permanent

1) Kanesa-Thsan, S., Stabilizing an Economy - A Study of the Republic of Korea, in: Staff Paper, a.a.O., 1969, S. 16.

2) Annual Report 1965, S. 51.

3) Annual Report 1965 bis 1969, und Han Hae, Floating Rate, in: Far Eastern Economic Review, Hong-Kong, 1965, S. 133.

4) Auf die Diskussion über den Vor- und Nachteil des festen und freien Wechselkurses wird hier wegen der Abweichung vom Thema verzichtet und verwiesen auf: Sohmen, Egon, Marktwirtschaftliche Wechselkurspolitik und Möller, Hans, Flexible Wechselkurse - ein unrealistisches Rezept, in: Volkswirt, Heft 20 und Heft 28, 1961, S. 862 ff. und S. 1354 ff. Veit, Grundriß ..., a.a.O., S. 785 ff.; Pentzek, D., a.a.O., S. 25 ff.; Manke, Axel, Die Problematik des Systems der freien Wechselkurse unter Berücksichtigung beispielhafter Erfahrungen, Diss. Mannheim 1968, S. 19 ff.

wirkenden, nicht nur vorübergehend auftretenden Ursachen haben, Änderungen der Wechselkurse darstellen." ¹⁾ Die Länder, die die Parität ihrer Währung im Rahmen des IWF-Abkommens offiziell festgesetzt haben, dürfen nach der Beratung mit den Fonds die Austauschrelation ihrer Währungen zum Gold bzw. zur Leitwährung bis zu bestimmter Höhe ($\pm 10\%$) nach unten oder oben variieren ²⁾. Für die Änderung der Parität über bzw. unter diese Grenze hinaus ist die Zustimmung des IWF notwendig. Beim freien Wechselkurssystem veranlaßt die Zentralbank dann eine Paritätsänderung, wenn der Kurs die von ihr gewünschten Grenzen laufend über- bzw. unterschreitet. Die kleinen Ungleichgewichte in der Zahlungsbilanz, die durch eine Veränderung des Kassakurses hervorgerufen werden, können beim freien Wechselkurs auch ohne eine Paritätsänderung ausgeglichen werden ³⁾.

(a) Aufwertung

Kann der Überschuß der Zahlungsbilanz nicht durch devisenpolitische und währungspolitische Maßnahmen - wie Intervention der Zentralbank am Devisenmarkt, Kurssicherungs- politik und andere außenwirtschaftliche Absicherungsmaßnahmen - beseitigt werden, so erhöht die Währungsbehörde den Wechselkurs der eigenen Währung im Verhältnis zu den Währungen der anderen Länder. Eine solche Paritätsänderung ist in den untersuchten Ländern angesichts der primär passiven Zahlungsbilanz noch nicht vorgekommen.

1) Issing, Otmar, Leitwährung und internationale Währungsordnung, Berlin 1965, S. 118.

2) Veit, Otto, Grundriß, a.a.O., S. 727.

3) Braun, Oswald, Zur Theorie des Devisenterminmarktes (II) - Das Problem der Intervention auf den Kassa- und Terminmärkten, in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Bd. 177, Stuttgart 1965, S. 155.

(b) Abwertung

Demgegenüber erfolgen in den vier Ländern schon öfters Abwertungen. Zweck solcher Paritätsänderungen ist der Ausgleich des "fundamentalen Ungleichgewichts" der Zahlungsbilanz und die Herstellung der Währungsstabilität. "Diese Entwicklung ist gekennzeichnet durch ein Defizit in der Zahlungsbilanz von einem derartigen Ausmaß und einer solchen Dauerhaftigkeit, daß die Währungsreserven der Notenbank zur Überbrückung und Finanzierung nicht mehr ausreichend scheinen." ¹⁾

Mit der Abwertung bezwecken die Währungsbehörden eine Importdrosselung und Exportausdehnung, da wegen der niedrigen Preise der Exportgüter eine erhöhte Auslandsnachfrage nach Ausfuhrgütern des Inlandes erwartet wird. Dieses Ziel ist aber in allen Ländern nicht erreicht worden - entweder überhaupt nicht (Indonesien) oder aber nur kurzfristig (Philippinen). Der Grund dafür liegt darin, daß die Nachfrage nach Investitions- und einigen Konsumgütern in diesen Ländern noch groß ist und die Staatsausgaben laufend zunehmen. Ferner hat die Kreditexpansion zur Finanzierung der Entwicklungsprojekte stets ein neues Ungleichgewicht ausgelöst. Auch in Süd-Korea hat die vorletzte Abwertung nicht ihren Zweck, nämlich die Exportförderung und die Importdrosselung, erreicht: "The bulk of a part from a slight improvement of the profitability of some manufactures, and the devaluation probably will not help expansion of export trade in any notable way." ²⁾ Außerdem ist Süd-Korea (wie die Philippinen und Indonesien) stark importabhängig. Im Jahre 1968 wurden 25 % des Brutto-sozialprodukts für den Import verwendet. ³⁾

Eine Übersicht über die Paritätsänderungen in den untersuchten Ländern gibt Tabelle 51.

1) Küng, Emil, Zahlungsbilanzpolitik, a.a.O., S. 425.

2) N.N., Devaluation and Bank of Korea Economy, in: The Oriental Economist, December 1969, Tokyo, S. 16.

3) N.N., Indonesien bekämpft Inflation erfolgreich, in: Handelsblatt, 13. Januar 1970 und N.N., Indonesien auf dem Weg zur Stabilität, in: Neue Zürcher Zeitung, 28. November 1970.

Tabelle 51: Die Paritätsänderungen in den untersuchten Ländern			
Land	Datum der Paritäts- änderung	Paritätsänderung (inländische Währungseinheiten je US-Dollar)	
		bisherige Parität	neue Parität
<u>Indonesien</u>	18.9.48	2,65	3,80
	4.8.52	3,80	11,40
	25.8.59	11,40	45,00
	31.12.64	45,00	250,00
	Währungs- reform	1000 Rp alt	1,00 Rp neu
	13.12.65	0,25	10,00
<u>Süd-Korea</u>	1.5. 50	9,00	1.800,00
	1.11.50	1.800,00	2.500,00
	12.11.51	2.500,00	6.000,00
	Währungs- reform	100 Won alt	1 Hwan neu
	15.12.53	60,00	180,00
	15.12.55	180,00	500,00
	23. 2.60	500,00	650,00
	1. 1.61	650,00	1.000,00
	2. 2.61	1.000,00	1.250,00
	Währungs- reform	10 Hwan alt	1 Won neu
	9. 6.62	125,00	130,00
	3. 5.64	130,00	225,00 und Freigabe des Wechsel- kurses
<u>Philippinen</u>	4. 7.44	-	2,00
	6.11.65	2,00	3,90
	Quasi - Abwertung	21. 2.70	3,90
<u>Taiwan</u>	14. 2.50	5,00	7,50
	11. 7.50	7,50	10,35
	11. 4.51	10,35	
	12. 4.58	15,65	24,58
	21.11.58	24,58	36,08
	1. 6.63	36,08	40,00

Quellen: Pick's Currency Yearbook, New York 1958 und 1969.
Ferner Hahn, Oswald, Währungsbanken der Welt,
Bd. II, S. 206.

ii. Mengenfixierung

Unter Mengenfixierung im Devisengeschäft möchten wir die Intervention der Währungsbehörde am Devisenmarkt verstehen. "Ziel des Kursausgleichs und der Kursstabilisierung ist jeweils die Glättung der Bewegungen des Kassa- und Terminkurses." ¹⁾ Bei dem internationalen Währungsfonds-System verhindert die Zentralbank durch den Verkauf der Valuten, daß der Wechselkurs ²⁾ der fremden Währung über die festgesetzte Parität hinaus steigt bzw. der Preis der inländischen Währungseinheit sinkt. Mit dem Ankauf der Valuten bei einem Angebotsüberschuß auf dem Devisenmarkt wird versucht, den Kursfall der ausländischen bzw. den Anstieg der heimischen Währungseinheit zu vermeiden. Wenn ein frei schwankendes Wechselkurssystem vorliegt, bietet sich der Wechselkurs im Schnittpunkt der Angebots- und Nachfragekurve nach Devisen, wobei die Notenbank mit Hilfe des Währungsausgleichfonds auf dem Devisenmarkt eingreifen kann, um unerwünschte Kursschwankungen zu verhindern.

Die Intervention der Währungsbank zum Zwecke der Kursstabilisierung und des Kursausgleichs findet nicht nur am Kassamarkt statt, sondern die Währungsbank erwirbt und verkauft die Valuten auch am Terminmarkt. "Während die Interventionsinstanz bei einem Kursausgleich im System flexibler Wechselkurse je nach der Situation primär den Kassa- oder den Terminkurs beeinflussen kann, muß sie sich bei einer Kursstabilisierung darauf festlegen, ob sie den Kassa- oder den Terminkurs oder beide Kurse zugleich stabilisieren will." ³⁾

(1) Intervention am Devisenkassamarkt

Die Zentralbank interveniert dann auf dem Devisenkassamarkt, wenn der Kassakurs der eigenen Währung größere Schwankungen aufweist. Die Nachfrage nach Devisen ist in diesem Fall am Devisenmarkt größer bzw. kleiner als das Angebot an Valuten. Das Ungleichgewicht der Nachfrage nach und des Angebotes an Devisen kann seinen Ursprung in der Güterbewegung oder in der Kapitalbewegung haben,

- 1) Braun, Oswald, Zur Theorie des Devisenterminmarktes (II), a.a.O., S. 138.
- 2) Wechselkurs ist der Preis der ausländischen Währungseinheit ausgedrückt in heimischer Währungseinheit.
- 3) Braun, Oswald, Zur Theorie des Devisenterminmarktes

"die aus reinen Ertragsüberlegungen oder aus spekulativen Gründen oder aus Furcht vor politischen Verwicklungen vorgenommen werden." ¹⁾ Sind die Währungsreserven der Zentralbank groß genug, oder hat der Währungsausgleichsfonds ausreichende Mittel zur Verfügung, dann kann die Zentralbank die entstehenden Fluktuationen des Kassakurses, wie sie sich aus saisonellen und oben erwähnten Gründen ergeben, beseitigen und die eigene Währung vor einem Kurssturz bewahren.

"Interventionen am Kassamarkt führen zu einer unmittelbaren Veränderung der staatlichen Devisenreserven in voller Höhe der Devisentransaktionen der Interventionsstelle. Soweit die Interventionen aber die Spekulationstransaktionen beeinflussen, handelt es sich nur um eine vorübergehende Änderung der Devisenreserven." ²⁾ Zur Beeinflussung der laufenden Spekulation ist aber ein großer Bestand an Devisen notwendig. Hat die Zentralbank nicht genügend aktuelle und potentielle ³⁾ Devisenreserven, dann greift sie entweder zu administrativen Maßnahmen - wie Devisenbewirtschaftung - oder sie gibt (für eine Übergangszeit) den Wechselkurs frei.

Nach der Peso-Abwertung im Jahre 1965 war die philippinische Währung bis Anfang 1967 stabil und die Interventionen der Währungsbank beschränkten sich nur auf den Ausgleich der saisonellen Schwankungen des Wechselkurses. So kaufte bzw. verkaufte die Zentralbank Anfang 1966 den Dollar zu ₱ 3,9030 bzw. ₱ 3,9110 und am Ende dieses Jahres zu ₱ 3,8930 bzw. ₱ 3,903 bei einer Parität von 3,90. Der Dollarkurs der Banken betrug Anfang des Jahres ₱ 3,8960 und erreichte Ende des Jahres ₱ 3,904. Das durchschnittliche Kursniveau lag 1966 bei ₱ 3,8980. Der Dollarankaufskurs betrug im ganzen Jahr ₱ 3,888, während der Dollarverkaufskurs bei den Handelsbanken von ₱ 3,925 zu

(II), a.a.O., S. 138.

1) Schneider, Erich, Zahlungsbilanz, a.a.O., S. 71.

2) Braun, Oswald, Zur Theorie des Devisenterminmarktes, ka.a.O., S. 136.

3) Unter potentieller Devisenreserve wird die Möglichkeit verstanden, durch die die Zentralbank in naher Zukunft Devisen beschaffen kann. Z.B. Auflösung ihrer Guthaben im Ausland, Kreditaufnahme bei ausländischen und internationalen Geldinstituten.

Anfang des Jahres auf ₱ 3,905 im Dezember des Jahres herabgesetzt wurde ¹⁾. Im gleichen Jahr belief sich das durchschnittliche Devisenankaufsvolumen der philippinischen Zentralbank pro Monat auf 7 Mill. Dollar, während ihre Devisenverkäufe 4 Mill. Dollar durchschnittlich pro Monat erreichten. Die Zentralbank hat somit beträchtliche Devisenmengen aus dem Markt genommen. Ab Anfang 1967 begann der Dollarkurs anzusteigen. Die Intervention der Zentralbank konzentrierte sich von nun an auf den Verkauf von Devisen. Die Ursache der Kursverschlechterung ist von der Zentralbank wie folgt angegeben worden. "The usually heavy sales of foreign exchange by the Central Bank, particularly during the second half of the year, were brought about by the sharp expansion in domestic credits which, coupled with increased government expenditures triggered off not only an excess demand for imports but also considerable speculation against the peso." ²⁾ Erstmals seit der Abwertung wurde 1967 ein Druck auf die Handelsbanken ausgeübt: Sie wurden aufgefordert, ein Verhältnis von eins zu eins zwischen ihren Devisenverbindlichkeiten und dem Devisenbestand herzustellen und sich überwiegend mit dem Devisenankauf zu beschäftigen.

Tabelle 52: Der Dollarkassakurs und die Devisenumsätze der philippinischen Zentralbank					
Jahres- ende	durchschnittlicher Mittelkurs	Kassakurs der Transaktionen		Umsätze der Zentralbank in Mill. US-\$	
		Geld	Brief	Kauf	Verkauf
1966	3,898	3,888	3,985	Netto- kauf	An- 43
1967	3,917	3,897	3,930	289	371
1968	3,918	3,897	3,932	184	212
1969	3,916	3,898	3,935	151	211

Quelle: Zusammengestellt aus Wirtschaftsberichten.

1) 18th Annual Report 1966, S. 81 f.

2) 19th Annual Report 1967, S. 75.

Wie Tabelle 52 zeigt, sind mit der Verschlechterung des Pesokurses auch die Umsätze der Zentralbank am Kassamarkt gesunken. Ein entsprechender Dollaranstieg in Hongkong pflanzte sich auf den Philippinen fort. Um die Peso-Entwertung und Spekulationen zu verhindern, hat die philippinische Währungsbehörde 1967 Importrestriktionen beschlossen. Die Dollarkurse stiegen wieder auf beiden Märkten. Daraufhin wurde Anfang 1970 der Wechselkurs freigegeben und die Transaktionen der Zentralbank zum offiziellen Kurs eingestellt. Dieses System wurde nach kurzer Zeit durch eine Devisenbewirtschaftung ersetzt. ¹⁾

(2) Intervention am Devisenterminmarkt

Die Grundlage für den Devisenterminkurs bilden der Kassadevisenkurs und seine Schwankungen. Furcht vor Kurssenkung bzw. -anstieg und eventueller Abwertung bzw. Gewinnerwartung durch Aufwertung führt zu Spekulationen. Außer den Kursschwankungen ist die Höhe der offiziellen Währungsreserve der Zentralbank für die Kurserwartung der Spekulanten von Bedeutung ²⁾. Neben den Spekulanten treiben auch Händler und Geschäftsbanken aus Ertragsüberlegungen oder zur Risikoabsicherung Devisentermingeschäfte.

Die Intervention der Zentralbank am Termindevisenmarkt festigt das Vertrauen in die bestehende Parität, solange die Zentralbank dadurch das Devisenterminangebot vermehren und ihre Devisenterminverpflichtungen erfüllen kann. Eine Verringerung der Devisenreserve beim Devisentermingeschäft tritt später ein als es im Devisenkassageschäft der Fall ist. "Bei der Terminintervention kommt es also im Unterschied zur Kassaintervention, bei der sich die Devisenreserven vorrübergehend auch in Höhe der zusätzlichen Devisentransaktionen der Spekulanten ändern, von vornherein nur einer Änderung der Devisenreserven in

1) 22nd Annual Report 1970, S. 71 ff.

2) Neldner, M., Die Kursbildung ..., a.a.O., S. 71.

Höhe der durch die Intervention hervorgerufenen Leistungsbilanzänderungen." 1)

Die Technik dieser Intervention besteht darin, "die Terminkurse der eigenen Währung auf einer Höhe zu halten, die anlagewilligen in- und ausländischen Banken günstigere Kurs-sicherungskonditionen bietet als ohne diese Interventionen gelten würden." 2) Zur Förderung des Kapitalimportes kauft die Zentralbank eigene Währung am Devisenterminmarkt, bis deren Deport so klein bzw. ihr Report so groß geworden ist, daß die Voraussetzung für das Zustandekommen bzw. die Zunahme von Kapitalimporten gegeben sind. 3)

Zur Bekämpfung der Spekulation stehen der Zentralbank neben der möglichen Intervention am Devisenterminmarkt auch andere währungspolitische Maßnahmen zur Verfügung. 4) Mit Hilfe der Diskontpolitik, der Mindestreservpolitik und der Importvorauszahlungen wird das Kreditvolumen entsprechend zu beeinflussen versucht. Bei der Verminderung des Kreditvolumens sinken der "Arbitragefonds" und "Spekulationsfonds" sowie die Liquidität der Händler, was wiederum eine Verringerung an der Spekulations- und Arbitragetätigkeit sowie der Importquote bedeutet.

Obwohl die philippinische Zentralbank scharfe administrative und unternehmerische Maßnahmen zur Dämpfung des Kreditvolumens seit 1967 ergriffen hat, konnte der Kursverfall des Peso nicht gebremst werden. Der Grund liegt erstens darin, daß die Spekulation nicht nur von innen, sondern auch von außen (besonders von Hongkong her) induziert wurde. Zweitens hat sich trotz aller Bemühungen der Zentralbank das Kreditvolumen nicht verringert, sondern es ist umgekehrt sogar gestiegen. Drittens hat sich - wie

1) Braun, Oswald, Zur Theorie des Devisenterminmarkts, a.a.O., S. 316.

2) Lipfert, Helmut, Einführung ..., a.a.O., S. 186.

3) Vgl. ebenda, S. 187.

4) Neldner, Manfred, Die Kursbildung ..., a.a.O., S. 72 ff.

in den meisten Entwicklungsländern - der Importbedarf als äußerst preisunelastisch erwiesen: er ist ständig angestiegen im Hinblick auf die Ausdehnung des Geldvolumens.

Unter diesen Begleitumständen erwiesen sich weitere Interventionen auf dem Terminmarkt als unzweckmäßig: Es war der philippinischen Währungsbank klar geworden, daß der Kursfall der eigenen Währung nicht mehr aufgehalten werden konnte und eine Abwertung des Peso in naher Zukunft notwendig würde. ¹⁾ Im Fall der Quasi-Abwertung steigt der Terminkurs gegenüber dem Kassakurs an ²⁾. Es blieb der Zentralbank nichts anderes übrig, als entweder die Wechselkurse freizugeben oder das Vertrauen in die Parität wieder herzustellen, was in einem Entwicklungsland wie auf den Philippinen sehr schwer ist. Die Zentralbank der Philippinen hat zuerst den ersten Weg, die Freigabe des Wechselkurses, dann aber den der Devisenbewirtschaftung gewählt.

Tabelle 53: Devisentermingeschäft der philippinischen Zentralbank		
Jahresende	Durchschnittliche Ankäufe pro Monat	Durchschnittliche Verkäufe pro Monat
1965	35	15
1966	25	12
1967	6	11
1968	5	14

Quelle: Zusammengestellt aus Wirtschaftsberichten der philippinischen Währungsbank.

Wie aus Tabelle 53 zu ersehen ist, hat sich der Devisenterminkauf der Zentralbank seit 1967 verringert und dagegen ihr Devisenterminverkauf vergrößert. Die Gründe für

1) 22nd Annual Report 1970, S. 161 ff.

2) Braun, Oswald, Zur Theorie des Devisenterminmarkts (II), a.a.O., S. 144.

die negative Entwicklung des Termingeschäfts hat die Zentralbank der Philippinen "the high cost of futures as well as absence of sharp an arratic fluctuations in the spot rate (mainly due to the Central Bank's readiness to support it)" ¹⁾ in den beiden letzten Jahren angegeben.

1) 19th Annual Report 1967, S. 74. Ferner 18th Annual Report 1966, S. 82 und 1968, S. 70 f.

4. Abschnitt: Das von der Zentralbank als Währungs- autorität eingesetzte Instrumentarium

A. Einleitung

Oft reichen die von der Währungsbank ergriffenen behördlichen und unternehmerischen Maßnahmen nicht aus, um das Geldschöpfungspotential der Kreditinstitute im Sinne der Notenbank zu beeinflussen. In diesem Fall bedient sich die Zentralbank eines anderen Mittels, das weder administrativen noch unternehmerischen Charakter hat. Es ist jedoch mit diesen Instrumenten eng verbunden, d. h. diese Maßnahme ergänzt entweder das administrative und unternehmerische Instrumentarium oder sie stellt die Vorstufe der gesamten Mittel dar. "Im Gegensatz zu behördlichen und unternehmerischen Funktionen schlägt sich diese nicht in Firmenbezeichnungen nieder; es handelt sich dabei um eine aus den beiden erstgenannten Aufgaben abgeleitete Funktion." ¹⁾ Ferner beruht sie nicht auf gesetzlicher Grundlage. ²⁾ Das von der Zentralbank als "Währungsautorität" eingesetzte Mittel hat dann "direkten Einfluß auf das währungspolitisch relevante Verhalten der Personen und Institutionen," ³⁾ wenn die Zentralbank in der Lage ist, die behördlichen und die unternehmerischen Funktionen besser auszuführen.

Dieses Instrumentarium wird von Oswald Hahn in "Informationen über das Währungsgeschehen", "Empfehlungen" und "freiwillige Vereinbarungen" aufgeteilt. ⁴⁾ Mit Hilfe der "Informationen" gibt die Zentralbank über die Massenmedien durch öffentliche Stellungnahme und periodische Veröffentlichungen ⁵⁾ Auskunft über die Währungs- und allgemeine Wirtschaftslage. Durch die "Empfehlungen"

1) Hahn, Oswald, Das Instrumentarium ..., Heft I, a.a.O., S. 16.

2) Rittershausen, Heinrich, Zentralnotenbank, a.a.O., S. 148.

3) Siegert, Werner, Währungspolitik durch Seelenmassage?, Frankfurt/M. 1963, S. 25 und Schmölders, Günter, Geldpolitik, a.a.O., S. 268.

4) Hahn, Oswald, Das Instrumentarium ..., Heft I, a.a.O., S. 16.

5) Ebenda, S. 17.

fordert die Währungsbank die Wirtschaftssubjekte zu einem bestimmten währungspolitischen Verhalten auf. Die "Empfehlungen" sind zugleich mit den "versteckten Drohungen" in der Weise verknüpft. "daß ein Nichtbeachten dieser Ratschläge u.U. entsprechende behördliche oder unternehmerische Maßnahmen der Währungsbank nach sich ziehen kann ..." ¹⁾ Die "freiwilligen Vereinbarungen" schließlich, die auch als "Partnerschaft zwischen Währungsbank und Geschäftsbanken" bezeichnet werden können ²⁾, haben wie die Empfehlungen versteckte Drohungen hinter sich, wie die Anwendungen der administrativen Maßnahmen im Fall des Scheiterns der Verhandlungen oder Nichtbeachtung der vereinbarten Normen.

Bei der Behandlung der Maßnahmen, die kraft Autorität der Währungsbanken in den zu untersuchenden Ländern ergriffen werden, geht man zweckmäßigerweise von der oben erwähnten Dreiteilung aus. Obwohl sich in diesen Ländern eine Abgrenzung zwischen den administrativen Mitteln, den Empfehlungen und den freiwilligen Vereinbarungen schwer erkennen läßt, wird dennoch versucht, die genannten Instrumente und ihre Wirkungsmöglichkeiten in diesen Ländern kurz zu erörtern.

B. Die Arten des von der Währungsbank kraft ihrer Autorität eingesetzten Instrumentariums

I. Informationen

Unter Informationen, die er auch als "Moral-Suasion" bezeichnet, versteht Werner Siegert "alle Aktionen des Zentralbanksystems ..., mit denen es durch Kommunikationsmittel direkten Einfluß auf das währungspolitisch relevante Verhalten von Personen und Institutionen zu nehmen sucht." ³⁾ Die Währungsbehörde gibt den Wirtschaftssub-

1) Hahn, Oswald, Das Instrumentarium ..., Heft I, a.a.O., S. 17.

2) Ebenda, S. 17.

3) Siegert, Werner, Währungspolitik durch Seelenmassage?, a.a.O., S. 24 f.

jekten mit Hilfe von Publikationen, öffentlichen Stellungnahmen und Äußerungen Auskünfte über das Währungsgeschehen und die allgemeine Wirtschaftslage. Sie appelliert entsprechend der Lage an die beteiligten Wirtschaftssubjekte, um ein bestimmtes währungspolitisches Verhalten zu erreichen. Als Kommunikationsmittel verwendet die Zentralbank das Gespräch, Veröffentlichungen in Presse, Rundfunk, Fernsehen und gezielte Werbung. Zu den Veröffentlichungen gehören auch die periodischen Publikationen, die von der Zentralbank laufend in Form von Jahresberichten, Wirtschaftsberichten und anderen statistischen Angaben veröffentlicht werden. In den untersuchten Ländern sind die Währungsbanken durch die jeweiligen Zentralbankgesetze verpflichtet, mit Hilfe von Jahresberichten und anderen Publikationen den Personen und Institutionen über ihre Tätigkeit und die Wirtschaftslage des Landes einen umfassenden Überblick zu verschaffen.

Ein genauer Termin zur Veröffentlichung der Jahresberichte legen die Zentralbankgesetze von Indonesien und Taiwan nicht fest, während die Zentralbank von Süd-Korea innerhalb von drei Monaten nach dem Abschluß des Fiskaljahres zur Publikation des Jahresberichtes verpflichtet ist. Auch die Zentralbank der Philippinen ist gesetzlich aufgefordert, einen Jahresbericht vor März jeden Jahres zusammenzustellen.¹⁾

Über den Inhalt des Jahresberichtes finden sich in den Vorschriften von Indonesien und Taiwan keine Angaben. Demgegenüber legt das Zentralbankgesetz von Süd-Korea und den Philippinen den Inhalt des Berichtes fest.

Der Jahresbericht der Bank of Korea soll über die Lage der Bank, ihre Tätigkeit, ihre Währungs- und Kreditpolitik, die Devisenpolitik der Regierung und die Wirtschaftssituation des Landes im vergangenen Jahr informieren. "The annual report shall also include, as appendixes, monthly statistics relating to the major balance sheet

1) Indonesien, Art. 46; Süd-Korea, Art. 43; Philippinen, Sec. 37 und Taiwan, Art. 32.

items of the Bank and banking institutions, the money supply; government revenues, expenditures, and debts; foreign trade and foreign exchange transactions, production, wages and prices; and other pertinent statistical series. It shall also contain the the texts of any major legal and administrative measures adopted by the Government and the Monetary Board during the preceding years which bear upon the operations and functions of the bank or of banking institutions." ¹⁾ (Art. 43)

Der von der philippinischen Zentralbank zu veröffentliche Bericht soll neben der Darlegung der Verhältnisse der Bank, ihrer Tätigkeit im Berichtszeitraum und der Analyse der wirtschaftlichen und finanziellen Lage, die sich im Zusammenhang mit den eingesetzten währungspolitischen Maßnahmen ergeben hat, auch folgende Punkte berücksichtigen: 1. "The monthly movement of the money supply, distinguishing between currency and deposit money; 2. The monthly movement of purchase and sales of exchange and of the international reserve of the Philippines; 3. Monthly indices of wages, of the cost of living and of import and export prices; 4. The monthly movement of the accounts of the Central Bank and of other banks, by groupings and classifications to be determined by the chief of the Department of Economic Research in agreement with the Superintendent of Bank; 5. The principal data on Government receipts and expenditures and on the status of the public debt, both domestic and foreign; and 6. The texts of the major legal administrative measures adopted by the Government and the Monetary Board during the year which relate to the function institutions operating in the Philippines." (Sec. 37).

Neben dem Jahresbericht publizieren die betreffenden Zentralbanken auf eigene Initiative folgende Veröffentlichungen:

Indonesien: Indonesian Financial Statistics, Monthly Bulletin; Süd-Korea: Quarterly Economic Review; Review of Korean Economy (jährlich); Economic Progress in Korea (jährlich); Monthly Economic Statistics; Economic Statistics Yearbook. Ferner veröffentlicht die Bank of Korea je nach der Wirtschafts- und Währungssituation einige Publikationen, wie z.B. International Economic Relation of Korea, Financial Development since Interest Rate Reform u.a. Philippinen: Central Bank New Digest (wöchentlich); Statistical Bulletin (vierteljährlich); Economics Indicators (halbjährlich). Taiwan: Taiwan Financial Statistics (monthly); Taiwan Production Statistics (zusammen mit dem Wirtschaftsministerium); Report on Special Topics.

Die Informationspolitik der Zentralbanken in diesen Ländern bezieht sich nicht nur auf Unterrichtung der Wirtschaftssubjekte, sondern sie umfaßt auch umfangreiches statistisches Material. Die Zentralbanken wollen damit feststellen, wie die von ihnen eingehaltenen währungspolitischen Maßnahmen auf das Währungsgeschehen gewirkt haben und welche weiteren Folgen zu erwarten sind. Im allgemeinen kann man den Zentralbanken von Süd-Korea, den Philippinen und Taiwan eine gute Informationspolitik bescheinigen, ganz im Gegensatz zu Indonesien. Allerdings ist fraglich, ob diese Informationen auch die ihnen gebührende Verbreitung finden.

II. Empfehlungen

Appelle an Vernunft, Disziplin, Zusammenarbeit mit der Währungsbehörde und Maßhalten lassen sich vor allem für die Philippinen feststellen. Das folgende Zitat verdeutlicht einen Appell der Zentralbank an die Wirtschaftssubjekte zur Mitwirkung an den beschlossenen Maßnahmen der Zentralbank: "much depends on the cooperation and discipline which the private and public sectors will attainment of these monetary objectives. On the willingness of our people to bear the passing difficulties resulting from these monetary measures will spell the

difference between success and failure in the efforts of the Central Bank to preserve the stability and confidence in the peso. A strong Philippine peso which encourages and protects the prosperity and welfare of our people is the only sound basis for a lasting and orderly economic growth." 1)

Rechtliche Normen, die die Zentralbank zur Veröffentlichung von Appellen an die Wirtschaftssubjekte auffordern, existieren in diesen Ländern nicht. Aber die jeweiligen Zentralbanken machen im Einvernehmen mit dem Währungsrat und im Rahmen ihrer funktionellen Währungspolitik von den Empfehlungen und Appellen regen Gebrauch. So appellieren diese Institute oft an die Geschäftsbanken in Form von Memoranden, Resolutionen und Rundschreiben, Exportkredite zu bevorzugen, Importkredite zu erschweren, Spekulations- und Konsumkredite zu beschränken bzw. zu stoppen. Oder andere Wirtschaftssubjekte werden zur Unterhaltung von Konten bei den Banken aufgefordert. Im Fall der Nichtberücksichtigung der jeweiligen Empfehlungen haben die Zentralbanken häufig mit der Beschränkung ihrer Kreditgeschäfte oder Diskontgeschäfte gedroht.

Die Empfehlungen der Zentralbanken in diesen Ländern richten sich nicht nur an die Geschäftsbanken, sondern auch an andere Wirtschaftssubjekte. So hat z.B. die philippinische Zentralbank im Jahre 1969 verschiedene Wirtschaftsgruppen um Kooperation ersucht. Unter anderem sollten die ausländischen Unternehmungen ihre Importe reduzieren und den Gewinntransfer hinausschieben. Da diese Appelle nicht den gewünschten Erfolg zeigten, sah sich die Notenbank unter Verweis hierauf zu Importbeschränkungen und Devisenrestriktionen veranlaßt 2).

1) Garcia, Roberto Y., Policies of the Central Bank, in: Central Bank New Digest, Vol. XXII, No. 26, a.a.O., 1969, S. 6 f.

2) Garcia, Roberto Y., The Central Bank: Its Functions Objectives and Policies, in: Central Bank News Digest, Vol. XXII, No. 4, 1970, a.a.O., S. 6.

Die Grenze zwischen den Empfehlungen und den behördlichen Maßnahmen, die im Rahmen der funktionellen Währungspolitik von den betreffenden Notenbanken gefaßt werden, sind fließend. Eine scharfe Trennung zwischen den genannten Maßnahmen ist aus Gründen der fehlenden Informationen sehr schwer. Unter diesem Aspekt sind Rundschreiben, Memoranden und Resolutionen des Währungsrates teils unter den administrativen Maßnahmen (Auflagen und Beschränkungen), teils unter den unternehmerischen Maßnahmen der Zentralbanken dieser Länder behandelt worden.

III. Freiwillige Vereinbarungen

Das Mitgehen der Geschäftsbanken mit der Währungsbank ist vor allem im Hinblick auf die unorganisierten Finanzmärkte zur Erfüllung der gesamtwirtschaftlichen Aufgaben der Zentralbank notwendig, damit Kreditinstitute nicht in einer solchen Restriktionsperiode die notenbankpolitische Zielsetzung durchkreuzen.

Außer Empfehlungen gibt es in diesen Ländern keine gesetzlichen Regelungen, die die Zentralbank und die Geschäftsbanken zur Zusammenarbeit in Währungsfragen aufordern. Jedoch sind Vereinbarungen auf freiwilliger Basis zwischen Zentralbanken und Geschäftsbanken nicht unbekannt. Im Jahre 1967 wurde z.B. ein Gentlemen's Agreement zwischen der philippinischen Zentralbank und der Bankers Association abgeschlossen. Danach sollten die Mitglieder der Bankenvereinigung für bestimmte Güter Importvorauszahlung zwischen 25 und 150 % verlangen. ¹⁾

Derartige Importvorauszahlungen waren ihrerseits Gegenstand der Mindestauflagen, und der Auflagensatz betrug 100 %. Fünfzig Prozent dieser Reserve konnten in Regierungspapieren angelegt werden, die die Banken in Depot nehmen sollten. Der Importvorauszahlungssatz und die Stilllegungsfristen der Importvorauszahlungen sind seither vom Währungsrat mehrmals variiert worden (vgl. S. 79 f. und Tabelle 23).

1) 19th Annual Report 1967, S. 6.

Die Zusammenarbeit zwischen der Zentralbank und der Regierung bzw. staatlichen Unternehmungen in Währungsfragen hat in diesen Ländern unterschiedliches Niveau. Empfehlungen an Regierungsstellen, Koordinierung der Währungspolitik der Regierung, Unterstützung der Regierung in Wirtschaftsfragen durch die Zentralbank sind in Indonesien, Süd-Korea und den Philippinen gesetzlich vorgeschrieben. Nach Art. (7) des Bankgesetzes besteht die prinzipielle Aufgabe der indonesischen Zentralbank darin, der Regierung bei folgenden Fragen zu helfen:

"a. Regulating, safeguarding and maintaining the stability of the value of the Rupiah; b. promoting and facilitating production and development as well as enlarging employment opportunities in order to increase the standard of living of the people."

Die Bank of Korea ist während Inflations- oder Deflationsperioden quartalsweise zur Vorlage eines Berichts an die Regierung verpflichtet, der folgende drei Punkte beinhalten soll: die Analyse der Ursache und der Wirkungen der anormalen Bewegung des Geldvolumens oder des Preises; die Aufstellung der ergriffenen Gegenmaßnahmen und die sich aus anderen Maßnahmen ergebenden Empfehlungen, deren Einhaltung außerhalb der Befugnisse des Währungsrates liegen, die aber die Zentralbank für die Verbesserung der Lage für richtig hält (Art. 99).

Über die Koordinierung der Währungspolitik der Zentralbank und der Regierungsinstanzen sowie über die Zusammenarbeit der beiden Währungsbehörden äußert sich das philippinische Bankstatut wie folgt: "Government-owned corporations which perform banking or credit functions are hereby declared to be instruments of the national monetary policy and, accordingly, shall co-ordinate their general credit policies with those of the Monetary Board. Toward this end the Monetary Board may, whenever it deems it expedient, make suggestions or recommendations to such corporations for the more effective co-ordination of their policies with those of the Central Bank." (Sec.114)

C. Die Wirksamkeit von Moral-Suasion und freiwilligen Vereinbarungen

Bei der Ausübung ihrer Stellung als Währungsautorität ergibt sich der Vorteil, daß die Zentralbank mit einer gewissen Unterstützung der Geschäftsbanken rechnen kann. Positiv für die Geschäftsbanken ist, daß ihre eigenen Vorstellungen zum Teil berücksichtigt werden. ¹⁾ Der Erfolg und die Wirksamkeit von "Moral-Suasion" und freiwilligen Vereinbarungen sind aber in den untersuchten Ländern aus folgenden Gründen fragwürdig: 1. Trotz einer relativ guten Informationspolitik können die Informationen hinsichtlich fehlender Kommunikationsmittel und mangelnder Kommunikationswege nicht genügend verbreitet werden, und deshalb ist eine direkte Einflußnahme auf das währungspolitische Verhalten aller Wirtschaftssubjekte in dieser Form nicht erreichbar. 2. Fehlende Informationsmittel und mangelnde Informationswege tragen dazu bei, daß die von den Währungsbehörden verbreiteten Informationen von einigen Wirtschaftssubjekten manipuliert und in Gerüchte umgewandelt werden, die Befürchtungen in der Bevölkerung auslösen. Dies führt in einer Zeit der Inflationsbekämpfung zur weiteren Nachfrageerhöhung nach Sachgütern und Preissteigerungen an Stelle des beabsichtigten Maßhaltens. 3. Der Grundsatz, daß "Moral-Suasion" bei Restriktionen an alle Wirtschaftssubjekte gerichtet sein soll, kann in diesen Ländern auch nicht realisiert werden, und zwar aus drei Gründen: a. Appelle und Empfehlungen an den Staat und an staatliche Unternehmungen werden nicht befolgt, da der Staat zur Weiterentwicklung der Wirtschaft und zur Kapitalbildung nicht seine Ausgaben einzuschränken gewillt ist. b. Die Importeure folgen den Empfehlungen der Währungsbehörde deshalb nicht, weil die notwendigen Investitions- und Konsumgüter, die in diesen Ländern noch nicht produziert werden, den größten Teil der Importquote ausmachen. c. Die Empfehlungen an ausländische Unternehmungen, ihre Importe zu beschränken und ihre Kapital-, Gewinn- und Dividendenübertragungen hin-

1) Hahn, Oswald, Das Instrumentarium ..., Heft I, a.a.O, S. 17.

auszuschieben, werden mit dem Bestreben in Kollision kommen, ausländische Direktinvestitionen im Inland anzureizen.

Möglicherweise würden die Empfehlungen und Appelle bei den Kreditinstituten erfolgreich sein, da sich einerseits einige Geschäftsbanken im Besitz des Staates befinden und zum anderen die Geschäftsbanken - besonders die Privatbanken - hinsichtlich der Kreditinanspruchnahme stark von der Zentralbank abhängig sind.

Aus diesen Gründen ist das von der Zentralbank als Währungsautorität eingesetzte Instrumentarium in diesen Ländern weniger wirksam. Es wird oft durch die behördlichen und unternehmerischen Mittel ersetzt bzw. ergänzt - was in Industrienationen umgekehrt ist - und dadurch werden Kreditausweitungen in Restriktionsperioden vermieden.

5. Abschnitt: Die Beurteilung der Zentralbankpolitik

Mit Tabelle 54 ist der Versuch unternommen worden, eine zusammenfassende Gesamtübersicht über Umfang und Anwendung des zentralbankpolitischen Instrumentariums in den untersuchten Ländern zu geben. Über die Beurteilung der Zentralbankpolitik in den vier Ländern werden folgende Thesen aufgestellt.

A. Administrative Zentralbankpolitik

Die Anwendung der administrativen Währungspolitik findet von Land zu Land mit unterschiedlicher Intensität statt. Man kann ebenfalls differenzierte Intensität beim Einsatz derartiger Instrumente im Lauf der Zeit in einem Land feststellen. So ist in einer Zeit der wirtschaftlichen Stabilität eine Abkehr von administrativen zu unternehmerischen Maßnahmen zu beobachten. Es läßt sich im allgemeinen jedoch sagen, daß in Indonesien die Anwendung der administrativen Zentralbankpolitik stärker ist als auf den Philippinen, in Taiwan und in Süd-Korea.

1. Obwohl der Umfang der Anwendung der Privatwährung und Naturalumtausch (insbesondere in entlegenen Gebieten der Philippinen und Indonesiens) nicht quantifizierbar ist, verringert dies die Wirksamkeit der Zentralbankpolitik.

2. Die Erschwerung des Waren- und Kapitalverkehrs durch Devisenbewirtschaftung ermöglicht den jeweiligen Zentralbanken, autonome Währungspolitik zu betreiben. Solche Politik ist aber auf den Philippinen und in Taiwan von kurzfristiger Natur, da wegen ihrer Verpflichtung gegenüber dem Abkommen mit dem internationalen Währungsfonds die Fortsetzung derartiger Währungspolitik langfristig nicht angebracht ist.

3. Die Kontrolle der Bankgröße, Einführung der Zugangsbeschränkung und Steuerung des Einzugsgebiets der Banken haben gemeinsame Ziele: die kleinen Geldinstitute vor Insolvenz zu schützen, Sicherheit der Einlagen zu gewähr-

leisten, eine dauernde Kreditversorgung zu regeln und schließlich die Banknetze auf die entlegenen Gebiete auszuweiten.

4. Der Einsatz der Mindestreserveauflage ist in den betreffenden Staaten aktueller als andere behördliche Maßnahmen. Ferner ist die Einwirkung durch Mindestreserveauflagen ein Mittel, mit dessen Hilfe die jeweiligen Notenbanken reine währungspolitische Ziele verfolgen. Unterdessen werden die Auflagesätze häufig zur Regulierung der monetären Mengen variiert. Wenn bei dieser Maßnahme in Taiwan manchmal ein gewisser Mißerfolg zu verzeichnen ist, liegt der Grund darin, daß der niedrig liegende Höchstsatz regelmäßig voll ausgeschöpft ist.

5. In den letzten Jahren wird in Indonesien, Korea und auf den Philippinen häufig von der Importvorauszahlung Gebrauch gemacht. Damit beabsichtigen die betreffenden Währungsbehörden zwei Ziele: einmal versucht man durch die Senkung des Importvolumens und Devisenrationierung zur Herstellung des Zahlungsbilanzgleichgewichts beizutragen, zum anderen durch die Abschöpfungsaufgabe der Nichtbanken (Importeure) und durch Reserveauflagen der Banken das Geldschöpfungspotential der Geldinstitute zu verringern. Die Wirksamkeit dieses Mittels zur Importbeschränkung ist fragwürdig. Wie Tabelle 1 (vgl. S.4) zeigt, hat die Importmenge in letzter Zeit nicht ab-, sondern zugenommen. Der Grund liegt darin, daß einmal der Anteil der zur wirtschaftlichen Entwicklung lebenswichtigen Ausrüstungsgüter am gesamten Importvolumen in den betreffenden Gebieten noch groß ist und zum anderen die Finanzierungsmöglichkeiten für die Importeure innerhalb der nicht-organisierten Kreditmärkte bestehen, um durch die Importvorauszahlung eingetretene Liquiditätsengpässe zu beseitigen.

6. Das Ausmaß und die Intensität der quantitativen und qualitativen Beschränkungen ist je nach dem Land und je nach der wirtschaftlichen Situation unterschiedlich. So

Tabelle 54: Übersicht über den Umfang und die Anwendung des zentralbankpolitischen Instrumentariums in den untersuchten Ländern

Zentralbank-politisches Instrumentarium	Indonesien	Süd-Korea	Philippinen	Taiwan
A) Administrative Instrumente	Zentralbanken			
Emissionsinstanz:	Zentralbanken			
für Banknoten	Zentralbanken			
für Münzen	Zentralbanken			
Umfang der Währungseinheit	Zentralbanken			
Duldung mehrerer Währungen nebeneinander	keine Duldung fremder Währungen	keine Duldung fremder Währungen, jedoch für längere Zeit war der US-\$ verboten aber nicht unterbindbare Nebenwährung	keine Duldung fremder Währung	Staat, soll von Zentralbank in Umlauf gebracht werden
Geltungsbreite der Währungen	offiziell keine Privatwährungen; inoffiziell bestehen jedoch Privatwährungen und Naturalumtausch in fernegelegenen Gebieten (Naturalwährungen des indonesischen Archipels)	-	in entlegenen Gebieten noch Naturalumtausch (philippinische Reissstandard)	-

Währungsgebiet

bis 1970 war das Währungsgebiet kleiner als das politische (West-Iran mit eigener Währung: BI Rp). Ab 1970 sind beide Gebiete gleich

beide Gebiete decken sich

Devisenbewirtschaftung

Wechselkurs

bis 1970 komplizierte multiple Wechselkurse. Seit 1970 Tendenz zur Vereinheitlichung der Wechselkurse. Deviseneinnahmen sind abzulefern

Devisenzertifikatssystem mit der Ablieferung der Deviseneinnahmen

bis Februar 1970 fester Wechselkurs. Seither freier Wechselkurs. Deviseneinnahmen sind ablieferungs-pflichtig.

bis September 1970 freier Wechselkurs mit differenzierten Wechselkursen. Ab September Einführung des festen Wechselkurses. Deviseneinnahmen sind ablieferungs-pflichtig

Kapitalverkehr

Warenverkehr

Beschränkungen im Kapitalverkehr mit bestimmten Ländern verboten

(Volksrepublik China, Rhodesien, Angola und Süd-Afrika)

(alle kommunistischen Länder)

Zugangsbeschränkungen

Staatsbanken unterliegen den Bankgründungsbestimmungen sehr wenig. Für Privatbanken gibt es Zugangsbeschränkungen u. Nachweis eines bestimmten Eigenkapitals

die Gründung neuer Banken ist konzessionspflichtig. Nachweis eines Mindesteigenkapitals

(das erforderliche Kapital wird nach Standort, Art der Bank und des Geschäfts festgelegt)

Forts. Tab. 54: Übersicht über den Umfang und die Anwendung des zentralbankpolitischen Instrumentariums

	Indonesien	Süd-Korea	Philippinen	Taiwan
Beschränkungen des Einzugsgebietes	für die Gründung ausländischer Banken ist nur der Raum von Djakarta vorgesehen	keine Gebietsbeschränkungen	Gebietsbeschränkung für Zweigstellen: inländischer Banken innerhalb der Großstädte; ausländischer Banken außerhalb der Großstädte	keine Gebietsbeschränkungen
Steuerung der Bankgröße	Verhinderung der K o n z e n t r a t i o n s e r s c h e i n u n g durch Funktionstrennung			
Einwirkung auf die Einlagenzinssätze	Die Zentralbankgesetze dieser Länder ermächtigen die jeweiligen Notenbanken im Rahmen ihrer funktionellen Währungspolitik von der Festsetzung von Höchstzinssätzen Gebrauch zu machen. Neben den währungspolitischen Zielen bezwecken die Währungsbehörden durch die radikale Zinserhöhung auch eine Auflösung der Geldhorte			
Einlagenpolitik Öffentliche Einlagen sind zu halten bei:	Zentralbank und staatlichen Handelsbanken	hauptsächlich Zentralbank, daneben bei der Staatsbank		Zentralbank und Bank of Taiwan
Kombination der Einlagepolitik mit anderen Instrumenten	-	-	bis 1966 konnten die Einlagen des Staates auch bei Handelsbanken gehalten werden. Sie waren jedoch reservepflichtig	-
Auflagen gegenüber Banken	Sie haben einerseits die Funktion, die Zahlungsfähigkeit der Banken aufrechtzuerhalten, andererseits die Aufgabe zur währungspolitischen Steuerung			
Auflagensatz	fix	V a r i a b e l großer Variationsspielraum		Security Reserve: Variabel. Enger Variationsspielraum, Cash Reserve fix

Differenzierung des Auftragsatzes	-	Sonderregelungen für Genossenschaften	-	im Hinblick auf Handelsbanken, Industriebanken und Sparkassen
Bezugsgrundlagen der Mindestreserveauflagen:				
Aktivposten	-	-	Kreditzusagen	-
Passivposten	-	Klassifizierung nach den Einlagenarten	-	-
		Klassifizierung nach den Fristen		
Importvor- auszahlung		ist Objekt der Auflagen		-
Auflagefähige Aktiva		Guthaben bei den Zentralbanken, die den Banken bei der Abwicklung des Zahlungsverkehrs dienen, Kassenbestand und Guthaben bei den anderen Banken		
		Special Account	Monetary Stabilization Account	-
Verzinsung der Reserveauflagen		Grundsätzlich keine Verzinsung; nur bei Überschreitung des Höchstsatzes		-
Beschränkungen gegenüber Banken				
Kreditrestriktionen	-	Begrenzung des Kreditzuwachses		
Kreditstop	häufig	nur bis 1967 häufig	häufig	-
Kreditstop mit Rückführungsaufgabe	-	fallweise	-	-

Forts.Tab. 54: Übersicht über den Umfang und die Anwendung des zentralbankpolitischen Instrumentariums

	Indonesien	Süd-Korea	Philippinen	Taiwan
grundsätzliche Kreditsperre	-	fallweise	-	-
totale Kreditsperre	fallweise	-	-	fallweise
Kreditrichtsätze betreffend die Relationen	Kreditgewährung - Teil der bzw. gesamte Verbindlichkeiten oder gesamte Aktiva; gesamtes kurzfristiges Vermögen - eingelegtes Kapital	Kreditzuwachs - Termin- u. Spareingenzuwachs, kurzfristige Kredite - Kredite - Gesamteinglagen; Anlage der Kreditinstitute in Obligationen - Sichteinlagen	Realkredite - Spareinglagen; Eigenkapital zu allen Aktiva abzüglich des liquiden Mittels	Gesamtkreditvolumen zu Gesamteinglagen; Bürgschaftskredit - Gesamteinglagen; Aktienbestand zu Gesamteinglagen
Kreditselektionen	Bevorzugung der Güter wie landwirtschaftliche Erzeugnisse und Rohmaterial	zweckgebundene Kredite sind von der Genehmigung der Ministerien abhängig; Kreditbeschränkungen in Teilzahlungskrediten; Selektionen im Exportbereich	Befreiung der zwischenbanklichen Kredite von Kreditbeschränkungen; Befreiung der exportorientierten Industrie von Importvorauszahlung; Kombination der Selektionen mit Kreditstop	Bevorzugung der Kredite an staatliche Unternehmungen

Beschränkungen der Konditionen	-	Sollzinssatz ist mit Diskontsatz gekoppelt	-
Festsetzung d. Kreditzins- sätze	Mindest- und Höchstsatz	Höchst- und Mindestsatz	-
	Zinsdifferenzierung nach	W i r t s c h a f t s z w e i g e n	
	Zinsdifferenzierung nach	B a n k e n	
Kontrolle der Kreditlaufzeit	nach Finanzierungsobjekten wie Export-, Import-, Produktions- Transport-, Real- und Landwirtschaftskrediten Fixierung der Höchstlaufzeit	nach dem Kreditge- ber wie Handelsban- ken, Entwicklungsb- anken u. Sparkassen	
Beleihungs- Grenze	wird vom Währungs- rat festgelegt	wird vom Gesetzgeber festgelegt	
Beschränkungen der monetären Mengen der Bankkunden	drei Währungsre- formen	keine Währungs- reform	eine Währungsreform
Abschöpfungs- auflagen durch Währungsreform			
Abschöpfungs- auflage durch Beschränkung der Kreditauf- nahme	I m p o r t v o r a u s z a h l u n g e n		-
	-	fallweise	-

Forts. Tab. 54: Übersicht über den Umfang und die Anwendung des zentralbankpolitischen Instrumentariums

	Indonesien	Süd-Korea	Philippinen	Taiwan
B) Unternehmerrische Instrumente				
Zentralbank als Träger der Wirtschaftsfinanzierung	vorwiegend Staatsfinanzierung	vorwiegend Außenhandelsfinanzierung	vorwiegend Staatsfinanzierung	
	keine Direktgeschäfte	grundsätzlich keine Direktgeschäfte, jedoch im Notfall auch Direktgeschäfte	keine Direktgeschäfte	
Kreditpolitik				
Diskontpolitik				
Gegenstand d. Diskontgeschäfts	neben dem Handelswechsel bilden auch die Produktions-, Landwirtschafts- und Verkehrswechsel die Basis für das Diskontgeschäft			
Regulierung d. Kredit-sicherheiten	gesetzliche Vorschriften und Handelsbräuche	die Sicherheitsnormen werden von der Zentralbank fixiert	gesetzliche Mindestvorschriften	
Regulierung d. Restlaufzeit	keine Fixierung der Restlaufzeit, es wird nach Handelsbräuchen verfahren	die Restlaufzeiten der Handelswechsel sind auf 180 Tage festgelegt; die Restlaufzeit der anderen Wechsel liegt darüber		
Varilierung d. Diskontsatzes	Die Änderung und Festsetzung des Diskontsatzes liegt im Ermessen des Währungsrates			
	-	vom 1.1.1959 bis 31.12.1969 achtmal	vom 1.1.1959 bis 31.12.1969 zwölfmal	von 1961 bis 31.12.1969 achtmal
	-	Es existieren keine Höchst- und Mindestsätze		
	-	Diskontsatzdifferenzierung nach Wirtschaftszweigen		

Quantitative Diskontpolitik	-	häufig wird von der Möglichkeit von Rediskontkontingenten Gebrauch gemacht	
	-	Die Relationen werden nicht vom Gesetzgeber, sondern vom Währungsrat festgelegt	
	-	absolute Plafondierung	relative Plafondierung
	-	die Ermittlung des Gesamtkontingents und dessen Verteilung auf die einzelnen Banken	das Gesamtkontingent wird aus der Summe der Kontingente der einzelnen Banken ermittelt
	-	-	quantitative Diskontpolitik auf der Ebene Geschäftsbanken/Zentralbank
Lombardpolitik Beleihungs- objekte	die Gewährung der Lombardkredite liegt im Ermessen der Zentralbankleitung		
	Effekten und Waren	Effekten	Effekten und Edelmetall
	liegt im Ermessen des Währungsrates		
	-	-	ja
Lombardsatzdif- ferenzierung	die Relationen werden gesetzlich festgelegt	die Relationen werden von der Zentralbankleitung festgelegt	die Relationen werden von der Zentralbankleitung festgelegt
	Höchstsatz	-	Höchstsatz
Emergency Credit Policy	Beleihungsgrenze, Beleihungssatz, Kreditzinssatz und Leihfrist rat festgesetzt		wird vom Währungs-

Fort. Tab. 54: Übersicht über den Umfang und die Anwendung des zentralbankpolitischen Instrumentariums

	Indonesien	Süd-Korea	Philippinen	Taiwan
Staatsfinanzierung	durch Kreditaufnahme bei den Banken und Unterbringung der Staatstitel auf dem Markt sowie Geldemission			
Staatsfinanzierungspolitik	keine qualitative Begrenzung			
Kontingentierung der Staatsfinanzierung	die Höhe des Kreditzinssatzes ist gesetzlich fixiert	keine gesetzliche Vorschrift über die Kontingentierung	die Zinssatzfixierung liegt im Ermessen der Zentralbankleitung	keine gesetzliche Vorschrift über die Kontingentierung
Kontingentierungsobjekt	-	relative Begrenzung (in bezug auf die Steuereinnahmen der Vergangenheit)	nur Kontokorrentkredit und der Erwerb von Staatspapieren	-
	-	relative Begrenzung (Differenz zwischen der vom Parlament verfügbaren Höchstgrenze und sonstigen Inlandsverschuldungen)	relative Begrenzung (in bezug auf Steuereinnahmen der Vergangenheit)	nicht bekannt
	-	-	absolute Begrenzung	-
	-	Erwerbsbegrenzung der Staatstitel	-	-
Offenmarktpolitik				
Effektenhandel				
Gegenstand d. Effektenhandels				
			Zentralbankobligationen	
			Schatzwechsel, Regierungsoptionen und regierungs garantierte Obligationen	

Befristung der marktfähigen Papiere	Obligationen der Staatsbanken	-	-	-
Preispolitik im Effektenhandel:	-	-	ausländische Obligationen	-
Tap-Verfahren	die Fixierung der Verfallzeit der jeweiligen marktfähigen Papiere ist nicht gesetzlich fixiert, sondern liegt im Ermessen der Zentralbankleitung			
Tender-Verfahren	die marktfähigen Papiere werden nicht zu festem Kurs abgesetzt. Die Kursbildung erfolgt durch Versteigerung	-	die Kursbildung erfolgt durch Versteigerung	-
Quantitative Beschränkungen im Effektenhandel	keine gesetzlichen Vorschriften zur betragsmäßigen Ankaufsbeschränkung; jedoch sind die Zentralbanken angewiesen, je nach währungspolitischer Situation und Aufnahmefähigkeit des Marktes auf bestimmte Limitierung der Effektausgabe zu achten	maximale Abgabesätze und minimale Rücknahmesätze werden fixiert	-	-

die Abgabesätze der Papiere werden von der Zentralbank festgesetzt (Preisfixierung)

Forts.Tab. 54: Übersicht über den Umfang und die Anwendung des zentralbankpolitischen Instrumentariums

Indonesien	Süd-Korea	Philippinen	Taiwan
Der Spielraum für eine "autonome Devisenpolitik" ist gering			
Intervention der Zentralbank	selten	Von Mitte 1965 bis Anfang 1967 häufig; dann eingestellt	bisher nicht; in Zukunft erwartet
Paritätsänderung			
Parität festgesetzt am	keine offizielle Parität	keine offizielle Parität	am 4.9.1970
Abwertung bis Ende 1970	fünfmal	einmal (zuzüglich einer Quasi-Abwertung)	sechsmal
C) Autoritative Instrumente			
Informationen	durch Jahresberichte, Geschäftsberichte und Wirtschaftsberichte		
Empfehlungen	nicht bekannt	häufig	nicht bekannt
Freiwillige Vereinbarungen in institutionenloser Weise	auf der Ebene Regierung und Zentralbank	auf der Ebene Regierung und Zentralbank	-
in funktionsweiser Weise	-	auf der Ebene Zentralbank und Bankenvereinigung	

werden die Kreditrestriktionen in inflationären Perioden häufig und sogar kombiniert mit anderen behördlichen Maßnahmen (besonders Auflagen) eingesetzt. Ferner werden mit der Verwendung des quantitativen und qualitativen Instruments die Nebenwirkung erreicht. Während bei den institutionisierenden Kreditrichtsätzen die Anpassung der Kreditvolumen und Kreditstruktur der Banken an ihren finanziellen Möglichkeiten beabsichtigt ist, versuchen die Währungsbehörden bei der funktionellen Festsetzung der quantitativen Kreditverhältnisse das Kreditvolumen der Geschäftsbanken unter währungspolitischen Aspekten zu steuern. Ebenfalls sind bei der Verwendung von Selektionen die Nebenwirkungen erwünscht, z.B. die Förderung bestimmter Wirtschaftszweige.

7. Die Einlagen- und Kreditzinssätze werden häufig variiert. Bei der radikalen Erhöhung der Einlagenzinssätze versuchen die Währungsbehörden einmal, die aktuelle Liquidität der Wirtschaftssubjekte abzuschöpfen, zum andern die Verlagerung der Einlagen vom unorganisierten zum organisierten Geld- und Kapitalmarkt sowie die Enthortung der Gelder zu erreichen. Die Effektivität der Beeinflussung der Kreditzinssätze ist aber gering, da gegenüber deren Erhöhung die Wirtschaftssubjekte zinsunempfindlich sind.

B. Unternehmerische Zentralbankpolitik

Trotz der Neigung zur Abkehr von administrativen zu unternehmerischen Maßnahmen und trotz häufiger Einsätze der unternehmerischen Instrumente ist die Wirksamkeit dieser Politik gering, da in diesen Ländern ein leistungsfähiger Geld- und Kapitalmarkt und die dazu gehörenden Voraussetzungen fehlen.

1. Der Finanzierung des Staates durch die Zentralbank ist kaum eine Grenze gesetzt, oder die vorhandenen Begrenzungen werden mißachtet, da der Staat die Aufgabe gestellt hat, die fehlende Privatkapitalbildung durch die öffentliche Kapitalbildung zu ersetzen, um dadurch die Finanzierung der wirtschaftlichen Projekte zu ermöglichen.

2. Die Refinanzierungsmöglichkeiten sind in den betreffenden Staaten angesichts der wenig verbreiteten Abwicklung des Diskontgeschäfts gering. Deshalb ist die Wirksamkeit der Diskontpolitik auch gering. Bei der Änderung des Diskontsatzes (Leitzins) werden die Banken stärker belastet als Nichtbanken, da die Zinselastizität der Nichtbanken (Staat, Unternehmen und Privathaushalte) klein ist. Das ist allerdings eine internationale Erscheinung.

3. Das Ausmaß der Offenmarktpolitik der vier Notenbanken ist an den gesamten unternehmerischen Maßnahmen gemessen groß. Der Schwerpunkt im Offenmarktgeschäft liegt beim Effektenhandel, dessen Kreis sich aus Staatspapieren, Zentralbankobligationen und sonstigen festverzinslichen Papieren zusammensetzt: regierungsgarantierte Industrieobligationen, Obligationen der Staatsbanken in Indonesien und ausländische Obligationen auf den Philippinen. Mit dem Effektenhandel erstreben diese Notenbanken neben den währungspolitischen Zielen auch einen Beitrag zur Erweiterung des Geld- und Kapitalmarktes. Trotz aller Bestrebungen ist eine Wirksamkeit der Offenmarktpolitik dieser Zentralbanken angesichts des Fehlens leistungsfähiger Finanzmärkte noch gering.

4. Da Gold und Devisen in diesen Ländern wegen des permanenten Zahlungsbilanzdefizits knapp sind, werden sie am Offenmarkt kaum als Handelsgegenstand verwendet. Sie dienen vielmehr zur Verbesserung der internationalen Reserven. Nur auf den Philippinen hat gelegentlich die Zentralbank auf dem Kassa- und Termindevisenmarkt zur Unterstützung des Peso-Kurses interveniert. Ab 1968 ist eine solche Intervention hinsichtlich des Devisenmangels eingestellt. Da in Indonesien und Süd-Korea ein freies Wechselkurs-system existiert, könnten die jeweiligen Notenbanken zwar unter Blickrichtung auf das Geldvolumen intervenieren. Von dieser Möglichkeit wird jedoch nur wenig Gebrauch gemacht. Für die Zukunft läßt sich für Taiwan eine Intervention der Zentralbank am Devisenmarkt erwarten.

C. "Autoritative" Zentralbankpolitik

Die autoritativen Maßnahmen spielen bei den untersuchten Währungsbanken eine untergeordnete Rolle. Empfehlungen und freiwillige Vereinbarungen werden häufig unter administrativen Maßnahmen verwendet. Süd-Korea, die Philippinen und teilweise Taiwan betreiben eine verhältnismäßig gute Informationspolitik. Ob allerdings die verbreiteten Informationen die Betriebswirtschaften zum entsprechenden währungspolitischen Verhalten veranlassen, ist fraglich. Jedoch kann man bei den Empfehlungen an Banken und Betriebswirtschaften mit einem gewissen Erfolg rechnen, da sich einerseits die Mehrzahl der Geschäftsbanken im staatlichen Besitz befindet, andererseits die Abhängigkeit der Geschäftsbanken von der Zentralbank wegen der Liquiditätsspannung groß ist.

Während in Süd-Korea und Taiwan vorwiegend von unternehmerischen Maßnahmen Gebrauch gemacht wird, hat in Indonesien und neuerdings auf den Philippinen der Anteil der administrativen Instrumente an der Zentralbankpolitik das Übergewicht.

Literaturverzeichnis

Bücher

- Aufricht, Hans: Central Banking Legislation, 2. Aufl., Washington, D.C. 1961
- Aust, Eberhard: Der Wettbewerb in der Bankwirtschaft, Frankfurt/M. 1963
- Basu, S.K.: Central Banking in the Emerging Countries, Bombay 1968
- Beck, Heinz: Kommentar zum Bundesbankgesetz, Düsseldorf 1959
- Becker, Jürgen: Die kontinuierliche Liquiditätsversorgung des Bankensystems, Berlin 1969
- Cairncross, A.K.: Monetary Policy in a Mixed Economy, 1960
- Charlesworth, H.K.: A Banking System in Transition, Djakarta 1959
- Claus, Lau: Die Wechselkurspolitik der Entwicklungsländer, Diss. Hamburg 1961
- De Kock, M.H.: Central Banking, 3. Aufl., London 1954
- Doebel, Rüdiger: Devisenbewirtschaftung und Wirtschaftswachstum in Entwicklungsländern, Frankfurt/M. 1968
- Dual, Hansjoachim u. Pfattleicher, Hermann: Korea von A-Z, Bonn 1968
- Einzig, Paul: Primitive Money, In its Ethnological, Historical and Economic Aspects, 2. Aufl. 1966, Oxford, London
- Escher, Volkhard: Der Einflußsteuertermin auf die Liquidität der Geschäftsbanken bei Zentralbanksystem, Diss. Köln 1957
- Eucken, Walter: Grundsätze der Wirtschaftspolitik, Tübingen 1965
- Feifel, Hermann: Die Anwendbarkeit der modernen Krediterschöpfungslehre auf die besondere Art des Sparkassengeschäfts, Berlin 1957
- Floss, Eberhard: Die Auswirkung der Mindestreservepflicht unter besonderer Berücksichtigung der Sparkassen, Berlin 1956
- Fousek, Peter C.: Foreign Central Banking: The Instrument of Monetary Policy, Federal Reserve Bank of New York, New York 1957
- Friedrichs, Dieter: Theorie und Praxis multipler Wechselkurse in der Entwicklungspolitik, Diss. Hamburg 1969

- Forstmann, Albrecht: Geld und Kredit, 2. Teil, Göttingen 1952
- Gafafer, Hans-Jakob: Die selektive Kreditpolitik als Mittel der Konjunktur und Wachstumspolitik, Diss. Zürich 1967
- Graebner, Wolfgang: Direkte Kontrollen als Mittel der Geldpolitik, Köln-Opladen 1966
- Gutenberg, Erich: Grundlagen der Betriebswirtschaftslehre, 1. Bd., 10. Aufl., Berlin-Heidelberg-New York 1965
- Hahn, Oswald: Die Möglichkeiten einer Förderung des Scheckverkehrs, Frankfurt/M. 1962
- ders.: Zahlungsmittelverkehr der Unternehmung, Wiesbaden 1962
- ders.: Geld- und Devisenhandel, Stuttgart 1964
- ders.: Bankbetriebslehre, Schaeffers Grundriß des Rechts und der Wirtschaft, Bd. 85, Stuttgart 1967
- ders.: Das Instrumentarium der Währungsbank, Heft I, Rückersdorf 1968; Heft II, Rückersdorf 1968, Heft III, Rückersdorf 1970
- ders.: Die Währungsbanken der Welt, Band I: Institutionen und Organe, Stuttgart 1968; Band II: Die Abhängigkeiten der Zentralbankleitung, Stuttgart 1968
- Heidinger, Joseph: Offen-Markt-Politik und Kreditmarkt, Diss. München 1939
- Höchst, Otto: Offen-Markt-Politik und Staatskredit, Diss. Köln 1969
- Klein/Christian: Das zentralbankpolitische Instrumentarium der afrikanischen Entwicklungsländer im Commonwealth, Diss. Nürnberg 1970
- Klein, Kurt: Die Kreditplafondierung, eine geldkredittheoretische Notwendigkeit, Berlin 1967
- Köhler, C.: Orientierungshilfen für die Kreditpolitik, Berlin 1968
- König, Norbert: Probleme der Kapitalbildung in Entwicklungsländern - das thailändische Beispiel, Berlin 1963
- Krümmel, Hans-Jacob: Bankzinsen, Köln-Berlin-Bonn-München 1964
- Küng, Emil: Zahlungsbilanzpolitik, Tübingen 1959
- Lehmann, Hubert: Wirtschaftsordnung und Entwicklungspolitik in Taiwan, Diss. Bochum 1970

- Lierow, Hans-Joachim: Der Geldschöpfungskoeffizient der Kreditbanken in der Bundesrepublik, Berlin 1957
- Linhardt, Hanns: Kreditkontrolle, Essen 1954
- ders.: Bankbetriebslehre, Band I: Bankbetrieb und Bankpolitik, Köln-Opladen 1957
- ders.: Kritik der Währungs- und Bankpolitik, Köln-Opladen 1963
- Lipfert, Helmut: Der Geldmarkt, Frankfurt/M. 1967
- ders.: Devisenhandel, Frankfurt/M. 1968
- ders.: Einführung in die Währungspolitik, 4. Aufl., Frankfurt/M. 1969
- Manke, Axel: Die Problematik des Systems der freien Wechselkurse unter Berücksichtigung beispielhafter Erfahrungen, Diss. Mannheim 1968
- Mellerowicz, Konrad: Allgemeine Betriebswirtschaftslehre, Bd. I, 12. Aufl., Berlin 1964
- Neldner, Manfred: Die Kursbildung auf dem Devisenmarkt und die Devisenterminpolitik der Zentralbanken, Berlin 1970
- Nevin, Edvard: Capital Funds in Underdeveloped Countries, The Role of Financial Institutions, London 1961
- Njio, Charles: Voraussetzung zur Auslösung eines Wachstumsprozesses in der indonesischen Wirtschaft, Diss. München 1967
- Obst, Georg/Hintner, Otto: Geld-, Bank- und Börsenwesen, 35. Aufl., Stuttgart 1963
- Oldenberg, Peter: Inflationsbekämpfung mit Hilfe der Mindestreservpolitik der Zentralbank, Diss. Graz 1963
- Ong, Yan Poen: Die multiplen Wechselkurse, Diss. Zürich 1968
- Pentzek, Dieter: Der freie Wechselkurs, Berlin 1963
- Rittershausen, Heinrich: Internationale Handels- und Devisenpolitik, 2. Aufl., Frankfurt/M. 1955
- ders.: Die Zentralnotenbank, Frankfurt/M. 1962
- Saager, Günther: Die Diskontpolitik als Mittel zur Beseitigung von Zahlungsbilanzungleichgewichten, Diss. Freiburg/Schweiz 1963
- Samik-Ibrahim, Rahmat A.K.: Hindernisse für die Ausbreitung der Bank- und Versicherungswirtschaft in Indonesien, Diss. Köln 1963
- Sayers, R.S.: Central Banking in Underdeveloped Countries, Cairo 1956
- ders.: Modern Banking, 4. Aufl., London 1958

- Schäfer, Erich: Die Unternehmung, 7. Aufl., Köln-Opladen 1970
- Schmölders, Günter: Geldpolitik, 2. Aufl., Tübingen 1968
- Schneider, Erich: Einführung in die Wirtschaftstheorie, Band III: Geld, Kredit, Volkseinkommen und Beschäftigung, 10. Aufl., Tübingen 1967
- ders.: Zahlungsbilanz und Wechselkurs, Tübingen 1968
- Schuster, Leo: Zentralbankpolitik und Bankenaufsicht in den EWG-Staaten, Köln-Opladen 1967
- Sen, S.N.: Central Banking in Underdeveloped Money Market, Delhi 1952
- Sethi, J.D.: Problem of Monetary Policy in Underdeveloped Country, Bombay 1961
- Seyffert, Rudolf: Wirtschaftslehre des Handels, 2. Aufl., Köln-Opladen 1955
- Siegert, Werner: Währungspolitik durch Seelenmassage?, Frankfurt/M. 1963
- Song, Chan-Jin: Die Neugestaltung des koreanischen Bankwesens nach dem zweiten Weltkrieg, ihre Notwendigkeiten und Auswirkungen, Diss. München 1962
- Somary, Felix: Bankpolitik, 3. Aufl., Tübingen 1934
- Spindler, J. von: Geldmarkt, Kapitalmarkt, Internationale Kreditmärkte, Stuttgart 1960
- Spindler, J. von, Becker, H., Starke, O.: Die Deutsche Bundesbank, 3. Aufl., Berlin-Stuttgart-Köln-Mainz 1969
- Stadermann, Bertfried: Offenmarktgeschäfte als Instrument der Liquiditätspolitik, Frankfurt/M. 1961
- Steiner, K.: Bankpolitik gegenüber unterentwickelten Ländern, Wien 1964
- Stucken, R.: Geld und Kredit, 2. Aufl., Tübingen 1957
- ders.: Was stimmt nicht mit unserem Geld?, Hamburg 1967
- Striegel, Werner: Taiwan, Ein interessanter Standort für Investoren, Berlin-München 1968
- Traeger, Joachim: Die wirtschaftliche Entwicklung Indonesiens 1950-1960, Bestimmungsgründe, Verlauf und Konsequenzen, Diss. Tübingen 1967
- Tudyka, Kurt P.: System und Politik der Mindestreserve, Berlin 1964

- Veit, Otto: Grundriß der Währungspolitik, 3. Aufl., Frankfurt/M. 1969
- Weber, Adolf: Geld und Kredit, Banken und Börsen, 6. Aufl., Heidelberg 1959
- Wöhe, G.: Einführung in die Allgemeine Betriebswirtschaftslehre, 6. Aufl., Berlin-Frankfurt/M. 1964
- Worret, Franz: Bankpolitik als Machtfrage, Berlin 1955
- Zwoll, Johann Hermann van: Mindestreserven als Mittel der Geld- und Kreditpolitik, Berlin 1954

Aufsätze und Beiträge

- Arandt, H.V.: Banking in Hyperinflation, in: Bulletin of Indonesian Economic Studies, Hrsg.: Department of Economic Research School of Pacific Studies, Australien
- Bennig, Bernhard: Geldmarkt, in: Enzyklopädisches Lexikon für das Geld-, Bank- und Börsenwesen, 2. Aufl., Band I, Frankfurt/M. 1968, S. 589 ff.
- Bester, H.: Theorien zur wirtschaftlichen Entwicklung, in: Handbuch der Entwicklungspolitik, Hrsg.: Besters, H., Bösch, E.E., Stuttgart 1966, S. 297 ff.
- Bilke, Karl-Heinz: Geld und Kredit in Entwicklungsländern, in: Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen, Frankfurt 1961, H. 9, S. 957 f.
- Birnbaum, Eugen A. und Qureshi, Moeen A.: Advance Deposit Requirements for Imports, in: Staff Paper, International Monetary Fund, Vol. VIII, Washington, D.C., Nov. 1960, S. 115 ff.
- Bloomfield, Arthur I.: Monetary Policy in Underdeveloped Countries, in: Reading in Economic Development, Belmont/Calif. 1963, S. 355 ff.
- Bok, Han Hae: Floating Rate, in: Far Eastern Economic Review, Vol. 48, No. 3, 15. April 1965, S. 133
- Braun, Oswald: Zur Theorie des Devisenmarktes (II). Das Problem der Intervention auf den Kassa- und Terminmärkten, in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistic, Band 177, Stuttgart 1965
- Bröcker, Günter: Kapitalmarkt, in: Enzyklopädisches Lexikon für das Geld-, Bank- und Börsenwesen, 2. Aufl., Band I, Frankfurt/M. 1968, S. 940 ff.

- Castillo, Andres V.: Problem Confronting Private Commercial Banks, in: Central Bank News Digest, Released Weekly by the Department of Economic Research, Vol. XVIII, No. 34, Manila 23. Aug. 1966, S. 2 ff.
- Castro, A.A.: Central Banking in the Philippines, in: Central Banking in South and East Asia, Hong-Kong 1960, S. 170 ff.
- Chang, T.: Central Banking in China, in: Central Banking in South and East Asia, Hong-Kong 1960, S. 27 ff.
- Charlesworth, H.K. und Hooley, R.W.: A Philippines Case Study: Problems in Financing Economic Development, The need for an Effective Capital Market, in: International for Multinational Business, Scranton Pa, 1967, S. 597 ff.
- Chung, Nae Hoon: Monetary Policy in Korea 1945-1960, in: Economics, Hrsg.: The Korean Economics Association, Vol. XI, Seoul 1963, S. 14 ff.
- Cole, David: New Direktion for the Banking System, in: Bulletin of Indonesien Economic Studies, Australian National University Press Cambera, Vol. V, No. 1, 1969, S. 60 ff.
- Devine, Carl: Project Feasibility, Capital Cost and Discounting Procedures, in: Ekonomi dan Keuangan Indonesia, Djakarta, Vol. 16, No. 3, 1963, S. 47 ff.
- Dewey, Alice: Capital, Credit and Saving in Javanese, in: Capital, Saving and Credit in Peasant Societies, Hrsg.: Raymond Firth, London, 2. Aufl., 1969, S. 230 ff.
- Djanin, M. Arif: Inflation, Privatcapital Formation and Economic Development in Indonesia 1953-1959, in: Ekonomi dan Keuangan Indonesia, Djakarta 1963
- Dorn, Armin: Geldwesen und Bankensystem in Republik China, in: Archiv für das Spar-, Giro- und Kreditwesen, Hrsg.: Institut für das Spar-, Giro- und Kreditwesen an der Universität Bonn, Nr. 3, 1966, S. 14 ff.
- Dürr, Ernst: Art. Geldpolitik II, Zur Stabilisierung wenig geeignet, in: Wirtschaftswoche, der Volkswirt, Heft 53, 24. Dez. 1971, S. 33 ff.
- Emery, Robert: The Successfull Development of the Philippine Treasury Bill Market, in: Central News Digest, Vol. XIX, No. 24, Manila, 13. Juni 1967, S. 2 ff.
- Garcia, Roberto Y.: Exchange Rate Policy of the Philippines, in: Central Bank News Digest, Vol. XVIII, No. 34, Manila, 23. Aug. 1966, S. 2 ff.

- Garcia, Roberto Y.: Policies of the Central Bank, in: Central Bank News Digest, Vol. XXI, No. 26, June 1969, S. 2 ff.
- ders.: The Central bank: Its Functions, Objectives and Policies, in: Central Bank News Digest, Vol. XXII, No. 4, 20. Jan. 1970, S. 7 ff.
- Ghaussy, A. Ghani: Kapitalbildung, in: Entwicklungspolitik, Handbuch und Lexikon, Hrsg. Besters, H. und Bösch, E.E., Stuttgart 1966, Spalte 1285
- Ghosh, Santikumar: Antiinflationäre Finanzpolitik, Geldpolitik und direkte Kontrollen in Entwicklungsländern, in: Finanzpolitik in Entwicklungsländern, Hannover 1965, S. 269 ff.
- Gleske, Leonhard: Notenbankpolitik, in: Enzyklopädisches Lexikon für das Geld-, Bank- und Börsenwesen, Band 2, Frankfurt/M. 1968, S. 1287 ff.
- Hahn, Oswald: Auswirkung einer Diskontsatzserhöhung auf Unternehmerentscheidungen, in: Der Betrieb, 1960, Nr. 44
- ders.: Geldpolitik in Asien, in: Handbuch der Entwicklungspolitik, Hrsg.: Besters, H. und Bösch, E.E., Stuttgart 1966, Sp. 1169 ff.
- ders.: Sparpolitik, in: Handbuch der Entwicklungspolitik, Hrsg.: Besters, H. und Bösch, E.E., Stuttgart 1966, Sp. 1169
- ders.: Das absatzpolitische Instrumentarium der Depositenbanken, in: Österreichisches Bankarchiv, 1966, Nr. 10
- ders.: Die Auswirkungen der Diskonterhöhung auf die Rentabilität der Universalbanken, in: Sparkasse, Nr. 1, 1967, S. 1 - 11
- ders.: Auswirkung einer Diskontsatzserhöhung auf die Rentabilität der Universalbanken, in: Sparkasse, 1967, Nr. 1 und Nr. 2
- ders.: Die Zinsempfindlichkeit der Kreditnehmer, in: Österreichisches Bank-Archiv, 1967, Nr. X und XI, S. 390 ff.
- ders.: Die Geldschöpfungskapazität einer Girobank in betriebswirtschaftlicher Betrachtung, in: Blätter für Genossenschaftswesen, Wiesbaden 1961, Nr. 11 und 12.
- ders.: Art. Afghanistan, in: Enzyklopädisches Lexikon für das Geld-, Bank- und Börsenwesen, Bd. 1, 3. A., Frankfurt 1967, S. 16-21

- Hasselbach, Walter: Funktionen und Aufbau eines Banksystems in Entwicklungsländern, in: Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen, Heft 4, Frankfurt/M. 1968, S. 150 ff.
- Higgins, Benjamin H. und Hollinger, William C.: Central Banking in Indonesia, in: Central Banking in South and East Asia, Hrsg. Gethy Davis, Hong-Kong, 1960, S. 53 ff.
- Ho, Ronald H.C.: Bank Examination in Taiwan, in: Economic Review, Hrsg.: Bank of China, Taipei May-June 1965, S. 16 ff.
- Hsu, Hon P.Y.: Reaktivierung der Zentralbank von China und ihre Operationen, in: Economic Review, Hrsg.: Bank of China, Taipei, 1961, S. 1 ff.
- Jaramillo, Rodrigo: Central Bank Discount Rates, Staff Paper, Hrsg.: International Monetary Fund, Washington, D.C., Vol. XIII, March 1966, S. 103 ff.
- Kaiser, Albrecht: Der Zins in einem Entwicklungsland, in: Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen, Frankfurt/M. 1962
- Kanesa-Thanan, S.: Stabilizing an Economy - A Study of the Republic of Korea, in: Staff Paper, Hrsg.: International Monetary Fund, XVI. Vol., March 1969, S. 1 ff.
- ders.: Multiple Exchange Rates: The Indonesian Experience, in: Staff Paper, Hrsg.: International Monetary Fund, Vol. XIII, Jul. 1966, S. 354 ff.
- Khatkhate, Deenar: Instruments of Monetary Control in Developing Economies, in: The Banker, Vol. 117, No. 502, London 1967, S. 1062-1065.
- Kim, Byong Kum: Central Banking in Korea, in: Central Banking in South and East Asia, Hrsg.: Gethyn Davis, Hong-Kong 1970, S. 87 ff.
- Köllner, Lutz: Banken in Entwicklungsländern, in: Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen, Heft 3, 1962, S. 117 ff.
- ders.: Geldwirtschaft, in: Handbuch der Entwicklungspolitik, Hrsg.: Besters, H. und Bösch, E.E., Stuttgart 1966, Sp. 1174 ff.
- Legarda, Benito: Money Market with Special Reference to Developing Countries, in: Central Bank News Digest, Vol. XVII, No. 51, Manila, 21. Dez. 1965, S. 2 ff.
- ders.: Reflection on the Structure of the Philippines Banking System, in: Central Bank News Digest, Vol. XX, No. 37, Manila, Sept. 1968, S. 2 ff.

- Lipfert, Helmut: Devisenpolitik, in: Enzyklopädisches Lexikon für das Geld-, Bank- und Börsenwesen, 3. Aufl., Band I, Frankfurt/M. 1968
- Marshall, Jorge: Advance Deposit on Imports, in: Staff Paper, Hrsg.: International Monetary Fund, Vol. VI, Washington, D.C., April 1958, S. 239 ff.
- Meyer, F.W.: Devisenbewirtschaftung, in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, Band 2, Göttingen 1959, S. 584 ff.
- Möller, Hans: Flexible Wechselkurse - ein unrealistisches Rezept, in: Volkswirtschaft, Heft 28, 1961, S. 28 ff.
- Multerer, Gerhard: Zum Problem der Mindestreservepolitik, in: Ifo-Studium, 2. Jg., 1956
- Nari, I.: Philippine Economic Development, in: Central Bank News Digest, Vol. XIX, No. 5, 12.2.1967, S. 5
- Nowak, R.: System und Abgrenzung der direkten Kreditkontrolle im Rahmen der Währungs politik, in: Der Betrieb in Unternehmung, Festschrift für Wilhelm Rieger, Hrsg.: J. Fettel u. H. Linhardt, Stuttgart 1963, S. 433 ff.
- o.V.: Die Philippinen auf Restriktionskurs, in: Süddeutsche Zeitung, 20.4.1970
- o.V.: Foreign Exchange Reform in Korea, in: International Financial News Survey, Washington, D.C. 1961, S. 55, Vol. 13, Nr. 7
- o.V.: Indonesien, in: Enzyklopädisches Lexikon für das Geld-, Bank- und Börsenwesen, 3. Aufl., Band 2, Frankfurt/M. 1968, S. 769-771
- o.V.: Indonesien, Zentralbank keine Geschäftsbank, in: Außenhandelsdienst, 22. Jg., Heft 23, 1968
- o.V.: Kapitalmarkt in Indonesien, in: Handelsblatt v. 23.2.1971
- o.V.: Keine Sonderstellung von Auslandsgeldern, in: Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen, 12. Jg., 1959, S. 267
- o.V.: Measures for Mobilizing Domestic Saving for Productive Investment, in: Economic Bulletin for Asia and the Far East, Vol. XIII, No. 3, Dez.1962, S. 1 ff.
- o.V.: Philippinen, in: Enzyklopädisches Lexikon, für das Geld-, Bank- und Börsenwesen, Bd.II, 3. Aufl., 1968, S. 1362 ff.

- o.V.: Role of Development Banks in the Food Production Programm, in: Central Bank News Digest, Vol. XX, No. 30, 23.6.1968
- o.V.: Süd-Korea, in: Enzyklopädisches Lexikon für das Geld-, Bank- und Börsenwesen, 3. Aufl., Band 2, Frankfurt/M. 1968, S. 1036 ff.
- o.V.: Taiwan, in: Enzyklopädisches Lexikon für das Geld-, Bank- und Börsenwesen, 3. Aufl., Band 2, 1968, S. 1590
- o.V.: Tax Structure Overhaul urged, in: Central Bank News Digest, Vol. XIX, No. 9, Feb. 1967
- o.V.: Wertpapieranlage statt Mindestreserve?, in: Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen, 4. Jg., 1961, S. 509
- o.V.: Won Devaluation and Bank of Korea, in: The Oriental Economist, No. 710, Tokyo, Dec. 1969, S. 14 ff.
- Pfleiderer, O.: Offenmarktpolitik, in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, Bd. 8, S. 74 ff.
- ders.: Mindestreservpolitik, in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, Bd. 7, S. 356 ff.
- Quintos, Juan Some: Notes on the Philippines Banking System, in Central Banking System, in: Central Bank News Digest, Vol. XVII, No. 40, 1960, S. 2 ff.
- Raymon, Firth: Capital, Saving and Credit in Peasant Societies: A Viewpoint from Economic Anthropology: Formation and Managment of Peasant Capital, in: Capital, Saving and Credit in Peasant Societies, Hrsg.: Raymon Firth, 2. Aufl., London 1964, S. 20 ff.
- Reed J. Irvine u.
Robert F. Emery: Interest Rates as an Anti-Inflationary Investment in Taiwan, in: The Banking Review, The Comtroller of the Currency U.S. Treasury, Washington, C.D. 1966, S. 29 ff.
- Richebächer, K.: Mindestreservpolitik im Ausland, in: Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen, 13. Jg., Heft 12, 1960, S. 537-539
- Ringer, Karlernst: Zur Begriffsbestimmung der Entwicklungsländer, in: Handbuch der Entwicklungspolitik, Stuttgart-Berlin 1966, S. 1 ff.
- Roxas, Antonio V.: The Securities Market in the Philip-
pes, in: The Principal Stock Exchange of the World: The Operation Structure and Development, Hrsg. David E. Spary, Washington, D.C. 1964, S. 273 ff.

- Sanmann, H.: Diskontpolitik und Währungssystem, in: Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen 1967, S. 148 ff.
- Shin, Geon-Hee: Capital Market and Economic Development: A Study on Policies to promote the Capital Market in Korea, in: Economics, Hrsg.: The Korea Economic Association, Vol. XII, Dec. 1965, S. 86 ff.
- Singer, H.W.: Defizitfinanzierung der öffentlichen Kapitalbildung unter Berücksichtigung des Investitionsprozesses in Entwicklungsländern, in: Finanzpolitik in Entwicklungsländern, Hannover 1965
- Sohmen, Egon: Marktwirtschaftliche Wechselkurspolitik, in: Volkswirtschaft, Heft 20, 1961, S. 20 ff.
- Veit, Otto: Zentralbankpolitik, in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, Band 12, Tübingen-Stuttgart-Göttingen 1962, S. 432 ff.
- Wai, U. Tun: Interest Rates in the Organized Money Markets of Underdeveloped Countries, Vol. V., Aug. 1956, S. 244 ff., in: Staff Paper
- ders.: Interest Rates Outside the Organized Money Market of Underdeveloped Countries, in: Staff Paper, Hrsg.: International Monetary Fund, Vol. VI, 1957, S. 80 ff.
- Yui, K.T.: Financial Institutions in Taiwan, in: Economic Review, issued Bi-monthly, Hrsg.: Bank of China, No. 106, July-August 1965, S. 15 ff.

Berichte, Gesetze und Sammelwerke

Außenhandelsdienst, 22. Jg., Heft 23, 1968

Australian National University, Hrsg.: Bulletin of Indonesien Economic Studies, Vol. V, No. 1, March 1969, Conbera und Nr. 5, 1966

Bank of China, Hrsg.: Annual Report, 1961-1970

ders.: Taiwan Statistical Monthly, March 1970 und Aug. 1971

ders.: Financial Institution in Taiwan, Taipei 1969

ders.: Economic Review, Taipei 1961 und 1965

- Bank Indonesia, Hrsg.: Report for the years 1960-1965
ders.: Indonesian Financial Statistics,
Monthly Bulletin, July 1971
- Bank of Korea, Hrsg.: Financial Development since Interest
Rate Reform, Seoul 1970
ders.: Economic Progress in Korea, 1960-1970
ders.: Review of Korea Economic 1960-1970
ders.: Annual Report 1962-1969
ders.: Quarterly Economic Review, Dez. 1970
ders.: Economic Statistic Year Book
- Bank Negara Indone-
sia Unit (I) Hrsg.: Report for the Financial Years 1966-1967
- The Banker, Vol. 117, No. 502, London 1967
- The Banking Review, The Controller of the Currency U.S. Trea-
sury, Washington, D.C. 1966
- Central Bank of
Philippines Hrsg.: Central Bank New Digest, Released
weekly by the Department of Economic
Research Manila
ders.: Annual Report 1960-1970
ders.: Statistical Bulletin, Manila Dec. 1969,
und 1970
- Deutsche Bundesbank,
Hrsg.: Die Währungen der Welt - Paritäten
und Devisenkurse, Frankfurt/M., März
1970
- Economi dan Keugan Indonesia, Djakarta, Nr. 3, 1963
- Economic Bulletin for Asia and the Far East, Vol. XIII,
No. 3, Dez. 1962
- Enzyklopädisches Lexikon für das Geld-, Bank- und Börsen-
wesen, 2. Aufl. 1. und 2. Band, Frank-
furt/M. 1968
- Far Eastern Economic Review, Hong-Kong 1960-1969
- Guide Line for the Resumption of the Functions of the
Central Bank of China 1961
- Besters, H. und
Bösch, E.E., Hrsg.: Handbuch der Entwicklungspolitik,
Stuttgart 1966
- Handwörterbuch der Betriebswirtschaft, 3. Aufl., Stuttgart
1960
- Handwörterbuch Sozialwissenschaften, Göttingen 1959/1965
- Indonesia Bank Indonesia, Act No. 13 of 1968
Concerning Central Bank
" Principal Regulations on Banking Act
No. 14 of 1967
" Act No. 17 of 1968 Bank Negara Indonesia
" Act No. 18 of 1968 Bank Dagang Negara

Indonesia	Act No. 19 of 1968 Bank Bumi Daya
"	Act No. 20 of 1968 Tabungan Negara
"	Act No. 21 of 1968 Rajat Indonesia
"	Act No. 22 of 1968 Expor Impor Indonesia
International Monetary Fund, Hrsg.:	19 th , 20 th und 21 st Annual Report-Exchange Restrictions, Washington, D.C. 1968, 1969, 1970
ders.:	International Financial News Survey, New York 24.2.1961
ders.:	Staff Paper, 1950-1970
ders.:	International Financial Statistics, Vol. XXIV, No. 3, Washington, D.C., March 1971
The Korean Economic Association, Hrsg.:	Economics, Vol. XI, 1963 und Vol. XII Dec. 1965, Seoul
(Süd)Korea	The General Banking Act
"	The Bank of Korea Act, 1966
Oriental Economist, No. 710, Tokyo, Dec. 1969	
Philippinen	An Act Regulating Banks and Banking Institutions, Republic Act, No. 337, Manila 1967
Philippinen	Act Establishing the Central Bank of the Philippines, Republic Act No.265, Manila 1962
Pick's Currency Yearbook, New York 1966-1969	
Statistisches Bundesamt, Hrs.:	Indonesien, Länderberichte, Stuttgart-Mainz 1968
ders.:	Süd-Korea, Länderbericht, Stuttgart-Mainz 1969
ders.:	Philippinen, Länderkurzberichte, Stuttgart-Mainz 1971
ders.:	Taiwan, Länderberichte, Stuttgart-Mainz 1970
Taiwan:	The Banking Law, 16.6.1950
"	The Central Bank of China Act, 23.2.1936
World Bank Atlas, Published by the international Bank for Reconstruction and Development, 1970.	

Lebenslauf

Ich, Mohammad Naim A s s a d , wurde am 15. Oktober 1939 in Kabul als Sohn des Fateh Mohammad geboren.

Nach Beendigung der Volksschule besuchte ich die Handelsschule in Kabul und legte im Dezember 1956 die Reifeprüfung ab. Vom Januar 1957 bis März 1959 war ich im Industrie- und Bergbauministerium beschäftigt. Im Jahre 1958 besuchte ich eine Abendschule und legte die Zulassungsprüfung für Naturwissenschaft ab. Vom April 1959 bis Dezember 1962 besuchte ich die wirtschaftswissenschaftliche Fakultät der Universität zu Kabul und erlangte dort nach vierjährigem Studium im Dezember 1962 das Lizentiat. Vom Januar 1963 bis Dezember 1964 war ich als Dekanatssekretär in der Wirtschaftsfakultät und als Assistent von Professor Dr. Oswald Hahn tätig.

Im Januar 1965 erhielt ich im Rahmen der Partnerschaft Köln-Kabul ein Stipendium des Deutschen Akademischen Austauschdienstes für ein Studium in der Bundesrepublik. Nach dem Besuch des deutschen Sprachkurses im Goethe-Institut in Staufen bei Freiburg/Br. und nach dem viermonatigen Praktikum bei der Firma Vorwerk in Wuppertal-Barmen immatrikulierte ich mich an der Universität Köln und bestand im Frühjahr 1969 die Diplom-Prüfung für Kaufleute.

Im Oktober 1969 konnte ich mich an der Universität Erlangen-Nürnberg immatrikulieren. Das vorliegende Thema wurde mir von Professor Dr. Oswald Hahn anvertraut, der seither diese Arbeit auch betreute. Vom 1. September bis 31. Dezember 1970 habe ich bei der Bayerischen Hypotheken- und Wechsel-Bank, Nürnberg, ein Praktikum abgelegt.

Nürnberg, 1. 3. 1972

Offsetdruck-Fotodruck

J. Hogl, 8520 Erlangen Hauptstr. 109, (Nähe Martin-Luther-Platz) Tel. 22990
